JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Januar 2011 I NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

Ronald Friedmann: Arthur Ewert und Elise Saborowski – zwei Deutsche in der frühen kommunistischen Bewegung Kanadas 5

Holger Czitrich-Stahl: Arthur Stadthagen – Reichstagsneuling und Rechtsexperte (1890 bis 1896) 22

Gigi Roggero: Organisierte Spontaneität: Klassenkampf, Arbeiterautonomie und Räte in Italien 42

Horst Dietzel: Von der PDS-Programmatik zum Programmentwurf der Partei DIE LINKE 56

Dokumentarisches

Erwin Lewin: „Beginn der Wende in unserer Partei". Das II. Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Albaniens im November 1944. Eine Dokumentation 80

Biografisches

Horst Klein: Richard Hauschildt (1876-1934) – ein von den Nazis in den Tod getriebener Sozialdemokrat 116

Siegfried Grundmann: Dr. Felix Bobek. Eine biografische Skizze 135

Miszelle

Wilma Ruth Albrecht: Die „Sickingen-Debatte“ 156

Diskussion

Gert Wendelborn: Nicht Kitt der Gesellschaft, sondern Sauerteig. Gedanken zu Hanfried Müllers Autobiografie „Erfahrungen/ Erinnerungen/Gedanken“ 166

Information

Jürgen Kögel: Das „Archiv Schreibende ArbeiterInnen“ 179

Buchbesprechungen

Marx-Engels Jahrbuch 2008; Marx-Engels Jahrbuch 2009 (*Martin Hundt*) 186

Heinz Monz: Karl Marx. Trierer Reminiszenzen (*Renate Merkel-Melis*) 188

Victor Adler – Friedrich Engels. Briefwechsel (*Horst Klein*) 189

Eric J. Hobsbawm: Wege der Sozialgeschichte (*Evemarie Badstübner*) 191

Wolfgang Schröder: Leipzig – die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung. Wurzeln und Werden des Arbeiterbildungsvereins 1848/49 bis 1878/81 (*Ursula Herrmann*) 193

Udo Achten/Bernt Kamin-Seggewies: Kraftproben. Die Kämpfe der Beschäftigten gegen die Liberalisierung der Hafenarbeit (*Peer Lautenschläger*) 195

Rainer Karlsch/Paul Werner Wagner: Die AGFA-ORWO-Story. Geschichte der Filmfabrik Wolfen und ihrer Nachfolger; Silke Fengler: Entwickelt und fixiert. Zur Unternehmens- und Technikgeschichte der deutschen Fotoindustrie, dargestellt am Beispiel der Agfa AG Leverkusen und des VEB Filmfabrik Wolfen (1945-1995) (*Jörg Roesler*) 196

Lothar Wieland: „Wieder wie 1914!“ Heinrich Ströbel (1869-1944) (*Gerhard Engel*) 200

Joachim Gatterer: „rote milben im gefieder“. Sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteipolitik in Südtirol (*Rainer Bert*) 203

Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2010 (*Wladislaw Hedeler)* 204

Eberhard Czichon/Heinz Marohn: Thälmann. Ein Report (*Ronald Friedmann*) 205

Werner Abel (Hrsg.): Die Kommunistische Internationale und der Spanische Bürgerkrieg (*Herbert Mayer*) 206

Willi Beitz: Michail Scholochow – im Duell mit der Zeit (*Katharina Kretzschmar*) 207

Joachim Schindler (Red.): Rote Bergsteiger. Unterwegs auf ihren Spuren im Elbsandsteingebirge (*Gerd Kaiser*) 210

Erika Schwarz: Juden im Zeugenstand. Die Spur des Hans Globke im Gedächtnis von Überlebenden der Schoa (*Günter Wehner*) 211

Kurt Finker: Der Dämon kam über uns. Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands (1945-1955) (*Arne Schott*) 213

Günter Benser: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 4. Neubeginn ohne letzte Konsequenz (1945/46) (*Stefan Doernberg †*) 215

Wolfgang Benz: Auftrag Demokratie. Die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik und die Entstehung der DDR 1945-1949 (*Rolf Badstübner*) 217

Peter Joachim Lapp: Aus deutscher Teilungszeit. Eine Ost-West-Biographie (*Wolfgang Heyn*) 219

Sönke Friedreich: Autos bauen im Sozialismus. Arbeit und Organisationskultur in der Zwickauer Automobilindustrie nach 1945 (*Elke Scherstjanoi*) 221

Manuel Friedel: Sport und Politik in der DDR am Beispiel des Schachsports (*Jürgen Birg*) 224

Andreas Malycha: Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR 1970-1990 (*Christa Uhlig*) 225

Ilse Brusis/Inge Wettig-Danielmeier (Hrsg.): „Wir haben etwas bewegt". Der Seniorenrat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (*Wolfgang Heyn*) 227

Ilse Fischer (Hrsg.): Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90 (*Günter Benser*) 228

Autorenverzeichnis 232

Impressum 233

Arthur Ewert und Elise Saborowski – zwei Deutsche in der frühen kommunistischen Bewegung Kanadas[1]

Ronald Friedmann

Arthur Ewert (1890-1959) war in den Zwanzigerjahren, zuletzt als Mitglied des Politbüros und des Politsekretariats des ZK, eine der führenden Persönlichkeiten der Kommunistischen Partei Deutschlands. Zeitweise war sein Einfluss größer als der von Ernst Thälmann. Als „Versöhnler" verlor er in einem innerparteilichen Machtkampf 1928/1929 (im Gefolge der sogenannten Wittorf-Affäre) auf persönliche Weisung Stalins seine Funktionen in der KPD. In der Folge setzte ihn die Kommunistische Internationale u. a. in China und in Lateinamerika ein. 1935 wurde er in Brasilien verhaftet und so grausam gefoltert, dass er den Verstand verlor. 1945 amnestiert, kam er 1947 in die damalige Sowjetische Besatzungszone Deutschlands, wo er bis zu seinem Tod in einem Pflegeheim lebte.
Elise Saborowski (1886-1939), genannt Sabo, war die langjährige Lebensgefährtin und spätere Ehefrau von Arthur Ewert. Sie arbeitete im Apparat der Komintern bzw. der KPD, u. a. in dem von Clara Zetkin geleiteten westeuropäischen Frauensekretariat in Berlin. Sie wurde 1936, gemeinsam mit Olga Benario-Prestes, von Brasilien an Deutschland ausgeliefert und dort in den Konzentrationslagern Lichtenburg und Ravensbrück eingesperrt. Sie starb an den Folgen der unmenschlichen Haftbedingungen.

Im Mai 1914 verließen Arthur Ewert und Elise Saborowski Deutschland, ihr Ziel war Kanada. Über die Hintergründe und Umstände dieser Reise ist nichts bekannt.[2] Es ist nicht einmal überliefert, ob die Reise als dauerhafte Auswanderung gedacht war oder ob es sich nur um einen mehrjährigen, aber zeitlich begrenzten Aufenthalt auf dem nordamerikanischen Kontinent handeln sollte, mit dem beispielsweise verhindert werden sollte, dass Arthur Ewert – kurz vor dem Ersten Weltkrieg – als Soldat eingezogen wurde. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass auch Andreas Ewert, der Bruder von Arthur Ewert, fast gleichzeitig Deutschland verließ: Er ging nach Norwegen, wo er sehr bald heiratete und mit seiner norwegischen Frau zwei Töchter hatte.

---

1 Der folgende Beitrag ist ein Kapitel einer Arthur-Ewert-Biografie, die voraussichtlich 2011 in der Berliner edition ost erscheinen wird.

2 Eine Ausreise über den Hamburger Hafen beispielsweise ließ sich für den Mai 1914 nicht nachweisen.

Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass Karl Liebknecht die Entscheidung von Arthur Ewert und Elise Saborowski beeinflusst haben könnte, nach Nordamerika zu gehen: Liebknecht, der in Berlin lebte und arbeitete, war als langjähriger Vorsitzender der Sozialistischen Jugend-Internationale eng mit der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland und in Berlin verbunden. Mit großer Wahrscheinlichkeit kann davon ausgegangen werden, dass er auch Arthur Ewert und Elise Saborowski kannte. Ein Indiz dafür ist die Tatsache, dass Sabo während ihrer Zeit in Nordamerika in engem brieflichen Kontakt zu Lucie Peters stand, die gemeinsam mit ihrem Ehemann Bruno Peters wenige Jahre später zur Berliner Basis des Spartakusbundes gehörte.[3] Und bei der Verhaftung von Arthur Ewert und Elise Saborowski in Toronto im März 1919 wurden Briefe gefunden, die nach Darstellung der kanadischen Polizei von „Personen [stammten], die mit Liebknecht und Luxemburg zusammenarbeiteten".[4] Hinzu kommt, dass Karl Liebknecht im Herbst 1910 selbst mehrere Wochen als Gast der Sozialistischen Partei Amerikas in den USA gewesen war und dort zahlreiche persönliche Kontakte – auch nach Kanada – geknüpft hatte.[5] Im April 1921 schließlich notierte ein Hallenser Haftrichter, der gegen Arthur Ewert einen Haftbefehl wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" erlassen hatte, nach dem gerichtlichen Haftprüfungstermin: „Es scheint aus seinen Äußerungen über den Sinn seiner Reise nach Amerika hervorzugehen, daß ihm dort auch internationale kommunistische Arbeit übertragen war."[6] Nach Ermittlungen der kanadischen Polizei, die im April 1919 der Presse bekannt gemacht wurden, waren Arthur Ewert und Elise Saborowski von Europa aus zunächst in die USA gereist und von dort aus auf dem Landweg nach Kanada gelangt.

Kanada gehörte als britisches Dominion vom Beginn des Ersten Weltkriegs an zu den Krieg führenden Parteien. Arthur Ewert und Elise Saborowski, die als Deutsche automatisch als feindliche Ausländer galten, mussten also sehr bald nach ihrer Ankunft in Kanada untertauchen, um einer Internierung für die Dauer des Krieges zu entgehen. Möglicherwei-

3 Siehe Ottokar Luban: Führung und Basis des Rosa-Luxemburg-Karl-Liebknecht-Kreises in Berlin (Spartakusgruppe), 1915-1918. Biographien und soziale Zusammensetzung, in: Bruno Groppo/Berthold Unfried (Hrsg.): Gesichter in der Menge. Kollektivbiographische Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Leipzig 2006, S.121-131.

4 Zit. nach Ian Angus: Canadian Bolsheviks. The Early Years Of The Communist Party Of Canada, Montreal 1981, S.41.

5 Siehe Annelies Laschitza: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, Berlin 2007, S.173-184.

6 Strafakte Arthur Ewert. Bundesarchiv (BArch), R 3003, Strafsache Az 11 J 21/21, Bd. 1, S.26 (R).

se war dies auch einer der Gründe, warum sich Arthur Ewert und Elise Saborowski im Herbst 1914 zeitweise trennten: Während Arthur Ewert in Kanada blieb, kehrte Sabo in die USA zurück, die erst im April 1917 in den Ersten Weltkrieg eintraten und daher für deutsche Staatsangehörige zunächst vergleichsweise sicher waren. Anfangs ging Elise Saborowski nach Chicago, wo sie den Winter 1914/1915 verbrachte, dann nach Jackson, eine kleine Stadt etwa auf halbem Wege zwischen Chicago und Detroit. Dort arbeitete sie in der örtlichen Telefongesellschaft, plante aber eine Ausbildung als Fotografin.[7]

Zu diesem Zeitpunkt war Sabo bereits Mitglied einer sozialdemokratischen oder sozialistischen Partei in den USA geworden, sodass sie in einem Brief nach Deutschland vom 11. Mai 1915 schreiben konnte: „Unsere Partei fängt jetzt an, ihre Zusammenkünfte draußen abzuhalten. Auch Picknicks und Ausflüge sind im Sommerprogramm vorgesehen. In Chicago hätte ich zwar mehr Gelegenheit, am Parteileben teilzunehmen, aber man kann nicht alles haben.“[8] Über Arthur Ewert berichtete Elise Saborowski in diesem Brief: „Arthur Ewert ist äußerst tätig in Winnipeg. Am 1. Mai hatten sie eine Maidemonstration, etwa 6.000 bis 8.000 Teilnehmer. Am Marktplatz waren 6 Tribünen aufgestellt, von denen in 6 Sprachen geredet wurde. A[rthur] E[wert] hat als deutscher Redner fungiert. Das Parteileben spielt sich eben auch hier im amerikanischen Stil ab.“[9]

Dem Brief von Elise Saborowski ist allerdings nicht zu entnehmen, welcher Partei sie bzw. Arthur Ewert sich angeschlossen hatten. In den Kaderunterlagen von Elise Saborowski, die im Moskauer Komintern-Archiv aufbewahrt werden, ist lediglich vermerkt, dass sie von 1914 bis 1920 Mitglied der Sozialistischen Partei (Socialist Party) Amerikas (der offizielle Name der 1901 gegründeten Partei enthielt nicht Amerika) war.[10] Doch

7 Weitere Einzelheiten über die Lebensumstände von Arthur Ewert und Elise Saborowski in Kanada bzw. den USA sind nicht überliefert. Katja Haferkorn berichtete in einem Aufsatz über Arthur Ewert, ohne jedoch eine Quelle zu nennen: „Im Mai 1914 wanderten Arthur und Sabo nach Kanada aus. Arthur übernahm dort jede Arbeit – u. a. als Dachdecker und als Sattler –, die er finden konnte. [...] Die wenige, ihm neben seiner beruflichen und politischen Tätigkeit verbleibende Zeit widmete er auch hier den Büchern, vor allem dem Studium des Marxismus.“ Katja Haferkorn: Arthur Ewert. Kämpfer für das deutsche und das brasilianische Volk, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1968, H. 1, S.102-113, hier S.104.

8 Brief von Elise Saborowski an Lucie Peters vom 11. Mai 1915, BArch, NY 4203/3, Bl. 86.

9 Ebenda.

10 Siehe Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale.

trifft dies offensichtlich nur auf die Zeiten des Aufenthalts von Elise Saborowski in den USA zu. Wesentlich wichtiger war die Mitgliedschaft von Arthur Ewert und Elise Saborowski in der kanadischen Sozialistischen Partei Nordamerikas (Socialist Party of North America; SPNA), auch wenn diese Mitgliedschaft in den Kaderunterlagen im Moskauer Komintern-Archiv weder für ihn noch für sie vermerkt ist. Doch bestätigen Zeitzeugenberichte, dass Arthur Ewert Mitglied der SPNA war.[11] Und es scheint ausgeschlossen, dass Arthur Ewert und Elise Saborowski unter den gegebenen Bedingungen in Kanada unterschiedlichen Parteien angehörten.

Die SPNA war 1911 als gemeinsame Plattform jener radikalen sozialistischen Kräfte in Kanada entstanden, die sich durch die beiden vergleichsweise großen, überwiegend reformistischen Arbeiterparteien, die 1901 gegründete Sozialistische Partei Kanadas (Socialist Party of Canada; SPC) und die Sozialdemokratische Partei Kanadas (Social Democratic Part of Canada; SDP), nicht vertreten fühlten.[12] Die SPNA, die niemals mehr als etwa hundert aktive Mitglieder zählte, hatte ihren geografischen Schwerpunkt im Gebiet von Toronto, also im südlichen Teil der Provinz Ontario. Doch sie verfügte über stabile Verbindungen in andere Teile Kanadas, so in die Provinz Manitoba mit der Hauptstadt Winnipeg, sowie in die USA, insbesondere in das Gebiet von Detroit.

Die Arbeiterbewegung in Kanada hatte in den Jahren unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg einen beträchtlichen Aufschwung genommen, doch mit dem Ausbruch des Krieges kam sie faktisch vollständig zum Erliegen. Erst im Verlaufe des Jahres 1917, auch beeinflusst durch erste Berichte über die Februarrevolution in Russland mit dem Sturz des Zaren und der Errichtung einer bürgerlichen Republik, kam es erneut zu größeren ökonomischen Streiks, die gelegentlich bereits mit politischen Forderungen verbunden wurden. Entscheidend für das Wiedererstehen einer kanadischen Arbeiterbewegung und die Formierung radikaler Parteien und Organisationen waren jedoch der Sieg der Oktoberrevolution in Russland 1917 und die 1918 daraus resultierende Entscheidung der kanadischen Regierung, sich mit eigenen Truppen an der militärischen Intervention gegen Sowjetrussland zu beteiligen.[13] Die gesamte kanadische

Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, Datenbankeinträge auf beiliegender CD-ROM.

11 Siehe William Beeching/Phyllis Clarke: Yours in the struggle. Reminiscences of Tim Buck, Toronto 1977, S.43f.

12 Beide Parteien hatten jeweils etwa 3.000 Mitglieder.

13 Siehe Angus, Canadian Bolsheviks, S.18-23.

Linke stand somit im Verlaufe des Jahres 1918 vor der Notwendigkeit, ihre Position gegenüber der Oktoberrevolution in Russland zu bestimmen. Dabei ging es nicht nur darum, theoretische Fragen aufzugreifen und zu diskutieren, sondern Schlussfolgerungen für das eigene praktische politische Handeln zu ziehen. Keine andere Partei in Kanada bekannte sich dabei mit einer solchen Konsequenz zur Oktoberrevolution wie die Sozialistische Partei Nordamerikas, die auf diese Weise zur Keimzelle der kommunistischen Bewegung in Kanada wurde.

Die Diskussions- und Klärungsprozesse, die sich innerhalb der SPNA vollzogen, sind nicht dokumentiert. Es gibt lediglich einen kurzen, wenig detaillierten Bericht von Florence Custance, die 1918 und 1919 zu den maßgeblichen Persönlichkeiten innerhalb der SPNA zählte. Im Jahre 1926 berichtete sie in „The Worker", der Zeitung der Kommunistischen Partei Kanadas, dass es nach der Oktoberrevolution in Russland innerhalb der SPNA zu heftigen und sehr grundsätzlichen Diskussionen kam. Eine zunächst kleine Gruppe, die in der Folge die Mehrheit innerhalb der Partei erringen konnte, begrüßte und unterstützte die russischen Ereignisse von Anfang an uneingeschränkt, während eine andere Gruppe die russische Revolution zunächst „als wildes Experiment einer Handvoll von Männern" kritisierte, die „nach einem Leben im Exil nach Russland" zurückgekehrt waren, ohne die dortigen Verhältnisse wirklich zu kennen. Letztlich setzte sich eine Position durch, die Florence Custance so beschrieb: „Es wurde die Notwendigkeit der Arbeit in den Gewerkschaften betont, und es wurde festgestellt, dass diese Frage unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes gesehen werden muss und nicht als eine reine und simple Angelegenheit der Löhne. [...] Es wurde die Nützlichkeit eines Generalstreiks im Prozess des revolutionären Kampfes anerkannt. (Diese Form des Kampfes war zuvor immer als eine reine Gewerkschaftstaktik charakterisiert worden.) Man bekräftigte, dass der Parlamentarismus seine Grenzen hat und dass der Klassenkampf nicht innerhalb dieser Grenzen des Parlamentarismus geführt werden kann. [...] Und schließlich wurde die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands für die Errichtung der Arbeitermacht anerkannt."[14] Betrachtet man das spätere Engagement von Arthur Ewert in der Gewerkschafts- und Betriebsrätebewegung in Deutschland, so kann eigentlich kein Zweifel bestehen, dass er, wie sicher auch Elise Saborowski, diese Mehrheitsposition innerhalb der SPNA nicht nur unterstütze, sondern wohl maßgeblichen Anteil an ihrem Zustandekommen hatte.

---

14 The Worker (Toronto), 3.4.1926, zit. nach: Angus, Canadian Bolsheviks, S.24.

Ab dem Sommer 1918 gab die SPNA erstmals eine eigene Zeitung heraus, die den Titel „The Marxian Socialist“ trug. Diese Zeitung löste mit ihren zum Teil sehr kontroversen Positionen einen heftigen Meinungsstreit in der breit gefächerten kanadischen Linken aus. Anfang September 1918 erschien in ihr ein Leitartikel, der faktisch ein Aufruf zur Gründung einer kommunistischen Partei in Kanada, einer „Partei neuen Typs“ nach dem Vorbild der russischen Bolschewiki, war: „Die Zeit ist reif für die Einheit der Revolutionäre in Kanada. Die Schaffung einer Organisation, die eine landesweite Organisation nicht nur dem Namen nach, sondern tatsächlich ist, und die bereit ist, den Kampf gegen die politischen Kräfte der herrschenden Klasse zu führen, ist angesichts der sich in diesen Tagen und Wochen schnell entwickelnden Ereignisse eine zwingende Notwendigkeit. Statt örtlicher kraftloser Anstrengungen brauchen wir eine landesweite gemeinsame Anstrengung, statt Geredes brauchen wir Taten. Der nächste Schritt muss die Einberufung eines Kongresses mit dem Ziel sein, alle Revolutionäre im Kampf gegen die herrschende Klasse und im Kampf gegen die Opportunisten zu vereinen.“[15]

Etwa zur gleichen Zeit beauftragte die kanadische Regierung einen hochrangigen Beamten, den Juristen Charles H. Cahan, mit einer Untersuchung über eine unterstellte Gefährdung Kanadas durch das Anwachsen der radikalen Linken, das in der offiziellen Sicht ausschließlich auf das Wirken ausländischer Aktivisten, insbesondere vermeintlicher Abgesandter der russischen Bolschewiki, zurückgeführt wurde. Auftragsgemäß stellte Cahan in seinem Report fest, dass die gegen Personen deutscher oder österreichischer Herkunft ergriffenen Maßnahmen, also beispielsweise ihre Internierung für die Dauer des Krieges, wirksam durchgesetzt worden waren. Es habe aber bedauerlicherweise keine gesetzlichen Bestimmungen gegeben, die ein solches Vorgehen auch gegen Personen russischer, ukrainischer oder finnischer Herkunft erlaubten, die sich tatsächlich oder vermeintlich in ganz Kanada in linken Gruppen organisiert hatten und so angeblich eine unmittelbare Bedrohung der etablierten staatlichen Ordnung darstellten.

Bereits am 27. September 1918 erließ die Regierung eine spezielle Verordnung, mit der zunächst dreizehn linke Parteien und Organisationen verboten wurden. Die Spannweite reichte von der vergleichsweise großen und einflussreichen Sozialdemokratischen Partei Kanadas bis hin zu Splittergruppen, die faktisch nur dem Namen nach existierten. Die Sozialistische Partei Nordamerikas, die Partei von Arthur Ewert und Elise Sabo-

15 Zit. nach: ebenda, S.25.

rowski also, stand erstaunlicherweise nicht auf der ursprünglichen Liste. Ihr Verbot erfolgte erst einige Wochen später, nachdem es am 19. und 20. Oktober 1918 bei einer groß angelegten Razzia im gesamten südlichen Ontario zu Massenverhaftungen gekommen war.

Mit der Verordnung vom 27. September 1918 wurden jedoch nicht nur linke Parteien und Organisationen verboten. Auch der Besitz und die Verbreitung von sogenannten staatsgefährdenden Schriften, und dazu zählten nicht nur die Werke von Karl Marx oder Friedrich Engels, sondern beispielsweise auch die Arbeiten des antiken griechischen Philosophen Plato, wurden unter Strafe gestellt, wobei der mögliche Rahmen von einer empfindlichen Geldstrafe bis zu langjähriger Haft reichte. Verboten wurden schließlich auch, außer Gottesdiensten, öffentliche Veranstaltungen jeder Art, die in russischer, ukrainischer oder finnischer Sprache abgehalten wurden, sowie generell alle linksgerichteten politischen Kundgebungen, Zusammenkünfte und sonstigen Aktivitäten.

Doch die Regierungsverordnung vom 27. September 1918 bewirkte letztlich das Gegenteil dessen, was die Behörden mit diesem Schritt beabsichtigt hatten. Die Linke in Kanada formierte sich im Widerstand gegen die verfügten Verbote und die damit verbundenen Willkürakte. Insbesondere nach dem Waffenstillstand und dem Ende des Ersten Weltkrieges Anfang November 1918 mehrten sich die öffentlichen Proteste gegen die wahllose Verhaftung und Verurteilung von tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen linken Aktivisten, und es wurde massiv die Forderung erhoben, angesichts des Kriegsendes nunmehr alle Beschränkungen der politischen Betätigung wieder aufzuheben.

Mitte November 1918 kam es zu einem Ereignis, das für eine bis dahin in Kanada nicht gekannte öffentliche Aufmerksamkeit sorgte: Im gesamten südlichen Ontario wurden innerhalb einer Nacht Zehntausende Exemplare eines in höchstem Maße ungewöhnlichen Flugblattes verteilt. Das Flugblatt war in guter Qualität gedruckt worden und wurde in unauffälligen Briefumschlägen verteilt, die in Briefkästen deponiert oder unter Wohnungstüren hindurchgeschoben wurden, wo die überraschten Bewohner sie am nächsten Morgen fanden. Es trug den Titel „Der Frieden und die Arbeiter“ und richtete sich gegen die „verlogenen Siegesfeierlichkeiten“. Es forderte, in Kanada „Arbeiter- und Soldatenräte zu errichten“. Nur die „Überwindung der Macht der Kapitalisten und ihrer Institutionen“ könne die „Grundlage dafür legen, dass [...] die Arbeiter ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen.“[16]

16 Zit. nach: ebenda, S.38.

Die gesamte kanadische Presse berichtete ausführlich über die Flugblattaktion, deren Urheber trotz aller Bemühungen der Polizei nicht festgestellt werden konnten. Mehr noch, viele Zeitungen veröffentlichten längere Auszüge oder sogar den gesamten Text des Flugblattes, sodass sein Inhalt weit über das Gebiet des südlichen Ontario hinaus Verbreitung fand. Zwei weitere Flugblätter folgten – in der Neujahrsnacht und Anfang Februar 1919. Diesmal hatten die Flugblätter einen Absender, den „Provisorischen Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten Kanadas". Urheber dieser aufsehenerregenden Flugblattaktionen waren Mitglieder der inzwischen illegalen Sozialistischen Partei Nordamerikas, die mit großer Einsatzbereitschaft, viel Phantasie und persönlichem Mut handelten und nach denen die kanadische Polizei weiterhin vergeblich suchte. Fünf Jahre später berichtete Elise Saborowski in der von der KPD herausgegebenen illustrierten Zeitschrift „Der Rote Stern" unter dem Titel „Wie wir Flugblätter druckten" über die Ereignisse Ende 1918/Anfang 1919 in Kanada.[17] (Dokument 1)

Im Frühjahr 1919 gelang es der kanadischen Polizei festzustellen, wer für die Herstellung und die Verteilung der Flugblätter verantwortlich war: Am 23. März 1919 wurden Arthur Ewert, Elise Saborowski und Lieb Samsonovitch, ein aus Russland stammender Mitkämpfer, im Zuge einer breit angelegten Razzia in einem Vorort von Toronto verhaftet. Die kanadische Presse nahm von dieser Verhaftung zunächst kaum Notiz. Lediglich einige Zeitungen aus dem südlichen Ontario, so der „Globe" und die „Toronto Times", berichteten Anfang April 1919 sehr allgemein davon, dass die Polizei mit einem Großeinsatz gegen eine Kundgebung von „Sozialisten und radikalen Gewerkschaftern" in der Spadina Hall auf dem Gelände der Universität von Toronto vorgegangen war, die sich gegen die Verhaftung von „drei örtlichen Sozialisten" richtete.[18] Erst einige Wochen später, am 28. April 1919, brachte die kanadische Polizei die ganze Angelegenheit auf einer eigens einberufenen Pressekonferenz spektakulär an die Öffentlichkeit. Und nun griffen auch alle wichtigen kanadischen Tageszeitungen das Thema auf und erschienen am folgenden Tag mit groß aufgemachten und sehr dramatischen Schlagzeilen. Die „Toronto World" titelte: „Polizei verhaftete die Führer der Bolschewisten von Toronto". Und die „Toronto Times" erschien mit der Überschrift: „Bolschewistische Propaganda in Kanada auf Agenten aus Deutschland und Russland zurückzuführen".[19]

17 Der Rote Stern (Berlin), 1924, Nr. 5, 5.8.1924.
18 Siehe The Globe (Toronto), 7.4.1919, und The Toronto Times, 7.4.1919.
19 Zit. nach: Angus, Canadian Bolsheviks, S.38.

Die Stellungnahme der Polizei zur Verhaftung von Arthur Ewert, Elise Saborowski und Lieb Samsonovitch, die am 28. April 1919 gegenüber der Presse abgegeben wurde, enthielt einige wichtige und bis heute bemerkenswerte Details: Die Razzia am 23. März 1919 war nicht nur – wie sonst üblich – von der Stadtpolizei von Toronto durchgeführt worden, an dieser Aktion waren auch die Provinzpolizei von Ontario, die kanadische Staatspolizei und die kanadische Einwanderungsbehörde beteiligt gewesen. Das ist ein klarer Hinweis darauf, welche große Bedeutung die kanadischen Behörden dieser Aktion und vor allem den drei Personen beimaßen, um die es dabei ging. Sehr ausführlich wurde dargelegt, dass die drei Verhafteten unter falschen Namen in Kanada gelebt hatten: Arthur Ewert hatte den Namen Arthur Brown verwendet, Elise Saborowski war Annie Bancourt gewesen, und Lieb Samsonovitch, der erst wenige Monate zuvor aus New York nach Toronto gekommen war, hatte sich unter dem Namen Charles Charnie an der Universität von Toronto eingeschrieben. Voll scheinheiliger Empörung wiesen die Polizeibehörden darauf hin, dass Arthur Ewert und Elise Saborowski, obwohl offiziell nicht miteinander verheiratet, als Mann und Frau zusammengelebt hatten. Natürlich griffen die Zeitungen das begierig auf.

Besonderen Nachdruck legten die Polizeibehörden auf die Tatsache, dass Arthur Ewert, Elise Saborowski und Lieb Samsonovitch den „Kern einer Kommunistischen Partei“ bildeten. In der Wohnung von Arthur Ewert und Elise Saborowski waren Waffen gefunden worden – drei neue Automatikrevolver, eine kleine deutsche Schusswaffe und eine größere Menge von Munition.[20] Da diese Waffen jedoch kaum ausgereicht hätten, um einen bewaffneten Aufstand durchzuführen, mussten die geistigen Waffen als Beweismittel herhalten, die bei den Wohnungsdurchsuchungen ebenfalls beschlagnahmt worden waren: „Zusätzlich [fand man] eine größere Menge bolschewistischer Literatur, darunter das Programm einer Kommunistischen Partei, in dem in einem Punkt zum Sturz der verfassungsmäßigen Regierung Kanadas aufgerufen wurde.“[21] Bei letzterem Dokument handelte es sich offensichtlich um den Text eines zweiseitigen Flugblattes, das ungeachtet der Verhaftung von Arthur Ewert, Elise Saborowski und Lieb Samsonovitch in erprobter Weise in der Nacht zum 1. Mai 1919 in hoher Auflage im gesamten südlichen Ontario verteilt wurde: Auf der einen Seite war unter dem Titel „May Day“ ein Aufruf zum 1. Mai

20 Herkunft und Zweck der Waffen ließen sich nicht ermitteln. Privater Waffenbesitz war jedoch in Kanada zu jener Zeit keineswegs ungewöhnlich.

21 Zit. nach: Angus, Canadian Bolsheviks, S. 38f.

1919 abgedruckt, auf der anderen Seite das erwähnte „Programm der Kommunistischen Partei Kanadas“ (Dokument 2). Gezeichnet war das Programm mit „Zentrales Exekutivkomitee, Kommunistische Partei Kanadas“.[22]

Für gewöhnlich wird als Gründungsdatum der Kommunistischen Partei Kanadas der 28. und 29. Mai 1921 genannt, als sich auf einer streng konspirativen Konferenz in Guelph in der Provinz Ontario zahlreiche linksgerichtete kanadische Organisationen zu einer einheitlichen Partei zusammenschlossen.[23] Doch das Flugblatt aus dem Frühjahr 1919 beweist, dass es bereits mehr als zwei Jahre zuvor in Kanada einen ernsthaften Versuch gegeben hatte, eine Kommunistische Partei zu gründen. Die Tatsache, dass dieser Versuch letztlich scheiterte, hing aller Wahrscheinlichkeit nach mit der Verhaftung von Arthur Ewert zusammen: Arthur Ewert war nach Erkenntnissen der kanadischen Polizei der intellektuelle und organisatorische Kopf des gesamten Projekts, nun aber hatte er keine Möglichkeit mehr, auf die weiteren Geschicke der eben erst gegründeten Kommunistischen Partei Kanadas Einfluss zu nehmen. Zudem fielen der Polizei bei seiner Verhaftung zahlreiche Briefe und andere Dokumente in die Hände, die nicht nur bewiesen, dass Arthur Ewert im Mittelpunkt eines weitgeknüpften Netzes von Gleichgesinnten stand, das bis nach Winnipeg, Kitchener, Hamilton, Brantford und Vancouver in Kanada und Detroit in den USA reichte. Die Polizei verfügte jetzt auch über alle notwendigen Informationen, um dieses Netz dauerhaft zu zerschlagen, wie die „Toronto Times“ am 29. April 1919 unter Berufung auf einen hochrangigen Polizeibeamten berichtete. Dieser hatte am Vortag auf der bereits erwähnten Pressekonferenz in Toronto voller Triumph berichtet, dass die Polizei nunmehr über eine „Liste mit etwa 1.000 Männern und Frauen [verfügen würde], die Mehrzahl von ihnen ausländischer Herkunft, die aktiv an der bolschewistischen Agitation teilnehmen.“ Und weiter: „Wir kennen also ihre Namen und wissen, wo sie beschäftigt sind. Wir können sie zu jedem beliebigen Zeitpunkt festsetzen, und wir werden sie von jetzt an unter strenger Überwachung halten.“[24]

Tatsächlich folgten am 1. Juni 1919 zahlreiche weitere Verhaftungen, und die Polizei verkündete, dass sich nunmehr alle Mitglieder des Zentralko-

22 Siehe Programme of the Communist Party of Canada (1919), in: Socialist History Project. Documenting the revolutionary socialist tradition in Canada, www.socialist-history.ca (26. Oktober 2008).

23 Siehe dazu die Webseite der Communist Party of Canada (CPC) www.communist-party.ca (26. Oktober 2008).

24 The Toronto Times, 29.4.1919.

mitees der Kommunistischen Partei Kanadas in Haft befinden würden. Ein erster Prozess gegen dreizehn Angeklagte fand am 10. Juni 1919 statt. Der Richter hatte das Urteil bereits vor Prozessbeginn schriftlich ausgefertigt, die verhängten Urteile reichten von sechs Monaten bis zu drei Jahren Haft.[25]

Arthur Ewert befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr in Kanada. Die Behörden hatten aus Gründen, die sich nicht mehr feststellen ließen, auf eine Anklage gegen ihn, Elise Saborowski und Lieb Samsonovitch verzichtet. Die beiden Männer kamen zunächst in das Zivilinternierungslager Kapuskasing im mittleren Ontario. Es war zu Beginn des Ersten Weltkrieges eingerichtet worden, um insgesamt etwa 1.200 Personen deutscher und österreichischer Herkunft aufzunehmen. Doch bereits nach wenigen Wochen wurden Arthur Ewert und Lieb Samsonovitch in die USA abgeschoben, da sie ursprünglich als illegale Einwanderer aus den USA nach Kanada gekommen waren. Arthur Ewert kehrte noch im Sommer 1919 nach Deutschland zurück, das er fünf Jahre zuvor verlassen hatte. Elise Saborowski blieb aus unbekannten Gründen in Toronto in Haft, sie konnte erst ein Jahr später, im März 1920, Kanada verlassen und nach Deutschland zurückkehren.[26]

Das Wirken von Arthur Ewert und Elise Saborowski blieb in Kanada noch viele Jahre in Erinnerung. So erschien am 30. Mai 1923 in „The Worker" ein Artikel von Arthur Ewert unter dem Titel „On the Way to the German Revolution" („Auf dem Weg zur Revolution in Deutschland"). Diesem Artikel hatte der Herausgeber eine sonst nicht übliche kurze Vorbemerkung vorangestellt, in der ausdrücklich an Arthur Ewert erinnert wurde. Arthur Ewert, so hieß es in dem Editorial, sei „vielen kanadischen Arbeitern noch gut bekannt".[27]

Dokument 1

Elise Saborowski: Wie wir Flugblätter druckten [1924]

Es war im Herbst 1918 in Kanada. Die kanadische Regierung hatte unsere Zeitung verboten. Es war unmöglich, genügend Material aus den Vereinigten Staaten über die Grenze zu bekommen, um den Arbeitern in den

25 Siehe Angus, Canadian Bolsheviks, S.39f.
26 Über den weiteren Lebensweg von Lieb Samsonovitch ist nichts bekannt.
27 The Worker (Toronto), 30.5.1923.

Industriestädten Kanadas die ungeheure weltgeschichtliche Bedeutung der Ereignisse der russischen Revolution und den Kampf der Bolschewiki um die Erhaltung der Macht der Arbeiterklasse nahe zu bringen. Wohl brachten die bürgerlichen Zeitungen viele Nachrichten über Rußland, aber es waren die Lügennachrichten, die sie brauchten, um unter der Arbeiterschaft Leute anzuwerben, die bereit waren, gegen die russischen Arbeiter und Bauern an der Murmanküste und in Sibirien zu kämpfen. Und die mit der revolutionären Bewegung noch wenig vertrauten Arbeitermassen konnten das Wahre vom Falschen nicht unterscheiden. In ihren Köpfen malte sich „der Bolschewik" als ein blutrünstiger Tyrann und Despot, und die „Sowjets" als irgendein Mordinstrument. Unsere Aufgabe war es, den Arbeitern klar zu machen, daß sie zum Kampf auszogen, um gegen die von blutiger Ausbeutung sich befreienden Arbeiter und Bauern Rußlands zu kämpfen und damit gegen ihre eigenen Interessen. Wir mußten ihnen das Wesen der Sowjets und die Ziele der Bolschewiki aufzeigen, um die Arbeiter von den Expeditionen zurückzuhalten. Eine Presse hatten wir nicht, so mußten wir Flugblätter herausgeben.
Es gab nur einen Drucker, der bereit war, unser Material zu drucken. Aber dieser Drucker war bei der Polizei schon so bekannt, daß er befürchtete, man würde ihm die Maschinen beschlagnahmen, wenn er weiter für die „Extremists" arbeitete, andererseits wollte er sich auch den kleinen Verdienst nicht entgehen lassen. Wir kamen auf folgenden Ausweg: Der Inhaber der Druckerei sollte von den in seiner Werkstatt hergestellten Flugblättern nichts wissen.
Der erste Wurf gelang. Wir konnten in vier Städten im Osten Kanadas, überall dort, wo wir sympathisierende Arbeitergruppen hatten, in einer Nacht, in derselben Stunde, Zehntausende von Flugblättern verteilen. Gefaltet und in Couverts gesteckt, fanden die Bewohner der Arbeiterviertel eines Morgens in ihren Briefkästen oder unter ihrer Türe diese Flugblätter vor. Die Polizei tobte. Die bürgerliche Presse hetzte. Spaltenlang wurden unsere Flugblätter in den erschreckten Schmockblättern abgedruckt und kamen so zur Kenntnis weitester Kreise. Die Polizeibehörden hatte besonders die geheimnisvolle Art der Verbreitung in Rage gebracht. Tagelang beobachtete sie die verdächtigen Versammlungslokale und die Wohnungen bekannter Revolutionäre. Aber sie konnte nicht zugreifen. Man lud unseren Drucker zur Vernehmung, aber er konnte ruhig sagen, daß seines Wissens nichts in seiner Druckerei hergestellt worden sei. Man konnte es ihm nicht beweisen, aber man beobachtete nun dauernd sein Geschäft.
Unter der Arbeiterschaft hatten diese Flugblätter glänzend gewirkt. Sie brachten sie in die Fabriken mit und sprachen darüber. Der lange Krieg

hatte auch in diesem von den Kriegsnöten nicht heimgesuchten Lande eine Kriegsmüdigkeit mit sich gebracht, und das Flugblatt löste diese zurückgehaltene Stimmung aus. Allmählich jedoch verebbte die Aufregung. Es war Zeit, ein neues Flugblatt herauszuwerfen. Und dieses Mal erschien das Flugblatt gesetzt in gutem Maschinendruck, in Linotyp. Neue Aufregung der Polizei und verstärkter Alarm der bürgerlichen Zeitungen. Die handgeschriebenen Flugblätter hatten sie noch nicht so aufgeregt, aber ein Flugblatt, das anscheinend in einer guten, erstklassigen Druckerei hergestellt war, ließ auf eine große Organisation, auf Geldmittel und einen gewissen Apparat schließen, und das war ihnen unheimlich. Sie verglichen die Typen mit den Typen aller ihnen bekannten Druckereien, aber vergeblich. Der Drucker war nicht festzustellen. Und wie machten wir das? Ein Genosse von uns hatte einige sympathisierende Freunde, die in einer großen bürgerlichen Zeitungsdruckerei beschäftigt waren. Diese setzten stückweise, absatzweise das Flugblatt und brachten die gesetzten Stücke heraus, die wir dann zusammensetzten und auf einer kleinen Handpresse abzogen. So gelang es uns noch mehrere Male, Flugblätter herauszugeben, ohne daß trotz eifrigster Nachforschungen der Polizei Drucker oder Verteiler festgestellt werden konnten.

Die Geldmittel für unsere Propaganda brachten wir durch hohe Beiträge in unserem eigenen Kreis und vorsichtige Sammlungen in den Betrieben auf. Außerdem veranstaltete eine ukrainische Liebhabertheatergruppe, deren Leiter mit uns sympathisierte, Aufführungen von Volksstücken, von deren Überschüssen ein Teil in unseren Propagandafonds floß. Die Verteilung der Flugblätter fand in allen Städten in derselben Nacht und zu derselben Stunde statt, die wir jedesmal anders festsetzten, um der Aufmerksamkeit der Polizei zu entgehen. Wir hatten die Straßen so eingeteilt, daß jeder seine Flugblätter in einer Stunde verteilt haben konnte. Oft hatten wir Schwierigkeiten zu bestehen, besonders im Transport der Flugblätterballen von der Druckerei an den Ort, wo sie gefaltet und in Umschläge gesteckt wurden. Einmal brach auf der Straße das kleine Auto zusammen, das mit unseren Flugblattpaketen beladen war. Ein Polizist ging vorbei, aber auf den Paketen standen Milchkannen, und ahnungslos ging er vorüber. Schwierig war es auch, mit einzelnen Paketen durch die Straßen zu gehen, denn zu jener Zeit war das Alkoholverbot erst vor kurzem durchgeführt worden, und die Polizeibeamten in Zivil und Uniform hatten das Recht, jeden auf der Straße anzuhalten, der mit einem Köfferchen oder Paket ging, und sich den Inhalt zeigen zu lassen. – Dies wurde auch häufig durchgeführt und nicht ohne Erfolg, so daß man stets gewärtig sein konnte, von jedem Polizisten angehalten zu werden. Aus

diesem Grunde haben wir auch die Bahn zum Transport der Flugblätter nach den anderen Orten nie benutzt, da Revisionen des Gepäcks häufig vorkamen. – Unsere Flugblattverbreitung weitete sich aus. Neue Orte kamen mit uns in Verbindung. Die Welle der Sympathie wuchs. Die Arbeiter warteten schon mit einer gewissen Spannung, wann wieder ein neues Flugblatt zur Verteilung kommen würde. Durch die Schnelligkeit der Verteilung und die Vorsicht unserer kleinen Gruppe gelang es, Verhaftungen zu entgehen.

Inzwischen war der Waffenstillstand eingetreten, die Soldaten strömten in die Heimat zurück, die Fabriken stellten die Munitionsfabrikation ein, die Arbeiter wurden entlassen, Streiks waren an der Tagesordnung, und dahinter wuchs die Sympathie mit Sowjetrußland. Wir begannen, die Verbindungen mit den Soldaten aufzunehmen. Oft hörte man, daß Expeditionsschiffe nach Sibirien ihre Fahrt unterbrechen mußten, weil ‚Kessel nicht in Ordnung waren'. Erst später erfuhren wir, daß die Ursache dieser unterbrochenen Expeditionen Meutereien der Soldaten waren, die sogar die Schiffe auf hoher See unbrauchbar machten. Die Regierung fürchtete große Unruhen. Sie erließ Verordnung auf Verordnung gegen die ‚Extremisten', um der revolutionären Propaganda Herr zu werden. Die bekanntesten Genossen wurden unter den nichtigsten Vorwänden verhaftet, Haussuchungen fanden statt. Fast schien es, als sollte der kleine Kreis, in dessen Händen die Organisation unserer illegalen Flugblätter lag, vernichtet werden. Eines Tages wurden etwa 12 unserer Genossen und 40 chinesische Studenten verhaftet. Durch diese Verhaftungen bekamen wir die Verbindung mit den chinesischen nationalen Revolutionären, die mit dem Bolschewismus sympathisierten. – Immer, wenn eine Verhaftung stattfand, brachten wir sofort ein Flugblatt heraus, um den Verdacht von dem verhafteten Genossen abzulenken. – Aber die Verhaftungen häuften sich. Aber auch die Saat, die wir gesät, ging auf. Unsere Versammlungen bekamen einen großen Zulauf, und wenn auch viele unserer Genossen zu langen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt wurden, der Kreis wuchs und ist heute der Kern der Kommunistischen Partei Kanadas. Aber die Polizei Kanadas hat niemals erfahren, wie und wo wir unsere Flugblätter druckten.

Quelle: Der Rote Stern (Berlin), 1924, Nr. 5, 5.8.1924.

Dokument 2

Programm der Kommunistischen Partei Kanadas[28] [1919]

Ziel der Kommunistischen Partei Kanadas ist es, die Arbeiterklasse in Kanada zu organisieren und auf die soziale Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats vorzubereiten. Der revolutionäre Teil der Arbeiterklasse muss die Führung im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie übernehmen und die Masse der Arbeiter für den entscheidenden Kampf zur Errichtung des Kommunismus gewinnen.
Die Taktik der sozialistischen Parteien hat bisher darin bestanden, die politischen Institutionen des Kapitalismus zu nutzen. Zwei Gründe werden für gewöhnlich genannt, um diese Taktik zu unterstützen: 1. Die Arbeiter müssen nur eine Mehrheit in das Parlament wählen, das dann ‚durch die Gesetzgebung die Kapitalisten aus dem Geschäft drängt.' Unterdessen müssen soziale Reformen befördert werden, die den Prozess des Hinüberwachsens in den Sozialismus einfacher machen. 2. Das Parlament kann für Zwecke der politischen Agitation genutzt werden. Diese beiden Gründe erwiesen sich schon bei den Ereignissen des Krieges 1914-1918 als hinfällig. Die parlamentarisch orientierten sozialistischen Parteien kollabierten und gingen auf die eine oder andere Weise in das imperialistische Lager über, oder sie degenerierten zu rein pazifistischen Organisationen, die lediglich über den Horror des Blutvergießens klagten und die Abschaffung solcher ‚elementaren Rechte' wie die Rede- und die Pressefreiheit bedauerten. Beide Richtungen forderten den Frieden, aber sie forderten keinen Frieden der Arbeiter, der seine Grundlage im Sieg der Arbeiter über die Kapitalistenklasse gehabt hätte, und sie kämpften auch nicht für einen solchen Frieden. Ihr ganzes Verhalten beweist, dass sie nicht zu einer einzigen Handlung fähig sind, die nicht im Rahmen der Institutionen des Kapitalismus erfolgt. Die Zerstörung der kapitalistischen Staatsmaschinerie und die Errichtung von Institutionen der Arbeiter kam ihnen nie in den Sinn – die sozialistische Mehrheit handelt nicht, und sie lernt nichts hinzu.
Die Übernahme der Macht durch die Arbeiter Russlands unter Führung der bolschewistischen Kommunistischen Partei im November 1917 stellte den Wendepunkt für die Bewertung der sozialistischen Taktik dar. Die alten parlamentarischen Konzeptionen wurden einer grundsätzlichen Kritik unterzogen, und in allen Ländern entstanden langsam Arbeiter-

28 Wahrscheinlich von Arthur Ewert verfasst.

gruppen, die die Taktik der Bolschewiki unterstützen. Selbstverständlich bestehen viele dieser Gruppen aus ‚revolutionären Phrasendreschern', die diese Taktik nur in Worten, aber niemals in Taten akzeptieren. Diese Phrasendrescher sind daran erkennbar, dass sie die Parlamente zur ‚Agitation' nutzen wollen.

Die Taktik der Bolschewiki basiert auf der Tatsache, dass wir die Institutionen des Kapitalismus nicht für unsere Befreiung brauchen, sondern dass wir sie zerstören und durch unsere eigenen Institutionen ersetzen müssen, denn der Erfolg der sozialen Revolution kann nur durch die Bewaffnung der Arbeiter und die Entwaffnung der Kapitalisten und ihrer Gefolgsleute gesichert werden.

Die Kommunistische Partei Kanadas ist auf dieser Grundlage entstanden. Wir lehnen das parlamentarische Handeln als gefährlich und verlogen ab. Wir wissen, dass das Parlament, selbst wenn es ausschließlich mit Repräsentanten der Kapitalisten besetzt ist, nur eine Schwatzbude ohne exekutive Kraft ist. Die Parlamentarier sind die besten Wachleute des Kapitalismus gegen die Aktionen der Arbeiter. Statt uns auf die kapitalistischen Institutionen zu stützen, ist es unsere Aufgabe, die Arbeiter zur Übernahme der Macht und zur Vernichtung der Macht der Bourgeoisie zu führen.

Die Rolle des Generalstreiks in der sozialen Revolution besteht darin, den Weg zum Bürgerkrieg zwischen Arbeitern und Kapitalisten zu öffnen. Zu sagen, dass sich die Arbeiter allein durch den Generalstreik selbst befreien könnten, ist lächerlich – er ist nur ein Teil der Aktionen, die notwendig sind, um den Kapitalismus zu überwinden. Für gewöhnlich wird gesagt, dass die Arbeiter durch ihre ‚ökonomische Macht' die Industrie kontrollieren, doch wir müssen feststellen, dass die Möglichkeit der Arbeitsniederlegung nicht gleichzusetzen ist mit einer Kontrolle der Industrie. So zeigt sich nur die Möglichkeit, durch die Arbeitsniederlegung die Industrie zu zerstören. Doch es ist ein Ding, etwas zu zerstören, und ein anderes Ding, etwas zu kontrollieren. Ein Streik der Arbeiter kann es den Kapitalisten unmöglich machen, Profit zu erzeugen, aber das gibt den Arbeitern nicht die Kontrolle über die Industrie. Es genügt nicht, dass die Arbeiter es den Kapitalisten unmöglich machen, zu herrschen; sie müssen die Gesellschaft übernehmen und selbst herrschen.

Die Kommunistische Partei Kanadas unterstützt die Kommunisten Europas vollkommen, und das nicht nur in Worten, denn wir sind entschlossen, dieselben Aktionen auch in Kanada durchzuführen. Die grundlegende Revolte der Arbeitermassen gegen die imperialistische Herrschaft wird auch auf diesem Kontinent bald kommen. Diese Herr-

schaft wird fallen, und dann werden einige ‚Volksführer' der ‚Arbeiterbewegung' gerufen werden, um – unterstützt durch moderate Sozialisten – den Kapitalismus zu retten. In diesem Augenblick müssen die Kommunisten in Aktion treten und den Kapitalismus zerstören und den Kommunismus errichten.
Dann wird der Augenblick gekommen sein, unser Programm, wie es hier formuliert ist, in der Praxis umsetzen:

1. Der erste Akt in der Revolution des Proletariats wird die gewaltsame Beseitigung der Regierungsmacht und die Errichtung der Diktatur des Proletariats sein.
2. Die vollständige Zerstörung aller kapitalistischen politischen Institutionen und ihre Ersetzung durch Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte mit Regierungsautorität.
3. Die Abschaffung des stehenden Heeres, die Entwaffnung der Kapitalisten und ihrer Gefolgsleute (insbesondere der Polizeioffiziere und der Armeeoffiziere) und die Bewaffnung des kämpfenden Proletariats mit dem Ziel der Schaffung einer Roten Garde.
4. Die Abschaffung aller Gerichte und ihre Ersetzung durch Revolutionstribunale.
5. Die Beschlagnahme allen Privateigentums ohne offene oder versteckte Kompensation, einschließlich der Fabriken, Bergwerke, Mühlen, Eisenbahnen, und des Bodens, der sich im Eigentum von Individuen oder Körperschaften befindet und der Erzielung von Profit dient.
6. Die Beschlagnahme aller Bankkonten (mit Ausnahme der kleinen Konten der Arbeiter) und Verstaatlichung des Bankensystems.
7. Die Übergabe des Bodens an die Landarbeiter und armen Bauern.

Das sind die ersten Schritte, die wir tun müssen, um die Herrschaft des Proletariats zu errichten. Die Gesellschaft darf nur die Interessen der Arbeiter vertreten (das bedeutet Diktatur des Proletariats), bis die Bourgeoisie verschwunden ist und jedes Mitglied der Gesellschaft ein Arbeiter ist; dann wird die Diktatur des Proletariats überflüssig werden.

Zentrales Exekutivkomitee, Kommunistische Partei Kanadas

Quelle: Programme of the Communist Party of Canada (1919), in: Socialist History Project. Documenting the revolutionary socialist tradition in Canada, www.socialisthistory.ca/Docs/Underground/MayDay-CPC.htm (26. Oktober 2008), Übersetzung: Ronald Friedmann.

Arthur Stadthagen – Reichstagsneuling und Rechtsexperte (1890 bis 1896)

Holger Czitrich-Stahl

Vorbemerkung

Am 1. März 1890 wählten die Niederbarnimer Bürger Arthur Stadthagen als Vertreter der Sozialdemokratie in den Deutschen Reichstag, dem er bis zu seinem Tode am 5. Dezember 1917 ohne Unterbrechung angehörte.[1]

Im Folgenden wird Stadthagens Wirken als einziger ausgebildeter Jurist der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag von 1890 bis zur Veröffentlichung seines Rechtsratgebers „Das Arbeiterrecht" 1895 dargestellt. Ein kurzer Ausblick auf den Entstehungsprozess des „Bürgerlichen Gesetzbuches", das 1896 beschlossen wurde und am 1. Januar 1900 in Kraft trat, wird diese Abhandlung beschließen.

Dabei gehe ich von der Grundthese aus, dass gerade Stadthagens Ausschluss aus der Rechtsanwaltschaft als die Ursache für die Abfassung und Publikation seines Hauptwerkes „Das Arbeiterrecht" zu verstehen ist. Arthur Stadthagen war keine Persönlichkeit, die sich einen „Maulkorb" verpassen ließ, wie sein stets offensives Auftreten vor Gericht und vor der Arbeiterschaft nachdrücklich nahelegt. Daher wird es seine unbedingte Absicht gewesen sein, jede mögliche Verbesserung der Rechtslage für die arbeitenden Klassen zu erkämpfen und zu dokumentieren, um auch diesseits des von ihm erstrebten sozialistischen Gesellschaftszieles mehr Gerechtigkeit für die Unterprivilegierten in der kaiserlichen Klassengesellschaft zu erwirken.[2]

---

1 Als einen Überblick über sein Leben siehe meinen Aufsatz: Arthur Stadthagen (1857-1917) – der erste sozialdemokratische Jurist im Deutschen Reichstag. Annäherung an einen beinahe vergessenen Sozialisten, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2009/III, S.69-94.

2 Entsprechend klangen die Worte seiner Einleitung zur ersten Auflage des „Arbeiterrechts" von 1895: „Die vorliegende Schrift will dem gewerblichen Arbeiter die Möglichkeit erleichtern, die wenigen Rechte, die ihm aus dem Arbeitsvertrage und aus der sogenannten sozialpolitischen Gesetzgebung erwachsen, kennen zu lernen und möglichst selbstständig wahrzunehmen, sowie da, wo er als Gewerbegerichtsbeisitzer fungirt, seiner Aufgabe nachzukommen". Arthur Stadthagen: Vorwort, in: Das Arbeiterrecht, Berlin 1895, S.3.

Zum Zeitpunkt von Stadthagens erster Wahl in den Reichstag galten noch die Bestimmungen des „Sozialistengesetzes". Doch war dessen unbefristete Verlängerung durch den Reichstag am 25. Januar 1890 gescheitert, nachdem die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD; ab Oktober 1890: Sozialdemokratische Partei Deutschlands; SPD) in den Tagen zuvor Massenkundgebungen veranstaltet hatte und die liberalen Fraktionen des Bürgertums sowie die nationalen Minderheitenvertreter gegen die Verlängerung des Ausnahmegesetzes votiert hatten. Sein Ziel, die sozialistische Bewegung auszuschalten, hatte das „Sozialistengesetz" völlig verfehlt, wie die Ergebnisse der beiden letzten Reichstagswahlen vor seinem Fall eindrucksvoll dokumentierten.[3]

Ergebnisse der Reichstagswahlen

	21. Februar 1887		20. Februar 1890	
Wahlberechtigte	9.769.802		10.145.877	
Gültige Stimmen	7.540.938	(77,2%)	7.228.542	(71,2%)
SAPD-Stimmen	763.128	(10,1%)	1.427.298	(19,7%)
SAPD-Fraktion	11 Mitglieder		35 Mitglieder	

Die Absicht des politisch durch die Abstimmungsniederlage beim „Sozialistengesetz" geschwächten Reichskanzlers Otto von Bismarck, notfalls mithilfe eines Staatsstreiches seine Unterdrückungspolitik gegen die aufstrebende Arbeiterbewegung fortzusetzen, scheiterte kläglich: Am 18. März musste Bismarck nach heftigen Auseinandersetzungen mit dem kaiserlichen Monarchen Wilhelm II. demissionieren.[4] Die Arbeiterbewegung hatte einen politisch überwältigenden Triumph auch gegen ihren als Person unnachgiebigsten Widersacher errungen.
Doch galten die Bestimmungen des Ausnahmegesetzes noch bis zum 30. September 1890 fort. Die offene politische Frage bestand in der Rigidität der Herrschaft während der letzten Monate seiner Gültigkeit. Bismarcks Pläne eines Staatsstreichs waren durchkreuzt. Würde der neue Reichskanzler Leo von Caprivi einen „Neuen Kurs" mit Elementen stärkerer Integration statt innenpolitischer Konfrontation einschlagen?

3 Siehe dazu: Wolfgang Schröder u. a.: Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1917, Berlin 1987, S.315f.; Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806-1933, Bonn 2002, S.259; Dieter Fricke: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869-1917, Bd. 2, Berlin 1987, S.720.
4 Siehe Winkler, Weg, S.260.

Plädoyer für Laienrichter und Arbeiterkammern

Doch zunächst benötigten die herrschenden Eliten Zeit, um die politische Niederlage vom Februar 1890 zu verarbeiten. Der neu gewählte Deutsche Reichstag trat erstmals am 6. Mai 1890 zur Eröffnungssitzung seiner 8. Legislaturperiode zusammen.
Der Eröffnungssitzung wohnte Arthur Stadthagen aus gesundheitlichen Gründen nicht bei. Aus seiner polizeilichen Überwachungsakte ergibt sich, dass er am 24. April von einer Blutung befallen worden war, die ihn vierzehn Tage ans Krankenbett fesselte.[5]
Seine erste Erwähnung in den Reichstagsprotokollen findet sich in der Niederschrift der 5. Sitzung vom Dienstag, dem 13. Mai 1890. Stadthagen wurde bei der Konstituierung der „IV. Kommission – für die Rechnungen über den Reichshaushalt" zusammen mit seinem Fraktionsgenossen Max Schippel (1859-1928) in diese Kommission gewählt und zu einem ihrer zwei Schriftführer erkoren.[6] In der 11. Sitzung des Parlaments am 21. Mai 1890 erklärte die Wahlprüfung Stadthagens Wahl für gültig.[7]
In der 13. Sitzung nahm Stadthagen seinen Platz in der „IX. Kommission – zur Vorberathung des von dem Abgeordneten Rintelen eingebrachten Antrags, das gerichtliche Zustellungswesen betreffend" ein und fungierte nachfolgend auch in dieser zeitweiligen Kommission als gewählter Schriftführer.[8] In der am Tage darauf folgenden 14. Sitzung des Reichstages stellte Paul Singer im Namen der Fraktion der Sozialdemokratie den Antrag, die gegen Arthur Stadthagen anhängigen Verfahren wegen Beleidigung und Hausfriedensbruch für die Dauer der laufenden Session des Reichstages einzustellen. Dabei handelte es sich bei ersterer um eine Beleidigungsklage des Bürgermeisters Wagner aus Liebenwalde. Dem Antrag wurde den Gepflogenheiten gemäß entsprochen.[9]
Am 21. Juni 1890 schließlich, in der 23. Sitzung, hielt Arthur Stadthagen seine erste Rede im Plenum des Reichstages anlässlich der Fortsetzung der zweiten Beratung des „Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Gewerbegerichte". Seine Premierenrede trug er zum Paragraf 48 des Geset-

5 Siehe Landesarchiv Berlin (LAB), A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 13183, Bl. 105.
6 Siehe Protokolle über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages: http://mdz.bib-bvb.de/digbib/reichstag/drt/rtb129_151/rtb129/@Generic__BookView;cs=default;ts=default;lang=de, S.54, Zugriff vom 28.4.2009 (künftig zitiert als: Protokolle über die Verhandlungen, Sitzungs- und Seitenangabe).
7 Siehe ebenda, 11. Sitzung vom 21. Mai 1890, S.196.
8 Siehe ebenda, 13. Sitzung vom 10. Juni 1890, S.243.
9 Siehe ebenda, 14. Sitzung vom 11. Juni 1890, S.259f.

zesentwurfes vor, der die „Zuziehung oder Nichtzuziehung der Beisitzer zum ersten Termin“ regeln sollte. In seinen Ausführungen brachte er genau jene Aspekte richterlichen Wirkens zum Ausdruck, die er in vielen Reden während der sozialistischen Wahlkampagnen und vor Gericht immer wieder hervorhob, nämlich die Bedeutung der Laienrichter für eine unabhängigere und gerechtere, an den Interessen der Rechtsuchenden orientierten Rechtsprechung. Im Namen der Fraktion der Sozialdemokratie beantragte Stadthagen die Streichung des Paragrafen 48: „Ich will mich hier nicht auf eine längere Kritik des ganzen Gesetzentwurfs einlassen; nur das glaube ich hervorheben zu müssen, daß wenigstens nach der ausgesprochenen Ansicht vieler Redner hier ein Gericht geschaffen werden soll, auf das einmal der Arbeiter vertrauensvoll sehen kann, und das andererseits aus wirklich sachverständigen Leuten besteht [...] Nach § 48 der Vorlage kann im ersten Termin auch ohne die sachverständigen Beisitzer verhandelt werden, so daß allein der Vorsitzende zu entscheiden hat, der ja meistentheils ein Jurist sein wird“.[10] Er bemängelte, dass eine solche Verfahrenskonstruktion jeden Sach- und Menschenverstand, auf den der rechtsuchende Arbeiter im Konflikt mit dem Arbeitgeber angewiesen sei, mehr oder weniger beiseiteschiebe. Auch hier drückte sich implizit seine Deutung der Berufsjustiz als einer Klassenjustiz aus, die die bestehenden Zustände lediglich fortschreibe.

Außerdem unterzog Stadthagen das alleinige Recht des Vorsitzenden, Vergleiche zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern herzustellen, einer deutlichen Kritik: „Meine Herren, die Vergleichsmühle, die da aufgestellt wird, kann doch unmöglich dadurch Vertrauen schaffen, daß sie die einzig sachverständigen Leute weglassen. Wenn Sie in der That Vertrauen bei den Arbeitern erwecken wollen, wenn Sie in der That die Annahme erwecken wollen, als ob sie ein sachverständiges und schleuniges Verfahren haben wollen, dann glaube ich doch, muß zum mindesten die Bestimmung des Paragrafen 48 aufgehoben werden, durch welche Sie dem Arbeiter die sachverständigen, mit ‚gesundem, gewerblich gebildeten Menschenverstand‘ versehenen Richter entziehen.“ Stadthagen beschloss seine Rede mit der Aufforderung an die Parlamentarier: „Ich bitte Sie, den Paragraph zu streichen und zu zeigen, daß Sie nicht das Recht des Arbeiters schmälern wollen, – der Mann hat ein Recht darauf, sich nicht vergleichen zu müssen, wenn er sich nicht vergleichen will; er hat das Recht, wenigstens zu versuchen, ob er etwas bekommt. Wenn Sie von vornherein sagen: ja, unser Gesetz ist so schlecht, daß du auf dem Pro-

10 Ebenda, 23. Sitzung vom 21. Juni 1890, S.484.

zeßwege kaum etwas bekommen kannst, vergleiche dich auf jeden Fall, deshalb ist ein besonderer Vergleichsparagraph geschaffen, – dann richten Sie doch lieber gar keine Gewerbegerichte ein!"[11] Offenkundig durchschaute Stadthagen als Redner der Gesamtfraktion die Absicht der Regierung, hier nur ein symbolisches Mehr an Gerechtigkeit statt eines substanziellen ins Werk zu setzen.

Ihm widersprach unter anderem der Abgeordnete der Freisinnigen, Eduard Gustav Eberty. Er hielt Stadthagen entgegen, dass gerade die Beisitzer häufig den Konfliktparteien näherstünden als der Vorsitzende, und lehnte dessen Antrag ab. Auch der Deutsch-Konservative Dr. Carl Schier forderte die Zurückweisung des sozialdemokratischen Streichungsantrags. Stadthagen nahm abschließend nochmals das Wort und bekräftigte die Ablehnung des im Paragrafen 48 kodifizierten Vorrechts des Vorsitzenden durch die sozialdemokratische Fraktion. Die anschließende Abstimmung ergab eine Mehrheit für den Regierungsentwurf. Aber Arthur Stadthagen hatte sich mit zwei selbstbewusst vorgebrachten Beiträgen ins Parlamentsgeschehen eingeführt.

Die Fortsetzung dieser Gesetzesdebatte fand am 23. Juni 1890 statt. Arthur Stadthagen sprach in den Verhandlungen über die Paragraphen 49 (Rechtsmittel), 50 (vorläufige Vollstreckbarkeit) und 52 (Auferlegung der Kosten). Der Regierungsentwurf sah als Rechtsmittel die Berufung beim Landgericht vor. Die sozialdemokratische Fraktion hingegen hatte längst eine eigenständige Berufungsinstanz gefordert, nämlich die Schaffung von Arbeiterkammern. Stadthagen bezweifelte den Sinn der Landgerichte als einer adäquaten Berufungsinstanz. Weder würden diese die Rechtsfindung beschleunigen noch würden sie dem Arbeiter als eine Vertrauensinstanz erscheinen: „Die Einsetzung des Landgerichts als Berufungsgericht kommt für den Arbeiter direkt einer Rechtsverweigerung gleich [...] Mit anderen Worten: Sie verschleppen die Rechtsprechung für den Arbeiter auf mindestens ½ Jahr." Da die Schaffung von Arbeiterkammern nicht durchsetzbar war, forderte Stadthagen im Namen der Sozialdemokratie, die Gewerbegerichte selbst zur Berufungsinstanz zu legitimieren oder ansonsten den Paragrafen 49 zu streichen.[12] Für die Abstimmung über diesen Paragrafen formulierte Stadthagen einen Änderungsantrag, in welchem die Gewerbegerichte, in personell anderer Besetzung, Berufungsinstanz werden sollten, und in dem „Nothfristen" bestimmt wurden, die

11 Ebenda, S.484f.

12 Siehe ebenda, 24. Sitzung vom 23. Juni 1890, S.504.

der Beschleunigung des Verfahrens dienen sollten.[13] Sein Änderungsantrag zu Paragrafen 49 wurde mehrheitlich abgelehnt. Die Landgerichte, mit denen Stadthagen ja gerade seine klassenpolitischen Erfahrungen hatte sammeln dürfen, konnten nun im Berufungsfalle eingeschaltet werden. Alle Änderungen zu den Gesetzesparagraphen 50 und 52, die Stadthagen vorgebracht hatte und die auf Abwehr oder zumindest Milderungen von Härten für die Arbeiter abzielten, wurden stets mehrheitlich verworfen. Stadthagen aber dürfte sich als Redner und Jurist im Interesse der Unterprivilegierten einen ersten Namen nun auch im Parlament gemacht haben.

Auch bei der Fortsetzung der Verhandlungen zum Gesetzesentwurf über die Gewerbegerichte beteiligte sich Stadthagen engagiert als Hauptredner der sozialdemokratischen Fraktion an der Debatte. So kritisierte er heftig die im Entwurf vorgesehene Möglichkeit, einen Richter wegen Verletzung seiner Pflichten durch die Staatsanwaltschaft des Amtes zu entheben. Auf die Rolle der sachverständigen Beisitzer am Gewerbegericht bezogen, formulierte er: „Meine Herren, diese Verschiedenheit der Behandlung von Arbeitern und Arbeitgebern seitens der Staatsanwaltschaft hat allerdings etwas theoretisch schmeichelhaftes für den Arbeiter, nämlich das, daß die Staatsanwaltschaft die Ansicht von den Arbeitern hat, sie haben stets das Bewußtsein dessen, was sie thun, und daher, auch wenn sie etwa unrechtes thun, während umgekehrt der Arbeitgeber, wenn er ähnliches thut, außer Verfolgung zu setzen sei, weil ihm der Staatsanwalt dann attestirt, er habe das Bewußtsein von dem, was er thue, nicht gehabt. Diese Ansicht des Staatsanwaltes, die in Konsequenz zu der Annahme führt, daß der Arbeiter ein besseres Verständnis habe als der Arbeitgeber, tritt nur lediglich dann in die Erscheinung, wenn aus diesem besseren Verständnis des Arbeiters eine Unannehmlichkeit für ihn und aus dem Defekt an Verständnis eine Annehmlichkeit für den Arbeitgeber abgeleitet werden soll.“ Stadthagen forderte namens der Sozialdemokraten die Streichung des Absatzes zur Amtsenthebung der Beisitzer aus dem Entwurf; mit der Annahme würden die Reichstagsmitglieder zeigen, „daß Sie eine Fülle des Mißtrauens, eine Fülle der Furcht haben vor dem Gerechtigkeitssinn, vor dem Wahrheitssinn und vor dem ehrlichen Sinn der Arbeiter, die ein Arbeiter – und wer sonst die thatsächlichen Verhältnisse kennt – nicht verstehen kann!“[14] Natürlich lehnte der Reichstag

13 Siehe ebenda, S.510.

14 Ebenda, 28. Sitzung vom 27. Juni 1890, Zitate auf S.636f.

auch diesen im Interesse der Arbeiter gestellten Antrag der Sozialdemokraten mit Mehrheit ab.
Am 29. Juni 1890 erfolgte die Gesamtabstimmung über das „Gewerbegesetz“ im Deutschen Reichstag. Mit der Mehrheit der bürgerlichen Fraktionen wurde es angenommen.[15] Am 2. Juli 1890 fand die letzte Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause statt.

Fortgesetzte Repression und Überwachung

Während der Sommermonate stellte sich die Regierung Caprivi auf die neuen Verhältnisse mit einer erstarkten und selbstbewussten Sozialdemokratie ein. Im sogenannten „Herrfurth-Zirkular“ aus dem Innenministerium, einem ministeriellen Erlass an die Regierungspräsidenten, sind die Vorgaben zum Umgang mit der Arbeiterbewegung während der Phase des Auslaufens des „Sozialistengesetzes“ bis zum 30. September 1890 und für die Zeit danach niedergelegt. So hieß es: „Die Versammlungen der Sozialdemokratie, deren Abhaltung künftig nicht mehr wie bisher, auf Grund des § 9 Abs. 2 a.a.O. [des „Sozialistengesetzes, H. Cz.] verboten werden kann, werden unausgesetzt zu überwachen, die in denselben begangenen Straftaten jedes Mal zur strafrechtlichen Verfolgung zu bringen und diese Versammlungen aufzulösen sein, sobald ein hierfür den bestehenden Vorschriften ausreichender Anlaß gegeben ist.“[16]
Der Kampf gegen die aufstrebende politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung sollte nun ohne „Sozialistengesetz“ mit im Prinzip dem gleichen Arsenal repressiver Maßnahmen fortgeführt werden. Was exakt darunter zu verstehen war, brachte die linksliberale „Volks-Zeitung“ am 11. August 1890 zum Ausdruck: Im „Herrfurth-Zirkular“ werde „die besondere Aufmerksamkeit dieser Beamten darauf gelenkt, „den sozialdemokratischen Ausschreitungen mit Entschiedenheit entgegen zu treten und zu diesem Zwecke von den zu Gebote stehenden Mitteln unter sorgfältiger Einhaltung der gesetzlichen Schranken, innerhalb derselben aber bis an die Grenze des Zulässigen Gebrauch zu machen“. Der Kommentar der „Volks-Zeitung“ kommt zu dem bemerkenswerten Resümee: „[...] uns klingen die Worte noch in den Ohren, mit denen die Freunde des Sozialistengesetzes 1878 ausführten, eine vierjährige Erfahrung habe gezeigt, [...] die repressive Methode schaffe nur Märtyrer und erwecke der

15 Siehe ebenda, 29. Sitzung vom 28. Juni 1890. S.677.
16 Ministerium des Innern, Berlin, den 18. Juli 1890, LAB, A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 13237: Die Bestimmungen der Überwachung der Sozialdemokratie nach Ablauf der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes ./. 1. Oktober 1890, Bl. 1.

Sozialdemokratie immer neue Sympathie im Volke, deshalb sei die ‚präventive Methode' des Ausnahmegesetzes notwendig. Nachdem man zwölf Jahre gebraucht hat, um zu erkennen, daß es damit auch nichts ist, vielmehr diese Methode auch nur das bewirkt, was sie verhindern will, kehrt man zur ‚repressiven Methode' zurück, über deren Widersinn man sich 1878 so klar war. Nun, das ist der Polizeistaat, wie er leibt und lebt."[17]

So erklären sich die unausgesetzten Schikanen, denen sich auch der Rechtsanwalt, sozialistische Reichstagsabgeordnete und Berliner Stadtverordnete Arthur Stadthagen weiterhin ausgesetzt sah. Die Aktenlage erweckt sogar den Eindruck einer intensivierten Überwachung. Als Beispiele sollen das einige Notizen zu seinem chronischen Lungen- und Kehlkopfleiden und zu seinen Wohnsitzen dokumentieren.

So führt der Überwachungsbericht vom 14. November 1890 aus: „Stadthagen ist [...] zur Wiederherstellung seiner Gesundheit fast immer außerhalb Berlins gewesen. Am 12.9. kam er von Reichenhall nach Berlin und fuhr am 14.9. nach der Insel Helgoland, von wo er in der Nacht vom 29. zum 30. d. M. wieder nach Berlin zurückkehrte."[18] Er muss sich des Längeren in Bad Reichenhall aufgehalten haben, denn die Überwachungsakten registrierten einen vom 21. August 1890 datierten Leserbrief, den Stadthagen von seinem bayerischen Kurort an das „Berliner Volksblatt" richtete.[19]

Im Überwachungsbericht vom 4. Februar 1893 heißt es: „Stadthagen Arthur, 25.5.57, Berlin geb. Mitglied des Reichstages ist am 1.2.1893 von Landsberger Straße 62 nach Enkeplatz 2 umgezogen". Der Bericht vom 6. Februar 1893 ergänzte: „[...] hat sich dort im zuständigen Polizeirevier als Schriftsteller angemeldet."[20] Auch wurde Stadthagen weiterhin strafrechtlich verfolgt und belangt.

---

17 Volks-Zeitung, 11.8.1890, LAB, A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 13237, Bl. 5.

18 LAB, A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 13183, Bl. 108.

19 Siehe Berliner Volksblatt, 26.8.1890, LAB, A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 13183, Bl. 106.

20 Ebenda, Bl. 141, 143. Stadthagens Geburtsdatum wurde fehlerhaft angegeben (richtig ist der 23.5.1857). Aus dem wenigen Privaten, das die Quellen über ihn ergeben, seien hier einige exemplarische Informationen eingefügt. Der Abschnitt der Landsberger Straße, in dem sich die Hausnummer 62 befand, lag in der Nähe des Alexanderplatzes und existiert heute nicht mehr, da er nach 1966 überbaut wurde. Unter dieser Adresse wohnte Arthur Stadthagen seit 1886/87. Der Enke-Platz (auch Encke-Platz) lag in Kreuzberg an der alten, später nach Potsdam verlegten Sternwarte. Der Platz wurde um 1900 in die Enckestraße eingegliedert. Siehe Sylvia Lais/Hans-Jürgen Mende (Hrsg.): Lexikon Berliner Straßennamen, Berlin 2004, S.116, 267; Berliner Adressbuch von 1887, http://adressbuch.zlb.de/viewAdressbuch.php?CatalogName=adre2007&ImgId=75974&intImgCount

Wegen der an anderer Stelle gemäß Artikel 31 der Reichsverfassung ausgesetzten Anklagen wegen Beleidigung und Hausfriedensbruchs wurde Arthur Stadthagen zunächst zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt, wogegen er Revision einlegte. In der Revisionsverhandlung wurde er vom Vorwurf des Hausfriedensbruchs freigesprochen, ein Beleidigungstatbestand wurde dennoch gesehen, was zu einer Geldstrafe von 100 Mark führte. Sein erneuter Revisionsantrag wurde verworfen.[21]
Das „Herrfurth-Zirkular" ermöglichte laut höchstrichterlicher Entscheidung auch nach Auslaufen des „Sozialistengesetzes" die strafrechtliche Verfolgung von Verstößen. So wurden vier Berliner Sozialisten noch im Juni 1891 angeklagt, am 1. März 1890, dem Termin der Reichstags-Stichwahlen, Flugblätter für die Sozialdemokratie verteilt zu haben. Sie mussten am 13. Juni 1891 freigesprochen werden; die Verfahrenskosten wurden der Staatskasse auferlegt. Der Anwalt der vier Angeklagten war Arthur Stadthagen. Der berichtende „Vorwärts" mutmaßte denn auch nach diesem als Grundsatzurteil angesehenen Spruch: „Das wird wohl nun der letzte Berliner ‚Wahlflugblatt-Vertheilungsprozeß' gewesen sein."[22] Die Milde der konservativen Justiz dem erfolgreichen, 1892 dann von ihr aus der Rechtsanwaltschaft ausgeschlossenen Stadthagen gegenüber dürfte nach dieser Niederlage kaum gewachsen ein.

Für eine Demokratisierung der Strafprozessordnung 1890 bis 1893

Am 2. Dezember 1890 nahm der Reichstag seine Arbeit wieder auf. Gleich in der ersten Sitzung befasste er sich in erster Lesung mit der Eingliederung Helgolands in das Deutsche Reich. Im „Helgoland-Sansibar-Vertrag" von 1890 hatten sich Deutschland und das Vereinigte Königreich darauf geeinigt, dass Deutschland auf Sansibar verzichtete und dafür von England Helgoland erhielt. Der Gesetzentwurf sah die Eingliederung der Hochseeinsel nach Schleswig-Holstein vor, also in den Herrschaftsbereich Preußens. Stadthagen trat ans Rednerpult und plädierte unter Verweis auf die Geschichte für eine Angliederung Helgolands an das liberalere Hamburg. Sowohl die historischen Beziehungen zu Hamburg als auch die Meinungen der Helgoländer sprächen gegen einen Anschluss

=-1&CatalogCategory=adress&Counter=&CatalogLayer=5, Zugriff vom 29. April 2009. Hier ist Stadthagen verzeichnet unter: Rechtsanw. b. Landger. II.

21 Siehe Vorwärts, 8.11.1894, LAB, A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 13183, Bl. 179.

22 Vorwärts, 14.6.1891, LAB, A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 13237, Bl. 25.

an Schleswig-Holstein. Sein Antrag, den Gesetzesentwurf an eine Kommission zu überweisen, wurde abgelehnt.[23]

In der zweiten Lesung am 4. Dezember 1890 versuchte Stadthagen abermals, die Angliederung Helgolands an Schleswig-Holstein zu verhindern. Diesmal argumentierte er mit den geografischen und gewerblichen Interessen. Preußen als Binnenstaat könne viele, die Interessen einer Hochseeinsel berührende Aspekte wie z. B. das Lotsengewerbe oder den Fährverkehr kaum ausreichend sicherstellen. In einer Replik forderte Stadthagen nochmals die Einbeziehung des Willens der Helgoländer selbst und sprach sich für Hamburg als Hoheitsgebiet aus. Doch wieder einmal obsiegte der Mehrheitswille der bürgerlich-konservativen Kräfte über die Argumente der Sozialdemokraten.[24]

In der dritten Lesung schließlich bekräftigte Stadthagen die Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion, die das Selbstbestimmungsrecht der Helgoländer als unberücksichtigt kritisierte. Der Vertreter der Regierung, Innenminister Karl Heinrich von Boetticher, lehnte diese Position entschieden ab mit dem Hinweis, bislang seien die Helgoländer noch Ausländer, daher müsse das Reich für sie entscheiden, was bilateral mit dem Vereinigten Königreich bereits geschehen sei. Er fügte hinzu: „Im Gegentheil, die Leute wollen Deutsche sein, und sie werden sich, so Gott will, unter deutscher Herrschaft mindestens ebenso wohl fühlen, wie sie es bisher unter der englischen gethan haben.“ Stadthagen monierte, dass das Parlament beim Abschluss des „Helgoland-Sansibar-Abkommens“ schlichtweg von der Regierung übergangen worden sei. Er befürchtete, dass die nicht befragten Insulaner der kaiserlichen Machtpolitik zum Opfer fallen könnten, zumal dann, wenn sie sich pro-britisch äußerten oder verhielten. Stadthagen, der sich ja einige Wochen vorher zur Kur auf der Insel aufgehalten hatte, warf der Regierung vor, allein machtstrategisch zu handeln: „Dem wehrlosen Helgoländer sagt Deutschland, wenn Sie die Vorlage billigen: willst du nicht Deutscher werden, sondern bleiben, was du bist, oder willst du britisch sein, dann wirst du als Ausländer behandelt, und ich gebe dir keine Garantie, daß du von deinen heimatlichen Penaten nicht nur deshalb ausgewiesen wirst, weil ich gegen deinen Willen Helgoland in den Besitz genommen habe und weil ich der Mächtigere, der Stärkere bin: was geht mich dein dir angeborenes natürliches Recht an! Meine Herren, das ist konservativ. (Bravo! Bei den Sozialdemokra-

23 Siehe Protokolle über die Verhandlungen, 33. Sitzung vom 2. Dezember 1890, S.757.
24 Siehe ebenda, 35. Sitzung vom 4. Dezember 1890, S.780.

ten)".[25] Nach der Angliederung ließ das Kaiserreich die Insel vor allem zu einem Hochseestützpunkt ausbauen.

Anscheinend hatte es die Insel dem Abgeordneten so angetan, dass er sich während dreier Lesungen derart aktiv für das Selbstbestimmungsrecht der Helgoländer einsetzte und dabei nicht nur gesetzesimmanent argumentierte, sondern auch verfassungs- und völkerrechtlich. Immer wieder replizierte er auf seine Gegenredner und bewies damit jenen energischen Einsatzwillen, den er auch als Wahlkämpfer 1889/90 gezeigt hatte und zu späteren Zeiten immer wieder als Charaktereigenschaft offenbarte.

Nach zahlreichen weiteren Reden oder Beiträgen kürzerer oder längerer Art hielt Stadthagen schließlich am 16. März 1891 in der 90. Sitzung zum Etatentwurf für die Justizverwaltung seine erste Haushaltsrede. Sie sprühte vor Wortwitz und grundsätzlicher Kritik am deutschen Rechtswesen. Auch hier zeigte sich, wie sehr Stadthagen eine an den Interessen der Rechtsuchenden orientierte Demokratisierung der Rechtsprechung und der Schutz vor Willkür am Herzen lagen. So nahm er die häufig hinter Gesetzesvorhaben und anderen gesetzgeberischen Maßnahmen stehenden Absichten zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung mit beißendem Spott aufs Korn: „Ich kann im Anschluß an das, was neulich der Herr Reichskanzler sagte, daß bei gesetzgeberischen Maßnahmen immer die Rücksicht auf die Sozialdemokratie maßgebend sein solle, daß gewissermaßen also treibende Kraft für die neuen Gesetzesvorlagen die Sozialdemokratie sein solle, wohl der Hoffnung Raum geben, daß der Herr Reichskanzler und der Herr Sekretär der Justiz die Freundlichkeit haben möge, die Strafprozeßordnung, insbesondere die Bestimmungen bezüglich der Untersuchungshaft, daraufhin zu untersuchen, ob es nicht möglich ist, der Forderung der Sozialdemokraten nachzugeben, daß kein Unschuldiger verhaftet wird."[26]

Er konfrontierte die Abgeordneten mit Anspielungen auf das ihm nur allzu vertraute polizeiliche Spitzelwesen und mit dem Missbrauch des Anklagemonopols der Staatsanwaltschaften nach Paragraf 112 der Strafprozessordnung, was zu oft unzumutbaren Untersuchungshaftzeiten für Unschuldige führe, ohne dass diese Rechtsmittel besäßen. Stadthagen belegte das unter anderem mit dem drastischen Beispiel eines Mannes aus Rüdersdorf, der unschuldig in Haft genommen wurde, weil er, körperlich behindert und ärmlich gekleidet, in Berlin als Hausierer tätig gewesen,

25 Ebenda, 37. Sitzung vom 9. Dezember 1890, S.815.
26 Ebenda, 90. Sitzung vom 16. März 1891, S.2081.

von der Polizei aufgegriffen und der Bettelei bezichtigt worden war. Nach vier Tagen Untersuchungshaft ohne Rechtsbeistand sei er „der Tobsucht verfallen, in der er über seine Verhaftung phantasirt.“[27] Stadthagen forderte die Reichsregierung zum Umdenken auf. „Wenn also die Regierung der Ansicht sein sollte, es liege im Interesse der Einwohner, daß sie davor geschützt seien, tagelang und länger in Untersuchungshaft sich zu befinden, so sollte sie die gesetzgeberischen Arbeiten, für die ja hier Mittel bewilligt werden, dazu verwenden, daß möglichst schnell eine Sicherung gegen die Verhaftung Unschuldiger im Gesetz geschaffen wird. Die Hauptsicherung sehe ich darin, daß der Beamte jedes Mal verantwortlich zu machen ist für das Unrecht, für die Nachtheile, die die unberechtigte Verhaftung nach sich gezogen hat.“[28] Er benannte Fälle politisch motivierter Willkür, der beispielsweise Vertreter der Freisinnigen aus Erkner ausgesetzt waren. Ihnen wurde Diebstahl angelastet, welcher sich aber als behördlich gedungen herausstellte. Explizit verlangte Arthur Stadthagen in seiner ersten großen Haushaltsrede, endlich bei der Strafverfolgung den Grundsatz „Im Zweifelsfalle für den Angeklagten“ walten zu lassen. Stattdessen handelten Justiz und Polizei nach dem Prinzip: Was als Recht geschrieben ist, könne keine Willkür sein. Seine Anklage gegen die Klassenjustiz setzte er mit der Schilderung eines sozialrechtlichen Vorfalls fort. „Der § 112 gestattet, jemand zu verhaften, wenn er dringend der That verdächtig und wenn er fluchtverdächtig oder die Spuren der That zu verdunkeln verdächtig ist. Nun haben in Hamburg im vorigen Jahre eine große Zahl von Arbeitern von dem nach dem Gesetze ihnen zustehenden Rechte Gebrauch gemacht, denen ihre Arbeitskraft nicht zu verdingen, die nicht die Löhne zahlen wollten, welche die Arbeiter für angemessen halten, oder, in das staatsanwaltliche Deutsch übersetzt: die Arbeiter ‚streikten‘. Sie wurden von der Polizei in Untersuchungshaft genommen und erkennungsdienstlich fotografiert“. Im Falle eines konservativen Delinquenten wäre das, so Stadthagen, der Polizei sicherlich als Amtsvergehen angelastet worden.[29]

Ohne seinen Namen zu nennen, bezog Stadthagen seine persönlichen Erfahrungen in die kritische Auseinandersetzung mit dem Paragrafen 274 der Strafprozessordnung ein, in dem es um die Anfechtbarkeit von Protokollen ging. 1886 war die Zulassung der mündlichen Aussagen einer analphabetischen Arbeiterin ein Streitfall zwischen Stadthagen und dem

27 Ebenda.
28 Ebenda, S.2082.
29 Ebenda, S.2084f.

Landgerichtsrat Brausewetter gewesen und hatte zu den Ehrengerichtsprozessen versus Stadthagen geführt. Nicht der für das Protokoll verantwortliche Vorsitzende Richter, so Stadthagen im Parlament, sei aber strafrechtlich verfolgt worden, sondern der Anwalt, der das Protokoll als gefälscht beurteilt hatte, weil er die Interessen seiner Mandantin verletzt sah. Am Schluss seiner eindrucksvollen, weil argumentativ und rhetorisch konsistent und zwingend vorgetragenen Rede, kommt ein weiteres Mal Stadthagens Grundanliegen einer Demokratisierung der Rechtsprechung zugunsten der beherrschten Klassen zum Ausdruck: „Aber das, glaube ich, kann der heutige Staat ohne irgendwelche Änderung der Gesellschaftsordnung schon thun, daß er Garantien dafür giebt, daß nicht allzu viel Unschuldige verhaftet werden, ohne daß sie irgend etwas böses gethan haben. Ich glaube, diese Garantie kann die Strafgesetzgebung heute schon dahin geben, daß man nicht Schuldlosen gegenüber mit Verhaftung und Schuldigen oder Unschuldigen gegenüber mit gefälschten Protokollen vorgehe!“ Auch hier vermerkte das Protokoll: „Bravo! Bei den Sozialdemokraten.“[30]

In der folgenden Debatte warfen Stadthagens Nachredner ihm natürlich vor, pauschal die Justiz der Willkür geziehen zu haben, kamen aber um das Eingeständnis nicht herum, dass es in der Rechtspraxis Fehler in der Handhabung der Rechtsvorschriften geben könne. Wie weit das seinerzeit herrschende Rechtsdenken von einer Unschuldsvermutung und von einer Demokratisierung entfernt und wie sehr es dem Standesdünkel verhaftet war, verdeutlicht die Replik des Abgeordneten Adolf Gröber (Zentrum), selbst Richter, auf Stadthagen: „Meine Herren, eine Garantie dafür zu übernehmen, daß gar keine unschuldige Person jemals in Haft genommen werden kann, die kann kein Staat leisten, oder höchstens ein Idealstaat, in dem die Richter ganz vollkommene Menschen sind, oder vielmehr, in dem alle Menschen so vollkommen sind, daß man keine Richter mehr braucht [...] Ich glaube, der Herr Abgeordnete Stadthagen hätte die Pflicht gehabt, wenn er nach außen den Richterstand zu diskreditiren sucht, dafür mehr Material beizubringen, als so ein paar kleine Fälle, die gegenüber den Tausenden von Fällen, in welchem jährlich die Untersuchungshaft verhängt wird, gar nicht in Betracht kommen sollten.“[31] Schon dieses Zitat präsentiert die Empfindlichkeit der etablierten Justiz gegen Kritik aus den eigenen Reihen, zumal wenn sie sowohl juristisch als auch politisch vorgetragen und verkörpert wurde. Gröber tat

30 Ebenda, S.2086.
31 Ebenda, S.2087.

Stadthagens Ausführungen mit einem Gestus ab, der den Sozialisten als unerfahrenen und böswilligen Nestbeschmutzer darstellen sollte.
Derart provoziert, meldete sich Stadthagen abermals zu Wort und wies fulminant alle schulmeisternde Kritik zurück. Er wiederholte seine Forderung nach einer zivilen Verantwortlichkeit der Polizeibeamten mit der Konsequenz, dass Fehlverhalten im Sinne des Rechtsweges und des Dienstrechtes geahndet würde. Zum Ende seiner Rede stellte Arthur Stadthagen die wesentlichen Eckpfeiler seines Rechtsdenkens als der Alternative zur herrschenden Klassenjustiz dar. Besäße die Sozialdemokratie die Möglichkeiten dafür, „dann würde allerdings die gesammte Strafprozeßordnung ein anderes, der Gerechtigkeitsidee entsprechendes Gesicht bekommen: wir würden z. B. mit den Staatsanwälten sämmtlich aufzuräumen haben, mit dem Monopol, anzuklagen, mit dem gelehrten Richterstande u.s.w.; wir würden wirkliche Volksgerichte installiren müssen anstatt der heutigen Schöffen- und Schwurgerichte u.s.w. Ich bin heute nicht so weit gegangen, sondern ich habe heute nur einen kleinen begrenzten Kreis hervorgehoben, und ich meine, diesbezüglich einen besonderen formellen Gesetzesvorschlag vorzubringen, liegt keine Veranlassung vor; es genügt mir, vorläufig die Sachen als Material zur Erwägung gegeben zu haben.“[32]
In den darauf folgenden zwei Jahren der 8. Legislaturperiode, deren letzte Sitzung am 6. Mai 1893 stattfand, trat Stadthagen sehr häufig ans Rednerpult, um für die Fraktion der SPD zu sprechen. Dabei ergriff er in der Regel während einer Debatte nicht nur einmal das Wort, sondern nutzte das Mittel der Replik häufig, teils, um die Argumentation zu bekräftigen, teils, um sich gegen persönliche Angriffe offener oder versteckter Natur zu wehren.

In der Haft verfasst: „Das Arbeiterrecht“

Am 15. Juni 1893 wählte die wahlberechtigte Bevölkerung des Deutschen Reiches die Abgeordneten des neuen Reichstages. Im Wahlbezirk Potsdam 6/Niederbarnim eroberte Arthur Stadthagen zum zweiten Mal das Reichstagsmandat für die SPD. Zwar musste er auch diesmal in die Stichwahl, nachdem im ersten Wahlgang 17.044 Stimmen (1890: 13.362) noch nicht zur absoluten Mehrheit gereicht hatten. Aber im zweiten Wahlgang brachten ihn 18.710 Stimmen in das Parlament zurück. Die Sozialdemokratie insgesamt gewann gegenüber 1890 rund 360.000 Stim-

32 Ebenda, S.2088.

men hinzu und steigerte sich auf einen Prozentanteil von 23,2 gegenüber 19,7 im Jahre 1890. Ihre Fraktion bestand in der 9. Legislaturperiode aus 44 statt 35 Abgeordneten.[33]

An der Eröffnungssitzung am 4. Juli 1893 nahm Stadthagen noch teil. Jedoch begann nun eine Phase, in der er nirgends in den Protokollen erwähnt ist. In der 12. Sitzung am 4. Dezember 1893 teilte der Stellvertreter des Reichskanzlers von Boetticher dem Reichstag dann mit, dass für die Dauer der Sitzungsperiode die laufenden Strafverfahren gegen Stadthagen und andere Abgeordnete eingestellt worden seien.[34] Zur 25. Sitzung am 12. Januar 1894 vermerkte das Protokoll: „Entschuldigt ist der Abgeordnete Herr Stadthagen, welcher wegen zwingender Behinderung aus der Rechnungskommission zu scheiden wünscht. – Hiergegen wird nichts eingewendet.“[35]

Die Gründe für diese Abwesenheit liegen in den fälligen Verbüßungen der gegen Arthur Stadthagen verhängten Strafen. Nachdem die erste Sitzungsperiode der 9. Legislatur nach dem 15. Juli 1893 in die Sommerpause gegangen war, hatte sich die Klassenjustiz ihren wohl schärfsten Kritiker vorgenommen und einige anliegende Verfahren abgearbeitet. So notierte der Überwachungsbericht der Berliner Polizei am 23. Dezember 1893 für den 20. Dezember, dass Stadthagen seinen Wohnsitz vom Berliner Enkeplatz 2 nach Hamburg verlegt habe.[36] Dass es sich hierbei keineswegs um einen Wohnungswechsel ziviler Natur handelte, offenbarte der „Vorwärts“ am 22. Mai 1894 unter der Rubrik „Lokales“: „Genosse Arthur Stadthagen kehrt am heutigen Tage wieder in die vielberühmte deutsche Freiheit zurück. Fünf Monate sind verflossen, seitdem er wegen Beleidigung [...] in der Raboiserwache in Hamburg Quartier nehmen mußte [...] Wir und mit uns die Genossen von Berlin und Umgegend rufen unserm wackern Stadthagen ein herzliches Willkommen! zu. In den ersten Tagen des Juni hoffen wir unseren Genossen in Berlin wiederzusehen.[37]

Bevor Stadthagen seine Haft verbüßen musste, fiel in die parlamentarische Sommerpause 1893 ein Ereignis, dass für die Berliner Sozialdemokratie von herausragender Bedeutung war, nämlich der Deutschlandbesuch Friedrich Engels, zu dessen Ehren am 22. September 1893 eine große Festveranstaltung in den Concordia-Festsälen organisiert wurde.

33 Siehe Fricke, Handbuch, S.720.
34 Siehe Protokolle über die Verhandlungen, 12. Sitzung vom 4. Dezember 1893, S.250.
35 Ebenda, 25. Sitzung vom 12. Januar 1894, S.597.
36 Siehe LAB, A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 13183, Bl. 164.
37 Vorwärts, 22. Mai 1894, LAB, A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 13183, Bl. 171.

Auch Arthur Stadthagen nahm an vorderer Stelle an der Ehrung des Gründervaters der deutschen Arbeiterbewegung teil.[38]

Seine parlamentarischen Aktivitäten hätte Stadthagen nach der Verbüßung der Haft in Hamburg frühestens in der Wintersitzungsperiode wieder aufnehmen können, denn am 19. April 1894 fand die letzte Sitzung vor seiner Freilassung statt. Doch pünktlich zu Beginn der Wintersitzungsperiode meldete die polizeiliche Überwachung am 5. Dezember 1894: „Der Stadtverordnete, Mitglied des Reichstages, Arthur Stadthagen, Potsdamer Straße 29 bei Jacob wohnhaft, ist am 30. November 1894 betreffs Abbüßung einer 4 monatlichen Gefängnisstrafe [...] eingeliefert worden.“ Diesmal saß er in Plötzensee ein.[39]

Während dieser Haftzeiten, die ihm die Wahrnehmung seines Mandates unmöglich machten, vielleicht bewusst gerade darauf abzielten, wird er sein Hauptwerk „Das Arbeiterrecht“ verfasst haben. Man kann es sich gut vorstellen, wie Arthur Stadthagen während seiner beiden Haftzeiten ab Ende 1893 akribisch die die Arbeiterschaft betreffenden relevanten Rechtsvorschriften notierte und dokumentierte, um daraus abschließend ein Buchmanuskript zu entwickeln. Wann er exakt mit dieser Arbeit begann, ist noch nicht datierbar und kann daher nur vermutet werden. Dass sich sein Buch absolut auf dem aktuellen Stand des geltenden Rechts befand, ergibt sich aus den Darlegungen, die bis ins Jahr 1895 hineinreichen.[40]

Beim „Arbeiterrecht“ handelt es sich sowohl um ein Lehrbuch als auch um einen Ratgeber in konkreten Fällen. Der Rechtsuchende konnte sich im Stichwortregister den ihn betreffenden Rechtsgegenstand heraussuchen und fand dann praxisorientierte Hinweise Stadthagens. Viele Beispiele waren so abgefasst, dass praktisch nur noch der Name und das Datum einzusetzen waren, was den Arbeitern eine wirklich große Hilfe bot.

Vielfach brachte Stadthagen seine sozialistische Grundhaltung in Fußnoten oder Kommentaren zum Ausdruck, sodass die konkreten Rechtshilfen eingebettet waren in eine systemüberwindende Konzeption.[41]

---

38 Siehe Friedrich Engels – eine Biographie, Berlin 1970, S.596; Schröder u. a., Geschichte, Bd. 1, S.377.

39 LAB, A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 13183, Bl. 181.

40 Siehe z. B. Stadthagen, Arbeiterrecht, 1895, S.235: Stand der Gewerbegerichte vom 1. Oktober 1895.

41 Siehe ebenda, S.85: Zum Kapitel „Lohn und Lohnhöhe“ lesen wir als Fußnote: „Die Höhe des Lohnes selbst richtet sich nach wirthschaftlichen Grundsätzen, deren Darlegung in diesem Buch zu weit von seinem Zweck abführen würde, die wohl auch als dem

In seiner Auseinandersetzung mit dem Akkordlohn als eines Mittels zur Verschärfung der Konkurrenz unter den Arbeitern selbst betonte er: „Je mehr das Interesse der Unternehmerklasse dazu drängt, den Akkordlohn zur vortheilhaften Ausnutzung der Arbeiter einzuführen, desto größer ist nach all dem die Pflicht des einzelnen Arbeiters, sich in Gewerkschaften mit seinen Fachgenossen zu vereinigen, um durch gemeinsames Vorgehen aller Fachgenossen wenigstens einen Akkordtarif zu erringen, der möglichst günstige Bedingungen enthält.“[42]
Vor dem Erscheinen der Gesamtschrift hatte Stadthagen bereits einzelne Kapitel auszugsweise als Hefte publiziert, wie der „Vorwärts“ vom 22. Dezember 1895 berichtete. Das Gesamtwerk wurde in der Zeitung mit folgenden Bemerkungen gewürdigt: „Der Konflikt der Interessen ist der Schöpfer der rechtlichen Ordnung, eine veränderte Szenerie der Interessen und das Rechtsgefühl ist ein anderes geworden. Diese Gedanken an der Hand der einzelnen Rechtssätze in großem Stil durchgeführt zu haben ist das Verdienst Stadthagen's. Wenn der deutsche Reichstag sich jetzt anschickt, an die Berathung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches heranzutreten, so sollte er den Standpunkt, welchen Stadthagen einnimmt, nicht außer Acht lassen. Nur auf diese Weise können die Interessen derjenigen Volksgruppen, welche mehr als vier Fünftel der gesamten Nation umfassen, die Interessen der besitzlosen Volksklassen wenigstens einigermaßen in dem neuen Gesetzbuch zum Ausdruck kommen.“[43]

Stadthagen und das „Bürgerliche Gesetzbuch“

Die Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches stellte einen Höhepunkt der parlamentarischen Arbeit Arthur Stadthagens dar.[44]
Das Bürgerliche Gesetzbuch ging einher mit der Reichsgründung von 1871, als der Reichseinheit auch die Aufhebung der Vielstaaterei des

---

Arbeiter bekannt vorausgesetzt werden dürfen. Es genüge der Hinweis, daß der Lohn aller Arbeiter dem Werth einer Anzahl von Lebensmitteln gleichkommt, die erforderlich ist, um die Arbeiterklasse als arbeitende Klasse dem Unternehmerthum zu erhalten“, womit er allgemeinverständlich die Basis der Marxschen Mehrwerttheorie referierte.
42 Ebenda, S.87.
43 Vorwärts, 22. Dezember 1895, LAB, A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 13183, Bl. 240.
44 „Die Beratung und Annahme des Bürgerlichen Gesetzbuches fiel in die Zeit, in der Stadthagen die Monopolstellung als Jurist der Fraktion innehatte. Die Mitwirkung daran war seine parlamentarische Hauptleistung“, urteilte Ernest Hamburger: Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit, 1848-1919, Tübingen 1968, S.482.

Rechts folgen sollte. Der Bundesrat berief am 2. Juli 1874 eine „Erste Kommission“ zur Vorbereitung des Bürgerlichen Gesetzbuches ein, die fast ausschließlich aus Ministerialvertretern bestand. Der Entwurf aus den Händen dieses erlauchten Kreises wurde am 31. Januar 1889 vom Bundesrat zur Veröffentlichung beschlossen. Kritiker tadelten die zu einseitige Orientierung am römischen Recht, die volksfremde Gelehrtensprache und die sozialpolitische Rückständigkeit.[45]

So beschloss der Bundesrat am 4. Dezember 1890 die Einsetzung einer „zweiten Kommission“ zur Überarbeitung des heftig kritisierten ersten Entwurfs. Diese Kommission bestand diesmal nicht ausschließlich aus nichtöffentlich tagenden Fachleuten, sondern bezog zusätzlich die dem Gesetzeswerk prinzipiell positiv gegenüberstehenden Parteien der Deutschkonservativen, der Nationalliberalen, der Freisinnigen und des Zentrums sowie einige Interessenvertreter der Wirtschaft, des Landbesitzes und der Wissenschaft in die Beratungen ein. Am 21. Oktober 1895 gelangte der überarbeitete Entwurf in den Bundesrat, der ihn am 11. Januar 1896 annahm. Reichskanzler Chlodwig von Hohenlohe brachte ihn nun am 17. Januar 1896 in den Reichstag ein, der ihn zu einigen wenigen Fragen erneut heftig debattierte. „Der Widerstand der Sozialdemokraten gegen den das Eigentum und die Vertragsfreiheit sichernden Entwurf war vorauszusehen. Doch drohte ihm auch der Widerstand des Zentrums, vor allem wegen der liberalen Regelung des Eherechts [...] Die Sozialdemokraten sprachen sich vor allem gegen das ihrer Ansicht sozial rückständige Dienstvertragsrecht aus.“[46]

Erneut wurde eine Kommission zur Klärung der letzten strittigen Fragen eingesetzt, in der mit Arthur Stadthagen und dem Hamburger Karl Frohme[47] erstmals auch zwei Vertreter der SPD mitarbeiteten. Es gelang ihnen, an der Ergänzung einiger sozialrechtlich motivierter Verbesserungen mitzuwirken.

Am 12. Juni 1896 schloss diese Reichstagskommission ihren Bericht ab; die Zweite Lesung erfolgte vom 19. bis 27. Juni 1896. Am 1. Juli 1896 schließlich beschloss der Deutsche Reichstag mit 222 gegen 48 Stimmen bei zehn Enthaltungen das Bürgerliche Gesetzbuch, das am 1. Januar 1900 in Kraft trat. Die 44 Abgeordneten der SPD stimmten geschlossen gegen das Gesetz. In einer heftigen internen Fraktionsauseinandersetzung

---

45 Siehe Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 5, Stuttgart 1975, S.273f.

46 Ebenda, S.275f.

47 Zu Karl Frohme (1850-1933), dem ehemaligen Lassalleaner und späteren Reformisten siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Frohme, Zugriff vom 4. Mai 2009.

hatte die SPD um ihr Verhältnis zu diesem neuen Gesetzeswerk gerungen.[48] Die erreichten Verbesserungen am Gesetzeswerk gingen ihr am Ende nicht weit genug, legten aber ein Grundproblem der Politik der SPD offen, nämlich die Frage, in welcher Weise sie sich nicht nur agitatorisch im Reichstag betätigen, sondern im Interesse der Arbeiterschaft konkret an Gesetzesprozessen mitarbeiten solle, was natürlich auch die Möglichkeit der Zustimmung nach sich zog. Denn in den Jahren nach 1893, dem Beginn der „Revisionismusdebatte", definierten die marxistischen Kräfte Sozialreformen kritisch als Mitarbeit am bürgerlichen Staat und als den Versuch, die Arbeiterklasse in jenen zu integrieren, die Revisionisten hingegen maßen der transformatorischen Zielsetzung des Sozialismus eine geringere Bedeutung zu.

Arthur Stadthagen selbst nahm hier offensichtlich als Marxist eine Mittelposition ein. Robert Wheeler charakterisierte Stadthagen in seiner Untersuchung „USPD und Internationale" als einen Charakter, der „seinen Idealismus mit einem starken Zug zum Pragmatismus verband".[49] Dabei zeigt eine abschließende Betrachtung der in jener Zeit gültigen sozialistischen Programmatik, dass sich Arthur Stadthagen in vollem Einklang mit den sozialdemokratischen Grundsätzen befand. Inwieweit er sie sogar im rechtspolitischen Sinne geprägt oder mitgestaltet hat, ist eine Frage, die in Zukunft noch erörterungswürdig sein dürfte.

Im Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, beschlossen auf dem Vereinigungskongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vom 22. bis 27. Mai 1875, finden sich nur knappe Ausführungen zu den Rechtsvorstellungen der deutschen Sozialisten, die allerdings durchaus aufschlussreich sind: „Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates: [...] 5. Rechtssprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege [...] Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft: [...] 6. Schutzgesetze für

48 Siehe Huber, Verfassungsgeschichte, S.277; Staatslexikon, im Auftrag der Görres-Gesellschaft unter Mitwirkung zahlreicher Fachleute hrsg. von Hermann Sacher, Fünfte, von Grund aus neubearbeitete Auflage, Erster Bd., Freiburg im Breisgau 1926, S.1132. August Bebel berichtete über eine erste Abstimmung, bei der sich von lediglich 23 anwesenden SPD-Abgeordneten 14 für die Annahme des BGB ausgesprochen hätten, darunter Arthur Stadthagen, Karl Frohme und Ignaz Auer, wohingegen Bebel und Paul Singer gegen die Annahme votierten. Bebel schrieb von Krach und von erregten Debatten, August Bebel an Victor Adler, Berlin, d. 28. Juni 1896, in: Victor Adler: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, Wien 1954, S.210.

49 Robert Wheeler: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt/Main-Berlin-Wien 1975, S.34.

Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz."[50] Zur Zeit der Abfassung dieses bedeutenden Dokuments der deutschen Arbeiterbewegung befand sich Stadthagen noch als Schüler am Berliner Friedrichs-Gymnasiums, als Anwalt und Wahlkämpfer hat er später viele dieser Forderungen aktiv berücksichtigt und für deren Realisierung gewirkt.

Das Programmdokument, das die politische Arbeit der Sozialdemokratie in den folgenden Jahrzehnten begleitete, das „Erfurter Programm" von 1891, fiel mit Stadthagens Aufstieg zum Rechtslehrer und Rechtspolitiker der Arbeiterbewegung zusammen. Bekannterweise wurde der theoretische Bestandteil des Programms von Karl Kautsky, sein handlungsbezogener Programmteil von Eduard Bernstein formuliert. In diesem Abschnitt, der im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft die nächstliegenden Ziele der Arbeiterbewegung auf dem Wege der Transformation der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft fixierte und damit eine Dialektik von praktischer Politik und sozialistischer Perspektive widerspiegelte, die später durch die Dominanz des Reformismus aufgelöst wurde, lesen wir unter Punkt 8: „Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe."[51]

Man kann aus diesen Formulierungen zwar nicht schlussfolgern, dass Eduard Bernstein sie von Stadthagen übernommen oder mit ihm abgesprochen hatte, aber durchaus annehmen, dass sie in dessen Sinne verfasst wurden. Denn der Anwalt der Armen und Rechtslehrer der deutschen Arbeiterbewegung jener Jahre Arthur Stadthagen stand mit seinem Wirken, mit seinen Konflikten mit der Klassenjustiz und mit seinem praktischen Engagement für die Unterprivilegierten der Klassengesellschaft mit seiner ganzen Persönlichkeit für diese Forderungen des „Erfurter Programms" der Sozialdemokratie in der Phase ihres Aufstiegs.

---

50 Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, hrsg. und eingeleitet von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, 3. Aufl., Bonn 1990, S.179.
51 Ebenda, S.188.

Organisierte Spontaneität: Klassenkampf, Arbeiterautonomie und Räte in Italien[1]

Gigi Roggero

Arbeiterräte haben eine lange Geschichte. Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurden sie eine politische Alternative zu den Organisationsformen Partei und Gewerkschaft. In Italien nahmen in den 60er- und 70er-Jahren diese Formen der Arbeiterselbstorganisation stark zu. Dies war Ausdruck einer Arbeiterautonomie („Autonomia operaia") und der Kämpfe eines neuen Typs von Arbeiter – des Massenarbeiters („operaio massa). In der Theorie und Praxis des Operaismus („Operaismo") bedeutete die Arbeiterautonomie nicht einfach eine Reproduktion der traditionellen Themen der Arbeiterrätebewegung, wie der Forderung nach Politik von unten oder der Begeisterung für Klassenspontaneität. Sie war Ausdruck eines neuen Verhältnisses zwischen Organisation und Spontaneität oder auch eine organisierte Spontaneität. Der Leninsche Ansatz über das Verhältnis von Partei und *Räten* wurde neu gefasst: Strategie ist Sache der Klasse, Taktik Sache der Partei. Dieser Gedanke beruhte auf der neuen Zusammensetzung der Klasse, genauer gesagt auf dem konfliktreichen Verhältnis zwischen der kapitalistischen Rangordnung in der Arbeiterschaft und Prozessen der Subjektivierung einerseits sowie dem Kampf innerhalb der und gegen die Produktionsbeziehungen andererseits.
Dieser Artikel analysiert theoretische Fragen im Zusammenhang mit der Arbeiterselbstorganisation in den Klassenkämpfen im Italien der 1960er- und 1970er-Jahre. Es wird versucht, diese Themen im heutigen Kontext, in Verbindung mit der veränderten Zusammensetzung der lebendigen Arbeit, neu zu denken: Können Arbeiterräte eine Form autonomer Arbeiterorganisation sein?

Am 7. Juli 1962 wurde die größte Industriestadt Italiens Turin zum Schauplatz einer großen Arbeiterrevolte. Am Morgen hatten die Metallarbeitergewerkschaften FIOM-CGIL und FIM-CISL zum Streik zwecks Unterstützung der seit Juni andauernden Kämpfe bei der wichtigsten

---

1 Aus: Working USA: The Journal of Labor and Society, Boston/Massachusetts d Oxford/UK, H. 2/Juni 2010, S.201-211. Nachdruck und Übersetzung des redaktionell bearbeiteten und geringfügig gekürzten Textes erfolgen mit freundlicher Genehmigung des Autors und der Redaktion von „Working USA".

italienischen Autofabrik Fiat aufgerufen. Sie waren die zwei wichtigsten Gewerkschaften der Metallarbeiter; die erstere stand in der Tradition der Italienischen Kommunistischen Partei (PCI), die letztere in der Tradition der katholischen Soziallehre. Die Teilnahme am Streik war enorm. Während des Nachmittags verbreiteten sich die Nachrichten schnell: Zwei weitere bei FIAT vertretene Gewerkschaften, der Metallarbeiter-Gewerkschaftsbund UILM-UIL (in republikanischer Tradition) und SIDA (eine „gelbe Gewerkschaft", d. h. eine von den Bossen gegründete und unterstützte) hatten ein separates Abkommen mit der Fiat-Führung unterzeichnet. Die Arbeitenden strömten zum Piazza Statuto, dem großen zentralen Platz der Stadt, an dem sich das Büro der UIL befand. Eine lange Konfrontation mit der Polizei begann, Steine wurden gegen Fenster geworfen und das Gewerkschaftsgebäude angegriffen, was zu einem drei Tage währenden Aufstand führte. Mehr als 1.000 Leute wurden verhaftet und viele durch die Polizisten der berühmt-berüchtigten „celere" (Sondereinsatzkommandos) verletzt.

Schon bald schrieb die Revolte auf dem Piazza Statuto Geschichte – als Symbol des Vormarsches und der Macht einer neuen Form von Arbeit sowie des *Massenarbeiters*, d. h. des ungelernten Arbeiters in der taylorisierten Fabrik, der am Fließband steht und eine sich stets wiederholende, entfremdete Tätigkeit vollzieht.

Die PCI und die CGIL diffamierten die Aufständischen sofort als Schläger, Rowdys und Provokateure. Sie beschuldigten die kämpfenden Arbeiter und Arbeiterinnen, von den Bossen bezahlt zu werden, um Stunk gegen den demokratischen Aushandlungsprozess bei Fiat zu machen. Es wurde gar behauptet, sie gäben nur vor, Arbeiter zu sein. Diese Beschuldigung hatte ihre Ursache unzweifelhaft in dem paranoiden Laster der Linken, der „dietrologia" (Verschwörungstheorie), d. h. der Suche nach geheimen Motiven hinter dem politischen Geschehen. Wenn es, wie in diesem Falle, eine Revolte gibt, die direkt von den Arbeitenden und ohne deren Repräsentanten organisiert ist, dann wähnen die traditionellen linken Organisationen sofort geheime Gründe oder gar finstere Pläne und Verschwörungen am Werke. Den Arbeitern und Arbeiterinnen werden autonome Handlungsfähigkeit abgesprochen, angeblich seien nur die Partei oder die Gewerkschaft in der Lage, deren Kämpfe zu organisieren.

Anhand des Beispiels der Piazza Statuto lässt sich jedoch auch noch etwas anderes verdeutlichen. In dem offiziellen Verdammungs-Kommuniqué sind besonders die von der PCI und der CGIL angeführten Gründe interessant: Das Hauptargument ist, dass die Aufständischen keine Arbeiter sein könnten, weil sie nicht wie Arbeiter aussähen. Ihr Benehmen, ihre

Kleidung, gar ihre Haarlänge seien nicht die von Arbeitern. Außerdem seien sie zu jung, um Metallarbeiter zu sein.
Das genau ist der Punkt. Jenseits aller „dietrologia" war das zentrale Problem, dass die traditionellen Institutionen der Arbeiterbewegung dem Phänomen der neuen Klassenzusammensetzung mitsamt neuen Subjekten und neuen Verhaltensweisen, neuen Bedürfnissen und neuen Konfliktformen mit vollständigem Unverständnis begegneten. Sowohl beim Schreiben ihrer Kommuniqués als auch bei der Arbeit in den Betrieben waren sich die kommunistische Partei und die Gewerkschaften zwar sehr wohl des Verschwindens einer bestimmten Arbeiterfigur bewusst, nämlich der des Arbeiters, der stolz auf seine Arbeit ist und ein starkes Arbeitsethos hat. Sie hatten jedoch die neue Form kollektiver Subjektivität nicht verstanden. Die alte Figur des Arbeiters verschwand in der taylorisierten Fabrik nicht vollständig, vom politischen Standpunkt aus gesehen war sie aber nicht länger zentral. „Massenarbeiter" war der Name eines neuen streitbaren Subjekts, das in der Zusammensetzung der Klasse nun wichtiger wurde und eine Herausforderung für die Organisationsformen der traditionellen Arbeiterbewegung darstellte.

Operaismo und Conricerca

Die Revolte auf dem Piazza Statuto führte zum Bruch innerhalb der „Quaderni rossi" („Rote Notizbücher"), einer militanten Arbeiterzeitung. Deren Gründung hatte 1961 in Turin die Geburt des Operaismus markiert, einer auf Neulektüre von Marx basierenden, gegen die orthodoxe marxistische Tradition gerichteten, revolutionären theoretischen und politischen Praxis.[2] Seit dem Ende der 50er-Jahre hatten in vielen Fabriken „militante Untersuchungen" eingesetzt, mit deren Hilfe die neue Qualität des Kampfes und des Verhaltens der Arbeiter im Prozess der Massenindustrialisierung, die zweifelsohne das soziale und wirtschaftliche Leben in Italien verändert hatte, erkundet wurden. Wie sich zeigte, hatte die PCI ihre in den Nachkriegsjahren zentrale Stellung als Instanz der politischen Intervention in den Fabriken verloren: Ihre Strategie war es,

2 Zum Operaismus siehe auch Guido Borio/Francesca Pozzi/Gigi Roggero: Futuro anteriore. Dai „Quaderni rossi" ai movimenti globali: ricchezze e limiti dell'operaismo italiano, Roma 2002; Dies. (Hrsg.): Gli operaisti, Roma 2005; Steve Wright: Storming Heaven. Class Composition and Struggle in Italian Autonomist Marxism, London 2002; Giuseppe Trotta/Fabio Milana (Hrsg.): L'operaismo degli anni Sessanta. Dai „Quaderni rossi" a „Classe operaia", Roma 2008; Sandro Mezzadra: Italy, Operaism and Post-Operaism, in Immanuel Ness (Hrsg.): The International Encyclopedia of Revolution and Protest, Oxford 2009, S.1841–1845.

einen Konsens der Mittelklassen anzustreben, um eine neue nationalpopulistische Partei aufzubauen und den „italienischen Weg zum Sozialismus“ zu gehen. Außerdem vertrat sie die Idee, die Arbeiterklasse irreversibel in das kapitalistische System zu integrieren, weswegen sie auch kein revolutionäres Subjekt mehr war.

Als die FIOM-CGIL bei den Gewerkschaftswahlen bei Fiat 1953 Terrain verlor, war diese Idee zu einem Teufelskreis geworden: Die kommunistischen Kader gaben die strategische Intervention in den Fabriken auf und schwächten damit die offiziellen Organisationen der Arbeiterbewegung; diese Schwächung verursachte wiederum das Aufgeben der strategischen Interventionen in den Fabriken.

In dieser Situation versuchten die „Quaderni rossi“, den aktuellen Zustand der Entfremdung der Arbeiterklassen zu wenden: Junge Forscher und Aktivisten (sogenannte Militante) bewegten sich in eine der bisherigen Politik der Arbeiterbewegung entgegengesetzte Richtung und setzten strategisch auf das Potenzial der neuen Fabrikarbeiter. Zur gleichen Zeit unterhielt die Zeitschrift eine enge Beziehung zum linken Flügel der Gewerkschaft CGIL. Aber die Revolte auf der Piazza Statuto im Sommer 1962 war der Wendepunkt in der spannungsreichen Beziehung der beiden politischen Geisteshaltungen: Die eine Seite fokussierte auf die Dringlichkeit eines politischen Experiments in Sachen autonomer Arbeiterorganisation; die andere hatte das Ziel, die politische und gewerkschaftliche Kultur und Praxis der Institutionen der Arbeiterbewegung zu erneuern. Beabsichtigt war zwar ein Konflikt, nicht jedoch ein Bruch. Die verschiedenen Haltungen verursachten schließlich aber doch die Spaltung.

Man könnte natürlich den Bruch auch im Hinblick auf unterschiedliche Vorstellungen von einer „militanten Untersuchung“ als eines politischen Mittels interpretieren und die Verwendung unterschiedlicher soziologischer Paradigmen und wissenschaftlicher Instrumente hinterfragen. Dabei würde jedoch die eigentliche Zielsetzung infrage gestellt, nämlich die Verlagerung der Wissensproduktion hin zu den existierenden Institutionen der Arbeiterbewegung, um diese zu verändern. Es bestand nämlich die Gefahr, dass sich die altbekannte Kluft zwischen politischer und intellektueller Arbeit vertiefen würde, die ja die Grundlage des Repräsentationssystems ist.

Die vom Operaismus entwickelte „militante Untersuchung“, die „Conricerca“, zielte darauf ab, diese Trennung aufzuheben und so die Produktion von Wissen unmittelbar zur Produktion von Subjektivität und Organisation zu machen. Sie wurde von militanten Forschern und Arbeitern gemeinsam entwickelt, von Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten

und unter verschiedenen Lebensbedingungen, aber vereint im Ziel, den Hierarchisierungsprozessen des kapitalistischen Systems etwas entgegenzusetzen. Diese „Conricerca“ wurde zu einer politischen Praxis, die jenseits der äußeren Formen der Repräsentation einen gemeinsamen Prozess der Selbstorganisierung von Klassen in Gang bringen wollte. Darin lag und liegt der wesentliche Unterschied zur traditionellen Arbeitssoziologie. „Conricerca“ war eine neue politische Praxis, die auch der neuen Zeitschrift „Classe operaia“ („Arbeiterklasse“) zugrunde lag, welche schließlich aus dem Bruch mit den „Quaderni rossi“ hervorging.

Klassenzustand

Eine neue Ära des Klassenkampfes begann. Die Arbeiter hatten sie den Kapitalisten durch die objektive Gewalt ihrer organisierten Macht in den Fabriken aufgezwungen. Die Macht des Kapitals schien stabil und massiv; die Waagschalen schienen sich zuungunsten der Arbeiter zu neigen. Jedoch genau an dem Punkt, an dem die Macht des Kapitals am stärksten schien, offenbarte es Angst vor der bedrohlichen Arbeiterklasse.[3]
Dies waren die Bedingungen, unten denen 1964 der Startschuss für die Zeitschrift „Classe Operaia“ fiel. Ihr Untertitel, „politisches Monatsmagazin der kämpfenden Arbeiter“, verweist auf das politische Programm. Der Leitartikel „Lenin in Inghilterra“ („Lenin in England“) von Mario Tronti wurde schon bald zum Symbol einer durch den Operaismus vollzogenen „kopernikanischen Wende“. Diese bestand in der Umkehrung der klassischen Auffassung vom Verhältnis zwischen kapitalistischer Entwicklung und Arbeitskämpfen. Folgende Gedanken Trontis fassen diese Idee gut zusammen: Auch wir haben mit der Vorstellung gearbeitet, die kapitalistische Entwicklung stehe an der ersten, die Arbeiter dagegen an der zweiten Stelle. Das ist ein Fehler. Jetzt müssen wir das Problem vom Kopf auf die Füße stellen, die Polarität umkehren und wieder zum Anfang zurückkehren: Und der Anfang ist der Klassenkampf der Arbeiterklasse. Beim Stand des voll entwickelten Kapitalismus, so Tronti, ist die kapitalistische Entwicklung den Kämpfen der Arbeiterklasse untergeordnet, sie folgt ihr nach. Die Kämpfe bestimmen die Schrittgeschwindigkeit, an welcher die politischen Mechanismen der Reproduktion des Kapitals selbst ausgerichtet werden.[4]

3 Siehe Mario Tronti: Operai e capitale, Turin 1971 (2. erw. Aufl.), S.89.
4 Siehe ebenda.

Damit wurde die uneingeschränkte Autonomie und Parteilichkeit der Arbeiterklasse geltend gemacht. Mit der Opferhaltung der Linken, dem Gedanken der Abhängigkeit der lebendigen Arbeit von den objektiven Strukturen des Kapitals und seiner Organisationen wurde hier klar gebrochen. Und das war auch nicht rein theoretisch: Diese Position ist eingebettet in die Kämpfe der Arbeiterklasse, in ihre Subjektivität, ihr Protest- und Konfliktverhalten auf internationaler Ebene.

Aber wenn wir von einer Einheit in den Bewegungen der internationalen Arbeiterklasse ausgehen – wie können wir diese dann fassen? Die verschiedenen institutionellen Ebenen der offiziellen Arbeiterbewegung erzeugen nur *Teilungen*, die Strukturen des Kapitalismus dagegen vereinen – freilich nur in des Kapitals eigenem Interesse. Ein Akt des politischen Kampfes kann daher nur empirisch getestet und bewertet werden. Der einzige Weg, Einheit zu beweisen, ist, sie zu organisieren. Dann wird sich zeigen, dass die neuen Formen der Einheit der Klasse den neuen Formen der Arbeitskämpfe vollständig entsprechen und das *soziale Kapital auf internationaler Ebene* das Kampffeld bildet. Wo immer in der Geschichte wir die konzentrierte soziale Masse der Industriearbeiterschaft vorfinden, können wir auf den ersten Blick die gleichen kollektiven Haltungen, dieselben Grundpraktiken und das gleiche vereinte politische Reifen entdecken. Geplante Nicht-Kooperation, organisierte Passivität, polemische Losungen, politische Verweigerung und permanente Auseinandersetzung – dies sind die spezifischen historischen Formen, in denen der Kampf der Arbeiterklasse sich heute verallgemeinert und entwickelt. Dies sind Übergangsformen einer Übergangssituation, mit denen die Arbeiter, sozial gesehen, schon über die alten Organisierungsformen hinausgegangen sind, aber im politischen Vakuum noch keine neue Organisationsform gefunden haben, sei diese nun reformistisch oder revolutionär. Wir befinden uns in einer Zwischenphase der Geschichte der Arbeiterklasse. Wir müssen sie tiefgründig erforschen und ihre Implikationen fassen, denn die politischen Konsequenzen werden entscheidend sein.[5] Dann wird „Conricerca“ in einen neuen Politikstil, in revolutionäre Methode umgesetzt.

Die zu untersuchende neue antagonistische Subjektivität hängt unmittelbar mit dem Klassenzustand als einer zentralen Kategorie der operaistischen Theorie und Praxis zusammen. Vorstellungen wie etwa die der ursprünglichen, erst durch das Kapital gespaltenen Einheit der Arbeit oder von einem zu offenbarenden Bewusstsein, das die Klasse „an sich“

5 Siehe ebenda, S.90.

mit der Klasse „für sich“ vereine, sind ad acta gelegt. Hingegen wird unterschieden zwischen *technischem Zustand*, der hauptsächlich auf der kapitalistischen Arbeitsteilung und Hierarchisierung von Arbeit beruht, und *politischem Zustand* der Klasse; letzterer wird als ein die Klasse als autonomes antagonistisches Subjekt konstituierender Prozess begriffen. Dies impliziert keine rigide Abgrenzung der beiden Begriffe: Auch der technische Zustand beruht auf Klassenkämpfen und Handlungsweisen, und der politische Zustand bildet sich innerhalb der und gegen die kapitalistischen Hierarchisierungen heraus. Beide Begriffe überlappen einander beständig und beruhen auf einem Prozess kollektiver Subjektwerdung. In dieser Hinsicht ist das operaistische Konzept der Klasse radikal verschieden sowohl von soziologischen als auch marxistischen Klassenbegriffen: Die Klasse ist keine objektive Kategorie, die von der kapitalistischen Struktur oder den quantitativen Verhältnissen innerhalb der Arbeiterschaft abhinge. Sie ist die Bedingung für die Möglichkeit eines Konflikts, und sie ist der Konflikt selbst. Um es formelhaft zu sagen: Es gibt keine Klasse ohne Klassenkampf.[6]

Zentrale Figur der neuen Klassenstruktur von den 50er- bis in die 60er-Jahre war der *Massenarbeiter*, der hauptsächlich aus Arbeitsmigranten bestand, die aus dem Süden Italiens in den Norden, beispielsweise nach Mailand oder Turin oder aber aus ländlichen Gegenden in Industriegebiete wie etwa Venetien gezogen waren. Die neuen Arbeiter und Arbeiterinnen schienen undurchschaubar zu sein, sie waren Fremde, die teilweise die traditionellen Organisationsformen der Arbeiterbewegung ablehnten. Deshalb bezichtigten PCI und Gewerkschaften sie der Passivität, der Angepasstheit oder gar des Komplizentums in Sachen Restrukturierung der Fabriken. Im Gegensatz dazu warfen die militanten Operaisten diese Sichtweise über den Haufen und interpretierten die unterstellte Passivität bzw. Entfremdung als eine bestimmte Form der Verweigerung und Nichtkooperation mit dem kapitalistischen System. Die Militanten waren durch die Ablehnung der Arbeitsverhältnisse motiviert, aber auch durch eine Verweigerungshaltung gegenüber den traditionellen Organisationsformen der Arbeiterbewegung. Es war dies eine konstituierende Verweigerung, die Schaffung einer neuen, kollektiven, antagonistischen Subjektivität. So gesehen waren die Verhaltensweisen der „Massenarbeiter“ nicht apolitisch, sondern sie schufen neue politische Praktiken und eine auto-

6 Siehe Mario Tronti: Classe, in: Alisa del Re u. a. (Hrsg.): Lessico Marxiano, Roma 2008, S.65-76.

nome Organisation, die auf dem Bruch mit dem traditionellen Repräsentationssystem beruhte.

Neue Organisationsformen

Die Spannungen bzw. der Bruch zwischen den neuen Arbeitern und Arbeiterinnen sowie den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung beruhen nicht etwa auf ideologischer Hypostasierung der Spontaneität der Klasse. Ganz im Gegenteil. Wie die Praktiken der „Conricerca" gezeigt haben, wurde diese Spontaneität von den Arbeitenden selbst organisiert. Diese „organisierte Spontaneität"[7] mündete in Informationsflüsse und Wissenskreisläufe, die der Koordinierung von Streiks, Arbeitsunterbrechungen, Sabotage- und Kampfaktionen in verschiedenen Abteilungen und in verschiedenen Fabriken dienten. Sie war die Grundlage der Bildung von „Comitati operai" („Arbeiterkomitees") und „Assemblee autonome" („Autonome Versammlungen") während der 60er- und 70er-Jahre.

Exemplarisch dafür ist die Geschichte der Kämpfe und der Organisierungsprozesse in der Petrochemischen Fabrik in Marghera bei Venedig.[8]

Das „Comitato operaio" (seit 1972 „Assemblea autonoma di Porto Marghera") zielte darauf ab, die Trennung von wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen, zwischen Arbeitskampf und Organisationsprozess zu überwinden. Das „Comitato" ging auch sehr pragmatisch mit den traditionellen Gewerkschaften und ihren Mitteln um – beispielsweise was die Verwendung der „Commissioni interne" („Interne Komitees") oder die Wahlen der sogenannten Gewerkschaftsdemokratie anging –, jedoch nur, solange es der Selbstorganisierung der Arbeiter förderlich war. Das war ein Grundsatz der operaistischen politischen Intervention zu Zeiten der „Quaderni rossi" und der „Classe operaia", auch bei der Gründung der Gruppen „Potere operaio" („Arbeitermacht") und „Autonomia operaia" („Arbeiterautonomie"). In diesem Sinne war das „Comitato operaio" eine organisierte Form der Macht der Arbeiter, eine autonome Institution.[9]

Ende Juli 1969 gab es in Turin ein „nationales Treffen der Arbeiterkomitees und Avantgarden". Es diente der Diskussion und Zusammenführung der verschiedenen Gruppen und ihrer Kampferfahrungen. Zu Beginn des

7 Siehe Romano Alquati: Sulla Fiat et altri scritti, Milano 1975.
8 Siehe Devi Sacchetto/Gianni Sbrogiò (Hrsg.): Quando il potere è operaio, Roma 2009.
9 Siehe Antonio Negri: Un intellettuale tra gli operai, in: Sacchetto/Sbrogiò (Hrsg.): Quando il potere.

Monats, am 3. Juli, kämpfte eine riesige, vom „Assemblea operai-studenti“ („Versammlung der Arbeiter und Studenten“) organisierte Demonstration bei Mirafiori um Mietfreiheit für das Haus des Arbeiters. Sieben Jahre nach dem Aufstand auf der Piazza Statuto war der städtische Raum erneut vom machtvollen Widerstand der Arbeiter und von gewalttätigen Angriffen der Polizei erfüllt. Die Forderung „Wir wollen Alles!“ wurde zum Symbol für die wachsenden Stärke der Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Studentenbewegung von 1968 und der „heiße Herbst“ 1969, die autonomen Versammlungen in den Universitäten und Fabriken waren vereint in einem gemeinsamen Prozess, in Turin wie in Porto Marghera, in Mailand, Bologna oder Rom. Genauer gesagt, in einem gemeinsamen Prozess neuer Klassenzusammensetzung.

Der lebendige Körper des „Potere operaio“ war ein weitverzweigtes Netzwerk autonomer, in vielen verschiedenen italienischen Fabriken aktiver Gruppen von Arbeitern und Arbeiterinnen. Es entstand durch eine neue Spaltung innerhalb des Operaismus, die zum Ende der Zeitschrift „Classe operaia“ führte. Auf der einen Seite standen einige Militante, die sich entschieden hatten, der PCI (wieder)beizutreten, um zu versuchen, diese zu einem revolutionären Kurs zu bewegen. Nach ihrer Vorstellung bedurften die Arbeiterkämpfe, um das kapitalistische System zerstören zu können, der Handlungspotenziale einer Partei. Auf der anderen Seite befanden sich diejenigen Militanten, die „Potere operaio“ aufgebaut hatten und die strategische Autonomie der Klasse zum Zentrum der neuen Organisationsformen und revolutionären Durchbrüche erklärten.

Das zentrale Thema der Arbeitskämpfe war der Lohn als unmittelbarer Ausdruck und direktes Maß der Kräfteverhältnisse der Klassen. „Mehr Geld und weniger Arbeit“ und „Gleiche Lohnerhöhungen für alle“ waren zwei Hauptpostulate, die die Forderung der Arbeitenden nach Wiederaneignung des durch die lebendige Arbeit produzierten gesellschaftlichen Reichtums auf den Punkt brachten. Gleichzeitig waren die Kämpfe unmittelbare Praxis der Freiheit und Gleichheit, wenn man so will: die Vorwegnahme des Kommunismus in der Realität des Konflikts. Nachdem sich die konkrete Autonomie der Arbeitenden Geltung verschafft hat, kann Kommunismus nicht mehr nur Theorie eines zukünftigen Zustands sein. Er ist lebendig in der konstitutiven Macht der lebendigen Arbeit.

Während der 70er-Jahre spielte das „Comitato operaio“ von Porto Marghera (ebenso wie auch andere „Assemblee autonome“) eine wichtige Rolle bei den beginnenden Kämpfen gegen gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen. Es war sozusagen eine Umweltbewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen, die sowohl mit dem Arbeitskult der sozialistischen

Tradition brach als sich auch radikal von der zivilgesellschaftlichen Umweltbewegung unterschied, die die Idee des Allgemeinwohls propagierte. Als Problem wurde nicht die zukünftige Zerstörung der Welt angesehen, sondern die gegenwärtige Zerstörung des Lebens der Arbeitenden. Die zentrale Rolle der Fabrik in den Kämpfen bedeutete jedoch nicht, dass die politische Intervention durch mit dem Operaismus verbundene Organisationen weniger geworden wäre. Seit den 60er-Jahren war der politische und praktische Zusammenhang zwischen dem Kampf in den Fabriken und gesamtgesellschaftlichen Aufgaben deutlich geworden. Dies erlaubte es den „Comitati operai", eine zentrale Rolle in Wohnungs-, Verkehrs- und Stadtverwaltungsfragen sowie in Sachen Lebensformen zu übernehmen.

Nicht zufällig war es im Juli 1960 ein Aufstand in Genua gegen ein Treffen der neofaschistischen Partei (die auch von der christdemokratischen italienischen Regierung unterstützt wurde), der zum Auslöser der Umbrüche im Klassenzustand wurde. Begleitet von gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, verhinderten junge Arbeiter gemeinsam mit den Hafenarbeitern Genuas das Treffen der Faschisten und zwangen die Regierung zum Rücktritt. Ähnliche Aufstände gab es auch in anderen Städten; ein Dutzend junge Arbeiter wurde dabei von der Polizei getötet. Sie wurden als „jung und mit Ringelshirts" etikettiert, was die Neuartigkeit ihres Kleidungs- und Lebensstils unterstreichen sollte. Dies bringt bildlich das Auftreten einer neuen, antagonistischen Subjektivität zum Ausdruck.

Im März 1973 besetzten Arbeitende, bekleidet mit „roten Halstüchern", das Werk Fiat-Mirafiori. Es war der symbolhafte Höhepunkt des Aufstands der „Massenarbeiter", bildete aber auch den Wendepunkt in der Veränderung des Klassenzustands. Neue, autonome soziale Subjekte der Arbeiterbewegung wuchsen heran: Der Feminismus tauchte auf, der die Sprache und die Praktiken der Politik herausforderte und veränderte. Es gab auch einen operaistischen Feminismus, der vor allem auf die Entlohnung der Hausarbeit fokussiert war – hauptsächlich vertreten durch die Gruppe „Salario al Lavoro Domestico" („Lohn für Hausarbeit") –, sich aber auch für eine Sozialversicherung für Frauen einsetzte.

Das Verhältnis des Operaismus zu den feministischen Gruppen war oft problematisch: Der Feminismus stellte einen partiellen Bruch innerhalb der Klasse dar, der sie infrage stellte und ihren Zustand änderte. Außerdem tauchte eine neue Form politischer Militanz eines neuen, jungen Proletariats an den Peripherien der Großstädte auf. Diese Militanz beruhte auf Arbeitsverweigerung und Fabrikflucht: Der Aufbau von „Gegen-

macht“ in den Wohngebieten und im städtischen Raum wurde zu einer neuen Form des Kampfes und der Politik der Arbeiterklasse.
Nach 1973 und nach einem weiteren Bruch in der Geschichte des Operaismus bildete die „Autonomia operaia“ innerhalb des „Potere operaio“ die Form dieser neu entstehenden lebendigen Arbeit, die sich in verschiedenen Organisationen ausdrückte. In Norditalien wurden „Comitati operai“ (wie in Porto Marghera) oder das „Assemblea autonoma“ (bei Alfa Romeo in Mailand), politische Kollektive mit ihren Erfahrungen bei der Organisierung des großstädtischen Proletariats miteinander vernetzt. In Bologna gab es eine Explosion und Diffusion sozialer Bewegungen und Experimente mit neuer politischer Lexik und Praxis. In Rom basierte die Arbeiterautonomie auf den „Comitati autonomi operai“ („Autonome Arbeiterversammlungen“), hauptsächlich beim staatlichen Stromkonzern Enel und beim Policlinico, einem größeren staatlichen Krankenhaus, aber auch in einigen Wohngebieten. Das Anwachsen der autonomen Bewegung kulminierte im Aufstand von 1977, der im irreversiblen Bruch mit der PCI gipfelte.
Alles in allem widerspiegelte die autonome Bewegung das Neue der lebendigen Arbeit – diese war jetzt kognitiv, prekär, mobil, migrantisch und großstädtisch geworden. Die jungen Proletarier weigerten sich, ihren Eltern in die Fabriken zu folgen, und Arbeit wurde nunmehr auch als Lohnsklaverei wahrgenommen. Die Flucht davor führte auf die Straßen, zur Suche nach neuen und unmittelbaren Formen eines kollektiven und streitbaren Lebens. Der Fokus des Kampfes lag auf der „Sonne der Zukunft“, die in der sozialistischen Tradition schon oft angeführt worden war, um aktuelle Konflikte zu neutralisieren und den Anspruch auf Freiheit immer weiter nach hinten zu verschieben. Die Grenzen zwischen Leben und Arbeit schienen zu verschwimmen, die Gesamtgesellschaft wurde zu einer Art Fabrik, zu einer „Sozialfabrik.“[10] Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie der Ausgang aus der „fordistischen“ Fabrik und der Weg hin zur Abschaffung des Kapitalismus und in neue soziale Verhältnisse, die auf radikaler Neuerfindung von Freiheit und Gleichheit beruhen, aussehen können.

10 Antonio Negri: Dall’operaio massa all’operaio sociale. Intervista sull’operaismo, Milano 1979.

Räte und Autonomie heute: Was ist zu tun?

Viele sagen, die autonome Bewegung sei Ende der 70er-Jahre zerschlagen worden. Das ist nicht wirklich falsch, denn damals setzte eine Repressionswelle großen Stils ein, viele Militante kamen ins Gefängnis oder wurden gar getötet. Die „Autonomia operaia" fand nicht die Kraft, sich in den Fabriken als Gegenmacht zu organisieren oder die „Sozialfabrik" des Alltagslebens in neue, autonome Institutionen umzuformen. Dennoch ist die Aussage auch nicht vollkommen richtig, denn die Kämpfe veränderten die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen radikal. Es ist mittlerweile unmöglich, die Umformung der „fordistischen" Fabrik ohne den Aufstand der „Massenarbeiter" zu verstehen oder den Massenzugang zur Universität ohne die Studentenbewegung oder das Sozialversicherungssystem ohne die Kämpfe der Frauen und der Arbeiter. Auf internationaler Ebene haben Arbeiterbewegung sowie antikolonialistische und feministische Bewegungen das Kapital gezwungen, global zu agieren.[11] So wurde auch der operaistische Stil global angewandt, entgegen der nostalgischen Forderung einer Rückkehr zum Nationalstaat oder der Interpretation des Neoliberalismus als „monologisches Denken".

Dies impliziert kein fortschrittsgläubiges oder ein teleologisches Geschichtsbild, auch nicht den Glauben, die Zunahme an sozialen Rechten sei unwiderruflich. Im Gegenteil: Diese Rechte sind immanent und hängen von den Kräfteverhältnissen ab. Aber es ist wichtig, den neuen gesellschaftlichen Kontext und seine politischen Probleme zu analysieren, angefangen bei der Klassensubjektivität und bei der Tatsache, dass die lebendige Arbeit in ihrer Zusammensetzung durch die Kämpfe der letzten vier Jahrzehnte bis zur Unkenntlichkeit verändert wurde. Nur auf diese Weise ist es möglich, die gegenwärtigen globalen Rahmenbedingungen nicht als einseitig vom Kapital vorgegeben zu begreifen, sondern als Kampffeld.

Auf diesem Kampffeld müssen wir die vom „Operaismo" unter den raum-zeitlichen Bedingungen des „Fordismus" und bezüglich einer bestimmten Arbeiterfigur geprägten Kategorien radikal überdenken. Zum einen sollten wir die Beziehung zwischen technischem und politischem Klassenzustand neu konzeptualisieren. Gleichzeitig könnten Stil und Methoden übernommen und verbessert werden.

Zentral bleibt wie beim „Operaismo" und bei den „Comitati autonomi" das Problem der Organisationsformen. Die autonome Arbeiterbewegung

11 Michael Hardt/Antonio Negri: Empire, Cambridge 2000.

wiederholte nicht nur die traditionellen Themen der Rätebewegung (die Forderung nach Politik von unten, den unerschütterlichen Glauben an die Selbstorganisierung oder die Verteidigung der Spontaneität der Klasse), sondern sie war ganz im Gegenteil auch Ausdruck eines neuen Verhältnisses zwischen Organisation und Spontaneität, Ausdruck organisierter Spontaneität. Daher war der „Operaismo" auch der Versuch, das Leninsche Verständnis von Partei und Räten anzunehmen, neu zu definieren und zu transformieren, d. h. den organisierten Prozess politischer Richtungsfindung innerhalb des Verhältnisses von technischem und politischem Klassenzustand zu gestalten. Die sogenannte Fabrikrätebewegung Ende der 60er-Jahre war die Antwort des linken Flügels der CGIL auf den Aufstand der Arbeiter und ihre autonomen Institutionen, man könnte auch sagen, es war der Versuch, die Machtausübung unmittelbar zu übernehmen.

Die operaistische Theorie und Praxis in einem gänzlich neuen Kontext, angesichts der gegenwärtigen Klassensituation, zu denken, bedeutet somit, das Problem der Organisation neu zu denken, nämlich global, heterogen und zunehmend wissensbasiert.[12] Da es keine Klasse ohne Klassenkampf gibt, ist dieses Konzept der Klasse ganz und gar entfernt davon, eine soziologische oder ökonomische Kategorie zu sein. Es ist eine Parteinahme, die die abstrakten modernen Bilder von Volk und Bürger entschieden durchbricht.

Klasse ist in diesem Verständnis eine Kraftlinie, zu der Differenzen und Revolten gehören. So haben die gewalttätigen Konflikte um Rassismus und Geschlecht seit den 60er-Jahren die Klasse aufgebrochen und sie zu einer neuen Kraft geformt, die auf der Nichtreduzierbarkeit des Singulären beruht. Dabei war die Transformation des politischen Klassenzustands Ergebnis des Kampfes zwischen dem Singulären oder Besonderen und den Subjekten der lebendigen Arbeit. Ähnlich stehen auch die Brüche in der Geschichte des Operaismus (und seiner Organisation) immer mit einem konstituierenden Prozess in Verbindung.

Heutzutage, unter den raum-zeitlichen Bedingungen des globalisierten Kapitals und einer globalen Klassensituation, bei der die lebendige Arbeit von der kapitalistischen Organisation teilweise unabhängig existiert, kommt es darauf an, die Arbeiterräte der 60er- und 70er-Jahre in unmit-

12 Zur zunehmenden Wichtigkeit von Wissen für Kapital und Arbeit siehe Capitalismo cognitivo. Conoscenza e finanza nell'epoca postfordista, Roma 2006; Gigi Roggero: La produzione del sapere vivo. Crisi dell'università e trasformazione del lavoro tra le due sponde dell'Atlantico, Verona 2009.

telbar konstituierender Hinsicht zu denken: gemeinschaftliche Institutionen zu schaffen,[13] Autonomie und Widerstand der lebendigen Arbeit zu organisieren, die Macht zu bestimmen, die kollektiv und kooperativ das Zerbrechen der kapitalistischen Verwertungsmaschine führt und plant. Solche gemeinschaftlichen Institutionen sind die organisatorische Kraft der kollektiven Aneignung des von uns allen Produzierten: des gesellschaftlichen Reichtums. Daher sind diese gemeinschaftlichen Institutionen nicht nur jenseits von Partei und Gewerkschaften angesiedelt, sondern unmittelbar räteförmig und politisch.

Dies mag jenen unrealistisch erscheinen, die in den letzten drei Jahrzehnten unaufhörlich von der Passivität der neuen Subjekte der lebendigen Arbeit geredet haben und vom „monologischen Denken", also durch die unüberwindlich totalitären Aspekten des neoliberalen Kapitalismus geprägt sind. Infolge der globalen Bewegung und nach Beginn der globalen Wirtschaftskrise ist diese Einschätzung der Lage nicht länger sinnvoll: Der Neoliberalismus ist freilich zunächst vorbei, doch bedeutet das nicht, dass die Effekte der neoliberalen Politik verschwunden sind und nicht länger in der Lage sein werden, ein kohärentes System zu bilden.

Und was die offensichtliche Passivität der Subjekte anbelangt, so sollte man Marx' Antwort an Engels vom 9. Dezember 1851 im Sinn behalten. Auf Engels' Bemerkung, „[...] kindisch dumm hat sich das Pariser Volk benommen", weil es nicht geschafft habe, Louis Bonaparte etwas entgegenzusetzen,[14] antwortete Marx: „[...] das Proletariat hat seine Kräfte geschont".[15] Marx zufolge hatte es das Proletariat vermieden, sich in einen Aufstand zu stürzen, der die Bourgeoisie gestärkt und mit der Armee versöhnt hätte, was unweigerlich zu einer zweiten Niederlage der Arbeiter geführt hätte.

Ähnlich wie die „operaisti" der 50er- und 60er-Jahre Widerstandspotenzial in der „Entfremdung" und „Integration" des künftigen „Massenarbeiters" fanden, müssen wir mögliche Linien ergründen, die offensichtliche Passivität der gegenwärtigen Subjekte der lebendigen Arbeit umkehrbar zu machen. Vierzig Jahre nach den Ereignissen auf der Piazza Statuto fragte ein Interviewer den Soziologen Romano Alquati, ob sie eine Revolte der Arbeiter erwartet hatten, und er antwortete: „Wir haben die Revolte nicht erwartet, sondern sie organisiert."

Aus dem Englischen von Nicola Helferich

---

13 Siehe Michael Hardt/Antonio Negri: Commonwealth, Cambridge 2009.

14 Friedrich Engels an Karl Marx am 3. Dezember 1851, in: MEW, Bd. 27, S.381.

15 Karl Marx an Friedrich Engels am 9. Dezember 1851, in: ebenda, S.383.

Von der PDS-Programmatik zum Programmentwurf der Partei DIE LINKE

Horst Dietzel

Programme sind nicht mit der Politik von Parteien zu verwechseln. Sie spielen heute in den politischen Auseinandersetzungen nur eine untergeordnete Rolle. Dennoch geben sie Aufschluss über das Selbstverständnis der jeweiligen Partei, über ihre innere Verfasstheit und über die wichtigsten Botschaften, die sie in die Gesellschaft aussendet. Vor allem im linken Parteienspektrum haben Programme traditionell einen relativ hohen Stellenwert. Deshalb ist es für die Einschätzung von Entwicklungsprozessen von Parteien wichtig, auch Veränderungen im programmatischen Selbstverständnis über einen längeren Zeitraum zu untersuchen. Das trifft vor allem auf die PDS und die aus ihr und der WASG entstandene Partei DIE LINKE zu. Die PDS musste sich nach dem Scheitern der DDR und der SED programmatisch neu positionieren, mit dem Hineinwachsen in die größere Bundesrepublik Deutschland dann auch ihre Programmatik verändern und sich schließlich mit der Bildung der Linkspartei wiederum programmatisch neu festlegen. Die Analyse dieser Programmentwicklung gibt Aufschluss darüber, wieweit sich PDS und später die Linkspartei in ihrem Selbstverständnis verändert haben. Diesen grundlegenden Fragen wird im Folgenden nachgegangen, programmatische Detailfragen – so wichtig konkrete politische Forderungen sind – können hier nicht thematisiert werden.

Im Verlaufe ihrer Geschichte hatte die PDS drei Parteiprogramme ihrer politischen Arbeit zugrunde gelegt. Das erste Programm wurde auf dem Wahlparteitag am 24./25. Februar 1990 verabschiedet. Das zweite beschlossen die Delegierten der 1. Tagung des 3. Parteitages im Januar 1993. Das dritte war seit dem Chemnitzer Parteitag im Jahre 2003 gültig. Um die Programme wurde unterschiedlich intensiv debattiert. Während um das erste Programm kaum inhaltliche Auseinandersetzungen – schon in Anbetracht der Kürze der Zeit – geführt wurden, gab es um den Text des 93er-Programms recht heftige Auseinandersetzungen. Die Debatte um das 2003 verabschiedete Parteiprogramm der PDS dauerte mehrere Jahre.

Die Vereinigung von PDS und WASG zur Partei DIE LINKE machte eine neue programmatische Grundlage erforderlich. Mit der Gründung

der neuen Partei im Jahre 2007 wurden „Programmatische Eckpunkte“ angenommen, die diese Funktion erfüllten. Dennoch war klar, dass dies eine Übergangslösung bis zu einem neuen Parteiprogramm sein würde. Im März 2010 wurde dann von der Programmkommission der Partei ein Entwurf für ein neues Parteiprogramm vorgelegt. Es soll Ende 2011 verabschiedet werden.

Das Programm von 1990

Im Mittelpunkt des PDS-Parteitages im Februar 1990 standen die bevorstehenden ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR, die am 18. März 1990 stattfanden. Dazu beschloss der Parteitag neben Programm und Statut ein Wahlprogramm. Gregor Gysi widmete einen großen Teil seiner Parteitagsrede grundsätzlichen programmatischen Fragen. Der diesem Parteitag vorliegende Programmentwurf stützte sich vor allem auf Ausarbeitungen von Arbeitsgruppen unter Leitung der Sozialwissenschaftler Dieter Klein und Rolf Reißig. Auch Stellungnahmen von Plattformen flossen in diesen Entwurf ein.[1] Die PDS-Führung stand unter erheblichem Druck, schnell eine neue programmatische Grundlage für eine Partei zu verabschieden, die sich von der ehemaligen Staatspartei der DDR deutlich abgrenzte und den neuen Bedingungen Rechnung tragen sollte. Insofern galt es, die Prämissen festzuschreiben, die schon auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 eine entscheidende Rolle gespielt hatten.

Bei der historischen Beurteilung des im Februar 1990 angenommenen Programms sind vor allem zwei Tatsachen zu beachten: Erstens wurde das Programm von „SED-Reformern“ in einer Situation geschrieben, in der die Doktrin der SED und ihre Praxis in der DDR auf das Tiefste diskreditiert waren. Die konservativen, rückwärtsgewandten Kräfte innerhalb der gerade umbenannten Partei wagten es in dieser Situation nicht, sich gegen die für SED-Mitglieder ungewohnten theoretischen und politischen Prämissen des Programms zu stellen. Man kann deshalb nicht davon ausgehen, dass die aufgeschriebenen Grundaussagen tatsächlich schon Allgemeingut der damaligen Mitgliedschaft waren. Zweitens wurde das Programm noch unter DDR-Bedingungen ausgearbeitet und beschlossen. Zwar war klar, dass die Einheit Deutschlands durch den Druck der Volksmassen kommen würde, aber wann und unter welchen Bedingungen, war noch nicht genau abzusehen.

1 Siehe Klaus Höpcke: Bericht der Programmkommission, in: Wahlparteitag der PDS, 24./25. Februar 1990, Berlin 1990, S.79.

In den wichtigsten programmatischen Fragen wurde eine Neubestimmung vorgenommen. Das betraf in erster Linie den Parteicharakter. Die PDS charakterisierte sich nicht mehr als Klassen-, Vorhut- oder Weltanschauungspartei. Die gesellschaftspolitischen Weg- und Zielvorstellungen wurden neu bestimmt. Sozialismus wurde in Abgrenzung von der SED und vom Stalinismus als „demokratischer Sozialismus" definiert. Die Partei trug seit Kurzem den Namen „Partei des Demokratischen Sozialismus".[2] Auch hier konnte die Richtungsänderung nicht grundlegender sein, denn dieser Begriff war noch wenige Monate zuvor ein Hauptangriffsziel der SED in der ideologischen Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie gewesen. Einen tiefen Einschnitt bildete das Bekenntnis zur Marktwirtschaft, zu der die DDR mit ihrer sozialistischen Planwirtschaft doch der überzeugende Gegenpol hatte sein sollen. Schließlich bekannte sich die PDS mit diesem Programm zur Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung.

Ausgangspunkt des Programms war die Einschätzung, dass sich die Welt im Umbruch und in der Neubestimmung von Werten und Wegen befinde. Ausgehend davon wurde „eine neue Art von Fortschritt zur Bewältigung globaler Probleme" gefordert. Es ginge um eine sozial und ökologisch verträgliche Entwicklung statt rücksichtsloser Jagd nach dem technisch Machbaren, um eine solidarische Weltwirtschaftsordnung, um vorausschauendes Wachstum statt nachträglicher Reparatur blindlings verursachter Schäden und um die Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung.[3] Diese Positionen knüpften einerseits an Auffassungen an, die in den 80er-Jahren verschiedene ökologische und friedenspolitische bzw. Dritte-Welt-Bewegungen der alten Bundesrepublik (oder auch innerhalb der Partei der Grünen) vertraten. Andererseits gab es ein solches Gedankengut auch innerhalb der intellektuellen Parteielite der SED und hatte nicht zuletzt in dem gemeinsamen Dokument von SED und SPD (Dialogpapier) 1987 seinen Niederschlag gefunden. Dieses Herangehen fand seine Ausprägung auch in den folgenden Programmen der PDS und war vergleichsweise wenig umstritten.

Im Unterschied dazu waren die Neubestimmung des Sozialismusbegriffs und die „Vergangenheitsbewältigung" von langwierigen und kontrover-

2 Die Partei hieß seit dem Parteitag im Dezember 1989 Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus, seit Februar 1990 nur noch Partei des Demokratischen Sozialismus.

3 Siehe Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, angenommen auf dem Wahlparteitag der PDS, 25.2.1990, in: Wahlparteitag 1990, S.88.

sen Debatten gekennzeichnet. Diese entfalteten sich voll erst nach Verabschiedung des Programms und wurden auch immer wieder aufs Neue geführt. Im ersten PDS-Programm hieß es, dass durch den administrativ-zentralistischen Sozialismus eine der größten Ideen der Menschheitsgeschichte, die Idee des Sozialismus, in den Schmutz gezogen worden sei. Der Begriff des Sozialismus sei diskreditiert. Die sozialistische Ursprungsidee habe aber nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Diese Diktion – Distanzierung vom „administrativ-zentralistischen Sozialismus", wie er in der DDR vorherrschte, und das gleichzeitige Festhalten am Sozialismus als Menschheitsideal und Ziel politischen Handelns – entsprach dem Denken vieler Mitglieder der Partei.

Eine klare Abgrenzung zum in der SED üblichen Geschichtsdeterminismus nahm Gregor Gysi vor: „Demokratischer Sozialismus bedeutet nicht, den Gesamtentwurf einer neuen Gesellschaft zu zeichnen und für dieses Modell die politischen Kräfte zu mobilisieren. Demokratischer Sozialismus bedeutet heute vor allem politische Bewegung für den Fortschritt, konstruktiv-alternative Politikfähigkeit auf allen Gebieten unter Beweis zu stellen."[4] Diese Position wird im Programmentwurf der Partei DIE LINKE von 2010 nicht mehr vertreten. Im Gegenteil: Es enthält ein ganzes Kapitel mit der Überschrift: „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert".

Im Programm von 1990 wurde als Konsequenz aus der neuen Sicht ein gesondertes Kapitel „Unsere Werte" formuliert. Die Auseinandersetzung darum, was zu Beginn eines Parteiprogramms zu stehen habe – Werte oder die Kapitalismusanalyse (aus der sich Handeln und Ziele der Partei ableiteten) –, sollte sich erst in der Debatte um das nächste Parteiprogramm entfalten. Im Programmentwurf der Linkspartei von 2010 gibt es kein Wertekapitel mehr.

Klar distanzierte sich die PDS in ihrem ersten Programm von einer Weltanschauungspartei: „Die Mitgliedschaft in der Partei ist aber nicht an ein weltanschauliches Bekenntnis gebunden. Die Partei gewinnt ihre Einheit aus der Gemeinsamkeit der politischen Ziele ihrer Mitglieder und dem toleranten Umgang untereinander. Die Formulierung ihrer Ziele schließt den Wettstreit der Ideen der Mitglieder, Plattformen und innerparteilichen Strömungen ein."[5]

Unter dem unmittelbaren Eindruck der gescheiterten Planwirtschaft legte die PDS im ersten Parteiprogramm ihr wohl klarstes Bekenntnis zur

4 Ebenda, S.31.
5 Ebenda, S.90.

Marktwirtschaft ab: „Die Partei des Demokratischen Sozialismus tritt für eine Marktwirtschaft ein, weil sie einen raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritt und eine hohe ökonomische Effektivität ermöglicht. Insofern ist sie das entscheidende Mittel, um hohe Leistungen zu stimulieren und auf effektive Weise Bedürfnisse der Produzenten und Konsumenten zu befriedigen und den wachsenden sozialen Ansprüchen zu genügen."[6] Eine am Gemeinwohl und am Wohl jedes Einzelnen orientierte Marktwirtschaft sei kein Widerspruch zu sozialistischen Wertvorstellungen. Deutlich hieß es zugleich, dass eine solche Marktwirtschaft mit einer sozialen und ökologischen Zielsetzung verbunden sein müsse. Ergänzt werden müsse die Marktwirtschaft durch eine strategische Wirtschaftssteuerung des Staates, wobei der Gesamtprozess der demokratischen Kontrolle der Öffentlichkeit zu unterliegen habe.
Dass sich die PDS für eine Marktwirtschaft aussprach, war angesichts des Dilemmas der sozialistischen Planwirtschaft verständlich. Wesentlich schwieriger war es, die Frage nach dem gesellschaftlichen Eigentum neu zu beantworten, obwohl beides eng zusammenhängt. Die Eigentumsfrage galt seit Marx und Lenin als die Grundfrage der Bewegung. Die Marktwirtschaft, so hieß es, müsse auch dem gesellschaftlichen Eigentum einen gewichtigen Platz einräumen. Das gesellschaftliche Eigentum sollte neben anderen Eigentumsformen an den Produktionsmitteln gleiche Wettbewerbschancen erhalten. Hier war schon die Auffassung von der Vielfalt der Eigentumsformen angelegt, die später breiter ausgearbeitet wurde.

Nach dem Programm ist vor dem Programm

Nach den Bundestagswahlen Anfang Dezember 1990 begann im Sommer 1991 die offizielle Debatte um ein neues Parteiprogramm. Bis Ende des Jahres 1992 wurden intensive programmatische und oftmals sehr kontroverse Diskussionen geführt. Diese Debatten erfassten nicht nur einen kleinen Kreis von Parteiintellektuellen, an ihnen beteiligte sich die breite Mitgliedschaft. Es gab verschiedene Entwürfe der Grundsatzkommission, diverse Gegenentwürfe, Standpunktpapiere, Programmkonferenzen und viele Auseinandersetzungen in den Basisorganisationen der Partei. Neu war, dass sich verschiedene Richtungen artikulierten.
Die Pole waren schnell klar: Auf der einen Seite gab es die radikal-reformerischen Kräfte, die untereinander unterschiedliche Positionen zu

6 Ebenda, S.93.

Detailfragen vertraten, auf der anderen Seite die Anhänger der Kommunistischen Plattform. Dazwischen stand eine mehr oder weniger verunsicherte Parteibasis, die zwar deutlich spürte, dass Neuerungen nötig waren. Sie wurde nun aber mit neuen Sichtweisen und Begriffen konfrontiert, die nicht ins gewohnte Denkschema passten. Da war von der „Moderne", von „Zivilgesellschaft", vom „modernen Kapitalismus", von „Kapitaldominanz" oder von „Transformation" in den Thesen der Grundsatzkommission die Rede. Eine klare Bestimmung des sozialistischen Ziels fehlte hingegen. So kam es in der Mitgliedschaft zu Irritationen, zumal sich durch die nunmehr aufkommenden Massenentlassungen schnell gerade die sozialen Probleme entfalteten. Die Verunsicherung war groß, einseitige nostalgische Erinnerungen an die DDR nahmen zu. In der Mitgliedschaft war ein emotionaler Antikapitalismus tief verwurzelt. Für Differenzierungen und Zwischentöne gab es angesichts dieser Situation oftmals kein Verständnis.[7]

Formell wurde die neue Programmdiskussion durch Thesen der Grundsatzkommission beim Parteivorstand eingeleitet. In diesen wurde noch einmal die Abgrenzung vom Realsozialismus deutlich formuliert, ebenso von der Konzentration des Eigentums an Produktionsmitteln in der Hand eines bürokratischen Staates, der Eigentümerverhalten und Eigeninitiative der Werktätigen behindert und schließlich erstickt habe.[8] Der Sozialismus habe es nicht nur nicht vermocht, die grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise wirklich zu lösen, er habe sogar den Rückstand bei der Entwicklung der Produktivkräfte vergrößert.

Auf dieser Linie bewegte sich der Programmentwurf der Grundsatzkommission, dem sich der Parteivorstand anschloss. Neben anderen Programmentwürfen[9] bildete vor allem der Entwurf der beiden Mitglieder der Kommunistischen Plattform, Sahra Wagenknecht und Michael Benjamin, den Gegenpol. Hier wurde das Grundverständnis vom Sozialismus aus der DDR-Zeit in wesentlichen Punkten weitergeführt. Wagenknecht und Benjamin formulierten in alter Weise, dass der Sozialismus kein blo-

---

7 Siehe Horst Dietzel/Bernd Ihme: Auseinandersetzungen um die Programmatik der PDS, in: Michael Brie/Martin Herzig/Thomas Koch (Hrsg.): Die PDS. Empirische Befunde & kontroverse Analysen, Köln 1995, S.102f.

8 Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS. Neu beginnen... Thesen zur Programmdiskussion, Berlin o. J., S.5.

9 Es gab einen Entwurf von Jochen Gläser und Bernd Rump. Darüber hinaus legten Friedrich Plathe aus Halle, die Basisorganisation Charlottenburg und Udo Haupt aus Döbeln einen Programmentwurf vor. Siehe Disput, 1993, H. 1.

ßes Ideal sei, sondern „Ausdruck, Erfordernis und Ergebnis der Geschichte [...] Nicht die Rückstufung des Sozialismus zur abstrakten Utopie, sondern seine Realisierung als Existenzbedingung einer menschenwürdigen Welt und der Weltzivilisation überhaupt steht auf der Tagesordnung."[10] Bei der Einschätzung des degenerierten Sozialismus wurde die Politik der friedlichen Koexistenz als Politik der Zugeständnisse an die Interessen des Weltkapitalismus bezeichnet. Die früher gängige Formulierung von der „Errichtung" des Sozialismus wurde nur geringfügig in „Einrichtung" des Sozialismus modifiziert, im Grunde aber beibehalten. Schließlich wurde in diesem Entwurf auch der Vielfalt der Motive für das Engagement fortschrittlicher Kräfte eine Absage erteilt und in alter Weise behauptet, dass das Subjekt des geschichtlichen Fortschritts unserer Epoche nach wie vor durch den Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit bestimmt werde, also allein mit der Arbeiterklasse gegeben sei.[11]
Dieser Alternativentwurf fiel in der programmatischen Debatte nur beschränkt auf fruchtbaren Boden. Schließlich wurde ein Programm verabschiedet, das – wie schon das erste Programm der PDS – deutlich mit traditionellen Glaubensbekenntnissen und altem Sozialismus- und Parteiverständnis brach.
In diese Zeit fiel auch die Auseinandersetzung über einen Artikel von Sahra Wagenknecht in den „Weißenseer Blättern" (H. 4/1992) mit dem Titel „Marxismus und Opportunismus – Kämpfe in der sozialistischen Bewegung gestern und heute". Dazu fasste der Parteivorstand am 30. November 1992 einen Beschluss: In den dort bezogenen Positionen sah der Parteivorstand „eine positive Haltung zum Stalinismusmodell".[12] Sahra Wagenknecht wurde von der Funktion der Verantwortlichen für die Organisation und Auswertung der Programmdiskussion in der PDS entbunden.

Das zweite Programm der PDS

Das neue Programm wurde mit einer übergroßen Mehrheit, bei nur wenigen Gegenstimmen aus der Kommunistischen Plattform, in einer namentlichen Abstimmung im Januar 1993 auf der 1. Tagung des 3. Partei-

10 Alternativentwurf von Sahra Wagenknecht und Michael Benjamin: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus (Entwurf), in: PDS-spezial, Beilage zur Programmdebatte, Nr.1, 9.6.1992, S.4.
11 Siehe ebenda, S.3.
12 Siehe PDS-Pressedienst, 4.12.1992, S.2.

tages verabschiedet. Grundlage bildete der Entwurf der Grundsatzkommission.

Das erste Kapitel „Die gegenwärtige Welt" war schon in der Programmdebatte relativ unstrittig. Im Mittelpunkt standen die globalen Menschheitsprobleme: „Die Dominanz des Profitprinzips, die soziale Ungerechtigkeit, die Einschränkung von Menschenrechten und Lebenschancen sowie die Ausgrenzung von Betroffenen aus der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse stehen einer Lösung der Menschheitsprobleme entgegen."[13] Zugespitzt wurden die Hauptursachen für die globalen Probleme in der kapitalistischen Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise in den Herrschaftszentren der Weltwirtschaft sowie in der Herrschaft des Patriarchats gesehen. Das übergreifende soziale Problem unseres Erdballs sei die bürokratisierte Konkurrenz- und Konsumgesellschaft. Radikale Kritik wurde auch an anderer Stelle an der herrschenden Konsum- und Lebensweise geübt. Hier blieb in der Programmatik der PDS immer ein Widerspruch zu anderen konkreten Forderungen enthalten, so der nach einer undifferenzierten Ausweitung der Nachfrage und Konsumtion.

Betont wurde – wie schon in Dokumenten zuvor –, die gegenwärtige Gesellschaftsstruktur müsse demokratisch überwunden werden. Dabei seien „ihre entwicklungsoffenen Potenzen und zivilisatorischen Errungenschaften zu bewahren und auszubauen".[14]

Im Vergleich zum ersten Kapitel war der zweite Abschnitt – „Das Scheitern des sozialistischen Versuchs" – wesentlich umstrittener, ging es hier doch neben der neuen theoretischen Sicht auf die DDR auch um die Anerkennung bzw. Nichtanerkennung der persönlichen Lebensleistung vieler Parteimitglieder. Die Debatten drehten sich vor allem darum, wie deutlich und scharf die Absage an den Realsozialismus und die DDR formuliert werden sollte.

Vor diesem Hintergrund wurde zunächst betont, dass sich nach 1945 Millionen Menschen für den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes eingesetzt hatten. „Das bedarf keiner Entschuldigung." Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands wurden verteidigt. Neben wertvollen Ergebnissen und Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit habe es aber auch „Fehler, Irrwege, Versäumnisse und selbst Verbrechen" gegeben. „Bis zur Unkenntlichkeit

13 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29. bis 31. Januar 1993, Berlin o. J., S.2.

14 Ebenda, S.3.

entstellt wurde das, was als Aufbau des Sozialismus gedacht war, durch die von Willkür, Grausamkeit und Bürokratie erfüllte Herrschaft des Stalinismus."[15] Gefordert wurden „neue Zugänge zu Theorie und Praxis des Sozialismus".[16]

Im dritten Kapitel wurde versucht, das neue Sozialismusverständnis zu formulieren. Sozialismus wurde als Ziel, Bewegung und Wertesystem definiert. Im Vorfeld des Programm-Parteitages gab es aus der Mitgliedschaft die Forderung, den Sozialismus klar als Ziel zu formulieren. Dem wurde teilweise entsprochen, indem als das Ziel in Anlehnung an Marx eine Gesellschaft bezeichnet wurde, in der die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Auf eine detaillierte Definition wurde aber verzichtet.

Im Gegensatz zu der Absage an ein altes Sozialismusverständnis wurde im Hinblick auf die Eigentumsfrage keine Einigung erzielt. Um nicht einen Teil der Partei auszugrenzen, wurden unterschiedliche Positionen ins Programm hineinformuliert. Einig war man sich, dass „die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums" überwunden werden müsse. Auch die Vielfalt der Eigentumsformen wurde einhellig betont. „Unterschiedliche Auffassungen bestehen hinsichtlich der Frage, ob die reale Vergesellschaftung von Eigentum primär durch die Vergesellschaftung der Verfügung über Eigentum erreichbar ist, oder ob der Umwandlung in Gemeineigentum, insbesondere in gesamtgesellschaftliches Eigentum, die bestimmende Rolle zukommen muß."[17] Hier blieb unerwähnt, nach welchen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten eine Wirtschaft, die auf Gemeineigentum beruht, funktionieren soll. Offenbar wollten die Befürworter von Gemeineigentum zurück zu einer zentralen Verteilungs- und Planwirtschaft.

Ein Vorzug des zweiten PDS-Programms lag darin, dass die Positionen der Partei auf den verschiedenen Politikfeldern erstmals umfangreich ausgearbeitet wurden.

In der Wirtschaftspolitik orientierte die Partei auf eine soziale und ökologische Umgestaltung. Dazu sollten das Bankensystem demokratisch kontrolliert und eine „gesellschaftliche Investitionslenkung" eingeführt, die Kredite für öffentliche und gemeinnützige Aufgaben verbilligt werden. Wie und durch wen das in einem marktwirtschaftlichen System umgesetzt

15 Ebenda, S.5.
16 Ebenda, S.7.
17 Ebenda, S.8.

werden sollte, blieb im Dunkeln. Die schon im ersten Programm der PDS formulierte Forderung nach Wirtschafts- und Sozialräten wurde wiederholt. In der Steuerpolitik wollte man sowohl die hohen Einkommen, vor allem aus Geldvermögen, Grundeigentum und spekulativen Gewinnen, stärker belasten als auch die Kapitalflucht eindämmen. Das öffentliche, insbesondere das kommunale, Eigentum an Grund und Boden sollte gesichert und das genossenschaftliche Eigentum gefördert werden. Um die ökologischen Lebensgrundlagen zu sichern, sollte die „Produktions- und Lebensweise" grundlegend verändert werden. Dazu sei es notwendig, den Stoff- und Energieverbrauch schnell zu senken, den individuellen Straßenverkehr und den Gütertransport zu vermindern und aus den Innenstädten zu verbannen.

Das neue Parteiverständnis wurde jetzt wie folgt formuliert: „Die PDS versteht sich als Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte. Ihr Eintreten für einen demokratischen Sozialismus ist an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden."[18]

Für den Pluralismus in der Partei fand man folgende Formulierung: „In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden."[19] Dies sollte bei der späteren Programmdiskussion ab Ende der 90er-Jahre zum Streitpunkt werden, weil die Kräfte um die Kommunistische Plattform und das Marxistische Forum auf dieser Formulierung beharrten, um ihre Existenzberechtigung in der Partei zu sichern.

Die PDS bekannte sich in ihrem zweiten Programm zum Dialog und zur Zusammenarbeit aller Linken. Sie suchte insbesondere die Zusammenarbeit mit Kräften, die um eine Erneuerung sozialistischer Politik rangen. Letztere Auffassung deutete auf eine Abgrenzung von verschiedenen linken Sektierergrüppchen hin, die sich in der und am Rande der PDS positionierten. André Brie betonte auf dem 3. Parteitag noch einmal ausdrücklich, dass nicht die Fähigkeit und Bereitschaft zu fundamentalistischen und verbal-radikalen Formulierungen, sondern die Kultur und das Selbstbewusstsein eines ausdauernden Wirkens für antikapitalistische Veränderungen und sozialistische Ziele darüber entscheiden, ob die PDS eine sozialistische Partei sei und zur realen Überwindung der Profitherr-

18 Ebenda.
19 Ebenda, S.24.

schaft beitrage oder ob sie in einem der vielen Sümpfe von Machtgelüsten, Opportunismus, Systemanpassung, Sektierertum, Selbstisolierung versacken werde.[20]

Insgesamt folgte dieses Programm einem weltpolitisch-zivilisatorischen Ansatz. Wie bei Parteiprogrammen üblich wurden viele Kompromissformulierungen gefunden. Dennoch beinhaltete dieses Programm eine noch deutlichere Absage an den Realsozialismus als das erste Parteiprogramm, ohne die Lebensleistung vieler Mitglieder und Sympathisanten in Abrede zu stellen. Die Definierung des demokratischen Sozialismus als Ziel, Bewegung und Wertesystem im dritten Kapitel galt nunmehr als einigende Formel. Die Absage an ein überkommenes „marxistisch-leninistisches" Gesellschafts- und Parteiverständnis wurde gefestigt. Die Positionen auf den verschiedenen Politikfeldern nahmen einen breiten Platz im Programm ein. Es wurden recht radikale Forderungen aufgestellt, ohne nach der Realisierbarkeit zu fragen. Die PDS begriff sich als reine Oppositionspartei, der außerparlamentarische Kampf um gesellschaftliche Veränderungen war für sie entscheidend. Nachgeordnet wurde formuliert, die PDS ringe um parlamentarische Stärke und leiste eine an den unmittelbaren Problemen der Bürgerinnen und Bürger orientierte parlamentarische und kommunalpolitische Arbeit.

Anlauf für ein neues Parteiprogramm

Ende der 90er-Jahre initiierten Parteivorstandsmitglieder eine neue Programmdebatte. Mehrere Ziele sollten mit einem neuen Parteiprogramm erreicht werden: Es ging darum, die Partei stärker in der Gesellschaft zu verankern und ihre Akzeptanz zu erhöhen. Die Formelkompromisse aus dem 93er-Programm (Eigentumsfrage, Geschichte, Charakter der Partei u. a.) sollten im Sinne der Reformer[21] positiv aufgelöst und das Reformprofil der PDS gestärkt werden. Beabsichtigt war, durch ein erkennbares, mit einer inhaltlichen Klammer versehenes Reformprogramm die Konkurrenzposition gegenüber anderen Parteien zu stärken. Auch sollte in die Debatte um ein neues Programm die Mitgliedschaft einbezogen werden. Mit einem modernen und wirklichkeitstauglichen sozialistischen Pro-

20 Siehe André Brie: Zum Entwurf der Grundsatzkommission, in: Disput, 1993, H. 3/4, S.35.

21 Dem Autor ist durchaus bewusst, dass es sich bei den „Reformern" nicht um eine homogene Gruppe in der Partei handelte. Die Bezeichnung wird hier als Abgrenzung gegenüber dogmatischen Kräften verwandt.

gramm wollte man auf die neuen Herausforderungen reagieren und noch deutlicher aus dem Schatten der SED heraustreten.
Diese Anliegen umzusetzen, erwies sich bald als weitaus schwieriger, als es sich die Initiatoren gedacht hatten. Auf dem Terrain von Programmdebatten engagieren sich stets besonders Ideologen und Theoretiker. Speziell in der PDS war das auch ein Feld für Dogmatiker. Es zeigte sich recht schnell, dass ein akzeptables Programm in einem überschaubaren Zeitraum von ca. zwei Jahren nicht zu verabschieden war. Die innerparteilichen Kräfteverhältnisse hatten sich geändert. Zwar hatte die Kommunistische Plattform weiter an Boden verloren, aber es kamen neue Mitglieder aus dem Westen hinzu, die sich tendenziell in eine ähnliche Richtung aktiv in die Debatte einbrachten. Außerdem hatten auf dem Münsteraner Parteitag von 2000 die Reformer eine herbe Niederlage einstecken müssen, weil dort ein fundamentalistischer Kurs in der Außen- und Sicherheitspolitik beschlossen wurde. Letztlich beeinflusste die Wahlniederlage im Jahre 2002, bei der die Partei den Wiedereinzug in den Bundestag (sie erhielt nur zwei Direktmandate) verfehlt hatte, deutlich die Programmdebatte. Unter dem Eindruck dieser Wahlniederlage kam es auf dem Geraer Parteitag von 2002 zu einer Revision der bisherigen Linie in Richtung Fundamentalopposition.
In dieser Zeit beschäftigten sich die politischen Akteure mit Strategiedebatten, die sich mit programmatischen Diskussionen vermischten. Neben vielen kritischen Einwänden zum Programmentwurf erhob sich erwartungsgemäß eine Totalkritik vonseiten der Kommunistischen Plattform, des Marxistischen Forums und einiger Westlinker.[22] Kritik kam zudem von Nichtmitgliedern der Partei, vor allem aus dem links-intellektuellen Spektrum des Westens. Auch Oskar Lafontaine meldete sich damals zu

22 So Sahra Wagenknecht: „Der Entwurf soll ein deutliches Signal sein, dass die PDS den Kapitalismus nur noch gestalten, verwalten und regulieren, aber nicht mehr überwinden will.“ Oder: „In jedem Fall ist es kein antikapitalistisches Programm mehr, und in jedem Fall wird die PDS damit in hohem Maße verwechselbar mit der SPD.“ (Zit. nach: Die Welt, 28.4.2001) Ellen Brombacher und Sahra Wagenknecht bezeichneten das Programm als Kniefall vor der SPD. Die PDS-Führung wolle mitregieren und brauche dazu ein neues Programm. (Siehe Junge Welt, 30.4./1.5.2001) Die PDS biedere sich der SPD an. Die sozialistische Perspektive werde zu einem Wertesystem verwässert. Der Programmentwurf sei eine Rechtswende. Der Sozialismus werde nicht mehr aus den objektiven Gegebenheiten und Tendenzen der Gegenwart abgeleitet, sondern aus subjektiv gesetzten Werten. Es werde nicht nur das Ziel einer Überwindung kapitalistischer Verhältnisse aufgegeben; selbst dem reformerischen Ringen um soziale Rechte würden inakzeptable Grenzen gesetzt. (Erklärung von Ellen Brombacher, Sahra Wagenknecht, Thomas Hecker, Jürgen Herold, Heinz Maron und Friedrich Rabe, in: PDS-Pressedienst, Berlin, 2001, Nr. 21, S.13).

Wort: „Wichtiger als die Programmexegese ist es also, sich die praktische Politik der PDS anzusehen. Tut man das, so muss man denjenigen zustimmen, die davor warnen, dass die PDS zu einer neoliberalen Beliebigkeitspartei wird."[23]

Es war klar, dass es Alternativentwürfe zum Programmentwurf, den die damalige Parteivorsitzende Gabi Zimmer vorgelegt hatte, geben würde. Totalkritiker präsentierten einen Gegenprogrammentwurf. Dieser folgte bei der Einschätzung der gegenwärtigen Welt vereinfachten Schwarz-Weiß-Denkmustern. Es wurde einem Sozialismus der Langsamkeit und der Bescheidenheit, des Rückbaus der Produktivkräfte und der Abschaffung des Marktes das Wort geredet. Die konkreten politischen Alternativen waren zum großen Teil völlig illusorisch. Das Politikverständnis der Autorinnen und Autoren verengte sich auf ein Bekenntnis zum politischen Widerstand und verzichtete auf eine Gestaltungsoption.[24] Dieter Klein schrieb, der Maßstab des Gegenentwurfs von Winfried Wolf und anderen sei „brutalstmögliche Totalkritik der gesamten gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft, berechtigte Kritik nicht allein an der Kapitalverwertung und den aus ihr folgenden Übeln und Verbrechen, sondern totale Kritik an ausnahmslos allen Seiten der Bundesrepublik".[25]

Die langwierigen Debatten um ein neues Parteiprogramm der PDS zeigten, dass es vorrangig – wie schon beim Programm von 1993 – nicht eine Auseinandersetzung um konkrete politische Alternativen war, sondern ein ideologischer Streit. In dieser Hinsicht gab es kaum Fortschritte gegenüber den Diskussionen, die zehn Jahre zuvor stattgefunden hatten.

Das Programm von 2003

Aufgrund der heftigen Kontroversen konnte das neue Programm nicht auf dem Dresdner Parteitag im Oktober 2002 beschlossen werden. Hier wurde nur ein Beschluss zur Strategie und Programmatik der PDS bis 2003 verabschiedet, der bestimmte Passagen des alten von 1993 und des neuen Programms enthielt.[26] Es gelang den fundamentalistisch-antikapitalistischen Kräften aber nicht, die Verabschiedung eines neuen Par-

23 Märkische Allgemeine Zeitung, 22.5.2001.

24 Siehe Entwurf eines Programms der PDS – vorgelegt von Monika Balzer, Dorothee Menzner, Ekkehard Lieberam, Winfried Wolf, in: Beiträge und Informationen zur Programmdebatte – Information des Bundesgeschäftsführers, 2001, Nr. 3, S.77-108.

25 Dieter Klein: Zeitgemäße sozialistische Programmatik, in: Neues Deutschland, 15.6.2001.

26 Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft!, in: Disput, 2001, H. 10, S.40-45.

teiprogramms zu verhindern. Der Chemnitzer Parteitag nahm es im Oktober 2003 mit großer Mehrheit an.
Die im alten Programm enthaltene Definition vom Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem wurde übernommen. Es blieb ebenfalls bei der Ablehnung eines abstrakten Geschichtsfahrplans. Die im Vorfeld umstrittenen „Freiheitsgüter" waren nunmehr verankert: „Menschen müssen ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse, produktiven Kräfte und sittlichen Maßstäbe entwickeln können. Die Verfügung über diese Güter entscheidet, ob Menschen frei oder unfrei sind. Es sind die grundlegenden Freiheitsgüter. Der Anspruch auf gleiche Teilhabe an ihnen ist zugleich Anspruch auf Wahrnehmung fundamentaler Menschenrechte."[27] Über die Grundwerte hieß es jetzt: „Freiheit ist der Bezugspunkt sozialistischer Politik. Gleichheit ist für diese Politik das Maß der Teilhabe an grundlegenden Freiheitsgütern. Freiheit ist für uns die Möglichkeit, das eigene Leben und die Gesellschaft – selbst und gemeinsam mit anderen – zu gestalten. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt von Gerechtigkeit."[28] Mit dieser klaren Aussage zur Freiheit, die in der Programmdebatte oftmals in Zweifel gezogen worden war, hatten sich die Mehrheit des Vorstands und andere Reformkräfte durchgesetzt. Die Vorsitzende der Programmkommission, Gabi Zimmer, betonte in Auseinandersetzung mit den Vorwürfen der vermeintlichen Anbiederei an den Neoliberalismus, der Sozialismus sei im Gegensatz zum Neoliberalismus „die persönliche Freiheit aller, wirklich aller – auch des am meisten ausgegrenzten Menschen [...] Gerade diese im Programmentwurf vorgenommene Verschränkung individueller Freiheitsrechte mit sozialen Grundrechten ist ein entscheidender Vorzug gegenüber dem bisherigen Programm und gegenüber den Praktiken der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts."[29]
Es gab aber auch neue Formelkompromisse bei einigen Grundfragen, so beim Eigentum und bei der Wirtschaft. Dennoch wurde festgehalten, dass unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit seien. Anschließend wurde folgende Einschränkung vorgenommen: „Doch solange sie auf die betriebswirtschaftliche Logik der einzelnen Unternehmen

27 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Beschluss der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26.10.2003 in Chemnitz, o.O. o.J, S.3.
28 Ebenda.
29 Ein Parteiprogramm ist nicht alles, aber dennoch entscheidend. Bericht der Programmkommission – Gabi Zimmer, Vorsitzende der Programmkommission, in: Disput/Pressedienst, November 2003, S.22.

beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind, verwandeln sie sich in ihr Gegenteil."[30] Die Unentschiedenheit in der Eigentumsfrage des 93er-Programms wurde aufgehoben. Im neuen Programmtext wurde die Bedeutung der Eigentumsstrukturen für die Machtverhältnisse einer Gesellschaft betont. Zugleich sagte das Programm eindeutig aus, dass die Alternative zum kapitalistischen Eigentum nicht im allumfassenden Staatseigentum liege. Entscheidend sei die reale Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen, bei deren Regelung Rechtstitel eine wesentliche Rolle spielten. Ziemlich offen und unverbindlich hieß es, dass jene Eigentumsformen gefördert werden sollten, die es „am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen". Die PDS wandte sich im Programm gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und des Wissens. Dieser Prozess sollte dort gestoppt und schrittweise rückgängig gemacht werden, „wo dies dem Allgemeinwohl entspricht". Die Verfügungsgewalt über hochkonzentriertes Kapitaleigentum und Finanzfonds sollte schrittweise sozialen Kriterien unterworfen werden. Mehrfach wurden die Bewahrung und Ausweitung des öffentlichen Eigentums sowie die Abschwächung der Vorherrschaft der Kapitalinteressen beschworen. Zugleich hieß es: „Wir unterstützen den Übergang staatlicher Eigentumstitel in die Verfügung anderer Träger, wenn diese wirtschaftlich effizient und auf sozial und ökologisch orientierte Weise zusammenwirken und die Verfügungsmacht im Interesse des Allgemeinwohls gestärkt wird. Das setzt staatlich geplante Rahmenbedingungen voraus."[31] Zusammenfassend kann man feststellen, dass alte, miteinander unvereinbare Auffassungen, die noch im 93-er Programm enthalten waren, durch neue Formelkompromisse ersetzt wurden.

Die Reformangebote der PDS und die Aussagen zu den einzelnen Politikfeldern waren im Vergleich zum alten Programm weitaus umfangreicher ausgeführt. Die Grundpositionen wurden beibehalten, Aktualisierungen und Präzisierungen vorgenommen. Die Demokratisierung des Staates, der Wirtschaft und der ganzen Gesellschaft stand an der Spitze der Politikangebote und wurde als die entscheidende Frage jeder Reformalternative bezeichnet. Die PDS stellte klar, dass die individuellen und kollektiven politischen Grundrechte, parlamentarische Demokratie, politischer Pluralismus, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie die

30 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus 2003, S.3.
31 Ebenda, S.4.

kommunale Selbstverwaltung unverzichtbare Errungenschaften zurückliegender Kämpfe um die Gleichberechtigung aller sind.
In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ergaben sich viele Gemeinsamkeiten mit Positionen der Gewerkschaften. Gefordert wurden die Stärkung des Binnenmarktes, öffentliche Investitionen, umweltgerechte Technologieförderung, Steuergerechtigkeit und die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit. Die Idee eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) war wieder aufgegriffen worden. Die PDS unterstützte das System der Flächentarifverträge und Forderungen nach Einführung eines Mindestlohnes. Als zentrales Element für die Perspektive der sozialen Sicherungssysteme sah sie die bedarfsorientierte Grundsicherung als Bürgerrecht.
In der Friedenspolitik wurde gegen erheblichen Widerstand eine Stärkung der UNO, einschließlich der Anerkennung ihrer Instrumente bei Krisen und Konfliktherden, beschlossen. Obwohl nun eine Einzelfallprüfung und gegebenenfalls Militäreinsätze nach Kapitel VII der UN-Charta anerkannt wurden, sollten deutsche Bundeswehreinheiten davon ausgeschlossen bleiben. Hier gab es freilich einen Widerspruch: Eine UN-Entscheidung an sich galt als begründet, aber genau für den selbst mitzubestimmenden nationalen Rahmen dann nicht.
Im abschließenden Kapitel IV des Programms „Veränderung mit der PDS – Selbstveränderung der PDS“ wurde – ähnlich wie im Programm von 1993 – Kritik an der DDR und der SED geübt. Einerseits grenzte sich die Partei von einer „Totalkritik“ ab. Sie betonte, dass der Wille zur Überwindung des faschistischen Erbes und das Eintreten für eine bessere Gesellschaftsordnung keiner Entschuldigung bedürfen. Zur Geschichte der DDR gehörten auch wertvolle Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um die Bestimmung der Ziele der Produktion im Interesse der Bevölkerung, um Teilhabe breiter Bevölkerungsteile an Bildung und Kultur und um ein solidarisches und friedliebendes Gemeinwesen auf deutschem Boden. Andererseits unterstrich das Programm, dass die SED weder bereit noch fähig gewesen war, Sozialismus mit Demokratie und Freiheit zu verknüpfen. Auf den im alten Programm noch enthaltenen positiven Bezug zur Oktoberrevolution wurde verzichtet.
Nicht mehr im Programmtext enthalten war auch das Primat des außerparlamentarischen Kampfes. Die PDS sah sich aber nach wie vor an der Seite sozialer Bewegungen gegen die weitere Kapitalisierung der Gesellschaft, Demokratieabbau und Krieg. Das wichtigste Ziel sei es, „unseren Beitrag zur Formierung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für den grundlegenden Richtungswechsel der Politik in Deutschland und

Europa zu leisten".[32] Ein Mitte-Links-Bündnis wurde demgegenüber nur als langfristiges Ziel formuliert. Betont wurde aber: „Aus historischer Erfahrung wenden wir uns entschieden gegen jegliche Form von Antisozialdemokratismus und Antikommunismus."[33] Die PDS betrachtete sich nach wie vor als eine pluralistische Partei.
Neu und wichtig war das Bekenntnis zu Regierungsbeteiligungen: „Als politische Partei ringt die PDS um parlamentarische Stärke", hieß es. „Wir streiten darum, wie wir unser Profil als sozialistische Partei entwickeln, Ansätze für soziale und demokratische Alternativen durchsetzen und in parlamentarischer Opposition wie bei Regierungsbeteiligungen politische Verantwortung übernehmen können. Wir wollen eine demokratische Politik von Bürgerinnen und Bürgern und für sie mitgestalten und beweisen, dass reale Veränderungen hin zu mehr Demokratie und Gerechtigkeit möglich sind."[34]
Trotz der Widersprüche und Formelkompromisse war das neue Programm von 2003 ein qualitativer Fortschritt gegenüber dem alten von 1993. Die Kompromisse waren dem Bemühen geschuldet, eine möglichst große Zustimmung zu erhalten und damit die integrative Kraft eines Parteiprogramms zu gewinnen. Dies war dem Parteivorstand unter schwierigen Bedingungen gelungen, ohne zentrale Aussagen zum Reformverständnis der Partei aufzugeben. In einer Zeit, in der die PDS eine schwere Wahlniederlage zu verkraften hatte, war das nicht zu unterschätzen. Zugleich zeigte sich deutlich, dass Grundsatzdebatten in der PDS nur einen begrenzten Gewinn im Hinblick auf die Ausarbeitung konkreter politischer Alternativen brachten.

Eine neue Programmatik für ein neues Parteiprojekt

Als ein neues linkes Parteiprojekt von Linkspartei.PDS und WASG angestrebt wurde, begann auch eine neue programmatische Diskussion. Impulse gingen von der neuen, schon gemeinsamen Bundestagsfraktion aus. Führende Vertreter beider Parteien bzw. der Bundestagsfraktion verfassten einen Aufruf zur Gründung einer neuen Linkspartei. In dem relativ kurzen und griffigen Text verstanden dessen Autorinnen und Autoren die neue linke Partei als eine „Sammlungsbewegung von Menschen unter-

32 Ebenda, S.21.
33 Ebenda, S.20.
34 Ebenda, S.21.

schiedlicher politischer und sozialer Herkunft, die für mehr soziale Gerechtigkeit kämpft".[35]

Für die weitere programmatische Debatte waren die von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Linkspartei und der WASG vorgelegten „Programmatischen Eckpunkte" gedacht. Nach mehreren Zwischenfassungen wurde ein Text von beiden Parteivorständen am 10. Dezember 2006 verabschiedet. In den „Eckpunkten" wurde der Wille bekräftigt, Grundideen alternativer Politik zusammenzuführen. Nachdem es intensive Debatten darum gegeben hatte, wieweit der demokratische Sozialismus in der Intention des PDS-Programms von 2003 Bestandteil der „Eckpunkte" sein soll oder nicht, setzte sich die Linkspartei in diesem Punkt durch: „Die Ideen des demokratischen Sozialismus stellen zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung der politischen Ziele der Linken dar. DIE LINKE leitet ihr politisches Handeln aus dem Zusammenhang von Ziel, Weg und grundlegenden Wertorientierungen ab."[36]

Eine wichtige Verschiebung gab es in der Eigentumsfrage. Da koexistierten drei verschiedene Aussagen: Zunächst wurde gefordert, im Rahmen einer Demokratisierung der Wirtschaft die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen. Es müsse vor allem die „profitbestimmte private Verfügung über strukturbestimmende Großunternehmen" durch „breite demokratische Allianzen, Mitbestimmung und sozialstaatliche Regulierung zurückgedrängt und überwunden werden, wo dies dem Allgemeinwohl widerspricht". Anschließend wurde noch relativ offen formuliert: „Wir (wollen) klären, wie öffentliches Eigentum als Grundlage demokratischer Politik und Daseinsvorsorge erweitert und sowohl sozial als auch effizient gestaltet werden kann." Dann aber hieß es an die Adresse aller Linken, sie sollten konkrete Vorschläge erarbeiten, „wie bestimmte Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der

35 Dieser Aufruf wurde von Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei.PDS, Katja Kipping, stellvertretende Parteivorsitzende, Klaus Ernst und Felicitas Weck, den Geschäftsführenden Bundesvorständen der WASG, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion DIE LINKE, am 2. Juni 2006 in Berlin vorgestellt.

36 Programmatische Eckpunkte. Entwurf des programmatischen Gründungsdokuments der Partei DIE LINKE. Beschluss der Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG auf ihrer gemeinsamen Beratung am 10. Dezember 2006, in: Pressedienst, 2006, H. 50, 15.12.2006, S.1. Bezogen auf den Kampf der WASG gegen Abbau sozialer Rechte usw. hieß es: „Die Linkspartei.PDS bringt in Übereinstimmung damit ihr historisches Verständnis des demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem und als Einheit von Freiheits- und sozialen Grundrechten ein – niedergelegt in ihrem Chemnitzer Parteiprogramm." Ebenda.

Daseinsvorsorge zum Wohle der Allgemeinheit in öffentliche Eigentumsformen überführt werden müssen, um mehr demokratische Kontrolle und Gestaltung zu ermöglichen".[37] Die PDS hatte in den drei Programmen zuvor aus den negativen Erfahrungen der DDR gespeist und gegen den Widerstand der Kommunistischen Plattform wie des Marxistischen Forums immer vermieden, von einer Verstaatlichung der Schlüsselbereiche (in welcher Form auch immer) zu sprechen. Nun aber waren die Vorstellungen westdeutscher Linker aus den 70er-Jahren in einen konkreten Auftrag eines programmatischen Dokuments der Linken gemündet.

Problemloser hielt man jetzt Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich für möglich. In der Wirtschaftspolitik wurden wiederum öffentliche Beschäftigungsprogramme als ein Schwerpunkt formuliert. Jetzt wurde außerdem eine konkrete Summe von mindestens 40 Milliarden Euro genannt, um die die Investitionen erhöht werden müssten. Auf welchen Zeitraum sich diese Summe bezieht, blieb offen. Eine Million tariflich bezahlter Arbeitsplätze sollten so entstehen. Für die Finanzierung dieser Maßnahmen wie auch anderer sozialer Forderungen sahen die Autorinnen und Autoren keine Probleme. Die Mittel seien durch deutlich höhere Steuern für Konzerne und andere profitable Unternehmen, Vermögenssteuer, höhere Erbschaftssteuer, Schließen der Steuerschlupflöcher u. a. gegeben. Auch die Länder und Kommunen sollten mehr Geld erhalten. Außerdem könne durch höhere Einnahmen die Verschuldung sozial abgebaut werden.

Hatten die PDS-Programme immer schon ein gewisses Defizit in der Finanzierungsfrage eigener, weitergehender Reformvorstellungen, so wurde diese Tendenz jetzt noch deutlich verstärkt. Auch zeigte sich hier ein rein nationalstaatliches Denken. Probleme der Globalisierung oder auch nur der Internationalisierung innerhalb der EU gab es aus einer solchen Sicht nicht.

Wie schon das Chemnitzer Programm der PDS enthielten die „Eckpunkte" eine Passage über gewinnorientiertes unternehmerisches Handeln, das wichtig für Innovationen und betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit sei. Dieses führe jedoch zur „Zerstörung der Lebensgrundlagen, zunehmender sozialer Ungleichheit und Spaltung, wenn es nicht gesellschaftlichen Schranken und Regeln unterworfen" werde, hieß es. Die Linke strebe eine „neue sozial-ökologische Rahmensetzung für die Marktmechanismen an, weil ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht

37 Ebenda, S.1f.

und sozialstaatliche Regulierung private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich, sozial und ökologisch verlustreichen Fehlentwicklungen führen".[38] Worin das Neue dieser Rahmensetzung bestehen soll, wurde nicht mitgeteilt. Wirtschaftliche und soziale Probleme wurden ausschließlich dem Neoliberalismus angelastet.

In den Aussagen über die Sozialpolitik blieb der Grundgedanke einer bedarfsorientierten und (das war neu) „repressionsfreien" sozialen Grundsicherung erhalten. Der Begriff „repressionsfrei" wurde jedoch nicht definiert. Weitere Schwerpunkte waren: die Überwindung der Hartz-Gesetze, die Demokratisierung sozialer Sicherungssysteme, die stärkere Orientierung am Individualprinzip im Steuer- und Sozialrecht, solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen.

In der Außen- und Sicherheitspolitik bewegten sich die „Eckpunkte" im Wesentlichen auf der Linie des Chemnitzer Programms mit den dort enthaltenen Widersprüchlichkeiten. Klar hieß es, dass die Bundeswehr nicht weiter für Militärinterventionen im Ausland eingesetzt werden dürfe. Bestritten wurde, dass Militäreinsätze der UN nach Kapitel VII unter den gegenwärtigen Bedingungen in regionalen Kriegs- und Bürgerkriegskonstellationen wesentlich zur Wiederherstellung des Friedens beitragen könnten. Im Umkehrschluss hieß das aber auch, dass man nahezu keine Möglichkeit sah, durch UN-Einsätze Völkermord zu verhindern oder zu beenden. Das war eine folgenschwere Aussage, die in PDS-Programmen so nicht getroffen worden war.

Neu gegenüber dem Chemnitzer Programm der PDS war das Ziel, ein „Bündnis gegen den Neoliberalismus" zu formen. Es sollte eine breite politische Sammlungsbewegung für einen Richtungswechsel formiert werden. Hier – wie auch in anderen Formulierungen – wurde deutlich, dass sich die neue Partei stark als eine anti-neoliberale Kraft begreifen sollte. Der Begriff „Neoliberalismus" wurde zum zentralen Kampfbegriff, um den sich alles drehte.

Für Regierungsbeteiligungen waren nunmehr die Hürden höher gelegt. Sie seien ein Mittel politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung, „wenn dafür die notwendigen Bedingungen gegeben sind und wenn DIE LINKE sich mit alternativen Projekten öffentlich erkennbar profiliert". Es müsse eine Veränderung des Kräfteverhältnisses nach links und die Einleitung eines Politikwechsels erfolgen. Darüber hinaus hieß es: „DIE LINKE wird in Regierungen dafür eintreten, die öffentliche Daseinsvorsorge gegen Privatisierungsstrategien zu bewahren, öffentliche

38 Siehe ebenda, S.5.

Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger nicht durch Personalabbau zu verschlechtern und Kürzungen sozialer Leistungen nach Kräften zu verhindern."[39]

In einer Nachbemerkung formulierten die Autorinnen und Autoren Fragen und Probleme, zu denen es noch keine einhelligen oder schlüssigen Antworten gab. Dazu zählten die Möglichkeiten einer Demokratisierung der Wirtschaft und die Unterwerfung der Verfügungsgewalt über Eigentum unter soziale Kriterien. Es ging um das Verhältnis von zivilgesellschaftlichem Engagement, Marktregulation, nationalem Sozialstaat und internationalen Institutionen. War das Ziel der Vollbeschäftigung noch realistisch? Inwieweit war der Prozess der Globalisierung demokratisch und sozial gestaltbar? Welche Möglichkeiten nationalstaatlicher Politik gibt es heute? Mit welchen realen Widersprüchen und Konflikten würde man beim Erhalt und Ausbau öffentlichen Eigentums künftig konfrontiert werden? Könnten internationale Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der UN in regionalen Kriegs- und Bürgerkriegskonstellationen zu einer friedlichen Entwicklung führen?[40] Wie ist das Verhältnis von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit zu gestalten? Die meisten Fragen offenbarten, dass die im Text genannten Ziele und Forderungen in der „Nachbemerkung" wieder als offene Probleme formuliert wurden.

Zusammengefasst kann man sagen, dass die übergroße Mehrheit der in den „Eckpunkten" formulierten Positionen durchaus mit den Aussagen des Chemnitzer Programms der PDS vereinbar war. Daneben gab es eine zweite Tendenz: Die PDS war programmatisch auf wichtigen Politikfeldern auf dem Wege zu mehr Realismus. Mit dem Parteibildungsprozess entwickelten sich die programmatischen Positionen auf wichtigen Teilgebieten in eine neue Richtung.

Zum 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE. Eine Stellungnahme

Im März 2010 veröffentlichte die Programmkommission einen ersten Entwurf. Obwohl es zunächst zwei Entwürfe gab, wurde nur ein Entwurf für die Debatte unterbreitet. Die in den „Eckpunkten" aufgeworfenen Diskussionspunkte wurden nicht weiter verfolgt oder gekennzeichnet. Offenbar schätzte die Mehrheit der Parteispitze die Gefahr eines Auseinanderdriftens der Partei durch eine offener angelegte Programmdebatte

39 Ebenda.

40 Siehe Gerry Woop: Fragt die Ansichten: Wem nützt ihr?, in: Freitag, Nr. 49, 8.12.2006.

als zu groß ein. Es wurde daher Wert darauf gelegt, nicht Thesen oder andere offene Formen zur Diskussion zu stellen.

Der Programmentwurf markiert eine tiefe Zäsur in der längeren Programmgeschichte der PDS wie auch gegenüber dem Gründungsprogramm der WASG. Bewegte sich die PDS von einer weltanschaulichen Prämisse, einem „kommunistischen Denken", weg, ist jetzt eine Umkehrung zu bemerken. Die WASG konzentrierte sich ohnehin auf konkrete Politik.

Die Richtungsänderung zeigt sich schon an der Gliederung. Überschrift und Inhalt des zweiten Kapitels sind nicht mehr eine Analyse der gegenwärtigen Welt. Der Titel lautet vielmehr: „Die Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation". Zivilisationsfragen wie die Ökologiefrage werden ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Kapitalismus gesehen. Die Ökologiefrage wird zur „Systemfrage" verkürzt.[41] Das dritte Kapitel ist überschrieben: „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert". In ihm geht es nicht vorrangig um Werte und Wege zu einer neuen Gesellschaft, sondern um deren Definition und einen „Systemwechsel". „Wir kämpfen für einen Systemwechsel, weil der Kapitalismus, der auf Ungleichheit, Ausbeutung, Expansion und Konkurrenz beruht, mit diesen Zielen unvereinbar ist."[42] Nun ist wiederum von den Grenzen des Kapitalismus und vom „Aufbau" des Sozialismus die Rede. Es sollen nicht in erster Linie zunächst die gegenwärtigen Verhältnisse verbessert werden. Erst wenn der Sozialismus aufgebaut ist, seien die Menschheitsprobleme lösbar.

Der Begriff „Kapitalismus" wird ökonomistisch und undifferenziert verwendet. Eine Differenzierung zwischen einem Produktionsverhältnis und den konkreten Ausformungen einer Gesellschaft (Sozialstaat oder nicht, Demokratie oder Diktatur, Schweden oder USA) nehmen die Autorinnen und Autoren nicht vor. Die reale Lebenswirklichkeit der Bevölkerung in verschiedenen Ländern und Regionen, die sehr unterschiedlich ist, wird ausgeblendet. Aufgrund der undifferenzierten antikapitalistischen Sichtweise enthält vor allem die Präambel Übertreibungen, die die Wirklichkeit nur einseitig wiedergeben. So heißt es, dass dort, wo vor allem der Profit regiere, kein Raum für Demokratie bleibe. In der Konsequenz bedeutet das: Im Kapitalismus, also auch in Deutschland, gibt es keine Demokratie und keine Freiheit. Im Unterschied zu den PDS-Programmen wird jetzt

41 Siehe 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE, in: Disput extra, Berlin, April 2010, S.9.

42 Ebenda, S.3.

die Forderung nach der „demokratischen Vergesellschaftung“ strukturbestimmender Großbetriebe und Banken erhoben. Solche Positionen wie auch das Postulat einer „demokratischen Rahmenplanung“ werden nicht konkret untersetzt. Es bleibt offen, auf welcher ökonomischen Grundlage – wenn nicht auf dem Wertgesetz und nicht auf der Warenproduktion – die sozialistische Gesellschaft beruhen soll. Im Text sind auch andere in der Linkspartei strittige Positionen enthalten. Der dem Neoliberalismus entgegengesetzte politische Ansatz, der sozial-ökologische Umbau, wird nicht als Alternative zur neoliberalen Entwicklung gefasst, sondern lediglich als Querschnittsaufgabe, Natur und Umwelt zu erhalten.

In Bezug auf die Partei und bündnispolitische Überlegungen wird indirekt der Charakter der Linken als Protestpartei unterstrichen, indem man sich einem „Kartell neoliberaler Parteien“ gegenübersieht und Bündnispartner dementsprechend nur „Bewegungen“ sind.

Eine Regierungsbeteiligung wird nicht per se abgelehnt, aber eine ganze Reihe von Forderungen aufgelistet, die erfüllt sein müssen, sollte die Partei tatsächlich Regierungsverantwortung auf Bundesebene mit übernehmen.

Auf den einzelnen Politikfeldern werden vor allem Forderungen erhoben, die aus der politischen Praxis der jungen Partei bekannt sind. Für ein Parteiprogramm zeigen sich aber auch hier Defizite. So fehlt zum Beispiel auf dem Gebiet der Arbeit eine Analyse der gegenwärtigen und der zukünftig zu erwartenden Produktivkraftstruktur, der demografischen Entwicklung, der Internationalisierung der Wirtschaft und der damit zusammenhängenden Probleme. Der Text beschränkt sich auf die soziale Gestaltung und gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und anderer notwendiger Arbeiten. Statt des in PDS-Programmen stets geforderten öffentlichen Beschäftigungssektors wird jetzt auf den Ausbau des öffentlichen Dienstes orientiert. Das Kapitel über die Friedens- und Sicherheitspolitik folgt im Wesentlichen der fundamentalistischen Ablehnung von Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UNO. Eine deutsche Beteiligung wird prinzipiell verworfen. Die Zwischenüberschrift lautet: „Frieden statt terroristischer Kriege“. Was unter „terroristischen Kriegen“ zu verstehen ist, wird nicht mitgeteilt.

Resümee

Die PDS hatte sich schon 1990 mit ihrem ersten Parteiprogramm von den Prämissen einer „marxistisch-leninistischen“ Partei klar verabschie-

det. Mit den folgenden Programmen wurde versucht, die programmatische Grundlage einer demokratisch-sozialistischen Partei zunehmend auszubauen. Das Programm von 1993 enthielt hier noch eine Reihe von unentschiedenen Positionen, so zur Eigentumsfrage, die auch als solche benannt wurden. Wie alle Parteiprogramme beinhaltete auch das Cottbusser Programm von 2003 viele Kompromisse. Insgesamt aber wurden sowohl im allgemeinen Teil wie auch auf den einzelnen Reformfeldern ausführliche programmatische Positionen ausgearbeitet. Vergleicht man die Parteiprogramme der PDS, so kann man eine zunehmende Realitätsnähe feststellen.

Die programmatischen „Eckpunkte" von 2006 nehmen eine Zwischenstellung ein. Gedankengut linker Kreise, vor allem aus den 70er-Jahren der alten Bundesrepublik, von linken SPD- und Gewerkschaftskreisen, aber auch der DKP und verschiedenen K-Gruppen flossen in den Text ein, ohne ihn zu dominieren.

Der 1. Programmentwurf für die Partei DIE LINKE vom März 2010 stellt dagegen eine Zäsur dar. Es herrscht – vor allem in der Präambel, aber auch in weiten Teilen des Textes – ein stark undifferenziertes Weltbild vor. Das ist umso erstaunlicher, als die Begriffe „Kapitalismus" und „Sozialismus" im Gründungsdokument der WASG so gut wie nicht vorkommen. Es ist schon bemerkenswert, wie auch von ehemaligen sozialdemokratischen und Gewerkschaftsfunktionären eine programmatische Verschiebung in Richtung eines antikapitalistischen Fundamentalismus vorgenommen werden konnte.

Dokumentarisches

„Beginn der Wende in unserer Partei“. Das II. Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Albaniens im November 1944. Eine Dokumentation

Erwin Lewin

Einleitung

Seit sich der Zugang zu den historischen Quellen in Albanien auch für ausländische Forscher verbessert hat, kann auf der Grundlage neuer Dokumente ein weit differenzierterer Blick auf die Entwicklung der kommunistischen Bewegung des Landes geworfen werden, als das bisher möglich war. Die Materialien des II. ZK-Plenums der Kommunistischen Partei Albaniens (KPA; albanisch: Partia Komuniste e Shqipërisë, PKSh) belegen das, insbesondere für die Anfänge der Parteientwicklung, auf signifikante Weise. Sie erlauben es, mit Mythen wie dem von der „unfehlbaren“ politischen Linie der Partei aufzuräumen, eine Reihe von Problemen ihrer Strategie und Taktik zu hinterfragen und zu präzisieren sowie den Platz der beteiligten Akteure neu zu bestimmen. Das Plenum behandelte das gesamte Spektrum der Fragen, die mit der Gründung der KPA im November 1941, ihrer politischen Linie im antifaschistischen Widerstandskampf wie mit dem Wirken der jugoslawischen Vertreter Miladin Popović (Aliu) und Dušan Mugoša in der KPA zusammenhingen.

Als sich die Delegierten am Vorabend der Befreiung des Landes von der seit 1939 bestehenden faschistischen Okkupation in Berat zu dem Plenum zusammenfanden, hatte die Partei zwar eine kurze, jedoch entscheidende Wegstrecke zurückgelegt. Dabei zeichneten sich zwei gegenläufige Linien ab: Zum einen hatte ihre Gründung drei Jahre zuvor entscheidend den Aufbruch der Mehrheit des albanischen Volkes bewirkt, der im November 1944 zur erfolgreichen Vertreibung der italienischen Besatzer führte. Es war zuallererst die Stoßkraft der von den Kommunisten geführten Partisanen, die den Sieg brachte und die Voraussetzungen dafür schuf, dass die erforderlichen demokratischen und sozialen Umwandlungen in Albanien in Gang gesetzt werden konnten. Andererseits gab es vielfältige latente Widersprüche in der jungen und unerfahrenen kommunistischen sowie antifaschistischen Widerstandsbewegung bis hin zu gra-

vierenden Fehlentscheidungen auf der kommunistischen Führungsebene. Letztere traten auf dem ZK-Plenum in aller Schärfe zutage.

Die Debatte entzündete sich an der Rolle der antifaschistischen Nationalen Befreiungsfront (Fronti Nacional Çlirimtar, FNÇ) und an ihrem Verhältnis zu den außerhalb wirkenden bürgerlich-nationalen und monarchistischen Kräften. Stellte doch die Bündnispolitik eine der zentralen Fragen für die zahlenmäßig schwache KPA dar und bildete geradezu eine existenzielle Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen die faschistische Okkupation.

Die Beziehungen zwischen dem auf Initiative der Kommunisten im September 1942 in Peza gebildeten FNÇ und den sogenannten Nationalisten hatten sich von Anfang an schwierig gestaltet. Nach Aussage von Enver Hoxha auf dem Plenum war das Treffen mit den bürgerlichen Vertretern, die in Peza anwesend waren, ungenügend vorbereitet worden. Er trug dort ein Referat vor, das er nicht selbst verfasst hatte: „Ich war nicht in der Lage, die Vorstellungen gegenüber den Nationalisten zu vertreten [...] Somit beschränkte sich die Konferenz darauf, ein Referat vorzulesen und ein Flugblatt zu verfassen, dann zogen wir ab.“[1] Seine Feststellung, das Ganze habe sich als „Farce“ erwiesen, erscheint im Unterschied zu der differenzierten Wertung Nako Spirus, man habe es versäumt, sich gründlich mit den verschiedenen Richtungen innerhalb der Nationalisten zu beschäftigen, um die Nationale Befreiungsfront auf festeren Grundlagen errichten zu können, nicht nur stark überhöht, sondern einseitig und subjektiv.

Von der Peza-Konferenz gingen zweifellos Impulse für den aktiven bewaffneten Widerstand aus, denn bekannte patriotisch gesinnte Persönlichkeiten wie Myslim Peza[2] oder Abaz Kupi schlossen sich dem FNÇ an. Dennoch blieb ein nicht unerheblicher Teil der „alten“ bürgerlichen Eliten, die die italienische Besatzung nicht akzeptierten, abwartend und außerhalb des Fronti Nacional Çlirimtar. Ihnen gegenüber gab es in der KP-Führung nicht selten starke Vorbehalte. Vor allem fehlten klare Vorstellungen darüber, wie mit den zwar national fühlenden, jedoch konservativen und antikommunistisch eingestellten Kräften der albanischen Gesellschaft umzugehen war, um sie für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.

1 Arkivi Qendror Shtetëror (Zentrales Staatsarchiv). F. 14/AP, D. 2/1, S.80-92, hier S.82.

2 Myslim Peza (1897-1984), Symbolfigur des antifaschistischen Widerstandskampfes; organisierte bereits 1940 eine erste bewaffnete Abteilung gegen die italienischen Okkupanten; Teilnehmer an der Konferenz in Peza 1942; Mitglied des Generalrates der Nationalen Befreiung und des Generalstabes der Nationalen Befreiungsarmee; im Oktober 1944 stellvertretender Vorsitzender der Demokratischen Regierung Albaniens.

Die Meinung, dass die Nationalisten in die Nationale Befreiungsfront eintreten sollten, wurde auch weiterhin verfolgt, als sich mit Balli Kombëtar (Nationale Front) im November 1942 und Legaliteti (Legalität) im Jahr darauf neben dem kommunistisch geführten FNÇ bürgerliche und monarchistische Organisationen etablieren konnten. Von deren Herausbildung wurde die Parteiführung überrascht – zumindest betraf das Balli Kombëtar – und deren Einfluss unterschätzt. „Wir haben es nicht verstanden, mit ihnen zu arbeiten", analysierte Nako Spiru auf dem Plenum. „Wir haben nicht begriffen, dass Balli Kombëtar ein zentrales Problem bildete und dieses mit der Front zusammenhing. Das Zentralkomitee hat das Problem nicht behandelt." (Dok. 1, S.92)

Hinzu kam, dass es keine klare Linie im Hinblick auf die Nationale Front gab und die Politik ihr gegenüber schwankend war. Wie Sejfulla Malëshova einschätzte, bestanden sowohl sektiererische als auch opportunistische Positionen: „Es gab die Auffassung, dass Balli nicht bekämpft werden und nicht als Organisation demaskiert werden solle, dass nur seine Losungen enttarnt werden müssten. Wir sollten Balli nicht bekämpfen, um diesen nicht zu verschrecken [...] Eine andere Meinung war, dass wir nicht gegen Balli vorgehen dürften, weil wir zu schwach seien." (Dok. 2, S.106f.) Malëshova konnte sich mit der Forderung nach einer konsequenten politischen Auseinandersetzung, die eine Differenzierung innerhalb der Nationalen Front bewirken könnte, nicht durchsetzen. Zunehmend verfestigte sich die Auffassung, dass im Widerstand überall Parteimitglieder an der Spitze stehen sollten und gegen Balli Kombëtar mit Waffen vorzugehen sei.

So kam man über Ansätze eines Zusammengehens nicht hinaus, und der Versuch, im August 1943 mit der Vereinbarung von Mukje eine tragfähige Grundlage für eine Zusammenarbeit zwischen dem FNÇ und Balli Kombëtar zu schaffen, scheiterte an der Ablehnung durch die Führung der KPA. Nach dem Bruch der Vereinbarung von Mukje verengte sich die Linie auf die Formel: Entweder mit uns oder gegen uns, und das lief oft auf bewaffneten Kampf gegeneinander hinaus. Die Folge war, dass sich die Auseinandersetzungen in der letzten Phase des Widerstandskampfes zuspitzten, teilweise Formen einer bürgerkriegsähnlichen Situation annahmen und bis zur Anwendung terroristischer Methoden, wie in den Kämpfen zur Befreiung Tiranas, führten. Die KPA verlor an Glaubwürdigkeit und Kompetenz bei bürgerlich-nationalen wie konservativen Bündnispartnern, ihre politische Handlungsfähigkeit wurde eingeschränkt. Die Mängel mussten aufgedeckt werden, ging es doch darum, angesichts der mit der Befreiung neu entstehenden Lage die Bevölkerung

für den Wiederaufbau des Landes und die Neugestaltung der Gesellschaft zu mobilisieren. Spiru führte dazu aus: „Wenn es nicht gelingt, das Volk eng um uns zu scharen, dann wird die Reaktion ein freies Feld haben, gegen uns vorzugehen. Wir verfolgen deshalb heute als Hauptziel, die Bevölkerung so eng wie möglich an uns zu binden; nur wenn dies zur Realität wird, kann sie zu einer echten Stütze unserer Macht werden." (Dok. 1, S.105)

Auf der Suche nach den Ursachen für die fehlerhaften Einengungen der Bündnispolitik setzten sich die Delegierten mit den mangelnden Führungskompetenzen der 1941 gewählten Leitungsgremien der KPA auseinander. Bei der Gründung der Partei waren überkommene Fehler der ehemaligen kommunistischen Gruppen zwar formal kritisiert, jedoch nicht überwunden worden. Laut Aussage Spirus setzte eher ein Wettstreit ein, sich gegenseitig Fehler vorzuhalten, anstatt unterschiedliche Auffassungen und Unklarheiten in politischen Fragen in offenen Diskussionen zu klären. Die Parteiorganisationen wären schwach und beschäftigten sich mit „Kleinkram". Jeder arbeite nach seiner Fasson, da eine konkrete Anleitung seitens übergeordneter Leitungen fehle. Das Zentralkomitee habe sich als wenig hilfreich erwiesen, Lösungen anzubieten. Und wenn eine Entscheidung getroffen worden sei, dann verspätet und „ziemlich unglücklich, gleich mit der Axt". (Dok. 1, S.90) Enver Hoxha, der mit der Funktion des Politischen Sekretärs beauftragt war, gestand in Berat ein, dass die Arbeit improvisiert wurde und die Verbindungen zur Basis unzuverlässig waren. Im ZK bestanden keine festen Verantwortungsbereiche: „Wir fassten Beschlüsse aufgrund der gelesenen Berichte und gaben Direktiven heraus, die sich in den meisten Fällen als falsch erwiesen."[3]

Einen Höhepunkt dieses Vorgehens bildete die Haltung zu den Verhandlungen in Mukje. Seinerzeit hatte Hoxha, gedrängt von Miladin Popović, mehr oder weniger im Alleingang entschieden, die getroffene Vereinbarung mit Balli Kombëtar zurückzuweisen und die Führungsmitglieder Ymer Dishnica sowie Mustafa Gjinishi, die den Kompromiss erreicht hatten, des Opportunismus und sogar des Verrats zu bezichtigen. In Berat musste er eingestehen: „Es kam uns nicht einmal in den Sinn, Mukje und die damals entstandene Situation zu analysieren."[4]

Zugrunde lagen dem kaum ausgebildete wissenschaftlich-analytische Kenntnisse und Erfahrungen sowie fehlende marxistische Traditionen in der demokratischen und revolutionären Bewegung Albaniens, anderer-

3 Arkivi Qendror Shtetëror (Zentrales Staatsarchiv). F. 14/AP, D. 2/1, S.86.
4 Ebenda.

seits fest verwurzelte dogmatisch-sektiererische Auffassungen, die schon in den kommunistischen Gruppen negative Folgen gezeitigt hatten. Die Parteiführung vermochte es nicht, bei der Festlegung politischer Entscheidungen von der realen Situation auszugehen. Malëshova formulierte zugespitzt: „In Përmet wurde der Antifaschistische Nationale Befreiungsrat gebildet, jedoch geschah das nur, weil es in Jugoslawien so gemacht worden war. Weder die Partei noch das Zentralkomitee haben die Bedeutung verstanden." (Dok. 2, S.113)

Die kritische Darstellung des politischen und theoretischen Zustandes der KPA auf dem Plenum hing wesentlich mit der Person Enver Hoxhas zusammen, der sich selbst als „Generalsekretär" oder „Parteiführer" darstellte, obwohl das quellenmäßig für die Anfangsperiode (1941-1948) nicht belegt ist.[5] Hoxha gelangte in die Parteiführung, ohne über politische und organisatorische Voraussetzungen dafür zu verfügen: „Ich besaß keine Erfahrung", räumte er in seiner Stellungnahme ein, „oder jedenfalls weniger als die anderen, seien es die Genossen der Korçagruppe oder die aus Shkodra [...] Ich war damals nicht fähig klar zu erkennen, wie mit den Nationalisten zu arbeiten und der Kampf zu organisieren war."[6] Dennoch übernahm er als Politischer Sekretär eine Funktion, die er – wieder nach eigenem Bekunden – gar nicht richtig begriff und auch nicht auszufüllen vermochte. Dasselbe traf auf seinen Einsatz als Politischer Kommissar des Generalstabes der Nationalen Befreiungsarmee zu. Wenngleich die Unterwürfigkeit in seiner Selbstkritik nicht zu übersehen ist, widerspiegeln die Aussagen die reale Lage zutreffend. Dass ein Mann wie Hoxha in die Parteiführung kommen konnte, hatte mit den konkreten Umständen bei der Gründung der KPA zu tun. Koço Tashko, der im Auftrag des EKKI eine aktive Rolle im Prozess der Parteiformierung spielte, begründete die Aufnahme Hoxhas damit, dass dieser sich als ehemaliger Student in Frankreich und Belgien und Lehrer am Gymnasium in Korça in Wort und Schrift gut „zu artikulieren" verstünde. Zugleich hatte er in der Führung auch unter religiösen Gesichtspunkten – Hoxha war Muslim – auf Ausgeglichenheit geachtet. Im weiteren Verlauf bedauerte Tashko seinen Vorschlag allerdings stark.[7]

---

5 Siehe Ndreçi Plasari: Çështje të luftës çlirimtare antifashiste në materialet e plenumit të 2-të të KQ të PKSH të Beratit [Fragen des antifaschistischen Befreiungskampfes in den Materialien des 2. Plenums des ZK der KPA von Berat], in: Studime Historike (Tirana) 1994, Nr. 1-4, S. 113-135, hier S.113.

6 Arkivi Qendror Shtetëror (Zentrales Staatsarchiv). F. 14/AP, D. 2/1, S.81.

7 Information von Fredi Tashko, Sohn Koço Tashkos, an den Vf. vom 18.9.2009.

Entscheidend für den Weg Hoxhas nach oben war, dass er das Vertrauen der jugoslawischen Vertreter und Berater Popović und Mugoša gewinnen konnte. Sie hatten maßgeblichen Anteil an der Zusammenführung der kommunistischen Gruppen zur KPA im Sinne der Richtlinien der Komintern. Jedoch blieb einem aufmerksamen und verantwortungsvollen Beobachter wie Tashko nicht verborgen, dass die beiden Funktionäre der politisch und organisatorisch wesentlich erfahreneren jugoslawischen Schwesterpartei – sie gehörten dem Gebietskomitee der KP Jugoslawiens für Kosova und Metohija an – keineswegs nur als Mittler zwischen der KPA und dem EKKI wirkten.

Namentlich Popović, der auf isolierte bewaffnete Aktionen von Kadern orientierte, führte sich autoritär auf und unterdrückte kritische Hinweise zu seinen Entscheidungen.[8] Mit seinem Führungsanspruch überschritt er seine Kompetenzen als Verbindungsmann zwischen der jugoslawischen und der albanischen Führung[9] und erschwerte die Konsolidierung der KPA mehr, als sie zu befördern. Für Hoxha war dagegen alles, was Popović sagte, „gut und richtig".[10] Entsprechend wurde er von Popović am meisten bevorzugt; beide vertrauten einander nahezu blind.

Auf dem Plenum wurden die negativen Wirkungen für die Parteiführung aufgedeckt. „Vetternwirtschaft" führte zur Herausbildung eines Klüngels von nur wenigen dominierenden Personen. Das betraf, wie aus den Dokumenten hervorgeht, vor allem Liri Gega (Liria) und Ramadan Çitaku (Baca). Folgerichtig gab es in der Führung Probleme im Umgang miteinander, und zwischen dem Politbüro und dem ZK brachen Gegensätze auf. Von kontinuierlichen Diskussionen zur gründlichen Vorbereitung von Entscheidungen konnte unter solchen Voraussetzungen – ganz abgesehen von der schwierigen militärischen Situation – keine Rede sein. Die auf Dogmatismus und Sektierertum fußende Politik bedingte immer wieder Auseinandersetzungen und Richtungskämpfe, die oft mit „niederträchtigen" Methoden ausgetragen wurden. So sprach Malëshova sogar von putschistischen und terroristischen Methoden im Hinblick auf politische Gegner und eigene Mitglieder. Er warnte vor Erscheinungen der Degeneration der KPA „von einer politischen Partei zu einer Bande von Kriminellen". (Dok. 2, S.109)

---

8 Siehe Erwin Lewin: Antifaschistischer Widerstand in Albanien (1942-1943/44). Neue Quellen zu Akteuren und Zielen, Leipzig 2007, S.78-83.

9 Siehe N. D. Smirnova: Pis'mo Kočo Taško v Moskvu (1942 g.) [Der Brief Koço Tashkos nach Moskau (1942)], in: Voprosy Istorii (Moskau), 1999, H. 2, S.89-113, hier S.90.

10 Arkivi Qendror Shtetëror (Zentrales Staatsarchiv). F. 14/AP, D. 2/1, S. 81.

Bei der Offenlegung der Mängel waren die Redner – namentlich Spiru und Malëshova – bemüht, sich mit einseitigen Schuldzuweisungen an Popović bzw. Mugoša zurückzuhalten. Die Erfahrungen der KPJu waren wichtig und in der KPA gefragt. Dennoch ging es vor allem darum, in einem eigenen Lernprozess unter den spezifischen Gegebenheiten des Landes zu konkreten Schlüssen zu gelangen. Malëshova betonte, dass die beiden jugoslawischen Funktionäre in Albanien einen günstigen Boden vorfanden, um mit ihren fehlerhaften Methoden wirksam werden zu können. Dazu gehörten vor allem die Sozialstruktur der Partei – die Mitglieder stammten überwiegend aus kleinbürgerlichen Schichten –, das ungenügende theoretische Niveau sowie die politischen Traditionen eines Landes, in dem demokratische und bürgerlich-parlamentarische Erfahrungen nahezu fehlten. Die albanische Partei stand zudem in der Tradition einer spätestens seit den 1930er-Jahren stalinistisch geprägten kommunistischen Bewegung. Die Wirkungen der „großen Säuberungen" in der Sowjetunion zeigten sich auch hierzulande.

Angesichts der Bedingungen, unter denen das Plenum stattfand, ist sein Anliegen umso höher zu bewerten, einen Ausweg aus dem misslichen Zustand zu erreichen und nicht allein bei einer Verurteilung stehen zu bleiben. Mit historischem Abstand betrachtet ist zugleich auf dessen Ambivalenz zu verweisen. Hinter der kritischen Bestandsaufnahme der Delegierten stand aber auch das Bemühen, die Eigenständigkeit der KPA zu verteidigen und zu bewahren, indem man sich von den, nicht zuletzt durch die jugoslawischen Berater mit verursachten, Fehlern abzusetzen suchte. Deren unmittelbare Einwirkung auf die albanische Führung widerspiegelte natürlich den Einfluss der erfahreneren Schwesterpartei. Das war nicht von vornherein gleichzusetzen mit Abhängigkeit, schloss aber eine solche Möglichkeit respektive Gefahr nicht aus.

Die vorgestellten Texte vermitteln Auskünfte über die Entstehung und den Werdegang der KPA, die sich nicht auf Erscheinungen beschränkten, sondern auf Ursachen von Fehlentwicklungen zielten. Die Delegierten zogen nach Aussage von Liri Belishova[11] mit einer Offenheit, die in der Folgezeit nicht wieder erreicht worden ist, eine sehr kritische Bilanz der Entwicklung. Die harte Kritik an der Führungsgruppe um Enver Hoxha, Liri Gega und Ramadan Çitaku führte faktisch zur zeitweiligen Verdrängung Hoxhas von der politischen Macht zugunsten des Organisationssekretärs Koçi Xoxe und bewirkte, dass die Materialien des II. Plenums nach 1949, als Hoxha seine Gegner wieder aus allen Führungspositionen ver-

11 Information von Liri Belishova, Spirus Witwe, an den Vf. vom 21.9.2009.

drängt hatte, über Jahrzehnte verschlossen und für die Öffentlichkeit unzugänglich blieben. Von der offiziellen Parteipropaganda wie durch die Parteigeschichtsschreibung als „Verschwörung“ gegen die KPA ausgewiesen,[12] blieben die Dokumente und Hintergründe im Dunkeln und die gesamte Tagung mehr oder weniger ein „weißer“ Fleck.

Bei der Dokumentierung der umfangreichen Materialien des II. Plenums musste ich mich auf eine Auswahl beschränken. Als Kriterium für die ausgewählten Diskussionsbeiträge diente, in welchem Maße die Reden den angestrebten Neuansatz entsprechend den vorgezeichneten Linien für mehr Offenheit, demokratische Verhältnisse und toleranten Umgang miteinander sowie eine breitere Einbeziehung unterschiedlicher Kräfte in die wirtschaftliche und politische Neugestaltung der albanischen Nachkriegsgesellschaft widerspiegeln.

Nako Spiru (1918-1947) gehörte als junger und ehrgeiziger Intellektueller zu den Funktionären, die sich nicht scheuten, kritische Fragen zu stellen, und der über die Fähigkeit verfügte, notwendige Veränderungen durchzusetzen. In der Hafenstadt Durrës in einer griechisch-orthodoxen Familie geboren, hatte er in Turin das Studium der Wirtschaftswissenschaften aufgenommen, schloss sich jedoch nach der italienischen Okkupation Albaniens als Partisan der Widerstandsbewegung an. 1941 wurde er Mitglied der KPA und gehörte seit März 1943 dem Politbüro an. In Berat hatte er maßgeblichen Anteil daran, die Weichen für einen Ausweg aus der Krisensituation zu stellen. Als Leiter der Staatlichen Plankommission sprach sich Spiru gegen den nach der Befreiung verfolgten Kurs der „Vereinigung und Verbrüderung“ mit Jugoslawien und gegen die damit verbundene forcierte Integrationspolitik gegenüber dem östlichen Nachbarn Albaniens aus. Er geriet damit in die Auseinandersetzungen, die aus dem sowjetisch-jugoslawischen Gegensatz auf dem Balkan erwuchsen, und wählte angesichts des wachsenden Drucks auf seine Person nach offizieller Lesart den Freitod. Nach neueren Erkenntnissen soll er vom albanischen Staatssicherheitsdienst ermordet worden sein. Seine Witwe erhob den Vorwurf, er sei auf Anweisung Enver Hoxhas getötet worden.[13]

Sejfulla Malëshova (1901-1971) war einer der theoretisch am besten gebildeten albanischen Kommunisten und zugleich Poet, der unter dem Pseudonym Lame Kodra Gedichte verfasste und internationale Literatur

12 Siehe Historia e Partisë së Punës të Shqipërisë [Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens], Tirana 1968, S.228.

13 Information von Liri Belishova an den Vf. vom 21.9.2009.

ins Albanische übersetzte. Nach einem in Italien aufgenommenen Studium der Medizin, das er nicht abschließen konnte, engagierte er sich in der revolutionär-demokratischen Bewegung seines Landes und nahm als Sekretär Fan S. Nolis an der Junirevolution 1924 teil. Der Sturz der Regierung Noli zwang ihn in die Emigration, zunächst nach Frankreich, später in die UdSSR, wo er Mitglied der 1928 entstandenen albanischen kommunistischen Gruppe wurde und eine philosophische Ausbildung absolvierte. Er koordinierte die Verbindung zur Kommunistischen Balkan-Föderation und zum EKKI. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hielt er sich in Frankreich auf. Im Sommer 1943 kam er auf Vorschlag von Koço Tashko nach Albanien, reihte sich in die Partisanenbewegung ein und übernahm Leitungsfunktionen in der KPA sowie in der Nationalen Befreiungsarmee. Auf dem Plenum zählte Malëshova zu den zentralen Figuren, die sich für eine Wende einsetzten. Nicht zuletzt entwickelte er mit der Analyse der albanischen Revolution, die nach seiner Auffassung nicht sofort zum Sozialismus weitergeführt werden sollte, Grundlagen für ein Arbeitsprogramm der Partei nach der Befreiung. Aufgrund seiner wissenschaftlichen und politischen Erfahrungen wurde er in das Politbüro gewählt, zog sich jedoch die persönliche Feindschaft Enver Hoxhas zu. Bereits im Februar 1946 wurde Malëshova, der sich als Kulturminister darum bemühte, nichtkommunistische Kulturschaffende in den neuen Staat zu integrieren, wegen „opportunistischer“ und „liberaler“ Politik aus der Parteiführung ausgeschlossen. Ein „Volksgericht“ verurteilte ihn 1947 zu drei Jahren Gefängnishaft, danach musste er bis zu seinem Tod in der Verbannung leben.

Das Anliegen der Dokumentation ist es, deutschen Lesern aussagekräftige Materialien über einen wenig bekannten Abschnitt der albanischen Geschichte näher zu bringen. Heutigen Lesern wird es möglicherweise schwerfallen, die damals geführten Debatten nachzuvollziehen. Sprache wie Mentalität der Akteure waren angesichts der Bedingungen des bewaffneten Kampfes gegen die faschistischen Eindringlinge hart. Bei der Übersetzung der Texte, die erstmals in deutscher Sprache in den wissenschaftlichen Umlauf gebracht werden, habe ich angestrebt, möglichst nahe an den Vorlagen zu bleiben, um dem Geist der Zeit Rechnung zu tragen. Nachdrücklich danke ich Dr. Oda Buchholz für wertvolle Hinweise und ihre freundliche Unterstützung bei der redaktionellen Bearbeitung der Dokumente.

Dokumente

1. Diskussionsbeitrag von Nako Spiru

Die Partei entstand durch den Zusammenschluss der früheren Gruppen. Wir sollten dies etwas gründlicher betrachten. Wir haben viel über die Gruppen-Zeit gesprochen. Ich denke, dass wir sehr oft nicht die beste Lösung gefunden haben. Zunächst: Wir hatten drei Gruppen: die von Shkodra, Korça und die Jugendgruppe.[14] Welche politische Linie verfolgte jede der Gruppen? Wir sehen, dass die Korçagruppe über eine richtige politische Pattform verfügte, die anderen Gruppen lehnten diese ab. Worin bestand unser Fehler? Wir haben alle diese Gruppen hergenommen und sie verschmolzen, um etwas Neues anzufangen. Die gesamte Aktivität der Gruppen wurde ausgeblendet, was so jedoch nicht richtig war. Es setzte ein Wettstreit ein, wer mehr Fehler bei den Gruppen findet. Ich meine, dass die Korçagruppe eine richtige Plattform besaß. Sie trat dafür ein, gegen den Faschismus zu kämpfen und das ganze Volk in diesem Kampf zu vereinigen. Das war der Weg der Komintern. Etwas anderes war es, dass er nicht beschritten wurde. Wir hatten vor der Bildung der Partei positive Ergebnisse. Wir haben Streiks und Demonstrationen organisiert, die dazu führten, dass sich die Bevölkerung gegen fremdes Eindringen zur Wehr setzte. Diese Aktivität ging von der Korçagruppe aus. In den anderen Gruppen gab es keine richtige Linie, sie waren gegen den Zusammenschluss des Volkes im Kampf gegen den Faschismus.

Aber auch diese Gruppen haben trotz ihrer Fehler etwas Positives geleistet. Es stimmt nicht, dass sie gar nichts getan haben. Die Fehler wurden nicht richtig korrigiert, wenngleich das schwierig zu machen war. Formal haben wir zwar den Gruppengeist bekämpft, tatsächlich blieben jedoch alte Fehler erhalten, wie beispielsweise der Terrorismus. Darin zeigt sich der formale Charakter der Kritik. Der Wettstreit, der geführt wurde, um sich gegenseitig die Fehler vorzuhalten, bestätigt das, nur dass den Gruppen Fehler angelastet wurden, die sie gar nicht begangen haben. Nehmen wir die Jugendgruppe. Meiner Meinung nach zeigte sich hier die Schwä-

14 Neuere Untersuchungen belegen, dass neben den genannten kommunistischen Gruppen weitere organisatorische Strukturen von Kommunisten und Sympathisanten wie die Gruppe in Tirana, die Gruppe der Offiziere oder die Zjarri-Gruppe bestanden. Siehe Kristo Frashëri: Historia e lëvizjes së majtë në Shqipëri dhe themelimi i PKSH-së [Die Geschichte der linken Bewegung in Albanien und die Gründung der KPA] 1878-1941, Tirana 2006, S.120-133.

che der Partei, die nicht in der Lage war, eine richtige Lösung herbeizuführen. Es handelte sich um eine Gruppe, die genügend Fehler aufzuweisen hatte, doch dieselben trafen auch auf die Shkodragruppe zu, sie galten mehr oder weniger für alle. Also fanden wir keine richtige Lösung. Da sich die Partei als nicht fähig erwies, die Sache gründlich zu klären, traten die Führer der Jugendgruppe als Fraktion auf. Die Partei schaffte es nicht, Zugang zu finden und mit allen Mitgliedern der Gruppe, bis hin zu ihren Leitern, zu arbeiten. Das Zentralkomitee war nicht in der Lage, Anastas Lula[15] und anderen die Autorität zu entziehen, die sie in der Gruppe besaßen. Anastas Lula war eine politische Persönlichkeit in seiner Gruppe. Sie hielten zusammen und bewahrten ihre Unabhängigkeit. Das wurde nicht gleich am Anfang verhindert, sondern in einer zweiten Phase, und dann, ziemlich unglücklich, gleich mit der Axt. Man hätte das bereits in der Entstehungsphase der Fraktion unterbinden müssen und nicht so verspätet, außerdem durfte nicht die ganze Gruppe getroffen werden, wie es geschehen ist. Das ist eine taktische Frage. Der Weg, der beschritten wurde, hat uns wenig Erfolg gebracht.

Dass die falschen Ansichten aus der Vergangenheit nicht ausgeräumt worden sind, wird in der Haltung gegenüber der Front[16] sichtbar, in der wir Spuren der Gruppen finden.

Betrachten wir die Angelegenheit in Vlora[17]. Die gesamte Parteibasis in Vlora stand hinter Xhepi[18]. Auch als die Partei eine klare Haltung zu Xhepi und Anastas[19] bezog. Die Basis von Vlora kämpfte nicht gegen die Partei; doch die Bevölkerung stand hinter Xhepi. Die Konsultativkonferenz der Partei im April 1942 stellte fest, dass Xhepi in Vlora im Hintergrund die Fäden zog. In den Berichten aus Vlora über die Aktivitäten Xhepis hieß es, dass alle von ihm begeistert waren. Es wurde die Aufgabe gestellt, die Organisationen über die Lage und die Tätigkeit Xhepis auf-

15 Anastas Lula (1916-1943), Führer der Jugendgruppe und Mitbegründer der KPA 1941; bereits wenige Monate nach der Parteigründung wegen „parteifeindlicher" Tätigkeit ausgeschlossen und zu einer Partisaneneinheit „verbannt"; im März 1943 bei einem angeblichen Fluchtversuch von Partisanen erschossen.

16 Der Begriff Front steht hier und im Folgenden für Nationale Befreiungsfront.

17 In der Parteiorganisation von Vlora formierte sich im Frühjahr 1943 Widerstand gegen die von der Führung der KPA verfolgte Politik gegenüber bürgerlich-nationalen Kräften. Dieser hatte sich daran entzündet, dass ihre Leiter Anastas Lula und Sadik Premte von der Außerordentlichen Parteikonferenz im Juni 1942 ausgeschlossen worden waren.

18 Sadik Premte (1914-1991), neben Lula Führer der Jugendgruppe und Mitbegründer der KPA; im Mai 1943 als „Verräter" und Parteifeind verurteilt, gelang ihm die Flucht nach Italien.

19 Anastas Lula.

zuklären. Wie die Resolution feststellte, lag die Arbeit in Vlora in den Händen von Xhepi. Als ich im Sommer mit Besnik[20] sprach, ging es darum, die Angelegenheit richtig aufzuklären. Besnik antwortete mir, dass das nicht so einfach gehe, weil Xhepi Einfluss in der Bevölkerung besitzt. Keiner der Genossen in Vlora glaubte, dass Xhepi etwas Schlechtes vorhatte. Die beiden Vertreter des ZK, Liria[21] und Shulja[22], fanden kaum Zugang zu den Organisationen, sie hätten fast aufgegeben. Als Xhepi ausgeschlossen wurde, gewann die Partei bei allen Seiten an Vertrauenswürdigkeit. Die Parteimitglieder fingen an zu verstehen, dass sie nicht auf der Seite Xhepis stehen durften. Aber die Aufklärung reichte nicht aus und war nicht vollständig, um die Fehler Xhepis aufzudecken. Unklarheiten blieben auch, nachdem die Auseinandersetzung mit Xhepi begonnen hatte. Sein Geist wirkte weiter. Die Fraktion wurde gesprengt. Auch im Zentralkomitee wurde darüber gesprochen, dass es notwendig ist, den Einfluss Xhepis zu beseitigen.

Doch wie verschwand Xhepi? Seine physische Beseitigung wurde nicht gut organisiert und hatte negative Folgen. Das habe ich gegenüber Liria in Tirana herausgestellt. Wie hat man sich vor und nach der Zerschlagung dieser Fraktion zu seiner Ausschaltung verhalten? Dušan[23] und Liria wurden nach Vlora geschickt. Dušan schloss trotz seiner sektiererischen Auffassungen einen Kompromiss mit den Anhängern Xhepis, mit Vangjo[24] und anderen, weil er sich nicht gegen Xhepi durchsetzen konnte. Er gab ihnen wichtige Funktionen. Die Linie Xhepis wurde umgesetzt, typisch für die Nationalisten. Die Lösung des Problems auf diese Art richtete nicht nur in Vlora, sondern in ganz Albanien großen Schaden an. Der Partei gelang es mit solchen Methoden nicht, eine klare politische Linie zu verfolgen.

---

20 Hysni Kapo (1915-1979), Mitbegründer der KPA; Politischer Sekretär der Bezirksorganisation Vlora, seit März 1943 Mitglied des ZK und Politischer Kommissar der V. Brigade respektive des V. Armeekorps der Nationalen Befreiungsarmee; enger Vertrauter von Enver Hoxha.

21 Liri Gega (1917-1956), Mitglied des Bezirkskomitees der KPA in Korça; seit März 1943 Mitglied des ZK und des Politbüros; in Berat wegen Sektierertum aus der Parteiführung ausgeschlossen, 1948 als Tito-Anhängerin verurteilt und 1956 als „Verräterin" erschossen.

22 Kristo Themelko (1915-1992), Gründungsmitglied der KPA, Mitglied des ZK; 1948 wegen projugoslawischer und antisowjetischer Positionen ausgeschlossen.

23 Dušan Mugoša (1914-1973), Funktionär der KPJu; nahm 1941 an der Gründungsversammlung der KPA teil und blieb als Berater bis Mai 1944 in Albanien.

24 Neki Ymeri, Führer der ersten Partisanenabteilung in Vlora; er verließ diese und kämpfte aufseiten von Balli Kombëtar; im August 1943 fiel er in einer Auseinandersetzung mit Partisanenkämpfern.

Mit der Schaffung der Partei trat deutlich zutage, dass die Organisierung der Front und die Zusammenführung aller Energien des Volkes unabdingbar sind. Wir waren nicht in der Lage, die politische Situation richtig einzuschätzen und die Probleme, die das Volk bewegten, aufzugreifen und zu lösen. Die Taktik der Partei ging nicht von der bestehenden Situation aus, weil die Partei unser ganzes nationales Problem nicht richtig gesehen und verstanden hat. Die Problematik des Nationalismus aller Schattierungen wird nicht als dringlich angesehen, weil man dafür keine Perspektive sah. Es wird nicht danach gefragt, welche nationalistischen Tendenzen bestehen und wie man damit umgehen muss. Bewegungen von Nationalisten entstehen und treten auf den Plan, während die Partei diese nicht richtig einzuschätzen vermag und auch nicht, was das Volk darüber denkt und welche Beziehung es zu den Nationalisten hat. Es wird keine Bilanz unserer Kräfte vorgenommen. Die Teilnahme der Nationalisten an der Konferenz von Peza war nur Staffage, denn wir hatten uns nicht mit den unterschiedlichen Richtungen innerhalb der Nationalisten, mit den parteilosen Patrioten, beschäftigt, um die Front auf festeren Grundlagen errichten zu können. Peza blieb wegen unserer Schwächen eine formale Angelegenheit. Ein gewichtiger Punkt ist das Auftauchen von Balli Kombëtar und unser Verhältnis zu Balli. Die Herausbildung von Balli Kombëtar war lange herangereift. Er trat nicht innerhalb von zwei Minuten auf den Plan; die Nationalisten hatten sich verständigt, ohne dass wir davon wussten.

Es gab demokratisch denkende Kräfte, die sich der Reaktion anschlossen. Wir haben es nicht verstanden, mit ihnen zu arbeiten. Außerdem begingen wir Fehler gegenüber Balli Kombëtar. Wir haben nicht begriffen, dass Balli Kombëtar ein zentrales Problem bildete und dieses mit der Front zusammenhing. Das Zentralkomitee hat das Problem nicht behandelt. Man musste alle Kräfte abwägen, um Balli auf unsere Seite zu ziehen. Denn mit Balli Kombëtar waren auch Elemente verbunden, die nicht dessen Linie bejahten. Dann begriffen wir, dass Balli eine Kraft darstellte, aber wir behielten unsere opportunistische Einstellung bei. Nach Labinot[25] und dem Ausscheiden des Bazi[26] entstand die „Legalität“[27]. Wir

25 Gemeint ist die II. Nationale Befreiungskonferenz in Labinot bei Elbasan im September 1943.

26 Abaz Kupi (1891-1976), organisierte als Offizier im April 1939 den bewaffneten Widerstand gegen die italienische Okkupation. Mitglied des Generalrates der Nationalen Befreiung in Peza 1942. Kupi trat für die Zusammenarbeit mit Balli Kombëtar ein und verließ den Generalrat nach dem Bruch der Vereinbarung von Mukje durch die Führung der KPA im Herbst 1943.

vermochten nicht vorauszusehen, dass Deutschland imstande sein würde, eine stärkere Konzentration der Kräfte der Reaktion zu erreichen als Italien. Aufgrund unseres Fehlens auf der politischen Bühne stimmten die gegen Zogu eingestellten Elemente innerhalb von Balli Kombëtar relativ schnell zu, sich der Bewegung für Zogu anzuschließen.
Während der Winteroperation[28] entstand eine Situation, in der die Bevölkerung ziemlich wankelmütig wurde. Indessen erschien es in den Briefen, die ich von Aliu[29], Liria und Koçi[30] in Tirana erhielt, so, als sei nichts geschehen und als ob die Städte sich in unserer Hand befänden. Der Feind bereitete sich inzwischen darauf vor, uns Schläge zu versetzen, und sie fielen hart aus. Die Parteiorganisationen wurden mit Ausnahme von Tirana und Korça aufgerieben. Das Attentat auf Bahri Omari[31] in Himara wurde von der Bevölkerung missbilligt. Unser Vorgehen wurde immer sektiererischer. Das Sektierertum entfaltete sich in Helmës[32], Panarit[33], Përmet[34] und auch später. Ihren konkreteren und beständigen Ausdruck fand die sektiererische Linie in der Loslösung von der Basis. Die Haltung gegenüber dem Norden, die Angelegenheit des Muharrem[35], d. h. unser Vorgehen, das uns Verbündete kostete, reift in dieser Zeit. Die Frage der

27 Monarchistische Organisation, die von Abaz Kupi im November 1943 gebildet wurde und auf die Rückkehr des 1939 geflohenen Königs Ahmet Zogu (1895-1961) setzte.
28 Die Offensive der deutschen Besatzungstruppen im Winter 1943/44 brachte die Partisanenverbände zeitweise in große Bedrängnis.
29 Miladin Popović (1910-1945), Funktionär der KPJu; nahm an der Gründungsversammlung der KPA teil und wirkte bis Herbst 1944 als Berater bei der Führung der albanischen Partei.
30 Koçi Xoxe (1917-1949), Mitbegründer der KPA; 1943-1948 Mitglied des Politbüros; Anhänger der projugoslawischen Fraktion in der Parteiführung, Hauptrivale Enver Hoxhas; 1949 in einem Geheimprozess wegen „trotzkistischer und titoistischer" Tätigkeit zum Tode verurteilt und hingerichtet.
31 Minister der Kollaborationsregierung seit Februar 1944.
32 Plenum des ZK der KPA im Mai 1944 in Helmës bei Skrapar.
33 Es handelt sich um eine Schulung von Parteikadern, die in der Nationalen Befreiungsarmee wirkten, in Panarit bei Korça im März 1944.
34 In Përmet trat der I. Antifaschistische Kongress der Nationalen Befreiung (24.-28.5.1944) zusammen. Er wählte den Antifaschistischen Nationalen Befreiungsrat als oberstes legislatives und exekutives Organ und aus dessen Mitgliedern das von Hoxha geführte Antifaschistische Nationale Befreiungskomitee mit den Eigenschaften einer provisorischen demokratischen Regierung.
35 Muharrem Bajraktari (1896-1989), Stammesführer aus Luma (Nordostalbanien); Oberst der Gendarmerie, führte eine der ersten Abteilungen national gesinnter Kämpfer gegen die italienischen Besatzer; 1943 Mitbegründer der „Legalität"; lehnte einen Zusammenschluss mit der Nationalen Befreiungsfront ab und formierte im Mai 1944 eine antikommunistische „besa" (Übereinkunft auf der Grundlage des Ehrenwortes). Seine Kämpfer wurden im Herbst 1944 von den Partisanen zerschlagen.

Macht kommt der Partei gar nicht in den Sinn. Ebenso wird die Sache der Front und der Vereinigung des Volkes nicht gesehen.
Die Parteiorganisationen werden geschwächt, jedoch wird das nicht als ein zentrales Problem in den Organisationen und im Zentralkomitee wahrgenommen. In einer Zeit, da unsere Arbeit Rückschläge erlitt, hieß es in Panarit, dass unsere Partei bolschewistisch werde. Dazu muss Selbstkritik geübt werden. Die Organisation in Durrës war schwach im schlimmsten Grad; dort wurden nach der Kapitulation Italiens einige Spione getötet, und die Genossen waren der Meinung, sie hätten Großes geleistet. Sie beschäftigten sich mit Kleinkram. In einer Parteizelle trafen sich die Genossen, um zu bereden, ob sich ein Genosse verlobt oder nicht, während wichtige Fragen gar nicht aufgeworfen wurden. Jeder arbeitete nach seiner Fasson. Das war der Grund dafür, dass die Organisation in Durrës vom Feind vernichtend geschlagen wurde.
Wir gehen nach Përmet, und das ziellose Treiben setzt sich weiter fort. Unsere Armee entging der feindlichen Operation, sie erweiterte und festigte sich. Die Bevölkerung überstand die große Gefahr des Winters, als sie das Vertrauen verloren hatte und viele ins Schwanken gerieten. Der Kongress von Përmet sollte nun, da viele Gebiete befreit waren und weitere bald befreit würden, die Lage verbessern. Jedoch vermochten wir nicht, den erforderlichen Nutzen daraus zu ziehen. Nach dem Kongress von Përmet setzte die sowjetische Offensive ein, die Zweite Front wurde eröffnet, und auch unsere Armee ging zur Offensive über. Die Möglichkeiten, um alle an unsere Front heranzuführen, waren groß. Wir fühlten uns stark. Demzufolge brauchten wir uns nicht zu fürchten. Jedoch traten wir in dieser Situation mit der Losung „Entweder mit uns oder gegen uns“ auf. Als wir mit so breiten Kräften in den Norden gehen und in Kontakt zur Bevölkerung kommen, verbreiten wir, anstatt uns enger mit dem Volk zu verbünden, Schrecken. Mit der Haltung zu Muharrem Bajraktari haben wir eine hohe Mauer gegenüber der Bevölkerung aufgerichtet. Mit dieser Linie haben wir der Front Schaden zugefügt. Die Morde in Tirana[36] bilden eine noch größere Mauer. Was sagen wir dem Volk darüber? Wie können wir eine Amnestie verkünden, wenn wir zwei Tage zuvor diese Morde begangen haben? Das Volk hat große Erwartungen in uns gesetzt. Die Tatsache, dass sich viele Gegner ergeben haben, zeigt, dass sie darauf vertrauten, dass wir gerecht sind.

36 Während der Kämpfe zur Befreiung Tiranas von deutscher Besatzung (29.10.-17.11.1944) wurden mit der Maßgabe, die Stadt von „feindlichen“ Elementen und der Reaktion zu säubern, zahlreiche Menschen, bürgerliche Intellektuelle, Offiziere der alten Armee und der Polizei und andere Oppositionelle, von Partisanen umgebracht.

Im Norden bekamen wir Gelegenheit, unsere Organisationen zu stärken. Bekanntlich waren diese dort vorher schwach, aber nun waren Bedingungen entstanden, sie zu festigen. Während des Winters ging das nicht, weil es dort keine einzige Partisanenabteilung gegeben hatte und es demzufolge nicht möglich gewesen war, eine Organisation aufrechtzuerhalten. Jetzt, da die ganze Armee in den Norden zog, gingen die meisten unserer bewährten Kader dorthin; nun ist es leichter, die organisatorische Arbeit voranzubringen. Die Genossen haben, obgleich sie die Direktive bekamen, dafür zu wirken und die Organisationen zu festigen, nichts getan. Es wurden keine Komitees gebildet. Die Losung „Entweder mit uns oder gegen uns" findet auch Widerhall in der Bevölkerung. Wir sagen, wenn wir die Ballisten amnestieren, wird das Volk revoltieren, aber wenn wir die Sache unter der Parole „Entweder mit uns oder gegen uns" angehen, wird es ganz bestimmt ebenso denken. So wie Mukje[37] das Ergebnis unserer fehlerhaften Linie gegenüber Balli gewesen ist, sind die Haltung zu Muharrem Bajraktari und die Morde in Tirana das Ergebnis unserer sektiererischen Auffassungen. Die Genossen haben alle diese schweren Fehler noch nicht ausgeräumt und deren Wurzeln nicht beseitigt.

Sie sagen, dass es notwendig ist zu verstehen und dass sie gut aufgeklärt werden wollen; jedoch beteiligen sie sich kaum an ihrer Aufklärung. Es geht nicht darum, drei Stunden zu reden, sondern zu sagen, was man empfindet und was zu tun ist. Kiço[38] meinte, dass die Genossen noch nicht ausgesprochen haben, was sie fühlen.

In den Berichten und in der Diskussion wurde ausgeführt, dass die Erfolge und unsere Fehler mit Miladin[39] und Dušan zusammenhängen. Tatsache ist, dass diese es nicht verstanden haben, eine Partei zu führen. Wir leugnen nicht, dass sie uns geholfen haben, aber sie besaßen keine Perspektive. Sie verloren sich in Aktivitäten und vergaßen, dass ihre Unterstützung darin bestehen sollte, bei uns Leitungskader heranzubilden. Für sie war es bequemer, nur mit einigen zu arbeiten und diese um sich zu scharen, statt die Gesamtbewegung und die ganze Partei im Auge zu haben. Auf diese Weise richtete ihre Tätigkeit Schaden an. So entstand eine Situation, die dazu führte, dass sie Fehler begingen, sogar von einem Fehler in den nächsten verfielen. Die beiden waren bemüht, sich eine

37 Gemeint ist die Anfang August 1943 zwischen einer Delegation der Nationalen Befreiungsfront sowie Vertretern von Balli Kombëtar getroffene Vereinbarung zum gemeinsamen Kampf gegen die faschistischen Okkupanten.

38 Kiço Ngjela, Mitglied des Bezirkskomitees der KPA in Tirana; nach der Befreiung langjähriger Handelsminister; 1975 als „Verräter" verhaftet und repressiert.

39 Miladin Popović.

Führungsposition in unserer Partei zu sichern, weniger darum, bei der Herausbildung unserer Kader zu helfen. Ihre Arbeit mündete darin, eine Clique im Zentralkomitee zu schaffen. Dazu führte sie der von ihnen eingeschlagene Weg. Es kam ihnen nicht in den Sinn, dass es in unserer Partei eigene Leute gibt, die fähig sind, die Organisation zu leiten.
Sie hatten die Führung selbst übernommen, während sich die anderen anpassen sollten. Aber auch das kann nicht dazu führen, nur ihnen die ganze Verantwortung anzulasten. Verantwortung kommt auch dem Zentralkomitee zu, wobei hervorzuheben ist, dass diejenigen die größte Verantwortung tragen, die eng mit Aliu und Dušan zusammenarbeiteten. Liria hat die Frage der Cliquen-Bildung aufgeworfen. Pandi[40] hat das bestärkt. Es gibt allerdings einige Ungenauigkeiten. Liria sieht das als Folge des Umstandes an, dass ich während meiner Haft im Gefängnis nicht an den Besprechungen teilgenommen habe. Pandi übertreibt, wenn er sagt, dass es eine Gruppe gegen mich gibt. Die Wahrheit ist, dass der Klüngel besteht und sich im Ergebnis der gesamten Arbeit herausgebildet hat. Bereits seit Labinot zeichnet sich ab, dass Liria von Miladin und Dušan favorisiert worden und so unter ihren Einfluss geraten ist. Baca[41], der eng mit ihnen verbunden war, stieß frühzeitig dazu und tat, was sie ihm sagten. Der Fakt, dass es Gegensätze zwischen den Mitgliedern des Büros und des Zentralkomitees gegeben hat, ist nicht offen angesprochen worden. Ich habe widersprochen und stets gefordert, dass die Probleme auf den Tisch kommen. Allerdings waren wir in Vielem freundschaftlich verbandelt. Aliu wollte die Probleme nicht im Büro behandeln. Ich hatte Enver[42] rechtzeitig aufgefordert, dass wir zusammenkommen und die Fragen besprechen müssen, aber ich bin jedes Mal abgewimmelt worden.
Was Koçi betrifft, war es so, dass Koçi und Aliu nicht gut miteinander auskamen. Koçi wollte Dinge sehen, die Aliu nicht vertraut waren. Es gab noch etwas, was Koçi belastete. Er hatte sich mit Tempo[43] abgesprochen.

---

40 Pandi Kristo (1914-1994), im Januar 1939 als Gegner der Monarchie im Kommunistenprozess verurteilt; 1943 Mitglied des ZK und auf dem Plenum in Berat Mitglied des Politbüros der KPA; nach der Befreiung zeitweise Leiter der Parteikontrollkommission; 1948 als Anhänger Koçi Xoxes und wegen „projugoslawischer“ Auffassungen zu langjähriger Haft verurteilt.

41 Ramadan Çitaku (1914-1989), Herkunft aus Mitrovica/Kosova; Ausbildung an der Technischen Schule in Tirana; Mitbegründer der KPA und Mitglied der Führung; seit März 1943 gehörte er zum Politbüro; in Berat aus der Parteiführung ausgeschlossen, übte er nach der Befreiung staatliche Funktionen aus.

42 Enver Hoxha.

43 Svetozar Vukmanović-Tempo, Führungsmitglied der KPJu, traf sich 1943 mehrmals mit Vertretern der albanischen Parteiführung in Albanien.

Aliu erfuhr davon, und deshalb war Koçi bei ihm nicht gut angeschrieben[44]. Faktisch waren neben Dušan und Miladin diejenigen, die Autorität besaßen, Enver und später Liria. Was kümmerte Gogo[45] mein Aufenthalt in Tirana. Ich habe mehrmals versucht, mich mit Gogo und Vasili[46] zu verständigen, doch ich musste mit Takt vorgehen. Vasili wusste nichts über die Organisation. Nach und nach zog ich Kiço heran. Die ganze Arbeit war in den Händen von Miladin, Dušan, Enver und von Liria konzentriert. Dort war auch Doktor Dishnica[47], der eher eine politische Persönlichkeit darstellte. Wenn es um Organisationsfragen ging, mischte er sich nicht ein. Die Vereinbarung von Mukje ist mit seinem Namen verbunden, sie war indessen Ausdruck der Linie. Natürlich kann man Dishnica nicht davon getrennt sehen. Er gehörte zu denen, die gut auf dieser Welle schwammen. Jedenfalls bildete sich infolge des Wirkens von Aliu nach und nach die Clique um Enver, Liria und Baca heraus. Das hat auch Liria zuvor hier gesagt. Wir müssen das als Gesamtprozess verstehen, der von selbst zu dieser Cliquenbildung geführt hat. Die Genossen auf dem Plenum fordern dazu eine gute Erklärung. Sie sagen, dass sie ohne diese nicht weggehen werden. Das scheint mir der Kernpunkt zu sein.

Kommen wir zur Regierungsbildung. Bereits in Helmës zeigten sich ernsthafte Gegensätze zwischen Enver und Miladin hinsichtlich der Machtfrage. Aliu kannte sich darin nicht aus. Als Enver merkte, dass Aliu nichts von der Machtfrage verstand, wurde Sejfulla[48] gerufen. Seither bildete sich die Meinung heraus, dass Sejfulla nicht so übel ist und anfängt, besser zu werden. Damit wurde der Weg frei für Kritik und Selbstkritik und die Behandlung der Probleme im Büro. Vorher war es nicht möglich, solche Probleme aufzuwerfen. Ich habe schon zuvor gemerkt, dass viele Dinge nicht gut liefen, aber natürlich nicht so klar, wie ich es heute sehe. Auch wenn das der Fall gewesen wäre, hätte man nicht auf mich gehört. Dann ist Aliu weggegangen,[49] doch noch bevor er ging, hatte ich eine

44 Im Text: disgrace (franz.).

45 Gogo Nushi (1913-1970), Mitglied der Parteiführung der KPA seit 1943; Politischer Sekretär des Bezirkskomitees in Tirana; gehörte nach der Befreiung zur Führungsspitze in Partei und Staat.

46 Vasil Nathanaili, Mitglied des Bezirkskomitees der KPA Tirana.

47 Ymer Dishnica (1912-1998), Arzt und kommunistischer Politiker; 1942 Mitglied des ZK der KPA; neben Mustafa Gjinishi zentrale Figur bei den Verhandlungen mit Balli Kombëtar im Juli/August 1943 in Mukje; nach dem Bruch der Vereinbarung von Mukje des „Verrats“ bezichtigt, 1955 verhaftet und zu langjähriger Haft verurteilt.

48 Sejfulla Malëshova.

49 Im September 1944 ging Miladin Popović zurück nach Jugoslawien.

Auseinandersetzung mit Miladin über die fehlerhafte Linie von Liria und Dušan gegenüber der Jugend. Ich verteidigte die Auffassung, dass die Politik im Hinblick auf die Jugendorganisation und unsere Arbeit richtig waren. Darin hat mich auch Alqi[50] bestärkt. Völlig anders stellten Dušan und Liria die Angelegenheit gegenüber Aliu dar. So setzte der Streit mit Aliu ein, es ging hin und her, und wir kamen dann zu dem Schluss, dass Liria die Dinge durcheinandergebracht und niederträchtige Methoden angewendet hatte, um sich selbst zu entlasten.
Erst als Velo[51] eintraf und die neue Linie vorstellte, vor allem als er uns übermittelte, dass die Aktivitäten und Positionen Alius nicht gut aufgenommen und von der Jugoslawischen Partei als nicht richtig eingeschätzt wurden, bot sich die Möglichkeit, einige Probleme im Büro offener anzusprechen. Auf diese Weise wurde der Weg frei gemacht. Im Büro kam die Angelegenheit des Organisationssekretärs auf den Tisch. Dort stand zur Debatte: würde die Clique weiter bestehen oder wird das Problem gelöst. Die Frage wurde besprochen und zu einer ersten Lösung gebracht. Liria sah ein, dass sie nicht Organisationssekretär sein konnte und sich aus dieser Funktion zurückziehen musste. Das wurde bereits auf der Sitzung des Büros in Odriçan[52] behandelt. Ich bin überzeugt davon, dass die Sache besser vorangekommen wäre, wenn Enver Hoxha entschlossener gehandelt hätte. Darüber wurde mit Velimir Stojnić und Dizdari[53] gesprochen. Wie die Gespräche verlaufen sind, weiß ich nicht. Die Frage ist wiederum im Büro besprochen worden. Enver zeigte sich schwankend. Ich trat gegen Liria auf und verlangte, dass Koçi Organisationssekretär blieb. Es gab erneut eine Sitzung des Büros. Die Arbeit wurde kritisiert, und es kam zu der Feststellung, dass eine neue Situation entstanden war. Aliu versuchte alles, um uns von Velimir fernzuhalten, indem er die Theorie aufbrachte, dass wir unabhängig seien. Als erstes ergab sich, dass ein anderes Büro erforderlich sei. Ich war nicht der Auffassung, dass das gesamte Zentralkomitee für die Situation verantwortlich war. Einige Mit-

50 Alqi Kondi (1925-1945), Funktionär des Kommunistischen Jugendverbandes; 1944 Mitglied des ZK der KPA, Politischer Sekretär des im August 1944 entstandenen Bundes der Antifaschistischen Jugend Albaniens.
51 Velimir Stojnić, Führungsmitglied der KPJu; kam im August 1944 als Instrukteur nach Albanien; er wirkte auch als Vertreter beim Generalstab der Nationalen Befreiungsarmee. Stojnić war entscheidend an der Vorbereitung und Durchführung des II. Plenums in Berat beteiligt.
52 Dorf in der Nähe von Përmet, wo sich zu dieser Zeit die Führung der KPA und der Generalstab der Nationalen Befreiungsarmee aufhielten.
53 Niaz Dizdarević kam mit Stojnić als Instrukteur der kommunistischen Jugendorganisation Jugoslawiens zum albanischen Jugendverband.

glieder waren mehr und andere weniger dafür verantwortlich. Was konnte Koçi gegen Aliu unternehmen, wenn der ihn nicht beachtete? Die Politik von Dušan und Aliu war darauf angelegt, einige eng an sich zu binden und die anderen fernzuhalten.

Im Büro wurde beschlossen, Liria und Baca zu entfernen und andere Genossen in das Büro zu berufen. Liria verteidigte sich bis zuletzt hinsichtlich des Organisationssekretärs. Liria war diejenige, die die Zügel in die Hände genommen hatte. Sie war in alle sektiererischen Handlungen verwickelt. Liria hat ihre Finger tief in die Organisationen gesteckt. Sie hat versucht, jeden mit ihrer Arbeit an sich zu binden und die Kaderpolitik als etwas betrachtet, das zuallererst ihre Angelegenheit war. Dušans Kaderpolitik bestand darin, diejenigen gering zu schätzen, die zögerlich das durchsetzten, was Dušan und Liria vorgaben. Liria hatte die Sache der Partei zu ihrem Monopol erhoben. Sie dachte gar nicht daran, dass es ein Zentralkomitee gab, welches sich damit zu beschäftigen hatte. Jetzt hat sich die Situation stark verändert. Liria ist in den Norden gegangen. Dort stand sie im Mittelpunkt der Organisationen. Ihr wurden alle Arbeiten übertragen, doch sie hatte dafür keinen Verstand. Das verdeutlichte ihr Wirken vor Ort. Es gab die Meinung, dass sie gute Arbeit leiste. Ich war nicht dieser Ansicht.

Die Haltung gegenüber Muharrem Bajraktari und anderen bestätigt, dass man nicht selbstherrlich vorgehen darf. Das Zentralkomitee muss auf dem Laufenden sein. Liria wird mit sehr wichtigen Aufgaben in den Norden geschickt, und wir wissen nichts davon. Seit wir des Öfteren zusammenkommen, beginnen wir die Dinge gründlicher zu betrachten. Enver hat ein Telegramm wegen Gani Kryeziu[54] geschickt, dass mit ihm ebenso verfahren werden sollte wie mit Muharrem, aber wir wussten nicht, was mit Muharrem geschehen war. Wir wussten, dass sich Muharrem widersetzt hatte und unsere Kräfte gezwungen waren, mit Gewalt in Luma vorzudringen. Indessen hat mir Liria auch hier nicht gesagt, was wirklich los war. Ich hörte etwas von Naxhije[55], doch mir wurde immer noch nicht klar, was insgesamt geschehen war. Als Heqimi[56] ankam, sahen wir

54 Gani Kryeziu (1900-1945), Stammesführer aus Nordalbanien; organisierte seit 1940 bewaffnete Aktionen gegen die italienische Besatzung; zeitweise wirkte er mit den Partisanen in Kosova zusammen, lehnte jedoch ein Zusammengehen mit der Nationalen Befreiungsarmee ab.

55 Naxhije Dume (1921-?), Lehrerin; aktive antifaschistische Tätigkeit, Mitglied der Bezirksleitung der KPA in Korça. Sie unterlag der Sippenhaft und wurde 1956 interniert, nachdem ihr Mann Nesti Kerenxhi 1948 verurteilt worden war.

56 Manush Myftiu (1919-?), Mitglied des Bezirkskomitees der KPA in Vlora; seit den Fünfzigerjahren leitende Staats-Funktionen, u. a. Bildungsminister und Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates.

uns gezwungen nachzufragen, was mit Muharrem Bajraktari passiert war. Nun verstanden wir, dass Liria nicht länger im Büro bleiben konnte. Baca war im Büro, aber was hat er dort getan? Nichts. Er geht zweimal nach Jugoslawien und kommt mit leeren Händen zurück. Es geht nicht darum, dass Baca nicht über die Organisation Bescheid wusste, sondern dass er nichts unternahm. Erforderlich sind Dynamik und eine neue Orientierung für die Arbeit. Deshalb hat das Büro Liria und Baca ausgeschlossen und festgelegt, dass andere Genossen, die mehr leisten, in das Büro hineinkommen.

Ich habe vorher darüber gesprochen, dass Mukje mit Doktor Dishnica zusammenhängt, jedoch sind wir alle damit verbunden, das hat mit unserer Linie zu tun. Folglich tragen auch die Genossen auf dem Plenum ihre jeweilige Verantwortung. Nehmen wir Shulja. Es stimmt, dass er im Geist des Terrorismus erzogen worden ist, doch das trifft auch auf andere zu. Wie oft hat man Tuku[57] vorgehalten, dass er ein Opportunist sei. Auf terroristischen Positionen hat auch Beqir Balluku[58] gestanden, der auf gleiche Weise in Božigrad gewirkt hat. Auch andere standen nicht zurück. Shulja war bei allen mildernden Umständen am stärksten in diesen Geist verstrickt. Shulja sagt von den anderen, dass sie Sektierer waren, aber er war zuallererst einer. Er hat in Peza gearbeitet, wo es viele Parteimitglieder und Partisanen gab, jedoch ist von dort nicht das erforderliche Potenzial hervorgegangen.

Wenden wir uns der Kaderfrage zu und betrachten, wie Gogo die Politik mit den Kadern geführt hat. Tirana hat über so viele Möglichkeiten verfügt, um Kader heranzubilden, allerdings kamen nicht so viele, wie es nötig gewesen wäre, zusammen. Er nimmt ein Mitglied des Zentralkomitees der Jugend und setzt es im Bezirkskomitee von Tirana als Sekretär für Jugendfragen ein. Gogo erklärte, dass er mehrere Briefe vom Zentralkomitee wegen der Ermordung von Sotir Kondi[59], Anastas Plasari[60] und

57 Tuk Jakova (1914-1959), Gründungsmitglied der KPA 1941; gehörte von Anbeginn zur Führung; 1948 Mitglied des Politbüros; 1955 wegen „parteifeindlicher" Auffassungen aus der Partei ausgeschlossen und 1957 zu 20 Jahren Haft verurteilt, verstarb er im Gefängnis.

58 Beqir Balluku (1917-1975), 1943 Partisanenkommandeur, 1948 Generalstabschef, 1952 Minister für Verteidigung; wurde wegen „Hochverrat" zum Tode verurteilt und hingerichtet.

59 Sotir Kondi, Vorsitzender des Nationalen Befreiungsrates für Tirana; geriet in Widerspruch zur politischen Linie der KPA und wurde ausgeschaltet.

60 Anastas Plasari, Intellektueller, führender Vertreter der Zjarri-Gruppe. Nach ihrer Verschmelzung mit der KPA wurde er deren Mitglied, äußerte jedoch Kritik und leistete Widerstand gegen die Parteiführung; zu langjähriger Haft verurteilt.

Zef Mala[61] erhalten hat. Er sagt auch, dass er die Briefe von Enver bekommen hat. Somit trifft die Kritik auf alle zu, wir alle tragen Verantwortung.

Es gab einen Schwachpunkt in unserer Arbeit. Liria hatte auch im Hinblick auf die Kaderarbeit Einfluss gewonnen. Nach ihrer Meinung gab es nur in Vlora und in der V. Brigade gute Kader. Doch trifft die Bewertung der Parteiorganisation Vlora als stärkste gegenüber anderen nicht zu. Sie war die schwächste. Das rührte daher, dass sie nur ihren Klüngel im Auge hatte. Als sie mit anderen Brigaden in Kontakt kam, erkannte sie, dass auch dort gute Kader wirkten. Auf diese Weise werden viele Genossen zu Opportunisten.

Ein weiterer Mangel besteht darin, dass die Genossen nicht den Mut aufbringen, den anderen zu kritisieren. Sie befürchten, dass Kritik zu einer Modeerscheinung wird und zur Anwendung kommen kann, wenn sie fehl am Platz ist. Mir scheint es für die Partei wichtig zu sein, dass die Genossen verstehen, wo wir gestanden haben. Die Situation während der Zeit der Gruppen darf sich nicht wiederholen. Alle Organisationen sind zu mobilisieren, um die Fehler, die wir begangen haben, zu überwinden. Dennoch kommt es vor, dass die Genossen ohne Sinn und Zweck Kritik üben, deshalb benötigen wir eine allseitige Bildung.

Gogo meinte, dass unsere Genossen den Engländern[62] wie Aufpasser an den Fersen klebten. Wir müssen verstehen, dass die nicht nur wegen militärischer Aufgaben hierhergekommen sind, sondern auch wegen anderer Ziele, deshalb müssen wir sie beobachten.

Lila[63] sprach davon, dass es gut wäre, wenn Aliu hier anwesend wäre und sowohl vor uns als auch vor seiner Partei, d. h. der Jugoslawischen Partei, Rechenschaft ablegen würde. Sie muss Rechenschaft von ihm fordern. Genosse Tuku beschäftigte sich mit der Popularisierung Envers. Wir,

---

61 Zef Mala (1915-1979), zwei Jahre Studium der Philosophie in Wien; leitete 1938 die Shkodragruppe, 1939 verhaftet und bis 1943 in Italien (Ventotene) interniert; nach der Befreiung leitende Funktionen im Wissenschaftsbereich; 1955 wegen seiner kritischen Haltung zur offiziellen Politik in der Kosova- und Çamëria-Frage verhaftet und bis 1964 interniert; 1978 erneut verhaftet, verstarb er im Gefängnis.

62 Es handelt sich offenbar um britische Verbindungsoffiziere, die sich seit dem Frühjahr 1943 sowohl bei den Partisanen als auch bei Balli Kombëtar und später beim Stab Abaz Kupis aufhielten.

63 Kadri Hoxha (1913-1997), Ausbildung am Miltär-Kolleg in Neapel, 1934 wegen revolutionärer Aktivitäten relegiert; Mitglied der KPA seit 1941; Partisanenführer im Bezirk Elbasan und Kommissar der VII. Brigade der Nationalen Befreiungsarmee; 1944 Vertreter beim Alliierten Mittelmeerstab in Bari; danach wegen „antijugoslawischer" Haltung zu langjähriger Haft und Internierung verurteilt.

Genossen, haben das Problem nicht richtig angepackt. Zuerst müssen wir die Bewegung popularisieren. Wir brauchten eine richtige Linie, damit die Losungen die Front widerspiegeln konnten. Die Popularisierung ist notwendig, um die Menschen in den Kampf einzubeziehen. Wenn man nicht danach strebt, die Front zu erweitern, sondern versucht, den Leuten einen Namen einzuhämmern, einen einzelnen Genossen populär zu machen, dann ist das ein forciertes Unterfangen. Das ist ein Fehler. In Panarit sagten uns Dušan und Miladin, dass es an der Zeit sei, die Bewegung mit einer Figur zu identifizieren. Nicht Dušan hat Tito die Autorität verschafft, diese hat er durch den Kampf gewonnen. Diejenige, die die Sache, d. h. die Popularisierung Envers, deutlicher verfochten hat, ist Liria, als ob wir das angeblich nicht wollten. Sie rührte als eine der Eifrigsten die Werbetrommel. Bis dahin hatte es keine bestimmten Namen gegeben. Heute kann man den Namen Envers sogar auf einer Speisekarte finden. Das geschieht, wenn die richtige Linie verloren geht. In einer Zeitung stand, dass Enver der Hauptfaktor im Kampf sei; so etwas wurde nicht einmal über Marx und Lenin gesagt. Parallel dazu setzte eine Kampagne ein, in der andere herabgesetzt werden. Zu mir kommen Genossen und sagen, dass man gegen Ymer[64] und Sejfulla auftreten muss. In einem Bericht Besniks[65] heißt es, Mehmet[66] habe gesagt, dass Ymer noch Aussichten hat. Anlässlich der Zusammenkunft in Berat gab man uns den Rat, dass bei einigen Personen wie Baca und Koçi, auch wenn sie keinen guten Beitrag hielten, Beifall geklatscht werden sollte; dagegen sollte es bei einigen anderen wie Ymer, selbst wenn sie einen guten Beitrag leisteten, keinen Beifall geben. Wir nahmen danach an den bekannten Kundgebungen in Berat teil. Es kamen Parteigenossen auf uns zu und flüsterten uns ins Ohr, bei wem stürmischer Beifall gespendet werden sollte und bei wem nicht. Das ist nicht die richtige Art.

Wie steht es mit der Jugendarbeit? Es gab Befürchtungen, dass die Jugend abtrünnig werden könnte. Man hat mich kritisiert, dass ich selbstständig gehandelt habe. Das stimmt, doch rührt das daher, dass wir nicht zusammengekommen sind. Ich bin kritisiert worden, weil ich keine Berichte übergeben habe, aber das ist doch nicht wesentlich. Entscheidend ist,

64 Ymer Dishnica.

65 Hysni Kapo.

66 Mehmet Shehu (1913-1981), Sekretär für Organisation der Bezirksleitung Vlora der KPA; seit 1943 Kandidat des ZK; kämpfte als Freiwilliger während des Spanischen Bürgerkrieges; Kommandeur der I. Partisanen-Stoßbrigade respektive der I. Division der Nationalen Befreiungsarmee; nach der Befreiung langjähriger Ministerpräsident, bis er 1981 als „Polyagent“ und „Verräter“ angeblich Selbstmord beging.

dass die Jugendorganisation nicht von der Partei anerkannt worden ist; die Partei hat die Jugendorganisation nicht richtig beurteilt und sie nicht unterstützt. Das führte objektiv dazu, dass ich diese Position einnahm. Einer der Gründe dafür, dass die Arbeit mit der Jugend nicht vom Fleck kam, war die Linie, die wir in organisatorischen Fragen verfolgten. Wir haben in der Organisationspolitik geschwankt. Sie ist von Beginn bis heute fünfmal geändert worden. Diese wiederholten Änderungen haben bewirkt, dass sich die Genossen nicht um die Jugend kümmerten. Aliu hatte keine klare Vorstellung über die Linie gegenüber der Jugend, er unterdrückte sie sogar, und als er nervös wurde, wusste er nicht, was zu tun ist, während ich nach eigenem Gutdünken handelte.

Die Schwächen, die in der Jugendorganisation auftreten, kommen daher, dass es keine Arbeiterkader gibt. Das ist nicht zufällig so. Es gibt eine Richtung, die die Arbeiter beiseitelässt. Den Kadern fällt es schwer, sich in neuen Situationen zu orientieren. Wir sind bis heute nicht in der Lage, die Kader, über die wir verfügen, zur Lösung der auftretenden Probleme einzusetzen. Nehmen wir die Arbeitsgruppen, zu denen die Jugend viel beitragen kann. Über ihre Bildung ist schon im August auf dem Jugendkongress[67] gesprochen worden. Aber weil die Aufmerksamkeit des Zentralkomitees fehlte, blieb ihre Anzahl gering, und danach zerstreuten sie sich. Dergestalt blieb der Beitrag des Zentralkomitees ungenügend.

Wir haben die Aufgabe, die gesamte Jugend zu vereinen und den Bund der Antifaschistischen Jugend (BRASH) zu schaffen, erst spät erkannt. Ich habe schon früher daran gedacht, aber ich wusste nicht, wie das zu realisieren war. Ich bin mit einer Auffassung Alius konfrontiert worden, dass wir in erster Linie eine starke Kommunistische Jugendorganisation brauchen und erst dann auch den Verband der Antifaschistischen Jugend bilden können. So wussten wir, als zum ersten Mal die Frage des BRASH ins Gespräch kam, nicht, wie wir diesen konkret organisieren sollten. Nachdem Alqi[68] aus Jugoslawien zurückgekehrt war, konnten wir den Bund auf dem Jugendkongress auf einer konkreteren Basis gründen. Wir müssen richtig an die Herausbildung der Antifaschistischen Jugend herangehen, sie als selbstständige Organisation sehen und nicht als ein Anhängsel der Kommunistischen Jugend. Wir haben festgestellt, dass die Jugend dort, wo gekämpft wird, besser mobilisiert ist. Wir brauchen weitere Organisationen wie Sportmannschaften, Klubs, Jugendhäuser usw.

---

67 Gemeint ist der I. Antifaschistische Jugendkongress im August 1944 in Helmës, auf dem der Bund der Antifaschistischen Jugend Albaniens (Bashkimi i Rinisë Antifashiste Shqiptare; BRASH) gegründet wurde.

68 Alqi Kondi.

Vor allem jedoch müssen wir die Jugendlichen in Arbeitsgruppen zusammenführen. Die Kommunistische Jugend soll in diese Richtung wirken, ebenso müssen die Parteiorganisationen dabei helfen. Jetzt darf die Aktivität der Kommunistischen Jugend nicht außerhalb des BRASH betrachtet werden. Heute ist es wichtig, dass die Jugend das Maximum gibt. Sie unterstützt ohne Einschränkung unsere Macht. Von Idealen geleitet, tritt sie für diese Macht ein. Folglich müssen wir sie dazu bringen, das Funktionieren dieser Macht zu unterstützen.

Seit dem I. Jugendkongress haben wir bislang genügend Erfolge erreicht. Gegenwärtig gehören rund 10.000 Mitglieder zur Kommunistischen Jugend. Sie gibt es in den Partisanenbrigaden und in den Kreisen. Bis zum Jahresende wird sich die Zahl auf zwölftausend erhöhen. Seither ist dafür Sorge getragen worden, dass die Jugendorganisation Kader heranbildet, und tatsächlich hat sie der Partei in zufriedenstellender Weise Kader bereitgestellt. Wir beobachten, dass die Kader, die aus der Bauernschaft stammen, sich nicht nur im Süden, sondern auch im Norden gut eingearbeitet haben. Die Verbindungen der Jugend werden immer fester und nehmen eine konkrete Form an. Wir stellen fest, dass sich die Jugendlichen in breitem Maße in den Basisorganisationen der Antifaschistischen Jugend betätigen. Es werden Jugendhäuser vor allem in Korça und Gjirokastra eingerichtet, und es entstehen auch Sportvereine in den Städten. Größeres Augenmerk wird auf die Arbeitsgruppen gerichtet. Bald werden wir im Süden über Arbeits-Kompanien und -Bataillone verfügen. Ein Bereich, der noch nicht richtig in Schwung gekommen ist, betrifft die Pioniere. Sie haben Interesse für den Kampf gezeigt; jetzt werden Grundlagen gelegt, um Pioniergruppen aufzubauen. Die Organisationen der Partei und der Jugend haben sich jedoch nicht genügend darum gekümmert.

Wir denken daran, den Zweiten Kongress der Antifaschistischen Jugend zu organisieren. Diesen wollen wir als große Manifestation nutzen, um die gesamte Jugend Albaniens nicht nur in den Städten zu mobilisieren. Dafür ist ein großer Einsatz erforderlich. Wir werden Anweisungen an die Jugendorganisationen herausgeben, wie der Kongress vorzubereiten ist. Die Vorbereitung wird der Arbeit der Jugend zweifellos einen Aufschwung geben. Doch muss dieser Frage auch vonseiten der Partei Beachtung geschenkt werden. Der Zweite Kongress soll dazu führen, die Antifaschistische Jugend besser mit dem Volk und die Kommunistische Jugend enger mit der Antifaschistischen Jugend zu verbinden. Bei allen diesen Aktivitäten besteht die Aufgabe der Jugend darin, aktiv in allen Bereichen mitzuwirken, doch es muss auch der Einfluss der Partei spür-

bar sein. Wir gehen davon aus, dass wir den Zweiten Kongress in zwei Monaten in Tirana durchführen können.

Heute haben wir ein befreites Albanien vor uns. Bis zu einem gewissen Grade halten wir die Macht in den Händen. Wir verfügen über eine starke militärische Kraft und haben weniger Feinde. Die Reaktion ist militärisch faktisch geschlagen, dennoch hört sie nicht auf, uns zu bekämpfen. Sie wird versuchen, einen Keil zwischen Volk und Macht zu treiben. Wenn es nicht gelingt, das Volk eng um uns zu scharen, dann wird die Reaktion ein freies Feld haben, gegen uns vorzugehen. Wir verfolgen deshalb heute als Hauptziel, die Bevölkerung so eng wie möglich an uns zu binden; nur wenn dies zur Realität wird, kann sie zu einer echten Stütze unserer Macht werden. Das sind die Aufgaben der Partei. Wir besitzen mit der Armee eine starke Waffe, auf die wir uns stützen müssen. Es geht nicht darum, die Macht mit Gewalt, sondern durch Unterstützung der Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Doch es zeigen sich Tendenzen der Demobilisierung. Wir sehen sie überall, insbesondere bei der Armee. Wir müssen uns bemühen, das Volk gut auf die neuen Aufgaben einzustellen. Die Mobilisierung für den Kampf gegen den Eroberer muss ersetzt werden durch eine Mobilisierung für die Errichtung der Macht. Das bedeutet, dass die Bevölkerung zu einer festen Stütze der Macht wird. Sie muss lernen, die erreichten Erfolge zu genießen und diese auch zu verteidigen. Die Bevölkerung muss sich davon überzeugen, dass wir mit der Macht neue Erfolge erringen werden. Unsere Arbeit muss darauf gerichtet sein, die Macht dem Volke zu geben. Das Anliegen der Reaktion ist es, dieses von der Macht fernzuhalten. Das zeigt sich in der Frage der Kriegsverbrecher. Überall dort, wo die Bevölkerung nicht zu uns steht, wird die Reaktion versuchen, diese gegen die Macht aufzubringen. Wir stehen gegenwärtig, da wir die Macht und die Regierung in den Händen haben, vor einer lebenswichtigen Situation. Wir haben die Möglichkeit, den Wiederaufbau des Landes und die Entwicklung der Wirtschaft in Angriff zu nehmen. Die Hauptaufgabe für uns besteht heute darin, dass das Zentralkomitee tatsächlich die Führungsrolle übernimmt. Das ist keine Frage der Agitation, sondern es ist ein vielfältiger und konkreter Einsatz erforderlich, um das Volk unter der Führung der Partei zu mobilisieren.

Das Volk hat unsere Partei als Bannerträgerin des Kampfes erlebt. Jetzt muss es an unserem Wirken erkennen, dass wir die Hauptkraft der nationalen Einheit verkörpern. Das hängt mit der Frage der Front zusammen. Die Bevölkerung muss begreifen, dass unsere Partei in der Lage ist, mittels der Macht ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Die Überzeugung davon kann nicht mit Worten, sondern muss durch die Wirksamkeit der Partei

erzielt werden. Wir werden mit weiteren ernsthaften Herausforderungen konfrontiert werden, daher müssen wir uns befähigen, unsere wichtigen Probleme richtig zu lösen. Die Situation in Griechenland muss uns beschäftigen.[69] Dort siegt die Reaktion. Wir müssen stark sein, um den Provokationen der griechischen Reaktion entgegenzutreten. Dafür brauchen wir einen gesunden Zusammenhalt unseres Volkes. Diese Aufgaben müssen die gesamte Parteiorganisation, alle Genossen des Zentralkomitees bewältigen. Das kann nicht mit nur einer Versammlung erreicht werden. Der Hauptfaktor, der das Volk in Bewegung gesetzt hat, war unsere Partei. Mit der Partei an der Spitze der nationalen Befreiungsbewegung haben wir den Sieg des Volkes errungen. Heute verfügen wir über die Führungspositionen. Es kommt darauf an, diese zu bewahren. Nun sind neue Bedingungen entstanden. In dieser Situation brauchen wir auch einen neuen Kurs, um diese Positionen zu stärken. Erforderlich ist ein bolschewistischer Stil. Der hat uns gefehlt. Jetzt müssen wir die neue Linie erklären und sie unmittelbar umsetzen, unsere Organisationen mobilisieren. Nur dann werden wir die Rolle unserer Partei konkret erleben.
Diese Tagung selbst ist ein Erfolg, der auf der Habenseite der Partei einzutragen ist. Sie zeigt, dass das Zentralkomitee sich als fähig erweist, die schwere Krise, von der es bedroht war, zu überwinden. Jetzt geht es darum, dass alle Organisationen aus dieser Krisensituation herauskommen.

Quelle: Arkivi Qendror Shtetëror [Zentrales Staatsarchiv]. F. 14/AP, D. 2/1, S. 42-55.

2. Diskussionsbeitrag von Sejfulla Malëshova

In den Referaten wurde unsere Politik gegenüber der Front angesprochen. Es hieß, dass sie falsch, nicht entschlossen und schwankend war. Tatsächlich hat es im Hinblick auf die Front keine klare Linie gegeben. In den Diskussionen zeigte sich deutlich, dass die Front-Politik schon zu Beginn sektiererisch war. Baca sagte, dass Miladin von Anfang an sektiererisch auftrat. Er verlangte, dass überall Parteimitglieder an der Spitze stehen sollten. Wir hatten bereits in der Zeit, bevor Balli Kombëtar entstand, eine sektiererische Haltung. Nach der Bildung von Balli wurde sie opportunistisch. Es gab die Auffassung, dass Balli nicht bekämpft werden und nicht als Organisation demaskiert werden solle, dass nur seine Losungen enttarnt werden müssten. Wir sollten Balli nicht bekämpfen, um

69 Spiru bezieht sich auf die nach der Konferenz von Caserta im September 1944 erfolgte Unterstellung der Griechischen Volksbefreiungsarmee (ELAS) unter den Befehl des britischen Generals Scobie.

diesen nicht zu verschrecken, weil er sich sonst zurückziehen und auf die Seite der Reaktion schlagen würde. Eine andere Meinung war, dass wir nicht gegen Balli vorgehen dürften, weil wir zu schwach seien. Beide Argumente waren unzutreffend. Hätten wir Balli demaskiert, hätte die Bevölkerung unsere wahren Positionen erkennen können, hätte sie unsere Auffassungen mit denen von Balli vergleichen können, und wir hätten auf diese Weise die Massen von Balli weghalten und auch innerhalb der Balli-Organisation differenzieren können. Die politische Demaskierung wäre der einzig richtige Weg gewesen, um unsere Positionen zu stärken. Miladin und das Zentralkomitee waren anderer Auffassung.

Als ich hierher kam,[70] war das die Taktik gegenüber Balli, und das war eine opportunistische Taktik. In Labinot,[71] wo sich der Generalrat versammelte, wurde dieser erweitert und der Generalstab gebildet. Ich war damals ein Neuankömmling und wurde als Mitglied des Rates und des Stabes gewählt. Desgleichen hat man mich zum Kandidaten des Zentralkomitees bestimmt. Ich erhielt den Auftrag, die Proklamation des Generalrates zu entwerfen. Darin betonte ich das Erfordernis, Balli zu demaskieren, und charakterisierte diesen dahingehend, dass er gewollt oder ungewollt dem Feind in die Hände arbeitete, den Kampf erschwerte und die Mobilisierung der Massen verhinderte. Die Proklamation wurde verlesen, es gab Einwände, und schließlich wurde sie fertiggestellt und angenommen. Wir hatten sie so formuliert, wie es Miladin wollte. Dieser Stand im Verhalten zu Balli setzte sich fort. Ausführlicher wurde die Angelegenheit Balli in Kucakë[72] erörtert. Dort behandelte man das Problem theoretisch, mit Blick auf die Differenzierung innerhalb von Balli, um so die Massen auf unsere Seite ziehen zu können. Ich bestand darauf, dass eine Differenzierung erfolgen würde, wenn Balli politisch demaskiert wird, indem man ihn zur Vereinigung aufruft und nicht mit der Waffe bekämpft. Die Genossen waren der Meinung, man müsse mit Waffen gegen Balli vorgehen, einen anderen Weg gebe es nicht. Ein bewaffneter Angriff auf Balli bedeutete seinerzeit, eine sektiererische Position zu be-

70 Sejfulla Malëshova war im Sommer 1943 aus dem französischen Exil nach Albanien zurückgekehrt, um die politische Führung der KPA zu stärken.

71 Anfang Juli 1943 fasste der Generalrat der Nationalen Befreiung in Labinot bei Elbasan den Beschluss, den Generalstab der Nationalen Befreiungsarmee zu formieren sowie Gespräche mit Balli Kombëtar über den gemeinsamen Kampf gegen die Okkupanten aufzunehmen.

72 Das Dorf Kucakë bei Opar im Südosten war aufgrund seiner geografischen Lage für die Besatzer nur schwer zugänglich und bot sicheren Schutz bei Treffen der politischen und militärischen Führung der Nationalen Befreiungsfront.

ziehen; Balli politisch nicht zu entlarven, war opportunistisch. Sie verstanden nicht, dass es zwischen diesen beiden Möglichkeiten eine marxistische – weder sektiererische noch opportunistische – Linie gab. Miladin und Enver meinten, die Differenzierung innerhalb von Balli werde von selbst erfolgen. Das war die Theorie der spontanen Differenzierung, eine opportunistische Theorie.

An dieser Beratung nahm auch Tempo teil. Damals war die Vorstellung verbreitet, dass Balli die Massen hinter sich hatte und deshalb nicht demaskiert werden dürfe, während ich argumentierte, dass er, gerade weil er Einfluss besaß, entlarvt werden müsste. Dieser Meinung war auch Tempo. Wir beließen es dabei, sodass Balli versuchte, Massen zu gewinnen.

In Vithkuq[73] wurde das Problem wiederum debattiert. Ich schrieb ein Flugblatt, in dem ich die Frage eines Zusammengehens aufwarf und Balli erneut ins Spiel brachte. Aliu ließ das Flugblatt nicht zu. Er meinte, die Frage nach der Einheit mit Balli dürfe keinesfalls angesprochen werden, während Enver vorschlug, lediglich die Worte „Balli Kombëtar" wegzulassen. Das war lächerlich. Ich nahm auch an einer weiteren Zusammenkunft teil, in der über die Vereinbarung von Mukje gesprochen wurde.

Zur Debatte stand, Doktor Dishnica und Gjinishi[74] zum Tode zu verurteilen. Ich lehnte das ab. Die gleiche Auffassung vertrat auch Tempo. Wir haben nach Mukje, wie Enver ausgeführt hat, anstatt mit den Vertretern von Balli zusammenzukommen, die Konferenz in Labinot durchgeführt, auf der wir Mukje verurteilten. Obwohl wir in Labinot übereingekommen waren, Balli nicht militärisch anzugreifen, begannen wir im Widerspruch zur Entschließung von Labinot sofort den bewaffneten Kampf gegen Balli. Das war eine Provokation unsererseits, wodurch wir Balli nötigten, sich in den Schoß der Reaktion und des Okkupanten zu flüchten. Wir verfielen auf diese Weise vom Opportunismus ins Sektierertum. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Abweichungen nach rechts wie nach links einander bedingen, gewissermaßen Geschwister sind. Ein Opportunist wird

---

73 Vithkuq in der Nähe von Korça, wo am 15. August 1943 die I. Partisanenstoßbrigade entstand, bildete eine sichere Rückzugsbasis der nationalen Befreiungskämpfer.

74 Mustafa Gjinishi (1912-1944), Absolvent der Technischen Schule in Tirana, Aktivist der kommunistischen Bewegung; wegen Verbindung zum antimonarchistischen Aufstand 1935 in Fier zum Tode, dann zu lebenslänglicher Haft verurteilt, gelang ihm 1939 die Flucht nach Jugoslawien; 1941 Rückkehr und Verbindung zur kommunistischen Gruppe in Korça; seit März 1942 spielte er eine führende Rolle im Widerstand; im August 1944 fiel er in Dibra einem Anschlag zum Opfer. Das Schicksal Mustafa Gjinishis, der angeblich von Liri Gega erschossen wurde, ist von der sozialistischen Geschichtsschreibung verschwiegen worden.

unbedingt in Sektierertum verfallen, er kann keinen anderen Weg beschreiten.

Zu terroristischen Tendenzen in der Partei, Armee und im Volk. Ich habe hier zum ersten Mal davon gehört, wie Mustafa Gjinishi umgebracht worden ist, und ich verstehe nicht, warum. Es konnte nur einen Grund geben: Entweder war er ein Verräter der Partei und des Volkes und musste als solcher offen verurteilt werden, oder er hat lediglich Fehler begangen, und wegen Fehlern darf man Menschen nicht töten. Außerdem: Einerseits bringen wir Mustafa Gjinishi um, andererseits stellen wir ihn vor dem Volk und der Partei als Helden dar. Diese jesuitischen Methoden haben mit einer kommunistischen Partei nichts gemein. Der Terrorismus sowohl im Volk als auch in der Armee wie in der Partei zeigt erstens die Schwäche unserer politischen Linie, zweitens das Misstrauen gegenüber dem Volk, und drittens wird sichtbar, dass wir keine Verbindung zu den Massen haben. Der Terror als System ging in der Geschichte der revolutionären Bewegung stets mit Misstrauen gegenüber dem Volk einher und hat die Schwäche derjenigen aufgedeckt, die ihn angewendet haben. Durch Terror kann man die Massen nicht mobilisieren. Die Tatsache, dass dies in der Partei nicht begriffen wurde, zeigt, auf welchem theoretischen und politischen Stand sich unsere Partei befindet. Wir suchen alles mit Terror zu lösen. Wir wollten Muharrem Bajraktari provozieren und haben ihn deshalb gelobt. Das hat rein gar nichts mit kommunistischer Politik zu tun. Ich war erstaunt, als ich sagen hörte, je brutaler und terroristischer jemand vorgehe, desto mehr sei er Kommunist; d. h. wir messen die Genossen daran, wie brutal und kriminell sie handeln. Das ist ein falsches Kriterium. Auf diese Weise treten in unserer Partei Erscheinungen der Degeneration von einer politischen Partei zu einer Bande von Kriminellen zutage. Das sind sicher nur Anzeichen. Dennoch ist es oftmals schwer zu unterscheiden, wo es um politische Aktivität und wo es um ein Verbrechen geht.

Der Genosse Shulja sagte, dass die Morde, die in Tirana begangen worden sind, deswegen erfolgten, weil er großen Hass gegen den Feind empfinde. Jeder Kommunist muss den Feind hassen, aber zu hassen ist eine Sache, doch etwas anderes ist es, Verbrechen zu begehen. Damit dient man dem Feind, arbeitet man dem Okkupanten in die Hände. Auf diese Weise ist das Sektierertum zum Terror verkommen, und der Terror hat sehr oft zu Verbrechen geführt. Wir haben gesagt, dass Miladin und Dušan daran die Hauptschuld tragen. Jedoch ist das nicht allein Sache der beiden. Sie fanden hier einen günstigen Boden, um so wirken zu können. Wir dürfen die Hauptursachen dafür nicht bei Miladin und Dušan, son-

dern müssen sie bei uns selber suchen, in unserer Partei. Das hätte niemals geschehen können, wenn wir eine wirklich kommunistische Partei besäßen.

Eine der wesentlichen Ursachen liegt in der sozialen Zusammensetzung der Partei. Die Partei wie auch die Führung kommen aus dem Kleinbürgertum. Das kann nicht ohne Auswirkung bleiben. Die Tendenzen und Abweichungen[75], die in den Gruppen im Zusammenhang mit sexuellen Beziehungen und anderen nichtproletarischen Erscheinungen auftraten, hängen mit der sozialen Zusammensetzung unserer Partei zusammen. Die zweite Ursache hat mit den politischen Traditionen unseres Landes zu tun, die putschistisch und nahezu terroristisch sind. Unsere Partei verstand es nicht, ihre Mitglieder im kommunistischen Geist zu erziehen, deshalb lastet das alte Erbe noch auf uns. Der Umstand, dass wir nicht eng mit den Massen verbunden sind, zeigt, dass dieses Erbe weiter besteht und eine politische Erscheinung darstellt. Die Arbeit in der Bevölkerung, mit den Massen ist in unserer Partei noch nicht zum Hauptanliegen geworden. Der Terror nimmt noch immer einen recht breiten Raum in unserer politischen Arbeit ein.

Eine andere Sache ist das theoretische Niveau unserer Partei. Unsere Kader haben eine bürgerliche Erziehung, sie sind nicht wirklich durch marxistisch-leninistische Bildung geformt. So haben wir weder eine marxistisch-leninistische Partei noch – beginnend bei Miladin und Dušan – eine marxistisch-leninistische Führung gehabt. Es kommt nicht darauf an, dass man marxistisch-leninistische Bücher gelesen hat. Wesentlich ist, dass man die Methode verstanden hat, die Lage einzuschätzen weiß und in der Praxis auf marxistisch-leninistische Art zu handeln vermag. Viele lesen solche Bücher, aber es fehlt ihnen an der Methode und an marxistisch-leninistischer Herangehensweise, und sie denken nicht wie Marxisten. Ein Marxist würde nicht schreiben, was Nako im Zusammenhang mit Enver zitiert hat, als wäre Enver der Hauptfaktor des Kampfes und der Erfolge. So etwas schreibt ein Marxist weder über Stalin noch über Lenin. Den Hauptfaktor bildet objektiv das Volk und subjektiv die Partei. Über unsere Politik und die Führung sowie über den Vorsitzenden hat Nako gesprochen.

Ich werde nur allgemein etwas dazu sagen, wie die kommunistische Partei eine solche Politik durchführen sollte. Die kommunistische Partei braucht eine Politik der Führungskräfte und des Vorsitzenden. Aber wie die Sache in unserer Partei angefangen und durchgeführt wurde, war fehlerhaft.

75 Im Text aberration (franz.).

Und die Fehler sind darauf zurückzuführen, dass in der Partei nicht marxistisch gedacht wird. Die führenden Köpfe und der Vorsitzende werden nicht per Dekret festgelegt, sondern sie gehen aus dem Kampf hervor. Nur dann, wenn die Partei erkennt, dass sich solche Menschen im Kampf hervorgetan haben, geht sie daran, diese bekannt zu machen, allerdings erst, wenn das Volk erlebt hat, dass sie sich bewährt haben. Man muss auch den richtigen Zeitpunkt dafür wählen. Ich sage das allgemein und nicht speziell mit Bezug auf Enver. Wenn wir die Arbeit Envers als des Vorsitzenden der Partei konkret betrachten, wird klar, dass die Partei keinen Vorsitzenden haben konnte, wie es erforderlich war, weil sie keine Partei mit einer richtigen politischen Linie war. Da es keine den Erfordernissen entsprechende Partei gab, konnte es auch keinen den Aufgaben gewachsenen Vorsitzenden geben. Es genügt nicht, politischer Sekretär einer Partei zu sein, um auch als Vorsitzender der Partei zu fungieren.

Die Jugoslawische Partei hat viele politische Sekretäre gehabt, doch als Vorsitzenden hat sie jetzt nur einen, Tito. Es geht darum, dass der Vorsitzende gemeinsam mit der Partei etwas wird. Würde sich unsere Partei festigen, würde sich auch der Vorsitzende herauskristallisieren. Heute hat unsere Partei führende Köpfe, aber keinen Vorsitzenden. Ginge es darum, an der Spitze der Partei einen schlechten Vorsitzenden zu haben, dann könnte das auch dieser Miladin sein. Was Enver betrifft, so ist festgelegt worden, ihn zu popularisieren, und das hat, wie in allen anderen Angelegenheiten, Miladin entschieden, der diese Popularisierung angeordnet hat. Das heißt, das war nicht die Meinung unserer Partei, sondern die von Aliu und zwei-drei weiteren Personen.

Der Vorsitzende muss der Partei den richtigen Weg weisen, ohne Umschweife und nicht, wie es Tuku formuliert hat, durch Spaziergänge von Brigade zu Brigade. Tito wurde populär, nachdem er eine starke Partei geschaffen und ihr Niveau gehoben hat, nachdem er Führer des jugoslawischen Volkes wurde und dessen Sympathie gewann, dem Volk den Weg wies und die Partei ebenso wie das Volk führte. Die Sache mit dem Vorsitzenden und den führenden Köpfen ist schlecht in Angriff genommen worden, sie wurde schlecht gelöst und fehlerhaft umgesetzt. Nako meint, dass die Initiative zur Popularisierung Envers von Liria ausging, eine Popularisierung, die nichtssagende Formen annahm und verfrüht einsetzte.

Der Artikel in „Ylli Çlirimtar“ [Der Stern der Befreiung] stellt die Dinge so hin, als hätte Enver alles allein vollbracht. Doch Übereilung kann ins Auge gehen. In dem Artikel wird Enver als Hauptfaktor der Erfolge hingestellt, während er in Wirklichkeit die Synthese unserer Fehler verkör-

pert. Charakteristisch ist der Vorschlag von Baca, dass wir in die Propagierung für Enver als Oberkommandierenden auch die Vokabel Genie oder genial aufnehmen sollten. Darüber muss diskutiert werden, sagte ich zu ihm, und ich lehnte es ab. Ich weiß nicht, ob sich Baca überzeugen ließ. Doch ich erinnere mich, was Engels über Marx gesagt hat: Marx ist ein Genie, aber wir sind nur talentiert. Wir machten uns auf diese Art lächerlich und diskreditierten die Partei, wir diskreditierten die Bewegung und sogar Enver selbst.

Unsere Aufgaben: Die Nationale Befreiungsfront hat sich bewährt, sie hat das Volk gegen den Okkupanten und die Verräter mobilisiert. Trotz der Schwierigkeiten und ihrer Versäumnisse haben wir dank der Front die Erfolge erreicht. Wir stehen heute am Vorabend der Befreiung ganz Albaniens, und unsere Hauptaufgabe besteht darin, eine demokratische Macht und auf dieser Grundlage einen neuen Staat zu errichten. Wir sagen, dass wir heute eine Wende nicht nur im Hinblick auf die Front, sondern in allen Bereichen vollziehen. Auch in einem Land wie Jugoslawien, in dem die Front eine richtige Politik betrieben hat, steht die Erweiterung der Front an, weil auch dort neue Aufgaben auf der Tagesordnung stehen. Allerdings stellt sich bei uns die Aufgabe anders dar. Hier müssen wir die Front nicht nur erweitern und stärken, weil neue Aufgaben anstehen, sondern um verlorene Zeit wettzumachen. Deshalb ist unsere Aufgabe schwieriger, denn unsere Linie war fehlerhaft. Für uns ergibt sich die Notwendigkeit einer Erweiterung und Stärkung der Front unter folgendem Aspekt: Wir haben die Volksmassen zu mobilisieren, damit sie sich an der Errichtung der neuen Staatsmacht beteiligen. Manche mögen der Auffassung sein, dass wir einige Elemente in die Front hineingebracht haben und damit ihre Erweiterung beendet ist. Wir müssen auch die Grenzen festlegen. Sie betreffen die Kriegsverbrecher, die vor Gericht gestellt und ihre bürgerlichen zivilen Rechte verlieren werden. Andere Einschränkungen gibt es nicht.

Wir Kommunisten müssen in der Front die Führung haben, doch die Führung kann nicht, wie bisher, direkt erfolgen, d. h. indem dort nur Kommunisten vertreten sind. Außer kommunistischen Vertretern muss es auch andere geben, natürlich treue Anhänger unserer Bewegung, Menschen, die unsere politische Plattform anerkennen und das Vertrauen des Volkes genießen. Diese Menschen müssen vom Volk gewählt und nicht von oben eingesetzt werden, damit wir mit ihrer Hilfe die Massen erfassen. In der Front sollen auch Tendenzen oder Gruppen vertreten sein,

die Einfluss auf die Massen nehmen, wie die von Cen Elezi[76]. Wir müssen sie von der Reaktion lostrennen und auf unsere Seite ziehen. Umso mehr, als wir sie selbst mit unserer Linie auf die andere Seite gedrängt haben und viele eine Annäherung an uns fürchten. Wir müssen ihnen klarmachen, dass wir in unserem Verhalten sektiererisch waren und die Türen der Front für sie jetzt nicht verschlossen sind. Es muss auch für jene ein Türchen offenbleiben, die sich nicht innerhalb der gesetzten Frist entschieden haben. Ebenso dürfen wir mit den Volksgerichten nicht zu hart umspringen, weil wir auf fehlerhaften Positionen standen, Sektierer waren.

Hinsichtlich der Machtfrage haben die nationalen Befreiungsräte nicht funktioniert, da sie ihre Rolle als Machtorgane nicht kannten, doch das Zentralkomitee selbst hat diese Rolle nicht erkannt. In dem in Labinot beschlossenen Statut der Räte hieß es, dass die Räte den Kern der Volksmacht bilden. Aber kein Mensch wusste, was das bedeutete. In Përmet wurde der Antifaschistische Nationale Befreiungsrat gebildet, jedoch geschah das nur, weil es in Jugoslawien so gemacht worden war. Weder die Partei noch das Zentralkomitee haben die Bedeutung verstanden. Keiner wusste, dass die Organisierung des Nationalen Befreiungsrates mit den Erfahrungen der Russischen Revolution zusammenhing. Niemand hatte Kenntnis davon, dass die Struktur dieses Rates und der Räte generell jener der Sowjets entsprach. Ich erinnere mich an einen Brief Envers an Ymeri, in dem es hieß, Sejfulla wolle uns die Sowjeträte importieren. Die Sowjets waren die Form der proletarischen Macht nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Die Sowjets zeichneten sich bereits 1905 als Organe des Aufstandes und als Keimzellen der Volksmacht, als Kern der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft in der bürgerlichen Revolution aus. Nach der Februarrevolution bildeten sie die Form der Macht der Arbeiter und Bauern, der Diktatur der Arbeiter und Bauern. Was ist der Unterschied zwischen unseren Räten und den Sowjets? Die Bolschewistische Partei hatte damals nicht die Führung der Sowjets, die Führung lag in den Händen der Menschewiki, während die Räte bei uns von der Kommunistischen Partei geschaffen und geführt werden. Man muss auch den Unterschied der jeweiligen Situation berücksichtigen.

---

76 Cen Elezi (1884-1949), als Vertreter der nationalen Kräfte organisierte er eine eigene Streitmacht gegen die italienischen Besatzer und wurde von der Nationalen Befreiungsfront umworben. Dennoch schloss er sich im Herbst 1943 der Vereinigung von Dibra an, die mit Balli Kombëtar zusammenging.

Wir befinden uns in der bürgerlich-demokratischen Etappe, in der Etappe sozial-ökonomischer bürgerlich-demokratischer Umgestaltungen. Da unsere Partei über die Schlüsselpositionen der Macht verfügt, können wir unter ihrer Führung sozialökonomische Reformen – jedoch bürgerlich-demokratischen Charakters – durchsetzen und auf diese Weise ohne bewaffneten Aufstand zum Sozialismus übergehen, denn wir haben die politische Revolution bereits durchgeführt, wir halten die Macht in den Händen. Die Aufgabe besteht darin, diese Macht zu erhalten und sie zu gebrauchen, um zum Sozialismus zu gelangen. Es gab in unseren Reihen Auffassungen, wonach wir sofort nach dem Krieg zum Sozialismus übergehen werden. Mir scheint, dass auch Miladin auf dieser Welle schwamm. Vor uns stehen große Aufgaben der sozialökonomischen Umgestaltungen, und da wir die Macht in den Händen halten, werden diese Umgestaltungen einen anderen Rhythmus nehmen, sie werden bürgerlich-demokratischen Charakter tragen und konsequent umgesetzt werden, denn es ist das Volk selbst, das sie durchführt.

Wir verfügen heute über eine Regierung und werden den Staat auf den Fundamenten der nationalen Befreiungsräte errichten, so haben wir eine schwere Last auf den Schultern und müssen uns sehr anstrengen, um sie zu bewältigen.

Was die Armee betrifft, so ist gesagt worden, dass die militärischen Erfolge nicht parallel mit den politischen Erfolgen und der Entwicklung und Festigung des Staates einhergingen. Die nationalen Befreiungsräte sind schwach. Im Vergleich mit der Armee bleiben wir auf diesem Gebiet zurück. Unsere Armee ist nicht mit der Macht verbunden. Es gibt Tendenzen einer Loslösung zwischen beiden. Das hat etwas mit der politischen Bildung unserer Partei zu tun.

Das rührt daher, dass die Arbeit der Partei in der Armee schwächelt. Unsere Aufgaben in der Armee werden mit ihrem Anwachsen noch größer. Wir müssen eine moderne Armee schaffen, die auf der Höhe der Zeit und der vor uns liegenden Aufgaben steht.

Ich möchte etwas zu der Auffassung Nakos sagen, dass wir, auch nachdem klar geworden war, dass die Dinge nicht gut laufen und alle diese Fehler begangen wurden, nichts weiter tun konnten. Damit wir uns richtig verstehen. Wenn Nako sagt, dass für diesen Zustand nicht alle die gleiche Verantwortung tragen, ist das richtig, jedoch nicht, dass wir nichts tun konnten. Das trifft nicht zu. Es ist richtig, dass Koçi und Nako die Lage, ohne Richtlinien von der Jugoslawischen Partei zu erhalten, nicht ändern konnten. Dennoch hätten sie als Mitglieder des Politbüros viel mehr tun können. Sie haben die Angelegenheit nicht richtig erfasst, doch

noch mehr hatten sie Angst, sich zu widersetzen. Manchmal hatte Nako Mut und widersprach. Dennoch, wenn sie die Fehler in der politischen Linie erkannt haben, war es ihre Aufgabe, darüber im Büro und später auf dem Plenum in Helmës zu sprechen. Möglicherweise hätte keiner auf sie gehört, und vielleicht hätte auch das Plenum sich gegen sie gestellt. Für Nako hätte es schlecht ausgehen können, aber es wäre das dritte Alarmzeichen gewesen. Das erste Alarmsignal hatte Tempo gegeben, das zweite kam von mir. Mein Signal brachte keine Ergebnisse, aber ich wartete darauf, dass das Plenum zusammentritt, um da meine Überlegungen vorzutragen.

Aus der konkreten Situation ergibt sich, dass das Sektierertum die größte Gefahr für unsere Partei gewesen ist. Das heißt nicht, dass es nicht auch opportunistische Tendenzen gab. Das Sektierertum bleibt die Hauptgefahr, deshalb müssen wir auch den Hauptschlag dagegen führen. Überall, wohin wir schauen – sowohl in der Partei als auch in der Front wie in der Armee –, gibt es sektiererische Tendenzen, die uns behindern. Die Partei muss diese Abweichungen nach rechts und links bekämpfen. Sie stehen in Verbindung mit dem Druck, der von außen, von kleinbürgerlichen Kreisen, auf uns ausgeübt wird. Wir müssen begreifen, dass der Kampf der Partei gegen linke und rechte Abweichungen ein Gesetz ihrer Entwicklung ist. Ohne diesen Kampf kann sich die Partei nicht entwickeln und festigen, können die Front und die Räte nicht gestärkt und der demokratische Staat nicht errichtet werden. Der Kampf gegen das Sektierertum und den Opportunismus muss ein großes Anliegen unserer Partei bleiben. Dieses Plenum stellt erst den Beginn der Wende in unserer Partei dar. Diese Wende muss in allen Organisationen, in der gesamten Bewegung, in der Front, in den Räten, in der Armee vollzogen werden.

Quelle: Arkivi Qendror Shtetëror [Zentrales Staatsarchiv]. F. 14/AP, D. 2/1, S. 55-62.

Biografisches

Richard Hauschildt (1876-1934) – ein von den Nazis in den Tod getriebener Sozialdemokrat

Horst Klein

In den Kämpfen seiner Zeit, die durch Weltkrieg 1914, Revolution 1918 und NS-Diktatur 1933 geprägt waren, bewährte sich Richard Hauschildt als aufrichtiger Streiter für eine bessere Welt.[1] Seine Biografie erzählt brisante Ereignisse der Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, wobei sein journalistisches und politisches Wirken in Kassel, Wuppertal, Berlin und Strausberg besondere Aufmerksamkeit verdient. Zu berichten ist über den jungen Schriftsetzer, der selbstbewusst den Weg zur Buchdruckergewerkschaft und sozialdemokratischen Partei fand, in der Novemberrevolution 1918 sich für eine parlamentarische Demokratie entschied und diese mit aller Entschiedenheit zu verteidigen wusste. In der Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie und -Politik führte er eine scharfe Klinge. Die Nazis rächten sich mit Gestapohaft, Folter, Konzentrationslager und trieben den psychisch und physisch Gebrochenen in den Tod.

Eine sozialdemokratische Biografie

Richard Hauschildts Lebensweg gleicht zunächst dem unzähliger Arbeiter, die nach der Aufhebung des sogenannten Sozialistengesetzes 1890 sich der SPD anschlossen und in dieser politisch ihren Platz fanden. Am 12. November 1876 in Hamburg geboren, absolvierte er dort die Volksschule und Ausbildung zum Schriftsetzer. Er hatte sich für einen Beruf entschieden, der sehr früh sein politisches Interesse weckte und ihn zur Mitarbeit im Buchdruckerverband und in der sozialdemokratischen Partei

---

1 Zur Biografie von Richard Hauschildt siehe Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, Marburg 2000, S.132f.; Horst Klein: Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg 1887-2007. Eine chronologische und biografische Skizze (Strausberger Studien zur Geschichte; 39), Strausberg 2008, S.152-165, 356-359, 506f., (Fotos); Ders.: Erfahrungen im Umgang mit Geschichte, Biografien, Straßennamen und Gedenkstätten (Strausberger Studien zur Geschichte; 42), Strausberg 2009, S.200-206, (Fotos); Internet-Ausstellung über KZ-Häftlinge, in: www.stiftung-bg.de/kz-oranienburg.

bewegte. Er ging wie üblich auf Wanderschaft, arbeitete als Volontär in verschiedenen Redaktionen sozialdemokratischer Zeitungen, etwa seit 1900 als selbstständiger Redakteur in Mainz, Magdeburg, Würzburg und Offenbach.

29-jährig kam er 1905 nach Kassel und wurde Redakteur beim sozialdemokratischen „Casseler Volksblatt", dessen Chefredakteur Philipp Scheidemann war. Alsbald übernahm Hauschildt diese Funktion. Seine ausgeglichene, freundliche und sachliche Art des Umgangs mit den Bürgern, seine Sachkenntnis und Rhetorik halfen ihm schnell, Vertrauen in der Bürgerschaft und bei seinen Genossen zu gewinnen. Am 9. Oktober 1909 schloss er die Ehe mit Frieda Wittrock, die aus einer sozialdemokratischen Familie kam. Von 1906 bis 1922 war er besoldeter Vorsitzender der Kasseler SPD. Bis 1919 galt das preußische Dreiklassenwahlrecht, das an das Steueraufkommen gebunden war. Beachtliche Teile der Arbeiterschaft, die nur geringe Steuerbeiträge aufbringen konnten, und Personen, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen waren, besaßen kein Wahlrecht. Das bewirkte, dass die übergroße Mehrheit der „kleinen Leute", die 83 Prozent der Kasseler Bürger ausmachten, gerade einmal sieben von insgesamt 48 Mandaten gewann. Hingegen bekamen die Reichen (erste Klasse) mit fünf Prozent der Bevölkerung und weitere zwölf Prozent – Kaufleute, Handwerker, Privatmänner – (zweite Klasse) die Mehrheit zugesprochen. Hausbesitzer stellten mindestens die Hälfte der Abgeordneten. Die „Erst- und Zweitklässler" beherrschten als militante Gegner der Sozialdemokratie die Stadtverordnetenversammlung. Mit deren Stimmenmehrheit wurden Anträge der SPD-Fraktion niedergeschmettert. Hauschildt sah in der Enthüllung des reaktionären Charakters des Dreiklassenwahlrechts eine der vordringlichen Aufgaben seiner Zeitung. Im „Casseler Volksblatt" hieß es dazu: „Es ist unsere Pflicht, bei jeder sich bietenden Gelegenheit im Interesse der vielen Tausenden, die wir zu vertreten haben, auf solche Mißstände hinzuweisen."[2] Mit der aufkommenden Antikriegstimmung gewannen die Sozialdemokraten 1916 zwei weitere Mandate. Nun konnte auch Richard Hauschildt für die dritte Klasse der Wählerschaft – Nichthausbesitzer – Stadtverordneter werden.

2 Zit. nach: 1909-1984. 75 Jahre SPD Fraktion im Kasseler Rathaus. 75 Jahre Einsatz für den Bürger, hrsg. von der SPD-Stadtverordnetenfraktion, Kassel 1984, S.3.

Weltkrieg und Revolution

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde Hauschildt – vermutlich freiwillig – Soldat. Zuvor konnte man in seiner Zeitung vom 1. August 1914 lesen: „Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern für sie abgegeben worden ist. Die ‚vaterlandslosen Gesellen' werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den ‚Patrioten' in keiner Weise übertreffen lassen."[3] Die dann folgenden grausamen Fronterlebnisse machten ihn zum entschiedenen Kriegsgegner und Verfechter der Völkerverständigung.[4] Ende Januar 1918 beteiligten sich auch in Kassel die Arbeiter der Rüstungsindustrie an Streiks. Sie folgten so dem Streikaufruf der Berliner USPD-Zentrale. Auf einer von mehreren tausend Arbeitern besuchten Streikversammlung sprach neben dem Vertreter der USPD auch Richard Hauschildt über den Sinn der Streikbewegung. Dem dann folgenden eintägigen Generalstreik sollen sich mehr als zehntausend Arbeiterinnen und Arbeiter angeschlossen haben. Die von den Streikenden beschlossene Resolution bekräftigte den politischen Charakter der Streikbewegung. Darin hieß es u. a.: „1. Schleunige Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen, 2. Hinzuziehung von Arbeitervertretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen, 3. Ausgiebigere Nahrungsversorgung, 4. Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes, 5. Die Schutzrechte für Arbeiter und Jugendliche sind schleunigst wieder in Kraft zu setzen, 6. Die Militarisierung der Betriebe ist gleichfalls aufzuheben, 7. Alle wegen politischer Handlungen Verurteilten und Verhafteten sind sofort freizulassen, 8. Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland, zunächst Wahlrechtsreform in Preußen."[5]
Die Revolution begannen allerdings auch in Kassel nicht die Arbeiter, sondern am 4. November die revolutionären Soldaten in Oberzwehren, die sich den Befehlen ihrer Offiziere verweigerten und mit denen sich die Arbeiter vorerst nicht solidarisierten. Wie Gerhard Beier schildert, habe sich die Situation erst am Morgen des 9. November geändert, als ca. 200 Matrosen aus Köln eintrafen. Ihnen schloss sich im Verlauf des Tages die gesamte Garnison an, es sei dann zur Verständigung mit den Organisati-

3 Zit. nach: ebenda, S.4.
4 Siehe Gerhard Beier: Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertfünfzig Jahre (1834-1984), Frankfurt am Main 1989, S.441.
5 Ebenda, S.236f.

onen der Arbeiterschaft gekommen.[6] Im Rathaus konstituierte sich sofort ein Arbeiter- und Soldatenrat aus Mitgliedern der SPD und der USPD sowie zwei Soldaten.[7] Den Vorsitz des Rates, dem u. a. der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells und spätere preußische Innenminister Albert Grzesinski angehörte, übernahm Richard Hauschildt. In dieser Eigenschaft wurde er zum Delegierten der beiden Reichsräte-Kongresse in Berlin im Dezember 1918 und im April 1919 gewählt.

In Kassel engagierte er sich für einen „disziplinierten" Verlauf revolutionärer Aktionen der Arbeiterschaft. Demonstrationen und Kundgebungen verliefen im Unterschied zu München, Kiel und Berlin ohne Straßenkämpfe, folglich auch ohne Verletzte. Forderungen nach einer „Rätediktatur" oder „deutschen Sowjetrepublik" blieben aus. So war Hauschildt in seiner Überzeugung bestärkt, dass der von der Sozialdemokratie angestrebte soziale Fortschritt nur friedlich und demokratisch zu erringen sei. In diesem Sinne sah er sich auf den beiden Rätekongressen ermutigt, Partei zu ergreifen für eine parlamentarische Demokratie mit umfassenden sozialen Verbesserungen für die Arbeiterschaft. Damit waren die Weichen für die Abschaffung der gerade entstandenen Rätebewegung gestellt.

Richard Hauschildt reflektierte und achtete die politischen Mehrheitsverhältnisse auf den Kongressen, die auf dem II. Kongress mit 55,9 Prozent für die Positionen seiner Partei (MSPD) sprachen. Der in Bezug auf die sozialistische Literatur sehr Belesene erinnerte sich vermutlich an Friedrich Engels' Empfehlung, die Sozialdemokratie solle vor allem den Kampf für demokratische Freiheiten, soziale Reformen und letztlich für die Errichtung einer demokratischen Republik führen.[8] Als Schriftführer des I. und als Vorsitzender des II. Kongresses war er mit einer Vielfalt unterschiedlicher Auffassungen konfrontiert, die für seine eigene Positionsfindung abzuwägen waren. Zu diesem Schluss führt auch ein Blick ins Kongress-Protokoll. Als 1. Vorsitzender – 2. Vorsitzender war der Füh-

6 Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die städtische Bevölkerungsstruktur. Zu dieser Zeit zählte Kassel 160.000 Einwohner und davon 16.000 Militärpersonen. Die Garnisonstadt bot die logistischen Voraussetzungen für die unter Führung Hindenburgs erfolgte Demobilisierung des Heeres.

7 Siehe Beier, Arbeiterbewegung, S.238.

8 Siehe dazu Heinrich Potthoff/Susanne Miller: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002, S.55f.; Werner Bramke: Eine ungeliebte Revolution. Die Revolution von 1918/1919 im Widerstreit von Zeitgenossen und Historikern, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2008/III, S.5-37.

rer der Revolutionären Obleute Richard Müller (USPD)[9] – nutzte Hauschildt wie auch Müller sich bietende Chancen, um bestimmte parteipolitische Vorstellungen einzubringen. Er besaß letztlich Machtbefugnisse, die er konsequent und sehr professionell zur Steuerung des disziplinierten Kongressverlaufs einsetzte.[10] In seinem Schlusswort bezeichnete er den Kongress als historisch bedeutsames „Revolutionsparlament". Im Weiteren erklärte er: Die gewaltige „*Revolution, in der wir augenblicklich noch stehen*", könne „*von heute auf morgen nicht verwirklicht werden.* Aber wir alle haben gemeinsam zu arbeiten und mit aller Kraft dahin zu wirken, *unsere hohen sozialistischen Ziele so schnell wie möglich in die Wirklichkeit umzusetzen.*" Dazu sei es notwendig zu beherzigen, „*daß* es *genug sein muß des grausamen Bürgerkrieges und genug sein muß auch des grausamen Bruderkrieges unter den sozialistischen Parteien!* Der Kapitalismus und die Politik der politisch verblendeten Bourgeoisie hat Deutschland in dieses furchtbare Elend hineingebracht, das wir gegenwärtig durchleben. *Der Sozialismus allein kann und will Deutschland erretten.*" Bürgerliche Parteien ermahnte er, niemals zu vergessen, „*daß wir am Grabe der kapitalistischen, daß wir in der Geburtsstunde der sozialistischen Epoche stehen.* Wirken Sie dahin, daß der unaufhaltsame Gang der Entwicklung nicht durch törichte oder gar verbrecherische Handlungen fanatischer Anhänger des alten, in sich selbst zusammengebrochenen Systems gehemmt wird." Richard Hauschildt schloss den Kongress mit dem Rufe: „Der menschheitsbefreiende Sozialismus lebe hoch! – noch einmal hoch! – und noch einmal hoch!"[11] Das Protokoll vermerkt, dass die Versammlung unter lebhaftem Beifall in den Ruf eingestimmt habe.

Hauschildts politische Haltung fand in der MSPD respektvolle Aufmerksamkeit. So war er für die Zeit 1920/1921 Mitglied des zentralen SPD-Parteiausschusses und von 1919 bis 1924 Mitglied des Preußischen Landtages.

Auch nach dem Kongress vom April 1919 sah sich Hauschildt in seiner Überzeugung, die Revolution könne friedlich und demokratisch voranschreiten, bestätigt. Es hatte ja schon Friedrich Engels auf die „Ironie der Weltgeschichte" aufmerksam gemacht, wonach diese alles auf den Kopf stelle. Wir, so schrieb er, „die ‚Revolutionäre', die ‚Umstürzler', wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen

9 Siehe Ernst Däumig: Das Rätesystem. Reden auf dem Parteitage der U.S.P.D. am 4. und 5. März 1919, Berlin 1919.

10 Siehe II. Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands am 8. bis 14. April 1919 im Herrenhaus zu Berlin. Stenographisches Protokoll, Berlin 1919, S.139.

11 Ebenda, S.259.

und dem Umsturz".[12] Mit der erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechts war, wie Engels voraussah, „eine ganz neue Kampfweise des Proletariats in Wirksamkeit getreten", vor der sich die Bourgeoisie mehr fürchte „als vor der ungesetzlichen Aktion der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Rebellion".[13] In der Tat: Bei den Wahlen zum Stadtparlament im März 1919 verzeichnete die SPD in Kassel einen beachtlichen Stimmenzuwachs: Sie wurde stärkste Partei und stellte im 72-köpfigen Stadtparlament 37 Stadtverordnete, zu diesen zählte erneut Richard Hauschildt. Sein „Casseler Volksblatt" schrieb selbstbewusst: „Und wieder – Sieg, Sieg! Die rote Fahne weht weiter." [14] Die Euphorie legte sich bald. Auch Richard Hauschildt lebte mit Hoffnungen und Illusionen, gewann aber doch politische Erfahrungen.

Parteijournalist in Kassel und Elberfeld-Barmen

Bei den Kommunalwahlen im Mai 1924 gewann Hauschildt zwar sein Mandat wieder, aber die SPD verlor ihre absolute Mehrheit; sie stellte nur noch 19 (KPD drei) Stadtverordnete.[15] Die bürgerliche Presse entfachte eine gewaltige Hetzkampagne gegen die Arbeiterparteien und diffamierte insbesondere die SPD mit dem Bild der „Futterkrippe", wonach diese nur daran interessiert sei, ihre Leute in sozial gesicherte Positionen zu bringen. Es sei, so schildert Thomas Baum, „gar von einem ‚Syndikat für gegenseitige Versorgung' die Rede" gewesen, „von dem Scheidemann, Grzezinski, Georg Thöne (Landrat von Witzenhausen), Hermann Langer (Landrat von Eschwege), Georg Häring (Landesrat beim Bezirksverband), Christian Wittrock (besoldeter Leiter des Kasseler Wohlfahrtsamts), Dr. Fritz Theiß (Magistratsrat) und Richard Hauschildt (Stadtverordneter, als Landrat von Hersfeld vorgesehen) profitiert hätten".[16] Die SPD brachte ihren Kandidaten Richard Hauschildt ungeachtet heftigen Widerstandes der rechten Parteien in die Position des kommissarischen Landrats des Kreises Hersfeld. Das war eine Aufgabe, die dem Erfolg gewöhnten und auf der kommunalpolitischen Ebene sehr erfahre-

12 Friedrich Engels: Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850" (1895), in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 22, Berlin 1963, S.509-527, hier S.525.

13 Ebenda, S.519.

14 Thomas Baum: Philipp Scheidemanns Wahl zum Oberbürgermeister von Kassel, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte (ZHG), Bd. 105 (2000), S.221-235, hier S.223.

15 Siehe 1919-1984. 75 Jahre SPD Fraktion, S.9.

16 Baum, Philipp Scheidemanns Wahl, S.226.

nen Genossen kaum Freude bereitete. Bei seiner Ernennung sahen sich primär bürgerlich besetzte Ämter (Regierungspräsidium) übergangen und mobilisierten ihre Medien gegen diese politische Personalentscheidung. Während Tausende hoch erfahrene Beamte entlassen wurden, so die Pressestimmen, sei mit Hauschildt ein „völlig unerfahrener Parteifunktionär" in ein anspruchsvolles Amt, das nur einem gestandenen Beamten zustehen sollte, gehoben worden. Die „Kasseler Post" schrieb am 22. Januar 1924 unter der Überschrift „Futterkrippenwirtschaft – Parteiklüngel statt Gemeinwohl": „Man hatte in Hersfeld noch nicht glauben wollen, daß die Versorgung unbeamteter Genossen doch einen Hauptpunkt des Severingschen Aufbauprogramms darstellt. [...] Vorläufig denkt der Kreis Hersfeld noch nicht daran, Ehrenpforten für Herrn Hauschildt zu bauen. Die Willkommensgrüße, die man ihm bietet, reden deutliche Sprache. Sie sind nicht rötlich, aber redlich. [...] Die Mitglieder der Hessischen Arbeitsgemeinschaft und der Demokratischen Partei des Kreistages lehnen einmütig und geschlossen die Berufung des sozialistischen Schriftleiters Hauschildt aus Kassel zum kommissarischen Landrat von Hersfeld ab. Sie erblicken darin eine *unerhörte Herausforderung der bürgerlichen Parteien* des Kreistages. Wir *fordern grundsätzlich* für unseren wirtschaftlich schwierigen Kreis einen erfahrenen, juristisch vorgebildeten Fachmann."[17] Im Weiteren warf die Deutsche Volkspartei Richard Hauschildt vor, er habe im „Casseler Volksblatt" die deutsche Armee beleidigt und sei schon deshalb nicht geeignet, „Staatsautorität zu repräsentieren".[18]

Gegen die bürgerliche Übermacht im Kreistag sah Hauschildt keine Chance, so entschied er sich, weiterhin als Parteijournalist zu arbeiten. Ein Angebot der SPD Elberfeld-Barmen für die Redaktion der „Freien Presse" lag vor. Im Oktober 1925 zog er mit seiner Familie, zu der inzwischen auch die Töchter Ottilie und Adelheid gehörten, nach Elberfeld, damals noch eine selbstständige Stadt, ab 1930 Stadtteil von Wuppertal.[19] Die „Freie Presse", seit 1900 Eigentum der SPD (heute in der Obhut der Konzentration GmbH beim SPD-Parteivorstand), galt als „Stammmutter" vieler sozialdemokratischer Zeitungen am Niederrhein und im Ruhrgebiet. 1918/1919 war sie auch das offizielle Organ des „Provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats" von Elberfeld-Barmen. Die Geburtsstadt von Friedrich Engels genoss damals weltweit den Ruf als

17 Kasseler Post, 22.1.1924, Stadtarchiv Kassel, Bestand: S 1 Nr. 3207.
18 Ebenda.
19 Der Name „Wuppertal" beruht auf dem Vorschlag von Oskar Hoffmann (SPD), Mitglied des Landtages und Redakteur der „Freien Presse", den dieser der SPD-Ratsfraktion im Januar 1930 unterbreitete.

„historischer Boden des Sozialismus“. Engels und Moses Heß gaben hier eine der ersten sozialkritischen Zeitungen in Deutschland, den „Gesellschaftsspiegel“ heraus. Dieser nannte sich im Untertitel „Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart“.[20] Das Tal der Wupper bei Elberfeld war damals Zentrum der Textilverarbeitung, mit dem die Industrialisierung und somit auch die Entwicklung eines selbstbewussten Proletariats weit über die städtische Grenze hinausgingen. Aus seiner Heimatstadt gewann der junge Friedrich Engels Impulse für das Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“(1845), das er wohlbedacht mit dem Untertitel „Nach eigner Anschauung und authentischen Quellen“ versah und das er als 24-Jähriger in Barmen verfasst hatte. Das Buch wie auch seine „Briefe aus dem Wuppertal“[21], die Engels 1839 bis 1841 für die Literaturzeitschrift „Telegraph für Deutschland“ verfasst hatte, gehören zu den ersten sozialkritischen Beiträgen, die in der Elberfelder Arbeiterschaft mit großem Interesse aufgenommen wurden. Wie sehr sich Engels mit der Arbeiterschaft seiner Geburtsstadt verbunden fühlte, bezeugt ein Brief, den er am 24. April 1894 an Carl Eberle schrieb und sich für ein übersandtes Album von Barmen bedankte: „So erfreulich auch diese Beweise der Umwälzung sind, die Barmen aus dem kleinen Philisternest meiner Jugendzeit in eine große Industriestadt verwandelt hat, so freut es mich doch am meisten, daß auch die Menschen sich dort bedeutend zu ihren Gunsten verändert haben. Denn wenn das nicht der Fall wäre, so wäre Barmen noch heute durch einen Stockkonservativen, einen rechten kopfhängerischen ‚Fainen‘ im Reichstag vertreten, von einem sozialdemokratischen Verein Barmen wäre keine Rede, und es fiele am allerwenigsten Barmer Arbeitern ein, mir ein Album zu verehren. Glücklicherweise aber entspricht der Revolution im Äußern der Stadt auch die Revolution in den Köpfen der Arbeiter, und diese verbürgt uns eine noch weit gewaltigere und umfassendere Revolution in der ganzen Weltordnung.“[22]

Richard Hauschildt, der sich als Marxist verstand, war sich der progressiven Traditionen seines neuen Wirkungsfeldes bewusst. Er begleitete journalistisch und als erfahrener Kommunalpolitiker die Entwicklung der

20 Siehe 140 Jahre SPD in Wuppertal, herausgeben von der SPD Wuppertal, 2003, S.5.

21 Siehe Friedrich Engels: Briefe aus dem Wuppertal, in: MEW, Bd. 1, Berlin 1961, S.413-432.

22 Engels an Carl Eberle in Barmen, London, 24.4.1894, in: MEW, Bd. 39, Berlin 1968, S.239. Carl Eberle (1869-1950) war Vorsitzender der Gewerkschaftskommission Elberfeld-Barmen und Mitbegründer der Konsumgenossenschaft „Vorwärts“, 1919 war er der erste sozialdemokratische Beigeordnete der Stadt Barmen.

1899 gegründeten Konsumgenossenschaft, die mit der Konsum-Vereinigung von Barmen, Elberfeld und Velbert unter dem Namen „Vorwärts-Befreiung“ 1924 zur fünftgrößten in Deutschland wuchs und ein Drittel der städtischen Bevölkerung preisgünstig versorgte. Am 28. Februar 1926, dem ersten Todestag Friedrich Eberts, war er Zeuge einer von mehr als fünftausend Bürgern besuchten Gedenkveranstaltung des Reichsbanners. Die „Freie Presse“ berichtete über die Enthüllung eines Gedenksteins, eines drei Meter hohen Granitfindlings mit der Aufschrift „Dem Ersten Präsidenten der Deutschen Republik – Friedrich Ebert“. Tage zuvor hatte sie ihre Leser über den erbitterten Widerstand, insbesondere der Rechten und Rechtsradikalen informiert, gegen den die republikanischen Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung den repräsentativen Standort des Denkmals in den städtischen Parkanlagen der Hardt (einem Park mit botanischem Garten) durchsetzen mussten.
Ein in der Bürgerschaft sehr umstrittenes Projekt, das Hauschildts Aufmerksamkeit finden musste, war die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, das bis 1929 einen Abschluss finden sollte.[23] Aus der Vereinigung der Städte Elberfeld und Barmen sowie Langerfeld, Beyenburg, Ronsdorf, Cronenberg und Vohwinkel entstand dann eine Großstadt. Sie bekam zunächst den Namen Barmen-Elberfeld, 1930 wurde sie in Wuppertal umbenannt. Der SPD-Stadtverband hatte nun eine Mitgliederstärke von ca. 5.650 Mitgliedern. Die Meinungen der Bürger und Parteien in der Stadt waren so gegensätzlich, dass noch in der 2003 verfassten Geschichte der Wuppertaler SPD von einer Zwangsvereinigung der genannten Städte gesprochen wird. Vorteile für die Organisation der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften und Vereine werden von den Autoren nicht genannt.[24] Zu dieser Zeit, 1928/1929, bekam Richard Hauschildt bereits wieder ein neues Arbeitsfeld angeboten.

Abteilungsleiter beim SPD-Parteivorstand und Beigeordneter in Strausberg

Der SPD-Parteivorstand schätzte Richard Hauschildts journalistische Erfahrungen sehr und betraute ihn 1929 mit der Leitung der Abteilung „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz“. Sie war eine von Wilhelm Liebknecht 1890 ins Leben gerufene Informations- und Argumentationsschrift für die Redaktionen der Provinzzeitungen, Referenten und Funktionäre. Die Parteikorrespondenz sollte zur besseren Organisation der Parteipresse beitragen und Informationen über Reichstagsverhandlungen,

23 Siehe Preußische Gesetzessammlung 1929, Nr. 21, ausgegeben am 31.7.1929.
24 Siehe 140 Jahre SPD in Wuppertal, S.35.

über politische Geschehnisse im In- und Ausland für die sozialdemokratische Lokalpresse anbieten. Sie erschien zuweilen auch als Doppel- oder Sonderheft und stand ab Januar 1929 unter redaktioneller Verantwortung von Richard Hauschildt. Die Broschüren hatten durchschnittlich einen Umfang von ca. 120 Seiten. Die von Hauschildt verfasste und kritisch kommentierte Übersicht über Politik, Ideologie und Wirtschaft, Parteien- und Regierungspolitik war nach Themen gegliedert: Deutsches Reich, Länder, Ausland, Sozialismus und gegnerische Parteien. Die letzte Nummer erschien im Januar/Februar 1933.

Wie sich Fritz Heine[25], der zu dieser Zeit für die Werbeabteilung verantwortlich zeichnete, erinnerte, habe Hauschildt die Parteikorrespondenz „als Alleinredakteur bis zum Ende bearbeitet – eine (wie ich meine) ganz hervorragende Leistung".[26] In der Literatur gibt es Darstellungen, die Richard Hauschildt auch die Leitung der Werbeabteilung zuschreiben. Indessen schilderte Fritz Heine den wirklichen Sachverhalt. Hauschildt wurde damals formell auch „mit der Leitung der Werbeabteilung betraut, weil man in der damaligen Zeit ja einem blutjungen Mann von 24 Jahren nach außen hin nicht die offizielle Leitung der wichtigsten Abteilung des Hauses geben konnte. Ich willigte sehr widerstrebend ein, machte aber zur Bedingung, dass Richard Hauschildt sich in keiner Weise in die Arbeit der Werbeabteilung einmischen dürfe und sich auf die Parteikorrespondenz beschränken sollte. Das wurde akzeptiert, und ich muss sagen, dass Richard Hauschildt (der des Öfteren auch krank war) sich völlig korrekt verhalten und nie Eingriffe versucht hat."[27]

Wegen der neuen Aufgabe zog die Familie von Elberfeld nach Strausberg bei Berlin, wo der Parteivorstand für seine Mitarbeiter eine Villa besaß. Die Töchter engagierten sich aktiv in der Ortsgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und der SPD.[28]

Richard Hauschildt fand aufgrund seiner Sozialkompetenz schnell die vertrauensvolle Nähe zur Strausberger SPD und zu ihren Kommunalpolitikern, insbesondere zum damaligen sozialdemokratischen Stadtkämmerer

---

25 Fritz Heine (1904-2002), 1922 Mitglied der SPD, 1925 Volontär beim Parteivorstand, baute dort eine Werbe- und Propagandaabteilung auf, 1939 Mitglied im Vorstand der Sopade (SPD im Exil), 1946-1958 Mitglied des SPD-Vorstandes, 1958-1974 Geschäftsführer der Konzentration GmbH, Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung.

26 Fritz Heine: Brief an Günter Krüschet, 4.2.1983, Fritz Heine Nachlass, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Sign. 6, 2 Bl., hier Bl. 1.

27 Ebenda.

28 Siehe Klein, Geschichte des SPD-Ortsvereins, S.124-165, 362-365, 512f.; Ders. Erinnerungskultur, S.30, 200-206, 287.

und späteren Bürgermeister Paul Fischer, der ihn vermutlich überzeugte, den im Dezember 1929 neu zu besetzenden Posten des unbesoldeten Beigeordneten für seine Partei anzunehmen. Die Stadtverordnetenversammlung bestätigte den Neubürger problemlos in diesem Amt. In seiner neuen, nunmehr wieder kommunalpolitischen, Funktion widmete Hauschildt sich mit besonderer Umsicht den sozialen Problemen der Bürger. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise führten auch in Strausberg zu einer hohen Arbeitslosigkeit mit all den damit einhergehenden sozialen und politischen Konsequenzen. Deshalb entwickelte Hauschildt gemeinsam mit dem seit 1930 für eine Wahlzeit von zwölf Jahren amtierenden Bürgermeister Paul Fischer Konzepte der wirtschaftlichen Entwicklung und der Arbeitsbeschaffung. Im September 1930 konnten sie den Stadtverordneten ein „Notstandsprogramm" gegen die Arbeitslosigkeit vorlegen. Kern des Programms war nicht etwa ein moralisierender Appell an die Arbeitgeber, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern ein allumfassendes soziales Programm für den Wohnungs-, Kanalisations- und Straßenbau, mit dem ca. 500 Arbeiter der Stadt und aus dem nahen Umland zu Lohn und Brot kamen.[29]

Richard Hauschildt hinterließ nicht nur sichtbare Spuren sozialer Kommunalpolitik; er war auch ein brillanter Rhetoriker.[30] Seine Reden, die in der örtlichen Presse jener Zeit nachlesbar sind, enthalten zwei Schwerpunkte: erstens die Sorge um die Gestaltung und den Erhalt der demokratischen Republik sowie der im Ergebnis der Novemberrevolution errungenen sozialen Fortschritte und zweitens die von theoretischem Wissen und Kampfesmut geprägte Auseinandersetzung mit der Demagogie der Nazis. In zahlreichen Reden auf öffentlichen Veranstaltungen seines Ortsvereins und der „Eisernen Front" geißelte er den Faschismus als die extremste Art des Verbrechertums, des Rassenhasses und Antisemitismus, enthüllte er dessen Ursachen und Ziele.

Auch in den ausschließlich von ihm verfassten Parteikorrespondenzen entlarvte Hauschildt die NS-Ideologie beharrlich. Im Oktober 1929 erschien ein Sonderheft mit dem Titel „Die vom Hakenkreuz – Hitler und Konsorten". Darin enthüllte Hauschildt die Sinnentleerung und Demagogie der von den Nazis für ihre Selbstdarstellung beanspruchten Begriffe „Nationalsozialismus" und „Arbeiterpartei". Um unwissende Arbeiter einzufangen, so Hauschildt, „haben diese Nachäffler Mussolinis das Wort

29 Siehe Aus dem Strausberger Stadtparlament, in: Strausberger Zeitung, 5.8.1930, S.2f.
30 Siehe Genosse Hauschildt begeistert die Massen für Freiheit und Demokratie, in: Strausberger Nachrichten, 4.6.1932, S.2; Sturm über Deutschland, in: Strausberger Zeitung, 1.8.1931, S.2 u. Strausberger Nachrichten, 1.8.1931, S.2.

Sozialismus als Aushängeschild gewählt", obwohl ihre Bewegung das Gegenteil von sozialistisch sei.[31] „Das Programm und die praktische Politik der Nationalsozialisten schonen und begünstigen das Kapital, fördern dessen Pläne auf Spaltung der Arbeiterschaft und Schwächung ihrer in langjährigen Kämpfen gefestigten Organisationen. Wo in den Großbetrieben noch keine nationalsozialistischen Zellen bestehen, werden sie von gewissen Direktoren und Unternehmern direkt ins Leben gerufen."[32] An Beispielen schilderte er, dass die Nazis „Nicht Arbeiter-Partei, sondern rein militärisch organisierte Schutztruppe des Kapitals"[33] seien. Ihre Rolle in den Parlamenten erschöpfe sich „in hyperradikalem Getue und in einem Sauherdenton. [...] Im Wortradikalismus, im ruppigen Ton und im Einbringen von unsinnigen Agitationsanträgen von keiner anderen Parlamentsgruppe sich überbieten zu lassen, das nennen die Hitlerianer parlamentarische Arbeit. Spotten ihrer selbst!"[34]
Die „Strausberger Nachrichten" – eine seit 1905 vom Buchdrucker und SPD-Stadtverordneten Carl Müller herausgegebene Zeitung für die Arbeiterschaft – begleitete aufmerksam Hauschildts Wirken in Strausberg. „Genosse Hauschildt begeistert die Massen für Freiheit und Demokratie", so ein Bericht über eine Versammlung der Eisernen Front. Hauschildt habe gewarnt, die „Faschisten wollen zum tödlichen Schlag gegen die Freiheit und Demokratie ausholen. [...] Das SA- und SS-Verbot soll aufgehoben werden. Dem Großgrundbesitz des Ostens sollen weitgehendste Zustimmungen gemacht werden, damit sie wie die ehemaligen deutschen Fürsten, auf Generationen hinaus ein feudales Leben führen können. [...] Die Arbeitslosenversicherung in der heutigen Form soll beseitigt werden und in eine Wohlfahrtsunterstützung umgewandelt werden. Ebenso sollen die Verbindungen des Tarifrechts durch das Kabinett von Papen für nichtig erklärt werden. Grafen, Barone und Adlige, die das Kabinett bilden, geben dem Dritten Reich und den Angehörigen der Nationalsozialisten den Stempel als ‚Arbeiterpartei'."[35] Ebenso mutig setzte er sich nach Hitlers Machtantritt im letzten Heft der Parteikorrespondenz mit dem Nazismus auseinander. Von Papen, so Hauschildt, „der seine Regierung mit den Worten antrat, der Staat dürfe keine Wohlfahrtsanstalt

31 Sonderausgabe 3 der Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz: Die vom Hakenkreuz – Hitler und Konsorten, hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, verantwortlicher Redakteur R. Hauschildt, Berlin, 7.10.1929, S.3.
32 Ebenda, S.11.
33 Ebenda, S.12.
34 Ebenda, S.14.
35 Genosse Hauschildt begeistert die Massen.

sein [...], der die Renten der Witwen, Waisen, Kriegsbeschädigten und -invaliden, die Unterstützung der Arbeitslosen erbarmungslos gesenkt hat [...], der den Arbeitgebern Lohnkürzungen bis zu 25 Proz. gestattet hat [...], der es so weit trieb, daß ihn ein allgemeiner Volkssturm hinwegfegte – er sitzt wieder in der Regierung als *Vizekanzler* neben Hitler." Im Weiteren führte Hauschildt den nazistischen Hass auf die „Novemberverbrecher" bzw. Sozialdemokraten ad absurdum. „*Es gibt kein Novemberverbrechen,* das Arbeitslosigkeit und Not in Deutschland verschuldet hat! Arbeitslosigkeit in ungeheurem Ausmaß gibt es als Folge des kapitalistischen Systems in der ganzen Welt, vom antimarxistischen Amerika bis zum faschistischen Italien." Unser Novemberverbrechen soll darin bestehen, „*daß wir die Republik schufen, allen Staatsbürgern, Männern und Frauen gleiche Rechte* gaben, das allgemeine gleiche Wahlrecht für Staat und Gemeinde einführten, die *Sozialversicherung* verbesserten, die *Arbeitslosenversicherung* durchsetzten, den *Arbeitslohn* tariflich gegen Unternehmerdruck sicherten, daß wir den *Beamten* das Koalitionsrecht gaben, die *Mieter* gegen die Hausbesitzer schützten, daß wir den *Achtstundentag* proklamierten, *Volksbühnen* schufen, *Arbeiterwohnsiedlungen* errichteten, mit Licht und Luft und Grünflächen und Spielplätzen – das ist *unser* Novemberverbrechen!"[36]
Hauschildts treffsichere Auseinandersetzung mit der braunen Ideologie und Politik wurde von den NS-Instanzen mit Argusaugen verfolgt. Es ist wohl gerade deshalb kein Zufall, dass er wie andere namhafte Funktionäre der Arbeiterparteien unmittelbar nach der Machtübernahme der Nazis und dem Reichstagsbrand in Berlin verhaftet wurde. Der besondere Hass der Nazis galt den Redakteuren. Hauschildt stand ganz oben auf der „Schwarzen Liste", er geriet, wie er einem Genossen schilderte, kurz nach Hitlers Machtübernahme in Berlin in die blutigen Hände der Gestapo.[37]

Tödliches Martyrium in den Fängen der Nazis

SPD, KPD und Gewerkschaften waren, wie Helga Grebing schreibt, „von den Ereignissen überrollt und wie gelähmt". Nur kurzzeitig habe es in der SPD „die Illusion, im ‚Dritten Reich' legale Opposition treiben zu können",[38] gegeben. Nach dem von den Nazis inszenierten Reichstagsbrand waren die Weichen für die völlige Zerstörung der Weimarer De-

36 Sozialdemokratische Parteikorrespondenz, 1933, Nr. 1 (Januar/Februar), S.24f.
37 Willi Goethe: Erklärung an Eidesstatt, Kassel, den 28.12.1950, Stadtarchiv Kassel, Bestand: S. 1 Nr. 3207, 2 Bl., hier Bl. 1.
38 Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007, S.112.

mokratie und der demokratischen Organisationen gestellt, mit Hass und mörderischem Terror fielen sie über die Arbeiterbewegung her.
Die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933[39] gab die scheinbar rechtliche Voraussetzung für die von den Regierungsparteien im Reichstag angestrebte Zweidrittelmehrheit zur Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, mit dem die NS-Diktatur stabilisiert und der blutige Terror gegen alle jene entfacht werden konnte, die sich den Nazis in den Weg stellten, insbesondere gegen die Funktionäre der Arbeiterbewegung. Bereits weit im Vorfeld der für den 5. März deklarierten Wahlen zu Reichstag, Landtagen und kommunalen Vertretungen am 12. März, richtete sich der Terror vorzugsweise gegen die namhaften Redakteure und Abgeordneten von KPD und SPD. Durch fortgesetzte Verhaftungen von Reichstagsabgeordneten und die Annullierung der KPD-Mandate sicherte sich Hitler die für die Änderung bzw. Aufhebung der Weimarer Verfassung und Annahme des Ermächtigungsgesetzes erforderliche Zweidrittelmehrheit.[40]
Für die Zeit von Februar bis Juni 1933 sind die Spuren von Richard Hauschildt noch immer lückenhaft. Am 4. Februar 1933 veranstaltete die „Eiserne Front" Strausbergs eine Kundgebung. Die Bevölkerung war aufgerufen, gegen die faschistische Regierung Hitler-Papen-Hugenberg zu demonstrieren. Unter der Losung „Strausberg bleibt rot" versammelten sich mehr als tausend Republikaner, Anhänger von SPD und KPD. Der anonym gebliebene Redner appellierte u. a. mit den Worten: „Strausberger Arbeiter, seid und bleibt einig, wenn ihr nicht entrechtete Sklaven wie in Italien werden wollt."[41] Ob Hauschildt der Redner war und wann er in Berlin erstmals verhaftete wurde, konnte bisher nicht ermittelt werden. Formell kandidierte er im März für die Stadtverordnetenversammlung und wurde in den Magistrat „gewählt". [42] Es galt die Reichstagsbrandverordnung, mit der Meinungs- und Pressefreiheit sowie alle demokratischen Rechte aufgehoben waren. Auf dem Strausberger Rathaus wehte bereits

39 Siehe Reichsgesetzblatt (RGBl) T. I, 1933, Nr. 17, ausgegeben zu Berlin, den 28. Februar 1933.
40 Siehe Das „Ermächtigungsgesetz" vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich", hrsg. und bearbeitet von Rudolf Morsey, Düsseldorf 1992; Hans Mommsen: Entstehung und Bedeutung des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März 1933 (Gesprächskreis Geschichte, 53; hrsg. von Dieter Dowe), Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2003.
41 Klein, Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg, S.157f.
42 Siehe Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, in: Strausberger Nachrichten, 31.3.1933, S.2.

am 5. März die Hakenkreuzfahne, es herrschten eine nazistische Siegeseuphorie und Pressezensur. Die Strausberger Zeitungen hatten den Bürgern ein noch scheindemokratisches Bild der Wahlen zu vermitteln. Bei der Konstituierung der unter diktatorischen Bedingungen gewählten Parlamente und auch danach galten abwesende Abgeordnete als anwesend. So blieb zum Schein „Demokratie" gewahrt und das Mehrheitsverhältnis der Nazis in den parlamentarischen Vertretungen gesichert. Wie in ganz Deutschland „beschlossen" auch die Strausberger Stadtverordneten am 20. April 1933 „einstimmig" die Ehrenbürgerschaft für Hitler und Hindenburg, dazu gehörte auch eine Hitler-Eiche vor dem Rathaus. In der örtlichen Geschichtsschreibung wurde noch 1987 und 1995 unterstellt, dass die Sozialdemokraten und so auch Hauschildt für die Nazis gestimmt hätten. Dabei berief sich der Autor auf eine amtlich zensierte Pressemitteilung der nazistisch besetzten Stadtverwaltung und auf ein unscharfes Foto, auf dem die Köpfe der vermeintlichen Abgeordneten als schwarze Punkte zu zählen waren. Er ignorierte völlig die Konsequenzen der Reichstagsbrandverordnung und des Ermächtigungsgesetzes.[43] An der Veranstaltung nahmen weder Hauschildt noch andere Sozialdemokraten teil.
Einer dem wirklichen Martyrium Hauschildts entsprechenden Aufzeichnung von dessen Schwiegersohn Walter Bremer[44] zufolge, war die Familie am 17. Juni 1933 in der Strausberger Wohnung zu seiner kleinen Hochzeitsfeier mit der Tochter Ottilie vereint. „Auf jedes Geräusch von draußen wurde gelauscht, ob von den Nazis ein Überfall erfolgen würde. So ging dieser Tag mit gereizten Nerven vorüber. Doch vier Tage später setzte eine verstärkte Terrorwelle ein. […] Auch Richard Hauschildt wurde aus seiner Wohnung geholt und in das Gefängnis in Strausberg gebracht. Nach einigen Tagen brachten ihn die Nazis in das Konzentrationslager Oranienburg."[45]

---

43 Siehe Rolf Barthel: Geschichte der Stadt Strausberg. Monographische Gesamtdarstellung, Berlin 1987, S.189; Ders: STRUZBERG – Strausberg. Von der Markgrafenburg zum Generalstabsquartier, Strausberg 1995, S.58.
44 Walter Bremer (1904-1995) war ebenfalls Mitglied der SPD, Ottilie Hauschildt lernte er 1931 während des gemeinsamen Studiums an der Deutschen Hochschule für Politik (DHP) in Berlin kennen. Zuvor arbeitete sie als Stenotypistin im SPD-Parteivorstand. Später gehörte W. Bremer zur Widerstandsgruppe „Rote Kapelle", in der er an der Herstellung und am Vertrieb der „Inneren Front" beteiligt war.
45 Walter Bremer: Erinnerungen an Richard Hauschildt 1931-1934, Berlin 1987 (unveröffentlichtes Manuskript) im Nachlass von Fritz Heine, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Sign. 6 u. 275, S.3. Dieses und nachfolgende Zitate aus den Briefen von Hauschildt sind nach dieser Quelle zitiert.

Für die folgende Zeit liegen Briefe von Richard Hauschildt vor, die er bis zu seinem bitteren Ende an seine Tochter Ottilie und den Schwiegersohn Walter geschrieben hatte und die zu den erschütterndsten Dokumenten dieser Zeit zählen. Das erste Lebenszeichen aus dem KZ kam am 6. Juli 1933, darin beklagte er seine Trennung von der Familie und bat um Geduld. Er schrieb: „Ich weile hier, weil nach einer mir heute zugestellten Verfügung des Herrn Landrats Ott aus Gründen der öffentlichen Staatssicherheit meine vorläufige Festnahme erforderlich geworden war. [...] Wenn Du, liebe Otti, gelegentlich einmal an mich denkst, bereitest Du mir große Freude. Für jede Zeile und – gelegentlich – einen ganz kleinen Lebensmittelzuschuß (etwas Wurst?, etwas Butter?) bin ich dankbar".[46] Natürlich sind kritische politische Äußerungen den Briefen nicht zu entnehmen. Walter Bremer schreibt in seinem Manuskript: „Von Anfang der KZ-Haft an stand neben Verfolgung, Folter und Not der Hunger. Deshalb schon im ersten Brief aus dem KZ die Bitte um einen ‚ganz kleinen Lebensmittelzuschuß'."[47] Aus den nachfolgenden Briefen spricht die Sorge um das soziale Überleben der Familie, um eine bezahlbare Wohnung, denn die Nazis forderten die Räumung der SPD-eigenen Villa. Geldsorgen belasteten beträchtlich die Lebensumstände, zumal Frieda Hauschildt die Hilfe und Pflege durch Tochter Adelheid benötigte. Während Hauschildt sich im KZ befand, bekam er von der Gewerkschaft des Deutschen Buchdruckerverbandes, der er 38 Jahre angehört hatte, eine finanzielle Abfindung, die für das Auffinden einer neuen Wohnung hilfreich war. Aus den Briefen spricht die Hoffnung auf eine baldige Freilassung. Er wusste um diesbezügliche Bemühungen seiner Frau bei den zuständigen Behörden. Die Nazis machten eine mögliche Freilassung vom Wegzug der Familie aus Strausberg abhängig. Nachdem Richard Hauschildt eine Eidesstattliche Erklärung unterschreiben musste, dass er mit seiner Familie den Wohnort Strausberg verlassen und er Berlin nicht mehr betreten werde, wurde er am 3. August 1933 mit weiteren Auflagen aus dem KZ entlassen. Frieda Hauschildts Mutter, die in Kassel wohnte, bot an, die Familie aufzunehmen und bei der Wohnungssuche zu helfen.

Über das während der KZ-Haft Erlebte wollte Hauschildt, wie Bremer berichtet, nicht sprechen. Durch die Folgen der brutalen Lagerhaft sei er eingeschüchtert, bedrückt und schweigsam gewesen. „Fragt mich nicht", war seine müde Antwort auf Fragen seiner Familie. Erst nach einiger Zeit sei er gesprächiger geworden. Er habe erzählt, „der sozialdemokratische

46 Ebenda, S.4.
47 Ebenda, S.5.

Landtagsabgeordnete Ernst Heilmann sei angekettet in eine Hundehütte gesperrt worden und mußte Vorübergehende anbellen. Später wurde er ermordet. Alfred Braun, der bekannte Rundfunksprecher und Gestalter, wurde gezwungen zur Schadenfreude und Quälsucht der nazistischen KZ-Wachen, ironische und schmähende Vortragsveranstaltungen zu machen."[48] Zu seinen eigenen Drangsalen habe Richard Hauschildt geschwiegen.

In einem mit dem 14. September 1933 datierten Brief berichtete er Ottilie und Walter Bremer freudig über die Ankunft der Familie in Kassel: „Groß ist der Kreis derer, die mich auf den Straßen grüßen. Schade, daß man ihnen so wenig Herzerfreuendes berichten kann. Aber das läßt sich nicht ändern. Mutig und mit Vertrauen gehen wir unseren Weg."[49] In den späteren Briefen kommen bereits die Sorgen um die soziale Existenz und Wohnungssuche stärker zur Sprache. Hausbesitzer verweigerten sich, sobald sie den Namen Hauschildt hörten. Im Brief vom 5. Oktober schrieb er: „Das, liebe Otti, ist das Schicksal von uns ‚Marxisten'. Wir sind mittel-, existenz- und wohnungslos. Von 5 privaten Hausbesitzern schütteln jedes Mal vier, wenn nicht alle fünf bedauernd den Kopf, wenn ich meinen Namen, Beruf und Stellungslosigkeit auf deren Fragen nach Name, Beruf etc. nenne. Oh! Die erbärmlichen Feiglinge! Aus schäbigstem Eigennutz, weil zu befürchten, sich schaden zu können, wenn sie mir ‚Marxisten' eine Wohnung geben, treten sie ständig den schönen Leitspruch, daß Gemeinsinn vor Eigennutz gehen soll, mit Füßen."[50]

Im Weiteren schildert Hauschildt seine Hoffnungen, vielleicht doch eine schriftstellerische Tätigkeit aufnehmen zu können, er dachte auch an lokalhistorische, statistische und ähnliche Arbeiten. Er bekam, wie Walter Bremer berichtet, für drei Personen pro Woche lediglich 14.40 Mark als Arbeitslosenunterstützung bewilligt. Bei Gelegenheitsarbeiten mussten fünfzig Prozent des Lohnes auf die Unterstützung angerechnet werden. Zunächst versuchte Hauschildt sich als Kleinhändler einer Seifen- und Waschmittelfirma über Wasser zu halten. Im November 1933 blieb auch die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung aus, auch eine Wohlfahrtsunterstützung wurde der Familie verweigert. Erst im Februar 1934 schrieb er von 48 Mark Wohlfahrtshilfe im Monat, die kaum für die Wohnungsmiete reichten. Willi Goethe schilderte, wie er die Lebenssituation von Hauschildt wahrnahm: Auch nach Ankunft in Kassel sei dieser regelmä-

48 Ebenda, S.8.
49 Ebenda, S.9
50 Ebenda, S.10.

ßig und ausführlich von der Gestapo vernommen „und ihm erneut die Auflage erteilt [worden], sich wöchentlich bei der Gestapo zu melden". Er „hat mir", so Goethe, „des öfteren mitgeteilt, daß er auf den Wegen bei der Verteilung seiner Seifen von Kasseler Nazis, die ihn noch sehr gut von seiner früheren Tätigkeit her kannten, auf der Straße geschmäht und beleidigt wurde. R. H. erzählte mir auch damals, er vermeide schon jeden unnötigen Weg durch die Straßen der Stadt Kassel, um nicht gesehen zu werden. In dieser Zeit, etwa Mitte 1934, fühlte sich R. H. sehr schwach. Um seinen Seifenvertrieb durchzuführen, legte er sich einen kleinen Handwagen zu, da er nicht mehr in der Lage war, sein kleines Musterköfferchen zu tragen. Bei einer der letzten Begegnungen mit ihm fragte ich ihn, wie das Geschäft ginge, worauf mir R. H. erklärte, sein Umsatz würde immer weniger, die Gestapo beobachte ihn auf seinen Geschäftswegen. Seine Kunden hätten davon erfahren, und so wäre sein Umsatz zurückgegangen. Das letzte, was ich von R. H weiß, wurde mir von einer Frau erzählt, deren Namen ich jetzt nicht mehr kenne. Sie sagte mir, sie habe R. H. einen Tag vor seinem Tode auf dem Friedhof sitzen gesehen und nachdem sie ihn angesprochen habe, habe er geweint und ihr nicht geantwortet."[51]

Richard Hauschildt litt zunehmend an Depressionen. Im Oktober feierten er und seine Frau Frieda im Kreis der Familie noch ihre Silberhochzeit. Am 6. Dezember 1934 sah er sich mit den Schikanen der Nazis und seinen Lebensängsten hoffnungslos alleingelassen. Er entschied sich deshalb für den so erzwungenen Freitod.

Über den Tod ihres Vaters informierte Ottilie B. ihren Mann W. Bremer: „Es ist alles so furchtbar tragisch. Hätten wir so etwas je gedacht? Unser armer, unglücklicher Vater. Bei vollem Bewußtsein in den Tod gegangen. Eine arme Natur, in sich verschlossen, hat sich unser geliebter Vater nicht über alles Erlittene hinwegsetzen können. Die Einäscherungsfeier war überwältigend. Das Krematorium war überfüllt. Es war wie eine große Demonstration. Es hatte nur eine kleine Annonce in einer Sonntagszeitung gestanden, aber die Nachricht hatte sich wie ein Lauffeuer von Mund zu Mund verbreitet. Die Gedenkrede hielt Vaters Kollege aus seiner Kasseler Redaktionszeit, der spätere Landrat Häring. Er selbst hat so geweint, daß er die Rede immer auf Minuten unterbrechen mußte. Als er zu Anfang sagte, daß alle in den letzten Tagen, Wochen und Monaten erlebt haben, wie er um sein täglich Brot den Kampf geführt habe, ging

51 Goethe, Erklärung an Eidesstatt, Bl. 1f.

durch das ganze Krematorium ein Schluchzen, und kein Auge war tränenleer.“[52]

Fritz Heine schrieb über ihn: „Die Briefe von Richard Hauschildt gehören zu den erschütterndsten Dokumenten, die ich in letzter Zeit gelesen habe. Bei der Lektüre ist mir wieder die ganze Wut über die Schandtaten der Nazis hochgekommen. [...] Die Tragik im Leben dieses im Grunde genommen so friedlichen und freundlichen Mannes, der niemandem etwas antun wollte, ist unübersehbar. Angesichts der Terrormaßnahmen und Schikanen gegen ihn, die die Nazis verübten, besaß er zweifellos nicht die Widerstandsfähigkeit und Statur, sich zu behaupten. Auch seine mißglückten Versuche, sich eine neue Existenz aufzubauen, waren wohl von vornherein zum Fehlschlag verurteilt, weil er nicht, wie andere seiner Leidensgefährten, die Robustheit und Findigkeit besaß, die in jener Zeit erforderlich war, um sich doch noch eine Nische der Lebensmöglichkeit und Erwerbsfähigkeit zu sichern. [...] Ihm war das wohl nicht gegeben, dazu fehlten ihm vermutlich die Ellbogen, und er war auch wohl viel zu korrekt, um Wege zu gehen, die ihm eine Existenz und ein Weiterleben ermöglicht hätten. Die ganze Schande des widerwärtigen Regimes widerspiegelt sich in seinen Briefen, die ich als außerordentlich wesentliche Dokumente des sogenannten Alltags im Dritten Reich empfinde.“[53]

Bis in die jüngste Zeit blieben Richard Hauschildts Biografie und sein Schicksal weitestgehend unbekannt. Erst im Zusammenhang mit der ideologisch und politisch unbeeinflussten Erforschung der Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung, wie sie erst nach 1990 gegeben war, konnte sein Lebensweg genauer aufgezeichnet werden. Von den Nazis verfolgt und aus Strausberg verbannt, von der örtlichen SED-Geschichtsschreibung der Kollaboration mit den Nazis bezichtigt, konnte die Biografie dieses aufrechten Sozialdemokraten durch mehrjährige Forschungsarbeit wieder für die geschichtliche Erinnerung erschlossen werden.

Seit dem Jahr 2005 erinnert eine Gedenktafel am früheren Wohnhaus der Familie in der Paul-Singer-Straße 1 in 15344 Strausberg an Richard Hauschildt.

52 Bremer, Erinnerungen an Richard Hauschildt, S.9f.

53 Fritz Heine: Brief an Herbert Pinno am 30.6.1988, Fritz Heine Nachlass, Sign. 6, 2 Bl., hier Bl. 1.

Dr. Felix Bobek. Eine biografische Skizze

Siegfried Grundmann

Am 27. März 2010 wurde vor dem Haus Wilhelmstraße 23 in Berlin ein „Stolperstein“ gesetzt:

HIER WOHNTE
DR. FELIX BOBEK
JG. 1898
IM WIDERSTAND
VERHAFTET MAI 1935
HINGERICHTET 22.1.1938
BERLIN-PLÖTZENSEE

Seine Häscher, die ihn am 15. Mai 1935 festgenommen haben, residierten in der Nähe: im ehemaligen „Palais Prinz Albrecht“ - ab 1934 Hauptquartier der Gestapo. Im Keller desselben befand sich das berüchtigte „Hausgefängnis“ der Gestapo, wo lange Zeit auch Felix Bobek eingekerkert war.
Das Gebäude Wilhelmstraße 23, ehemals Palais des Fürsten Fürstenberg, war 1935 Sitz der Gesellschaft für Erdkunde. Im 2. Geschoss des Vorderhauses befand sich die Wohnung von Dr. Albrecht Haushofer - Generalsekretär der Gesellschaft für Erdkunde, Vertrauter des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß und Sohn des Geopolitikers Karl Haushofer. Im Dachgeschoss auf der Hofseite befand sich die Dienstwohnung der Bibliothekarin dieser Gesellschaft, Dr. Gertrud Bobek. Hier lebte bis zu seinem völligen Untertauchen in die Illegalität am 11. März 1935 auch ihr Ehemann Dr. Felix Bobek, mit dem sie seit Juli 1926 verheiratet war. Wenige Tage nach der Verhaftung gab seine Frau die Wohnung auf und meldete sich mit den Kindern ab. Angeblich verzog sie zur Schwiegermutter in Wien, tatsächlich jedoch emigrierte sie in die Sowjetunion.

Herkunft, Ausbildung, Beruf

Die Doktortitel sowohl von Felix als auch von Gertrud Bobek lassen bereits vermuten, dass der am 21. August 1898 in Prag geborene Felix Bobek keineswegs proletarischem Milieu, sondern dem Bildungsbürgertum entstammte. Sein Vater, Karl Bobek (1855-1899), war zuletzt Professor der Mathematik an der Deutschen Universität in Prag. Bis zu seinem

sechsten Lebensjahr lebte Felix Bobek danach mit seiner Mutter und der ein Jahr älteren Schwester Olga im Haus der Großeltern in Nürnberg, und nach dem Tode des Großvaters in Graz. Dort besuchte er das humanistische Gymnasium, welches er im Sommer 1916 mit dem Abiturienten-Examen verließ. An den Universitäten Graz, München und Berlin studierte Felix Bobek Chemie und Physik.

1924 promovierte er an der Berliner Universität mit einer Dissertation über die „Bestimmung von Oberflächen und Oberflächenänderungen mittels radioaktiver Methoden", die er in der Zeit vom Oktober 1921 bis zum Juli 1924 in der Abteilung Hahn-Meitner des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik angefertigt hatte. Die Dissertation wurde mit „laudabile" bewertet, die mündliche Prüfung mit „magna cum laude", darunter in „Philosophie als Nebenfach" durch Prof. Köhler mit „Recht gut", im Fach „Technische Chemie" durch Prof. Freundlich mit „Recht gut", in „Physik als Nebenfach" durch Prof. Max von Laue[1] mit „Sehr gut" und in „Chemie als Hauptfach" durch Prof. Max Bodenstein mit „Recht gut".[2]

Doktoranden und Mitarbeiter von Lise Meitner und Otto Hahn.
Im Bild unten links: Felix Bobek.
Foto: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft

1 Prof. Dr. Max von Laue, 1914 Nobelpreisträger für Physik, seit 1919 Professor für Physik an der Berliner Universität, ab 1922 amtierender Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik (in Vertretung von Albert Einstein).

2 Sitzungsprotokoll vom 20. November 1924, Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin = HUB, Bestand Phil. Fak. Nr. 628.

Mit Otto Hahn[3] publizierte Felix Bobek 1928 in „Liebigs Annalen“ eine Arbeit über „Eine Methode zur Bestimmung der absoluten Grösse von Oberflächen mittels radioaktiver Methoden“. Zusammen mit anderen Autoren veröffentlichte Arbeiten befassen sich mit „Die Trennung von Edelgasen durch die Gleichstromladung“, „Beobachtungen beim Übergange des Lichtbogens in den normalen Lichtbogen“, „Die Verwendbarkeit von Hilfsspiegeln bei der Kinoprojektion mit Glühlampen in Spiegeloptik“, „Beobachtung und Registrierung von Dickenänderungen dünner Drähte“, „Über objektive Lichtstrommessung mittels photoelektrischer Zelle und über selbsttätige Bestimmung der Lichtausbeute bezw. Sortierung von Glühlampen“.[4]

Die Professoren Otto Hahn, Max von Laue und Heinrich Barckhausen mit Felix Bobek auf einer Bergwanderung (von rechts nach links im Bild: der Hüttenwirt, Hahn, von Laue, Barckhausen, sitzend: Bobek).
Foto: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft

3 Prof. Dr. Otto Hahn, Leiter der radiochemischen Abteilung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie und 1928 bis 1946 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, 1938 zusammen mit Lise Meitner und Fritz Straßmann Entdecker der Kernspaltung, Nobelpreis für Chemie 1944 (1945 verliehen).
4 Lebenslauf (o. D.), Bundesarchiv (BArch), ZC 8262, Bd. 6.

Ein schriftliches Zeugnis seines Doktorvaters Hahn über die menschlichen Qualitäten von Felix Bobek ist nicht bekannt. Ein Foto aus dem Nachlass von Otto Hahn aber dürfte ein Beleg für die allseits hohe Wertschätzung seines Doktoranden sein: eine Aufnahme vor der 1922 vom Deutsch-Österreichischen Alpenverein erbauten „Blaueishütte". Teilnehmer der Bergwanderung waren außer Otto Hahn und Felix Bobek auch Heinrich Barckhausen[5] und Max von Laue. Mit einem Taugenichts wären die Herren nicht durch das Berchtesgadener Land gewandert. Schließlich waren die Wandergesellen von Felix Bobek schon damals Wissenschaftler von internationalem Rang.

Bei der Firma Osram GmbH – Vereinigte Glühlampenfabriken, dort zunächst als Werkstudent beschäftigt, wurde Felix Bobek am 1. Januar 1925 als Physikochemiker eingestellt. Das am 30. September 1933 ausgestellte „Abgangszeugnis" bescheinigt die Solidität und das hohe Niveau der dort erbrachten Leistungen: „Ab 1. Januar 1925 wurde er [...] mit der Durchführung von Versuchen verschiedenster Art betraut. Im März 1926 trat Herr Dr. Bobek zu dem Optischen Laboratorium unseres Werkes D über. Hier oblagen ihm in der Hauptsache die Ausmessung, Auswertung und die optische Entwicklung von Kinolampen; ausserdem hatte er die Durchführung von photometrischen und photographischen Arbeiten zu beaufsichtigen. Am 1. September 1927 wurde Herr Dr. Bobek unserem Physikalischen Laboratorium zugeteilt. Zunächst war ihm das Gebiet der subjektiven und objektiven Photometrie zur Bearbeitung übertragen; ferner hatte er alle Arbeiten allgemeiner optischer Art, insbesondere Spektraluntersuchungen, zu erledigen. In der letzten Zeit beschäftigte sich Herr Dr. Bobek auch mit optischen Temperaturmessungen. Nebenher war es ihm gelungen, eine Reihe von Messapparaten, insbesondere von objektiven Photometrier-Einrichtungen, zu entwickeln [...] Alle ihm übertragenen Arbeiten erledigte Herr Dr. Bobek, unterstützt durch umfassende Kenntnis des Messinstrumentenwesens, der Elektronenröhrentechnik und des Gebietes der photoelektrischen Zellen, die er während seiner langjährigen Tätigkeit erworben hat, mit regem Interesse und grossem experimentellem Geschick. Seine Leistungen haben uns in jeder Hinsicht zufriedengestellt; seine Führung war stets einwandfrei."[6]

5 Prof. Dr. Heinrich Barckhausen, seit 1911 Professor an der Technischen Hochschule Dresden und Direktor des Instituts für Schwachstromtechnik, maßgeblich beteiligt an der Entstehung des Rundfunks.

6 Abgangszeugnis, 30. September 1933, BArch, ZC 8262, Bd. 6. Erwähnung verdient an dieser Stelle auch ein 1933 sowie 1935 in Deutschland (Reichspatentamt. Patentschrift Nr.

Warum entließ eine so renommierte und mächtige Firma einen so renommierten und jederzeit vertrauenswürdigen, anscheinend unersetzlichen Mitarbeiter – bei Anerkennung seiner Leistungen mit einer Abfindungssumme in der Höhe eines Jahresgehaltes? Der Grund wird abschließend genannt: „Herr Dr. Bobek scheidet mit dem heutigen Tag aus unserem Unternehmen aus. Die Kündigung ist zwecks Umschaltung wegen der Abstammung erfolgt.“[7] Im Klartext: Felix Bobek war *Jude* – Sohn einer jüdischen Mutter. *Darum* musste er gehen.

Konspirative Tätigkeit im Geheimapparat der KPD

Es bedurfte aber nicht erst der Konfrontation mit faschistischer Rassenpolitik und mit Arbeitslosigkeit, um Antifaschist zu werden. Gegner der Nazis war Felix Bobek lange schon, bevor diese an die Macht kamen, und Mitarbeiter im BB-Ressort wurde er zwar erst im Frühjahr 1933, aber noch vor seiner Entlassung.
Die eigene soziale Lage spielte, wenn überhaupt, bei der weltanschaulichen und politischen Entwicklung von Felix Bobek nur eine untergeordnete Rolle. Er selbst, wohlbehütet in der Kindheit, erlebte zwar niemals üppigen Wohlstand, aber auch keine materielle Not. Seine Mutter Marta Bobek, geborene Rosenfeld, war Tochter eines Millionärs – eines jüdischen Hopfenhändlers in Nürnberg. Felix Bobeks Gehalt bei Osram betrug in den letzten drei Jahren der dortigen Anstellung durchschnittlich 500 RM monatlich, also mehr als das Doppelte eines Facharbeiters. Davon musste er die Familie (zwei Erwachsene und die 1928 und 1930 geborenen Töchter) aber nicht allein ernähren, schließlich war seine Frau auch erwerbstätig. Das gemeinsame Einkommen reichte aus, um ein Kindermädchen anstellen zu können. Seine Leistungen im Beruf und die anscheinend krisensichere Anstellung bei der Firma Osram ließen hoffen und erwarten, dass sich seine soziale Lage stetig verbessern würde. Es war also nicht der Bauch, sondern der Kopf, der seine politische Einstellung und Betätigung geprägt hat. Nicht die eigene soziale Lage, sondern die Lage anderer, war letztlich der Grund seines Nachdenkens über die Beschaffenheit der Gesellschaft und seiner Suche nach einer besseren Welt. In seinem Falle war die Konsequenz, ein „überzeugter Kommunist“ ge-

581262) bzw. in Kanada (Office dela Propriété Intellectuelle du Canada, CA 348634) von Dr. Felix Bobek gemeinschaftlich mit vier weiteren Personen angemeldetes Patent. Für diesen Hinweis danke ich Felix Kerstan – dem Enkelsohn von Felix Bobek.
7 BArch, ZC 8262, Bd. 6.

worden zu sein. Er wollte wie er am 16. Juli 1935 im Gestapoverhör erklärte, „aus Idealismus an dem Regierungssturz in Deutschland mitarbeiten“[8] und machte, wie Kriminalsekretär Karl Giering an eben diesem Tage notierte, „den Eindruck eines besonders fanatischen Kommunisten“, der bedauerte, „für seine staatsfeindliche Tätigkeit nicht längere Zeit gehabt zu haben“.[9]

Vermutlich entsprach es den Tatsachen, dass er sich, wie er am 16. Juni 1936 erklärte, während seiner „Studienzeit in München und Berlin [...] um Politik so gut wie garnicht gekümmert, jedenfalls [...] in keiner Weise damals irgendwie politisch betätigt“ hatte.[10] „Erst als die Wirtschaftskrise einsetzte, begann ich, mich für wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Fragen stärker zu interessieren [...] Im allgemeinen war meine Einstellung damals links, ohne dass ich aber irgendwie parteipolitisch gebunden war oder mich auch nur parteipolitisch gebunden fühlte.“[11]

„In den Jahren 1930 bis 1932“, hielt er am 3. Oktober 1935 in einer von der Gestapo angeforderten schriftlichen Stellungnahme fest, „habe ich mancherlei politische Versammlungen der verschiedensten Parteien besucht, sowohl von Zentrum, Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, Kommunisten, Deutschnationalen und Demokraten. Ich wurde dann wohl von dem einen oder anderen, der mein Interesse bemerkte, zu kleineren Diskussionsabenden eingeladen“.[12]

Wie bei vielen Antifaschisten aus den Reihen der Intelligenz übte auch bei ihm der Besuch von Veranstaltungen der „Marxistischen Arbeiterschule“ („MASCH“) einen prägenden Einfluss aus, und zwar in einem solchen Maße, dass er nicht nur Kommunist, sondern nach der faschistischen Machtergreifung zugleich Mitarbeiter im, wie in Gestapoberichten wiederholt zu lesen ist, „gefährlichsten Apparat der KPD“[13] (und im „geheimsten Apparat“, müsste man ergänzen) wurde: im Ressort „BB“ („Betriebsberichtserstattung“, präziser: Apparat der kommunistischen Betriebsspionage).

Am 12. Oktober 1936 sagte er aus: „Ende 1931 und 1932 besuchte ich verschiedene Kurse bei der ‚Masch‘ und hörte Vorlesungen über ‚Das

8 Vernehmungsprotokoll vom 16. Juli 1935, BArch, NJ 8935, Bd. 1.
9 Vermerk von Kriminalsekretär Giering, 17. Juli 1935, BArch, NJ 8935, Bd. 1.
10 Vernehmungsprotokoll vom 16. Juni 1936, BArch, ZC 8262, Bd. 6.
11 Ebenda.
12 Dr. Felix Bobek: Protokoll, 3. X. 35, BArch, NJ 8935, Bd. 1.
13 VGH-Urteil vom 15.4.1937, BArch, ZC 6083, Bd. 1.

Kapital' von Karl *Marx* und ähnliche wirtschaftliche Probleme."[14] Zusammen mit seiner Frau nahm er damals auch an Veranstaltungen des „Bundes geistiger Berufe" teil, bei denen, wie sich seine Frau erinnerte, „im kleinen Kreise allgemein interessierende Themen von Kommunisten behandelt wurden".[15] Die vom „Bund" herausgegebenen „Nachrichten" gehörten zur gemeinsamen Lektüre. Zumal seine Frau als Bibliothekarin ständig mit Büchern beschäftigt war, spielten Bücher bei der weltanschaulichen Prägung von Gertrud und Felix Bobek eine entscheidende Rolle.

Beim Besuch von Bildungsveranstaltungen von „MASCH" und „Bund geistiger Berufe" aber blieb es nicht. Die Gründung der „MASCH", des „Bundes geistiger Arbeiter", des „Clubs der Geistesarbeiter" und anderer Vereine durch die KPD bezweckte nicht nur die Vermittlung von Wissen, sondern letztlich die Gewinnung von Sympathisanten und Mitgliedern der KPD sowie ihrer geheimen Apparate.

Dabei blieben die Mitglieder der KPD im Hintergrund. Umso geschickter und effizienter war die Werbung. Die Bildung und Arbeitsweise dieser Vereine entsprach den von Hans Kippenberger, Reichsleiter des Nachrichtendienstes der KPD, am 2. Februar 1936 beschriebenen „Methoden der militär-politischen Arbeit": „Salons mit klingenden Namen" wurden geschaffen, um Verbindungen zum nichtproletarischen und „gegnerischen Lager" herzustellen.[16] Umworben wurden Leute, deren kommunistische Gesinnung erst im Entstehen begriffen war. Denn jemand, dessen Weltanschauung erst im Werden begriffen war, eignete sich besser, als jemand, der ein schon geschlossenes, nur noch schwer zu formendes Weltbild besaß. Es ging darum, wie sich einer der Organisatoren ausdrückte, „Intellektuelle [zu] fischen", potenzielle Anhänger zu suchen und zu formen, die „Spreu vom Weizen zu trennen".[17] Der Moment des möglichen Eintritts in die KPD war oft zugleich der Augenblick des Verzichts. Formelle Mitglieder der KPD, also auch Mitglieder einer Parteigruppe, Teilnehmer an Parteiversammlungen und öffentlich agierende Kommunisten waren in den geheimen Apparaten nicht gefragt, umso mehr die Kunst der Verstellung.

---

14 Vernehmungsprotokoll vom 12. Oktober 1936, BArch, ZC 8262, Bd. 6.

15 Dr. Gertrud Bobek: Erinnerungen an mein Leben – Aufgeschrieben in Taucha in den Jahren 1965 bis 1985, hrsg. von Anna Kerstan und Eva Müller, Leipzig 1998, S.41.

16 Kippenberger: Methoden und Organisation der mil.-pol. Arbeit, BArch, ZC 71.

17 Guenther Kromrey: Betr. Mitarbeit im Apparat „B + am", BArch, DY 30/IV 2/11 v. 990.

Felix Bobek beschrieb die Anwerbung für den Geheimapparat der KPD am 12. Oktober 1936 wie folgt: „Durch einen der Lehrer, den ich heute nicht mehr näher bezeichnen kann, erhielt ich Verbindung zu dem mir später unter dem Decknamen ‚Martin' näher bekannt gewordenen Reichs-BB.-Leiter.[18] [...] Obwohl ich seinerzeit bereits kommunistisch eingestellt war und mich eingehend mit den Bestrebungen der kommunistischen Bewegung befaßte, war ich noch nicht eingeschriebenes Mitglied der KPD. Der fragliche Lehrer wollte mich zum Eintritt veranlassen, was ich jedoch mit Rücksicht auf meine damalige höhere Stellung bei Osram ablehnte. [...] Im Laufe der Zeit ist mir klar geworden, daß die Organisation des ‚Martin' [...] sich vorwiegend mit der Ausspähung wirtschaftlicher und technischer Einzelheiten aller Industriezweige, also kurz gesagt mit Wirtschafts- oder Werkspionage befaßte. Die Früchte dieser Arbeit gingen natürlich nach Rußland. [...] Etwa ab Frühjahr 1933 suchte mich ‚Martin' öfter in meiner damaligen Wohnung Wilhelmstr. 23 auf und brachte eine Stenotypistin ‚Trude'[19] mit [...] Zunächst diktierte ‚Martin' der ‚Trude' in meiner Wohnung Stenogramme, die diese wahrscheinlich an einem dritten Ort in Schreibmaschinenschrift umgesetzt hat. Etwa im Herbst 1933 brachte mir der später noch erwähnte ‚Ferdi', richtig *Jahnen*[20] eine Schreibmaschine, die in meiner Wohnung aufgestellt wurde und womit die ‚Trude' Berichte schrieb, die ihr ‚Martin' diktierte. Es kam auch vor, daß sie mit einem Stenogramm erschien und dieses auf der Maschine umschrieb. [...] Mit voller Absicht mußte ich beide oder eine der genannten Personen, sofern sie bei mir arbeiteten, stets allein lassen. [...] Ich wußte damals auch nicht, was für Schreibarbeiten bei mir gefertigt wurden."[21]

Bis zur Erteilung präziser Aufträge und deren Entgegennahme durch Felix Bobek war es kein langer Weg. Es bedurfte auch keiner großen Überlegung, wie dieser am besten zu gebrauchen war. Sein bei der Firma Osram erworbenes und genutztes Wissen war gefragt. „Martin" beauftragte ihn mit Fotoarbeiten, also nicht mit der Beschaffung geheimer Nachrichten, auch nicht mit der Weitergabe derselben, sondern mit der technischen Vorbereitung des Transports von Nachrichten. „Mit Hilfe eines mir gelieferten Leika-Apparates hatte ich in meiner Wohnung Foto-

18 Wilhelm Bahnik („Martin", der „Dicke").
19 Luise Kraushaar.
20 Ewald Jahnen.
21 Vernehmungsprotokoll vom 12.10.1936, BArch, ZC 8262, Bd. 6.

aufnahmen von Schriftstücken zu fertigen, die mir von ‚Martin' oder ‚Trude' überbracht wurden. Soweit erinnerlich, handelte es sich um wahrscheinlich von ‚Martin' zusammengestellte Berichte über die Arbeiten in der Rüstungsindustrie, die Stimmung in den dortigen Belegschaften, wie überhaupt allgemeine Stimmungsberichte, nach Art der mir hier vorgelegten. Die Stimmungsberichte konnte ich zu meiner eigenen Information auch durchsehen, während es bei den Aufnahmen von anderen Berichten immer nur auf schnelle Arbeit ankam, so daß ich nur ab und zu ein Auge auf den Inhalt werfen konnte. [...] Diese Arbeiten mußten immer besonders schnell durchgeführt werden, anscheinend wartete der Lieferant auf sofortige Rückgabe. Auf diesen Heften [...] habe ich oft den Aufdruck bemerkt: ‚Geheimer Gegenstand im Sinne des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse' oder ähnlich. [...] Zusammenfassend möchte ich bemerken, daß mir damals sowohl als heute klar war, daß es sich um eine rein landesverräterische Betätigung handelte. [...] Zusammen mit dem Fotoauftrag mußte ich noch für ‚Martin' Versuche anstellen, die Gelatineschicht von den Leikafilmstreifen abzulösen, um für die Versendung einen möglichst kleinen Gegenstand zu erhalten. [...] Der so gewonnene Filmstreifen wurde anschließend Bild für Bild geknickt, so daß bei einer Filmlänge von 1m die Größe und das ungefähre Gewicht einer Rasierklinge herauskamen. [...] Wenn ich hier von einem Versand spreche, so handelt es sich für mich nur um die Weitergabe an ‚Martin' oder ‚Trude'. Wie der weitere Transport nach Rußland vor sich gegangen ist, weiß ich nicht. [...] Um nochmals einen Maßstab anzugeben, möchte ich sagen, daß meinetwegen ein Forschungsbericht der DVL[22], bestehend aus ca. 200 Seiten, auf 5 Filme übertragen werden konnte, die somit in einer Zehner-Packung versandfertig gemacht werden konnten. In der Regel handelte es sich ja um weniger Material, so daß die Versendung in der beschriebenen Form keinesfalls durch die Menge auffallen konnte. Diese Arbeiten führte ich bis zu meiner Abreise im Mai 1934 durch, anschließend wurden sie von meiner Frau weiter betrieben."[23]

Felix Bobek reiste deshalb im Mai 1934 ab, weil er am 1. Juni 1934 eine Anstellung bei den Luma-Glühlampenwerken in Stockholm antrat. Er ließ zunächst seine Frau in Berlin zurück, die für „Martin" weiterarbeitete. Als ihm in Stockholm nach einigen Monaten eine Daueranstellung geboten wurde bzw. die Probezeit abgelaufen war, holte er seine Frau mit

22 Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin-Adlershof.

23 Vernehmungsprotokoll vom 12.10.1936, BArch, ZC 8262, Bd. 6.

den Kindern zwecks dauernder Übersiedlung nach. Auf Grund von Differenzen mit der Fabrikleitung jedoch zerschlugen sich diese Pläne. Seine Frau fuhr mit den Kindern nach Berlin zurück, er folgte ihnen einige Wochen später.

Der Aufenthalt in Stockholm bedeutete keine Rückkehr zum einstmals politisch untätigen Felix Bobek. Er nutzte die Zeit „zum Studium des Marxismus und Leninismus an Hand der mir [...] zugänglichen wissenschaftlichen Bücher". Diese Studien überzeugten ihn „von der theoretischen Richtigkeit der Gedankengänge von Marx und Lenin".[24] Von Stockholm leitete er auch aus Berlin kommende Post von Bahnik an dessen nach Moskau emigrierte Frau weiter. Insofern besteht kein Grund anzunehmen, dass Bobek in Stockholm seine konspirative Tätigkeit unterbrach.

Eine Erklärung Bobeks dafür, warum er nach dem Ausscheiden aus dem Konzern noch längere Zeit in Schweden blieb und nicht sofort mit Frau und Kindern nach Berlin zurückkehrte, liegt nicht vor. Nicht auszuschließen, eher wahrscheinlich ist, was die Gestapo vermutete, aber nicht beweisen konnte: dass Bobek „sich nach Moskau begeben und dort Verbindung mit den vorgesetzten Stellen der Organisation des ‚Martin' aufgenommen" hatte.[25] Bobek kehrte nur ungern nach Deutschland zurück. Er hatte „Martin" gebeten, ihm eine rein fachliche Stellung in der Sowjetunion zu verschaffen. Schritte in dieser Hinsicht wurden ihm auch zugesagt. Als Bobek nach Berlin zurückkam, erklärte ihm Bahnik jedoch, dass er zunächst hier weiterarbeiten solle und vertröstete ihn immer wieder mit Hinweis auf eine fehlende Antwort bzw. Entscheidung aus Moskau. Trotz offenkundiger Gefährdung wegen seines „jüdischen Aussehens"[26] musste Bobek an die vorderste Frontlinie zurück. Er schien in Berlin unentbehrlich zu sein.

Seine konspirative Betätigung nach der Rückkehr aus Stockholm war aber nicht schlechthin die Fortsetzung der früheren, sondern eine Untergrundarbeit auf viel höherem Niveau, wie aus seinen eigenen Aussagen

24 Vernehmungsprotokoll vom 16.6.1936, BArch, ZC 8262, Bd. 6.

25 Karl Giering: Bericht. 13.10.1936, BArch, ZC 8262, Bd. 6.

26 Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 41 Alt-Döbern, Nr. 20: „Festnehmen: [...] 4.10.35 [...] dr. phil. Bobeck. – pers. beschrbg. und kleidung: 1,75 bis 1,78 gr., untersetzte figur, trug das haar lang, augengläser ohne fassung, gerade nase, sonst jüdisches aussehen, wulstige lippen, anzug dunkel mit breiten hellgrauen streifen, bei der flucht ohne kopfbedeckung und ohne krawatte. ging auch unter den namen schoenfeld, kurt, bürohilfe, geb. 15.5.07 bischofswalde. b. war im besitze von 15.- rm bargeld."

hervorgeht. „Nach meiner Rückkehr aus Schweden im Herbst 1934 brachte mich ‚Martin' zwecks Inangriffnahme weiterer Arbeiten mit verschiedenen Personen zusammen",[27] darunter mit:

- „Ferdi" (Ewald Jahnen), dem Stellvertreter von Bahnik,
- Dr. Walter Caro, dem Leiter des Bereichs Chemie im BB-Ressort der KPD,
- „Bruno" (Hans Grünfeld), einem Akademiker (dieser war laut Gestapo „eine der leitenden Persönlichkeiten des Sowjetrussischen Spionageapparates"[28] bzw. ein, wie sich Bobek ausdrückte, „hohes Tier"[29]),
- „Fredi" (Johannes Liebers), dem früheren Foto-Mann im BB-Ressort,
- „Karl" (vermutlich der im Vernehmungsprotokoll namentlich nicht genannte Rudolf Schüllenbach), der „Fredi" Anfang 1934 abgelöst hatte.

Zusammen mit Bahnik bildeten Jahnen und Schüllenbach den „Kopf" des BB-Ressorts.

„Bruno" hatte Bobek beauftragt, „Versuche zur Verkleinerung von Leikabildern vorzunehmen". Er sollte versuchen, seine „früheren Arbeiten in noch kleineren Materialmengen herzustellen, um eine weitere Sicherung des Transportes zu erzielen".[30] Diese Aufgabe hat Bobek erfolgreich gelöst. Es gelang ihm, 25 Schreibmaschinenseiten mit einem Foto aufzunehmen und in der beschriebenen Weise weiterzugeben.

Die Zusammenarbeit mit „Ferdi", Dr. Caro, „Fredi" und anderen reichsangehörigen Hitlergegnern mochte noch als „Vorbereitung zum Hochverrat" klassifiziert werden, die Zusammenarbeit mit einem Mitarbeiter des sowjetischen Nachrichtendienstes war dagegen im Sinne des Gesetzes tatsächlich „Landesverrat".

Bis ihm dies Gestapo und Volksgerichtshof (VGH) nachweisen konnten, verging aber noch viel Zeit.

Im Februar 1935 setzte sich „Bruno" aus Deutschland ab, vorher hatte er 2.000 RM an Bobek zwecks wirtschaftlicher Sicherstellung ausgehändigt. Im März (oder Anfang April) 1935 emigrierte plötzlich auch Bahnik, ohne Bobek informieren zu können. Damit war der „Dreierkopf" des BB-Ressorts auf zwei Personen geschrumpft: Ewald Jahnen und Rudolf Schüllenbach. Der bisherige Stellvertreter Jahnen fungierte nun als

27 Vernehmungsprotokoll vom 12.10.1936, BArch, ZC 8262, Bd. 6.
28 Ebenda.
29 Ebenda.
30 Ebenda.

Reichsleiter des BB-Ressorts und war als solcher der direkte Vorgesetzte von Bobek sowie für diesen die wichtigste Verbindungsperson zum sowjetischen Geheimdienst. Dieser Zustand währte aber nur wenige Tage.

Festnahme durch die Gestapo

Bei einem Treff am 15. Mai 1935 im Tiergarten wurden Jahnen und Bobek festgenommen und ins Konzentrationslager „Columbia" eingeliefert.

Felix Bobek auf einem Polizeifoto vom Mai 1935.
Foto: BArch, ZC 8262, Bd. 12, Bildermappe Nr. 2

Beim Treff war jedoch, wie die Prager Leitung der KPD bald in Erfahrung brachte, noch ein *dritter* Mann dabei. Laut Einlieferungsprotokoll war dies ein „Karl Krause", tatsächlich Rudolf Schüllenbach, der nur zum Schein festgenommen wurde. Bald erkannte auch Felix Bobek, dass Schüllenbach (Deckname „Sem") Verrat begangen hatte. „Es ist erwiesen, daß er Ferdi und Felix hochgehen ließ", schreibt Gertrud Bobek in ihren Erinnerungen. „Felix teilte es mir zweimal verschlüsselt in Briefen mit. Das einemal benutzte er eine Geheimschrift, die wir untereinander verabredet hatten. Das andere Mal machte er eine Zeichnung für die Kinder und schrieb darunter: ‚der böse Wolf Sem und die sieben Geißlein'."[31]

31 Erinnerungen von Gertrud Bobek, BArch, Sg Y 30/1622/1.

Die Gründe des Verrats sind nicht bekannt. Schüllenbach hinterließ keine Aufzeichnungen, auch nicht über sein weiteres Tun bei der Liquidation des BB-Ressorts. Relevante Materialien der Gestapo, darunter des maßgeblich beteiligten Gestapo-Beamten Karl Giering, über die Zusammenarbeit mit dem V-Mann Schüllenbach („Gi 2", später „Gi 20") sind nicht bekannt. Man kann also nur *vermuten*, wie es zum Verrat an Bobek und Jahnen kam.

Wenige Tage vorher, Anfang Mai 1935, hatte der mit Schüllenbach befreundete Adolf Sauter aus dem Ressort „Abwehr" die Seiten gewechselt und seine Dienste der Gestapo angeboten. Die Motivation von Sauter ist hinreichend belegt: Nach Auseinandersetzungen mit führenden Genossen aus der Parteiführung (besonders Walter Ulbricht) und aus dem Geheimapparat der KPD (Leo Roth), dabei erlittenen Demütigungen hatte er sich gerächt.[32] Seinen Freund Schüllenbach stellte er dann offensichtlich vor die Alternative: „Du machst mit oder...". Schüllenbach wusste, was dieses „oder" hieß.

Zufolge einer Aussage von Erna Eifler, ehemals Sekretärin des BB-Funktionärs Walter Caro, am 21. Oktober 1942 war Schüllenbach „ein ständiger Begleiter und Mitarbeiter des Martin; ‚Sem' sollte der Nachfolger des Martin werden".[33] Nach den Erinnerungen von Helene Welker (Berner), 1932/33 Sekretärin von Bahnik, waren „Ferdi" (Jahnen) und „Sem" Überbringer der von Bobek zu kopierenden Unterlagen aus der Rüstungsindustrie.[34] Luise Kraushaar, die vor Helene Welker Sekretärin von Bahnik war, schreibt: „Sem" „wurden einige Verbindungen zu Einzelpersönlichkeiten der Industrie und Wirtschaft anvertraut. Dabei handelte es sich wohl um solche Leute, die Informationen gegen Bargeld übermittelten."[35] Und „Sem" war laut Gertrud Bobek auch das: ein häufiger Gast in der Wohnung der Bobeks.

---

32 Siehe Siegfried Grundmann: Adolf Sauter – Kommunist, Verräter, V-Mann der Gestapo und anderer Dienste, Stationen einer Karriere, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 2006, H. 2-3 (Juni), S.169-236.

33 Aussagen von Erna Eifler vor der Gestapo im Hamburger Fallschirmspringer-Prozeß Oktober 1942, BArch, RY 1/I2/3/142.

34 Helene Berner: Wir nannten ihn Martin. Erinnerungen der Genossin Helene Berner an Wilhelm Bahnik und die Arbeit des BB-Apparates von 1932 – 1935, Archiv beim/bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), SV 1/81, Bd. 174.

35 Luise Kraushaar: Bericht über meine konspirative Arbeit zwischen April 1931 bis Ende 1937. 11.2.1986, BStU, SV 1/81, Bd. 262.

Schüllenbach war als ständiger Begleiter von Bahnik und dessen prädestinierter Nachfolger also ein bestens informierter Mann, im Falle der Festnahme durch die Gestapo für den Volksgerichtshof ein Todeskandidat. Insofern war Schüllenbachs Verrat ein Opfertausch: Er kaufte sich durch die Preisgabe seiner früheren Mitstreiter frei. Andere sollten und mussten sterben, damit er selbst überleben konnte.

Eine hinreichende Begründung des Verrats ist das Wissen um die eigene Gefährdung freilich nicht. Ewald Jahnen hätte einen solchen Versuch ja auch wagen können. Er hat es nicht getan. Er war im Gegensatz zu Schüllenbach bereit, andere zu schützen und die Qualen der Folter zu erdulden. In seinem Bericht vom 9. September 1935 schrieb der Leiter des „Kommunismus"-Dezernats des Geheimen Staatspolizeiamts Berlin, Kurt Geißler: „Der Einbruch in den BB.-Apparat wäre nicht möglich gewesen, wenn bei der Vernehmung des zuerst Festgenommenen Jahnen nicht härtere Methoden angewandt worden wären. [...] Bei der Gefährlichkeit des Treibens jener Kreise, insbesondere in Hinblick auf die Landesverteidigung, ist ein Anwenden härterer Vernehmungsmethoden unumgänglich, zu denen man sich um so leichter entschließen müßte, als die Gefährlichkeit der Gesinnung dieser Landesverräter [...] offenbar liegt."[36]

Ewald Jahnen starb am 11. März 1936. Vielleicht war es „Selbstmord", wie die Gestapo behauptete, vielleicht wurde er umgebracht. Wie dem auch sei: Sein Tod war ein Ergebnis „verschärfter Vernehmung". Manch Brauchbares mag ihm abgepresst worden sein, das meiste und für andere gefährlichste Wissen aber hat er, wie die mühsamen und langwierigen Recherchen der Gestapo belegen, mit ins Grab genommen, darunter sein Wissen, dass sich Felix Bobek landesverräterisch betätigt hatte.

Wenn das BB-Ressort nach den am 15. Mai 1935 erfolgten Festnahmen innerhalb von nur wenigen Monaten liquidiert werden konnte, war dies vor allem ein „Verdienst" von Schüllenbach.[37]

Was Mitteilungen über andere Mitarbeiter aus dem BB-Ressort betrifft, so verhielt sich Bobek in ähnlicher Weise wie Jahnen. Er verriet nichts, was andere gefährden konnte und gestand nur ein, was die Gestapo schon wusste. Zum Beispiel, dass sich auch Dr. Richter aus der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt (DVL) mit der Weitergabe geheim-

36 Kriminal-Kommissar Geißler: Einbruch in den BB.-Apparat, Berlin, den 9. September 1935, BArch, R 58/2276.

37 Ausführlich dazu Siegfried Grundmann: Der Geheimapparat der KPD im Visier der Gestapo – Das BB-Ressort. Funktionäre, Beamte, Spitzel und Spione, Berlin 2008.

zuhaltender Forschungsberichte landesverräterisch betätigte. Bobek musste nur noch zugeben, dass er es war, der die Berichte aus der DVL kopierte und dann weitergab.

Flucht aus der Gestapohaft

Am 4. Oktober 1935 gelang Felix Bobek die Flucht aus der Gestapohaft. Er hatte einen Besuch beim Zahnarzt genutzt, um über den Hinterausgang der Arztpraxis zu entkommen. Mit Hilfe von Bekannten (deren Namen er auch nach der erneuten Gefangennahme nicht preisgab), fand er Aufnahme auf einer Hühnerfarm in der Siedlung Markendorf bei Jüterbog. Dass die Gestapo sofort eine intensive Suche beginnen würde, musste er wissen. Trotzdem unterbrach er seine Flucht. Er wollte sich zunächst etwas „erholen", um dann die „Flucht fortsetzen zu können".[38]
In der Zeit seiner Flucht schrieb er seiner in Wien lebenden Mutter und ließ den Brief durch Dritte übermitteln. Hilfe bei KPD-Kreisen suchte er anscheinend nicht, wie er später sagte: „Wenn mir vorgehalten wird, ausländische Kreise der KPD hätten doch von meinem Aufenthalt auf der Hühnerfarm bei Jüterbog gewusst, woraus gefolgt werden könne, dass ich nach meiner Flucht doch mit Kreisen der illegalen KPD in Verbindung gestanden haben müsse, so erkläre ich dazu, dass allerdings Kaufmann[39] ebenso meine illegale Berliner Adresse wie die Wiener Adresse meiner Mutter kannte. Meine Mutter wusste auch, dass ich mich auf der Hühnerfarm aufhielt. Vielleicht ist also durch meine Mutter mein Aufenthalt bei Jüterbog anderen Personen zur Kenntnis gekommen."[40]
Kaufmann, d. h. Wilhelm Bahnik, kannte also die Adresse von Bobeks Mutter, „Sem" dagegen nicht, hat aber gewusst, dass man den damals noch in Prag aufhältlichen Bahnik befragen müsste. „Sem" selbst war dazu nicht mehr zu verwenden. Spätestens seit Juli 1935 wussten Wilhelm Bahnik, Helene Welker und andere, dass Schüllenbach Verrat begangen hatte. Schüllenbach konnte der Gestapo aber den nötigen Tipp geben, wie die Verbindung zu Bahnik und zu Bobeks Mutter hergestellt werden kann: durch Adolf Sauter („Ferry" bzw. „Hugo"), dessen Verrat dem Leiter des Ressorts „Abwehr"[41] Franz Schubert („Heinrich") damals noch nicht bekannt gewesen ist.

38 Vernehmungsprotokoll vom 25.10.1935, BArch, NJ 8935, Bd. 2.
39 D. i. Wilhelm Bahnik.
40 Vernehmungsprotokoll vom 17.6.1936, BArch, ZC 8262, Bd. 6.
41 Franz Schubert (20.3.1893-2.6.1942), 1931-1935 Leiter der „Abwehr", nach Emigration 1933-1935 Aufenthalt in Prag, anschließend zur „Berichterstattung" nach Moskau.

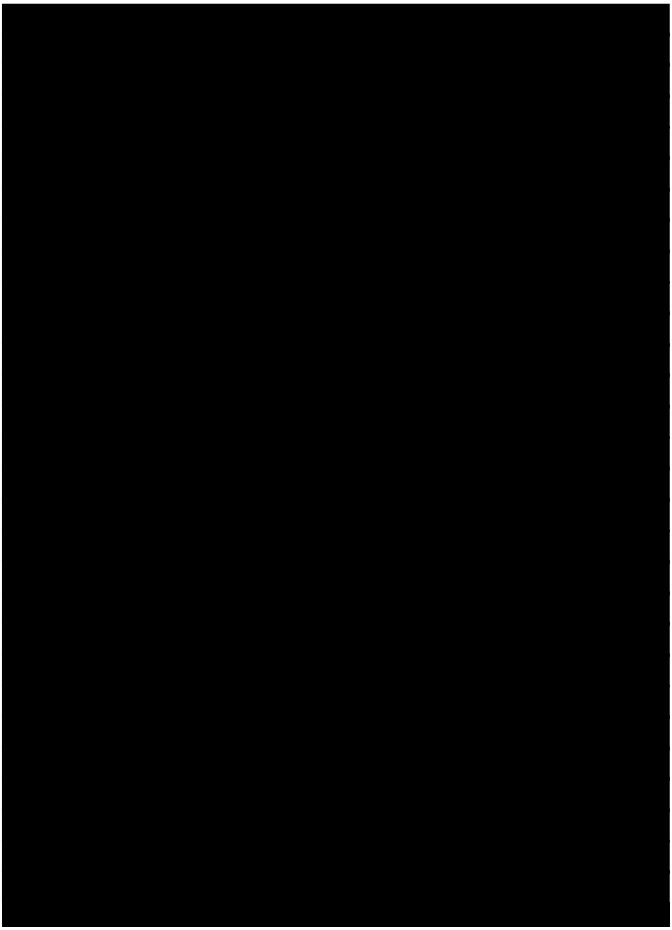
„Heinrich“ informierte das Politbüro der KPD:[42]
„Am 21.10.35 war Ferry – Hugo – in Prag und berichtete:
Bei Symp. in Berlin hält sich seit 2-3 Wochen ein Ingenieur Bobek verborgen auf. B. sei im Mai verhaftet worden und es sei ihm gelungen zu entfliehen. Vom Columbiahaus sei er einige Male zur Zahnbehandlung in die Stadt geführt worden. Die Flucht sei beim Zahnarzt gelungen durch Benützung einer sonst verschlossenen Tür.
Die Symp. hätten keine Verbindung zur Partei und darum käme er (F.) her, um uns das zu berichten. Es sollen Schritte eingeleitet werden, um B. außer Landes zu bringen. Geld sei genug vorhanden. B. ist ein aus Wien stammender Gen., der mit Jahnen im Tiergarten verhaftet wurde. Die Verhaftungen im BB.-Apparat sind auf eine große Provokation zurückzuführen, bei der Sehm und Gerhard Diehl als Provokateure resp. Verräter wirkten. – Auch Ferry ist nicht ganz klar, aber an der B.B.-Sache muss er unbedingt sein.
Da die Verbindung zu den Symp. resp. Bobek nur über Ferry herzustellen ist, beauftragte ich F. den B. herzubringen.
F. reiste am 21. wieder nach Berlin. Einige Tage später schrieb er eine Karte mit der Mitteilung, dass er bald kommen würde. Seit der Zeit hörte ich nichts.
Ferry oder Hugo heisst richtig Adolf Sauter. Er lebt jetzt in Berlin unter dem Namen Ebel und wohnt Rankestr. gegenüber von Nummer 3. Seine Frau (Lisa Bauch) ist Kleidermacherin; er selbst reist in Spezial-Auto-Zubehörteilen.“[43]
Von Sauter erfuhr die Gestapo, dass „Bobek bis zum Tage seiner Festnahme zu keiner illegalen Organisation Verbindung gesucht oder aufgenommen“ hat[44] und wo sich der Flüchtling Bobek aufhielt. Man musste nur abwarten, beobachten und zugreifen.

Erneute Festnahme und Vernehmungen

Nach dreiwöchiger Flucht wurde Bobek am 24. Oktober 1935 erneut festgenommen. Nun wurde dafür gesorgt, dass sich ihm nie wieder die Chance einer Flucht bot. Obwohl er, wie er am 17. Juni 1936 aussagte, mit seinen Nerven „durch die Haft und die Aufregungen der Flucht [...]

42 Eingang dort am 11.1.1936.
43 Heinrich: Zu B.B.-Verhaftungen. 12.12.35, BArch, RY 1/I2/3/266; RY 1/I2/3/95.
44 Vermerk vom 7.11.1935, BArch, NJ 8935, Bd. 2.

ziemlich herunter“ war[45], war Bobek zum Geständnis einer landesverräterischen Betätigung weiterhin nicht bereit. Umso härter wurden nun die Bedingungen der Haft.



Polizeifoto von Felix Bobek nach seiner erneuten Verhaftung im Oktober 1935.
Foto: BArch, ZC 8262, Bd. 12, Bildermappe Nr. 32

45 Vernehmungsprotokoll vom 17.6.1936, BArch, ZC 8262, Bd. 6.

Über Felix Bobek wurden Postsperre und strengste Einzelhaft verhängt: Er durfte Briefe weder versenden noch empfangen und „mit keinem anderen Häftling in Verbindung“ treten.[46] Weiter wurde angeordnet: „Beleuchtung der Zelle in der Nacht, Fortnahme der Kleidungsstücke in der Nacht und so weiter.“[47] Ihm wurde „nicht gestattet, über irgendwelche für ihn dort eingezahlte oder noch eingehende Gelder zu verfügen“.[48] Vergeblich bemühte er sich um die Rückgabe der bei der Festnahme bzw. in der Haft abgenommenen Wertgegenstände:

- ca. 100.- RM („die auf meinem Konto im KL Columbia standen“),
- ca. 300.- RM („die mir nach meiner Wiederergreifung von den Beamten der Gestapo abgenommen wurden.“)
- ein goldener Siegelring („der für mich als Erbstück besonderen Erinnerungswert besaß“).[49]

Im Mai 1936 wollte Bobek seiner Mutter zum Geburtstag gratulieren. Er verwendete eine Ansichtskarte mit dem Vordruck „Herzliche Geburtstagsgrüße“ unter einem Blumenbild. Als sonstige Beschriftung trug sie nur die Adresse: „Frau Prof. Dr. Bobek Wien I Seilerg. 4 III“. Am 6. Mai 1936 aber wurde verfügt: „Beförderung wird nicht genehmigt.“[50]

Erst am 12. Oktober 1936, 17 Monate nach seiner Festnahme, war Bobek bereit, angeblich „freiwillig und ohne jeden Zwang von Seiten der vernehmenden Beamten, meine bisherigen vor Polizei und Untersuchungsrichter gemachten Angaben zu berichtigen“.[51]

Wie der inzwischen zum Kriminalbezirkssekretär avancierte Gestapobeamte Giering und Kriminalsekretär Berg sowie der Landgerichtsrat und Hilfsuntersuchungsrichter Rehse den Widerstand von Bobek gebrochen haben, wollte er am 10. März 1937, noch am Tage seiner Verurteilung, dem Gesandten Österreichs mitteilen. „Sämtliche amtliche Stellen hier, die Geheime Staatspolizei, der Untersuchungsrichter und bis zum letzten Tage noch der mir zugewiesene Amtsverteidiger hatten eindeutig behauptet, daß für mich als Ausländer Todesstrafe nicht in Frage kommt, da es

46 Amts- und Landrichter Rehse an das Untersuchungsgefängnis, 8.11.1935, BArch, NJ 8935, Bd. 2.
47 Amts- und Landrichter Rehse an das Untersuchungsgefängnis, 13.11.1935, BArch NJ 8935, Bd. 2.
48 Ebenda.
49 Dr. Felix Bobek an den Untersuchungsrichter des VGH Land- und Amtsgerichtsrat Rehse, 9.12.1935, BArch, ZC 8262, Bd. 6.
50 Entscheid vom 6.5.1936, BArch, ZC 8262, Bd. 2.
51 Vernehmungsprotokoll vom 12.10.1936, BArch, ZC 8262, Bd. 6.

sich bei mir um ein rein politisches Gesinnungs-Verbrechen handelt, ohne die geringste kriminelle oder brachiale Beimischung. Da das Gericht trotzdem das obige Urteil fällte, darf ich Eure Excellenz um die Liebenswürdigkeit bitten, mich ehestens durch einen Herren der Gesandtschaft besuchen zu lassen, damit ich feststellen kann, wie nun eigentlich die Rechtslage ist. Nach dem oben Gesagten kann ich mich natürlich auf keine amtliche Deutsche Rechtsauskunftsstelle mehr verlassen."[52]

Bobek bat den Gesandten um Gehör in einer weiteren Sache, „die jetzt mit dem Urteil spruchreif geworden ist. Seinerzeit, wie ich betone, nach Abschluß der Voruntersuchung hat man mir auf der Geheimen Staatspolizeistelle nahegelegt, sofort ein Gesuch an die Leitung der Gestapo zu richten, in dem ich bitte, mich für einen Austausch gegen einen Reichsdeutschen politischen Verbrecher in Österreich vorzuschlagen. Ich habe dieses Gesuch auch damals, 13. Oktober 1936, sofort eingereicht. Nach meinen Erfahrungen bin ich im Zweifel, ob dieses Gesuch überhaupt ernstliche Folgen haben wird."[53] Mit der Begründung, das Schreiben an den Gesandten Österreichs enthalte „unrichtige Angaben", wurde die Weiterleitung verweigert. Die Angelegenheit des „Austausches" sei nun, da das Urteil gesprochen wurde, gegenstandslos geworden.[54] Am 15. März 1937 wurden Giering und Berg vom Reichsanwalt beim VGH Huhnstock und am 20. März Rehse durch den Untersuchungsrichter Zimmer befragt. Alle drei bestritten, Bobek irgendwelche Zusicherungen gemacht zu haben. Landgerichtsrat Rehse antwortete am 20. März: Die „Angabe des Bobek, ich hätte ihm eindeutig erklärt, für ihn käme die Todesstrafe nicht in Frage, trifft in keiner Weise zu".[55]

Das Gestapo-Hauptquartier Prinz-Albrecht-Straße (Unterschrift: „Müller") erklärte am 20. März 1937: Bobek habe im Rahmen der Vernehmung im Oktober 1936 Kenntnis davon genommen, „wonach für einen Ausländer an Stelle der an sich verwirkten Todesstrafe lebenslanges Zuchthaus in Frage kommen kann".[56]

---

52 Dr. Felix Bobek an den Gesandten des Bundesstaates Österreich, 10.9.37, BArch, ZC 8262, Bd. 5.

53 Ebenda.

54 Schreiben des Reichsanwalts beim VGH an den Strafanstaltsdirektor Berlin-Plötzensee, BArch, ZC 8262, Bd. 5.

55 Schreiben des Landsgerichtsrates Rehse vom 16.3.1937, BArch, ZC 8262, Bd. 5.

56 Gestapa. Schreiben vom 20.3.1937 an den Reichsanwalt Huhnstock beim VGH, 20.3.1937. BArch, ZC 8262, Bd. 5.

Bobek erklärte am 21. Januar 1938 während der Bekanntgabe seines Hinrichtungstermins abermals (und letztmals), der (Hilfs-) Untersuchungsrichter und die Gestapo hätten ihm gesagt, „für ihn als Ausländer komme als Höchststrafe nur lebenslange Zuchthausstrafe in Frage". Das bestritt Oberstaatsanwalt Huhnstock zwar nicht kategorisch, machte aber klar, „daß eine solche etwa gegebene Auskunft des Untersuchungsrichters nur auf einem Irrtum beruhen könne".[57]

Mit arglistiger Täuschung hatten Giering und Berg am 12. Oktober 1936 erreicht, worum sie sich monatelang bemühten. Felix Bobek hatte zugegeben, mit Personen kooperiert zu haben, die „im Auftrage der Sowjet-Union in Deutschland Militärspionage betreiben".[58] Damit sei, so heißt es, „einwandfrei [...] klargestellt", dass Bobek Landesverrat begangen habe. Darauf stand, das wussten und wollten sie, die Todesstrafe. Die Gestapo übergab das von Giering und Berg unterzeichnete Protokoll vom 12. Oktober 1936 unverzüglich dem VGH. Damit war für Giering und Berg der Fall Bobek erledigt.

Der bisherige Tatvorwurf „Vorbereitung zum Hochverrat" wurde umgehend um den Straftatbestand „Landesverrat" ausgeweitet.

Todesurteil

Am 10. März 1937 fällte der VGH sein Urteil. Felix Bobek wurde „wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, [...] tateinheitlich begangen mit einem Verbrechen des Verrats militärischer Geheimnisse, [...] zum Tode" verurteilt.[59] Ihm wurden außerdem die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Wenige Wochen später bestrafte und demütigte ihn die Berliner Universität auf ihre Weise: „Dem Chemiker Felix Bobek, geb. am 21. August 1898 in Prag, österreichischer Staatsangehörigkeit [...] ist durch Beschluß der Friedrich-Wilhelms-Universität vom 26. Mai 1937 der ihm am 16. Januar 1925 durch die Philosophische Fakultät der Universität verliehene akademische Grad eines Dr. phil. entzogen worden."[60]

Die Zeit bis zur Vollstreckung des Urteils war für Dr. Bobek ausgefüllt mit Bemühungen um die Aufhebung des Urteils und – mit *wissenschaftlicher*

57 BArch, ZC 8262, Bd. 3.

58 Vernehmungsprotokoll vom 12.10.1936, BArch, ZC 8262, Bd. 6.

59 BArch, ZC 8262, Bd. 1 bzw. BArch, NJ 8935, Bd. 1.

60 Der Rechtsrat der Friedrich Wilhelm Universität an den Dekan der Philosophischen Fakultät, 21.8.1937, HUB, Bestand Phil. Fak. Nr. 628.

Arbeit. In den Akten werden zwei von Bobek in der Haft angefertigte Arbeiten erwähnt. Die erste dieser Arbeiten sandte der Vorstand der Strafanstalt Plötzensee am 4. September 1937 an den Reichsanwalt beim VGH. Im Anschreiben ist die Rede von einer Arbeit, die Felix Bobeks Mutter veröffentlichen wollte, „trotzdem B. darum gebeten hat, es nicht zu tun".[61] Ob der Empfänger, Bobeks Verteidiger Rechtsanwalt Gehrling, die Arbeit an Bobeks Mutter weitergegeben hat und was überhaupt damit geschehen ist, ist nicht überliefert. Wenig später, am 26. September 1937 unterbreitete Felix Bobek den Vorschlag zur Konstruktion eines „Leuchtschirms". Am 28. Dezember 1937 kam die Antwort aus dem Oberkommando des Heeres: „Der Vorschlag des Strafgefangenen Bobek ist geprüft worden. Die Erzielung einer Frequenztransformation auf dem vorgeschlagenen Wege erscheint wenig wahrscheinlich. [...] Da jedoch das Auftreten anderer Effekte nicht ganz ausgeschlossen ist, wird eine Geheimhaltung des Vorschlages für erforderlich gehalten. Es wird auf die im beiliegenden Merkblatt enthaltenen Gesetze und Bestimmungen hingewiesen. Es wird gebeten, dem Strafgefangenen [...] für seine Bemühungen und das bewiesene Interesse zu danken."[62]

Da Adolf Hitler von seinem „Begnadigungsrecht keinen Gebrauch" machte, sondern laut Erlass vom 12. Januar 1938 „sich entschlossen" hatte, „der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen",[63] war das Schicksal von Dr. Felix Bobek besiegelt. Zehn Tage später, am 22. Januar 1938, 6.10 Uhr, wurde er in Berlin-Plötzensee geköpft.

Seine Mutter Marta Bobek und seine Schwester Dr. Olga Bobek wurden am 28. Juni 1944 aus Wien in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert. Dort starb Marta Bobek am 24. August 1944. Olga Bobek wurde am 9. Oktober 1944 aus dem KZ Theresienstadt in das KZ Auschwitz deportiert und dort vergast.

---

61 Strafanstaltsdirektor an den Reichsanwalt beim VGH, 4. September 1937, BArch, ZC 8262, Bd. 5.

62 Oberkommando des Heeres an die Direktion der Strafanstalt Plötzensee, 27.12.1937, BArch, ZC 8262, Bd. 5.

63 BArch, ZC 8262, Bd. 5.

Miszelle

Die „Sickingen-Debatte“

Wilma Ruth Albrecht

1. Gegenstand der Debatte

Die „Sickingen-Debatte“[1] war eine 1859 in Briefform gehaltene Auseinandersetzung zwischen Ferdinand Lassalle, Karl Marx und Friedrich Engels über Inhalt und Form der Gattung „Drama“. Sie wurde festgemacht an Ferdinand Lassalles im Jahr zuvor fertiggestelltem Drama „Franz von Sickingen“. Diese historische Debatte wurde in progressiven wissenschaftlichen – marxistischen und linksbürgerlichen – Zusammenhängen aufgenommen[2] und dokumentiert.[3] Sie wird hier in den Grundzügen zusammenfassend nacherzählt. Einzelaspekte der Auseinandersetzung bilden:

(a) das Drama in Form und Inhalt, besonders das Gegensatzpaar: Gestaltung von idealistischen und subjektiven Tendenzen oder realistischen Grundsätzen,
(b) das Thema „Bauernkrieg“ und seine dramatische Gestaltung sowie dessen historische Beziehung zur Revolution von 1848/49 und
(c) die Beurteilung von Lassalles Drama „Franz von Sickingen“, eingebettet auch in dessen Wertung durch Zeitgenossen wie Ferdinand Freiligrath, Georg Herwegh, Alexander von Humboldt, Ernst Dohm, David Friedrich Strauß, Friedrich Theodor Vischer und Lina Duncker.

---

1 Überarbeitete Fassung meines auf Einladung von Dr. Nikolaus Gatter bei der Varnhagen-Gesellschaft in Bad Münster am Stein(-Ebernburg) am 12. September 2009 gehaltenen Kurzvortrags: http://www.varnhagen.info/gazzett24.html.

2 Siehe anstatt weiterer: Franz Mehring: Gesammelte Schriften und Aufsätze in Einzelausgaben, hrsg. von Eduard Fuchs, Bd. 2: Zur Literaturgeschichte von Hebbel bis Gorki. Einleitung August Thalheimer, Berlin 1929, S.161-183; Ders.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 1. Teil, Berlin 1960, S.513-580; Georg Lukács: Die Sickingendebatte zwischen Marx-Engels und Lassalle [1933], in: Ders.: Probleme der Ästhetik [= Werke Bd. 10], Neuwied-Berlin 1969, S.461-503; Alexander Dymschitz: Zur Sickingendebatte, in: Weimarer Beiträge, 4. Jg. 1960, S.747-779; Walter Hinderer (Hrsg.): Sickingen-Debatte . Ein Beitrag zur materialistischen Literaturtheorie, Neuwied-Berlin 1974.

3 Siehe Fritz J. Raddatz (Hrsg.): Marxismus und Literatur. Eine Dokumentation in drei Bänden, Reinbek 1969, 2. Aufl. 1971, Bd. I (im Folgenden zitiert: Marxismus und Literatur I), S.53-97.

Ich stelle hier vor allem die briefliche Auseinandersetzung Lassalle versus Marx/Engels dar. Diese Korrespondenz erstreckte sich von Lassalles Brief und Sendung vom 6. März, über die Antwortbriefe von Marx vom 19. April und von Engels vom 18. Mai bis zu Lassalles ausführlicher Replik vom 27. Mai 1859.

2. Zur Entstehung des Dramas: Lassalles Intention und zeitpolitische Verhältnisse

Die Entstehung des Dramas über Franz von Sickingen erfolgte zur gleichen Zeit, als sich Lassalle erneut mit der Philosophie Heraklits beschäftigte und sich mit seiner Abhandlung „Die Philosophie Heraklaitos des Dunklen von Ephesos" (1858) einen Namen in der sogenannten „gelehrten Welt" Preußens, das meint Berlins, machte.
Bevor Lassalle 1857 nach Berlin kam, hatte er in Düsseldorf schon zwei Akte seines „Sickingen" verfasst. In Berlin beendete er Anfang 1858 das Drama und schrieb eine kürzere Bühnenfassung, die er über den „Kladderadatsch"-Redakteur Ernst Dohm dem Leiter des Königlichen Hoftheaters Botho von Hülsen zukommen ließ. Doch alle Bemühungen um eine Aufführung sei es in Berlin 1858 oder in Weimar 1859 hatten keinen Erfolg. Soweit bekannt, wurde Lassalles „Franz von Sickingen" erst 1969 in Oldenburg uraufgeführt.
Mit seinem Drama und der angestrebten Theateraufführung verfolgte Lassalle ein politisches Anliegen. Er wollte als politischer Schriftsteller ein agitatorisches Fanal zum 10. Jahrestag der 1848-er Revolution und zu den 100-jährigen Schillerfeiern zu setzen.[4]
Mit der poetischen Aufarbeitung des Aufstandes der schwäbischen und rheinischen Ritter gegen den Kaiser und die weltlichen und geistlichen Fürsten sowie der Bauernerhebung 1525 wollte Lassalle, wie er im Juli 1858 Wilhelm von Humboldt schrieb, „jenen gewaltigen kulturhistorischen Prozeß, auf dessen Resultaten wir alle, unsre ganze Wirklichkeit lebt […] zum innern, bewußten Gemeingut des Volkes machen. Ich wollte, wenn möglich diesen kulturhistorischen Prozeß noch einmal in bewuß-

4 Ferdinand Lassalle: Franz von Sickingen. Eine historische Tragödie [in fünf Aufzügen], erschien zuerst im Berliner Verlag Duncker 1859: XVI, 224 Seiten, und zuletzt bei Philipp Reclam Jr. 1974, 192 Seiten; der Text ist gemeinfrei (und auch im Netz zugänglich: http://www.zeno.org/Literatur/M/Lassalle,+Ferdinand/Drama/Franz+von+Sickingen). Zu Leben und Werk des Autors siehe anstatt weiterer: Hans Peter Bleuel: Ferdinand Lassalle oder der Kampf wider die verdammte Bedürfnislosigkeit, München 1979 (auch: Frankfurt am Main 1982); Hans-Jürgen Friederici: Ferdinand Lassalle. Eine politische Biographie, Berlin 1985.

ter Erkenntnis und leidenschaftlicher Ergreifung durch die Adern alles Volkes jagen.“[5]

Das war ein gewagtes Vorhaben in der Zeit der Reaktion und zudem noch in Preußen, dem Hort der Reaktion. Dort herrschte nach der Niederschlagung der Revolution 1848/49 König Friedrich Wilhelm IV. fast absolutistisch, und die Abgeordneten beider Kammern wurden über das Dreiklassenwahlrecht zusammengesetzt. Es bestand ein Polizeisystem, das von Großgrundbesitzern, protestantischer Kirche und Beamtentum unterstützt wurde. Alle möglichen Ansätze einer Opposition wurden polizeilich und gerichtlich verfolgt. Allerdings hatte im Oktober 1857 Prinz Wilhelm, der Bruder des Königs, die Regierungsgeschäfte, 1858 dann die Regentschaft übernommen. Er versprach eine „Neue Ära“ und schien sie mit der Ablösung des reaktionären Kabinetts Manteuffel und der Benennung der gemäßigt liberalen Regierung unter dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen auch einzuleiten. Aber so liberal war man in Berlin nun doch nicht, den „Sickingen“ aufzuführen, zumal wenn bekannt werden würde, dass der anonyme Verfasser der polizeibekannte rheinische Revolutionär der 48-er Revolution Ferdinand Lassalle war.

Nachdem am 31. Januar 1859 von Hülsen die Aufführung des Dramas „vorläufig“ abgewiesen hatte, arbeitete Lassalle es als Buchfassung aus. Im Februar 1859 lag sie vor. Anfang März 1859 erstellte Lassalle das Manuskript „Über die formelle Idee des Dramas“, das er als Begleitbrief und Interpretation zusammen mit seinem Drama an befreundete Personen, insbesondere an die Berliner Gruppe der Hegelianer, versandte. In diesem Begleitbrief[6] wird ausführlich der Hauptkonflikt in Revolutionen betont, nämlich das Führer-Masse-Problem, das den Revolutionär zu listigen Handlungen zwinge. „Der hier stets wiederkehrende dialektische Widerspruch ist kurz folgender. Die Stärke der Revolution besteht in ihrer Begeisterung, diesem unmittelbaren Zutrauen der Idee in ihre eigene Kraft und Unendlichkeit. Aber die Begeisterung ist – als die *unmittelbare* Gewißheit von der Allmacht der Idee – zunächst ein abstraktes Hinwegsehen über die endlichen Mittel zur wirklichen Ausführung und über die

5 Ferdinand Lassalle: Nachgelassene Briefe und Schriften, hrsg. von Gustav Mayer. Bd. 2: Briefwechsel von der Revolution von 1848 bis zum Beginn seiner Arbeiteragitation. Stuttgart-Berlin 1923, S.167-174.

6 Beilage zum Brief Lassalles an Marx vom 6. März 1859, in: Ferdinand Lassalle: Nachgelassene Briefe und Schriften, hrsg. Gustav Mayer, Bd. 3: Der Briefwechsel zwischen Lassalle und Marx nebst Briefen von Friedrich Engels und Jenny Marx an Lassalle und von Karl Marx an Gräfin Sophie von Hatzfeld, Stuttgart-Berlin 1922, S.151-158.

Schwierigkeiten der realen Verwirklichung. Die Begeisterung muß sich insofern auf die reale Verwirklichung und in eine Operation mit den endlichen Mitteln einlassen, um in der endlichen Wirklichkeit ihre Zwecke zu erreichen. Sie scheint sonst in ihrem idealistischen Schwärmen für den Zweck die praktische Seite der Verwirklichung zu übersehen.
Unter diesen Umständen scheint es ein Triumph übergreifender realistischer Klugheit seitens der Revolutionsführer, mit den gegebenen Mitteln zu rechnen, die wahren und letzten Zwecke der Bewegung andern (und beiläufig eben dadurch häufig sogar sich selbst) geheimzuhalten, und dadurch diese beabsichtigte Täuschung der herrschenden Klassen, ja durch die Benützung dieser, die Möglichkeit zur Organisation der neuen Kräfte zu gewinnen, um so durch dies klug erlangte Stück Wirklichkeit die Wirklichkeit selbst dann zu besiegen." Doch der Revolutionär müsse scheitern, weil die herrschende Klasse sich nicht täuschen lasse. Lassalle thematisiert damit – wie Shelemoh Na'aman meint[7] – als Hauptkonflikt das allgemeine Führung/Führer-Masse-Problem in sozialen Bewegungen und politischen Organisationen.

3. Die Kritik von Marx und Engels an Lassalles „Franz von Sickingen"

Lassalle, Marx und Engels kannten einander persönlich und waren als handelnde Revolutionäre auch gemeinsam tätig. Im Zusammenhang mit den revolutionären Ereignissen lernten sie sich im August 1848 kennen: Lassalle, 23-jährig, wirkte aktiv als Redner und Organisator in der demokratischen Bürgerwehr und im Düsseldorfer Volksclub, Marx, schon dreißig Jahre alt, im „Bund der Kommunisten" und bei der „Neuen Rheinischen Zeitung". Der 28-jährige Engels gehörte zu den Mitorganisatoren der rheinischen Volksversammlungen bei Köln und Neuß, beteiligte sich im Mai 1849 am Elberfelder Aufstand und an den pfälzisch-badischen Kämpfen der sogenannten „Reichsverfassungskampagne".[8] Die drei standen auch in den folgenden Jahren in brieflichem Kontakt.

---

7 Siehe Shelomoh Na'aman: Lassalle, Hannover 1970, S.285-304.

8 Zu Engels siehe allgemein: Helmut Hirsch: Friedrich Engels, Reinbek 10. Aufl. 1993; sowie speziell Richard Albrecht: GegenSpieler – Der General und sein Schatten: Engels, Stieber & die preußische Reaktion 1851/52. Historischer Bericht zum ersten Kommunistenprozeß zu Köln; in: Nikolaus Gatter (Hrsg.): Wie die Geschichte um eine Ecke geht [Almanach der Varnhagen Gesellschaft 1), Berlin 2000, S.197-207, kostenlose Netzversion (2005): http://www.grin.com/e-book/109167/gegenspieler-der-general-und-sein-schatten-engels-stieber-die-preussische.

Das Sickingenthema war auch Marx und Engels nicht unbekannt: Engels verfasste 1850 seine Artikelserie „Der deutsche Bauernkrieg“, und die spätere Frau von Marx lebte seit 1842 in Kreuznach. Dort heirateten sie 1843 in der Paulskirche. Sie besuchten während ihrer Hochzeitsreise auch die Bernburg. Darüber hinaus war – und ist – der „Sickingen“, wenn auch verklärt, im historischen Kollektivgedächtnis der regionalen Bevölkerung durchaus präsent.

Nachdem Lassalle sein „Sickingenbuch“ auch an Marx und Engels geschickt hatte, beantworteten sie seine Anfrage zur Beurteilung und Kritik brieflich, Marx am 19. April 1859 und Engels am 18. Mai 1859.

Dabei bewerteten sie nicht Lassalles theoretische Schrift „Über die formelle Idee des Dramas“, sondern allein das Schauspiel selbst.

Das Drama thematisiert den Versuch, in der Zeit von 1500 bis 1525 Deutschland als Nation zu konstituieren. Als Akteure treten einerseits die Adels- oder Ritterpartei und andererseits die Bauernpartei auf. Beide Parteien scheitern aber an der Bewältigung dieser historischen Aufgabe, weil sie historisch unterschiedliche Interessen repräsentieren und vertreten, die nicht miteinander vereinbar sind. Damit ist der dramatische Konflikt gekennzeichnet.

Marx und Engels anerkennen Lassalles Wahl des dramatischen Konfliktes durchaus. So schreibt Marx: „Die beabsichtigte Kollision ist nicht nur tragisch, sondern ist die tragische Kollision, woran die revolutionäre Partei von 1848-49 mit Recht untergegangen ist. Ich kann also nur meine höchste Zustimmung dazu aussprechen, sie zum Drehpunkt einer modernen Tragödie zu machen.“[9] Auch Engels stimmt zu: „Um auf das Formelle zunächst einzugehen, so hat mich die geschickte Schürzung des Knotens und das durch und durch Dramatische des Stücks sehr angenehm überrascht.“[10]

Doch das war im Wesentlichen die gesamte *Zustimmung*. Alle anderen, kritischen Anmerkungen zielen auf die Substanz des Schauspiels: die dramatische Umsetzung des Konflikts, die dichterische Gestaltungsart und die Figurenwahl, und sie münden in einer Kritik an Lassalles idealistischem und subjektivistischem Standpunkt.

Formal lässt sich diese Kritik in eine ästhetische und eine inhaltliche unterscheiden.

---

9 Marx an Ferdinand Lassalle in Berlin, 19. April 1859, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 29, S.590-593, hier S.590f.; Marxismus und Literatur I, S.64-66, hier S.65.
10 Engels an Ferdinand Lassalle in Berlin, 18. Mai 1859, in: MEW. Bd. 29, S.600-605, hier S.601; Marxismus und Literatur I, S.67-71, hier S.68.

An der ästhetischen Umsetzung des Stoffes wird bemängelt, dass die Dialoge zu breit angelegt und für das Theater, auch im Zusammenhang mit Mimik und Gestik der Schauspieler, ungeeignet seien. Überhaupt sei die Zeichnung der Personen einerseits zu abstrakt und andererseits wieder zu individualisierend. Insgesamt sei die ganze Anlage des Dramas zu abstrakt und zu eng an Schiller angelehnt. So meint Engels: „Für *meine* Ansicht vom Drama, die darauf besteht, über dem Ideellen das Realistische, über Schiller den Shakespeare nicht zu vergessen, hätte die Hereinziehung der damaligen so wunderbar bunten plebejischen Gesellschaftssphäre aber noch einen ganz andern Stoff zur Belebung des Dramas, einen unbezahlbaren Hintergrund für die vorn auf der Bühne spielende nationale Adelsbewegung abgegeben, diese eben erst selbst ins rechte Licht gesetzt.“[11]
Inhaltlich zielt die Kritik dahin, dass Lassalle den Konflikt, in dem Sickingen stand, nicht richtig gesehen habe. Marx schreibt: „Sickingen (und mit ihm Hutten, mehr oder minder) ging nicht unter an seiner Pfiffigkeit. Er ging unter, weil er als *Ritter* und als *Repräsentant einer untergehenden Klasse* gegen das Bestehende sich auflehnte oder vielmehr gegen die neue Form des Bestehenden. [...] Daß er die Revolte unter dem Schein einer ritterlichen Fehde beginnt, heißt weiter nichts, als daß er sie *ritterlich* beginnt. Sollte er sie anders beginnen, so müßte er direkt, und gleich im Beginn an Städte und Bauern appellieren, d.h. exakt an die Klassen, deren Entwicklung = negiertem Rittertum.“[12]
Ähnlich argumentiert auch Engels. Er sieht „das tragische Moment, daß diese Grundbedingung, die Bauernallianz, unmöglich war“. Und weiter: „Aber ich will Ihnen keineswegs das Recht bestreiten, Sickingen und Hutten so aufzufassen, als hätten sie vorgehabt, die Bauern zu emanzipieren. Damit hatten Sie aber sogleich den tragischen Widerspruch, daß beide zwischen den Adel einerseits, der dies entschieden *nicht* wollte, und die Bauern andrerseits, gestellt waren. Hier lag meiner Ansicht nach die tragische Kollision zwischen dem historisch notwendigen Postulat und der praktisch unmöglichen Durchführung. Indem Sie dies Moment fallenlassen, reduzieren Sie den tragischen Konflikt auf die geringeren Dimensionen, daß Sickingen, statt gleich mit Kaiser und Reich, nur mit einem Fürsten angebunden habe [...] und lassen ihn einfach an der Gleichgültigkeit und Feigheit des Adels untergehn.“[13]

11 Engels an Lassalle, S.603; Marxismus und Literatur I, S.70.
12 Engels an Lassalle, S.591; Marxismus und Literatur I, S.65.
13 Engels an Lassalle, S.604; Marxismus und Literatur I, S.70f.

Der Konflikt Sickingens, sein intellektuelles Gebrechen, besteht, so Engels, *nicht* im Mangel an der dialektischen Einsicht bei der praktischen Realisierung des Aufstandes, wie Lassalle ihn zu gestalten glaube, sondern der Konflikt des unhistorischen Sickingen bestehe darin, dass das Vorhaben, die deutschen Lande zu zentralisieren und zur Nation auszubilden, nicht durchführbar war, weil die gesellschaftlichen Klassengegensätze der Handelnden antagonistisch waren. So fußten die Kritik des Bauern Balthasar und dessen Ratschläge an seinen Herrn Sickingen auf einer Illusion, die Lassalle teile.
Lassalle wollte als Dramatiker den individuellen Konflikt des Revolutionärs als das Tragische jeder Revolution gestalten, während Marx und Engels die historische Tragik in der gesellschaftlichen Konstellation und ihren Akteuren als „politische Partei“ sahen.[14]

4. Unterschiede und Gegensätze in Fragen der Ästhetik zwischen Lassalle einerseits und Marx und Engels andererseits

Literaturwissenschaftler betonten, dass Lassalle in seinem Sickingendrama versucht habe, sich seiner eigenen Rolle als Intellektueller und revolutionärer Arbeiterführer bewusst zu werden. Deshalb hätte er sein Drama auch so nachhaltig gegenüber der Kritik vor allem von Marx und Engels verteidigt.
Lassalle bestreitet zunächst vehement, dass sein Thema nicht passend für die angestrebte Kollision sei, mit folgendem Argument: „Aber diese kritisch-philosophische Geschichtsanschauung, in der sich eherne Notwendigkeit an Notwendigkeit knüpft und die eben deshalb auslöschend über die Wirksamkeit *individueller* Entschlüsse und Handlungen hinwegfährt, ist eben darum kein Boden weder für das *praktische revolutionäre Handeln* noch für die *vorgestellte dramatische Aktion*. Für beide Elemente ist vielmehr Voraussetzung von der umgestalteten und entschiedenen Wirksamkeit *individuellen* Entschließens und Handels der unerläßliche Boden, ohne den ein *dramatisches* zündendes Interesse ebenso wie eine kühne Tat nicht möglich ist.“[15]
Lassalle wendet sich gegen einen historisch-mechanischen Determinismus, stattdessen ist für ihn der subjektive Wille eine wesentliche Voraus-

14 Lassalle sprach im Brief an Marx/Engels am 27. Mai 1859 von der „tragischen Kollision der revolutionären Situation selbst“, die in jeder „revolutionären Lage“ da sei. (Marxismus und Literatur I, S.75f.).
15 Ebenda, S.75.

setzung revolutionären Handelns. Auf der Bühne sollte das *Individuum* als *Individuum* und *nicht* als *Typus* stehen.

Demgegenüber stellte Friedrich Engels schon Jahre zuvor in seiner Artikelserie „Der deutsche Bauernkrieg" (1850) fest: „Die Zersplitterung Deutschlands, deren Verschärfung und Konsolidierung das Hauptresultat des Bauernkriegs war, war auch zu gleicher Zeit die Ursache seines Mißlingens."[16] Der Bauernkrieg hätte sich nur dann zu einer erfolgreichen Revolution entwickeln können, wenn es gelungen wäre, die Zersplitterung in verschiedene Klassen und Schichten unter der Bevölkerung zu vereinfachen und den Feudaladel entscheidend zu schwächen: „Jene Spaltung der ganzen Nation in zwei große Lager, wie sie beim Ausbruch der ersten Revolution in Frankreich bestand, wie sie jetzt auf einer höheren Entwicklungsstufe in den fortgeschrittensten Ländern besteht, war unter diesen Umständen rein unmöglich; sie konnte selbst annähernd nur dann zustande kommen, wenn die unterste, von allen übrigen Ständen exploitierte Schichte der Nation sich erhob: die Bauern und Plebejer."[17]

Danach waren die kämpfenden Bauern revolutionär, denn sie allein konnten das Feudalsystem entscheidend schwächen und zudem die „versteinerten Verhältnisse [...] zum Tanzen zwingen"[18], das heißt, die unterschiedlichen Klassengegensätze – auch den zwischen Stadt und Land – aufbrechen lassen. Aber da sie gleichzeitig das „Land" repräsentierten, konnten sie die Auseinandersetzung nicht progressiv, damit revolutionär wenden. In dieser Konfliktlage sieht Engels die Parallele zur 1848/49-er Revolution, in der das Proletariat zwar auch die gesellschaftlichen Verhältnisse sprengen musste, gleichzeitig in antagonistischem Gegensatz zur Bourgeoisie stand, weshalb die deutsche Bourgeoisie sich mit dem Adel verbündete.

Für Lassalle nun wieder sind die Bauern (im 16. Jahrhundert) stockreaktionär. Er entgegnet Marx und Engels: „Sind aber endlich auch die Bauernkriege *nicht* von der Natur, die Ihr Ihnen zu leihen scheint. Sie sind vielmehr a) *nicht* revolutionär; b) und sogar in höchstem Maße – *in letzter Instanz – reaktionär*, *ganz so reaktionär*, wie es der *historische Sickingen* (nicht der meinige) *und die historische Adelspartei selbst* nur waren!"[19]

16 Friedrich Engels: Der deutsche Bauernkrieg, in: MEW, Bd. 7, S.327-413, hier S.411.
17 Ebenda, S.341.
18 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S.378-391, hier S.381.
19 Marxismus und Literatur I, S.89.

Lassalle anerkennt nicht die Aktivitäten der Bauern als einfache Negation der gesellschaftlichen Verhältnisse, auch sieht er keine Klasse im 16. Jahrhundert, die die Negation der Negation hätte vornehmen können. Für ihn sind alle damaligen gesellschaftlichen Kräfte reaktionär. Er sieht auch nicht, dass die gesellschaftlichen Klassenverhältnisse das Ergebnis widersprüchlicher Entwicklungen der Produktionsverhältnisse waren und sein Dramenheld in dieses Geflecht eingebunden war, vielmehr vertritt er einen individualistischen und voluntaristischen Standpunkt: „Und ich will Dir auch zugeben, obwohl man gar manches dagegen sagen könnte, daß das *historisch bestimmte Individuum* Sickingen sich als Klassenindividuum betragen und diese Richtung eingenommen hätte. Aber *absolut notwendig* ist dies von einem *Individuum* nicht. Ein Individuum kann sich immerhin, zumal wenn es ideologische Bildung hat [...] ganz über seine Klasse hinausheben.“[20]

Lassalles idealisierter Sickingen will voluntaristisch den nicht lösbaren Interessengegensatz zwischen nationaler Adelsbewegung und Bauernbewegung versöhnen, um eine Nation zu konstituieren. Er missachtet die materiellen Interessengegensätze, unterschätzt die Klassengegensätze und überhöht die mögliche individuelle revolutionäre Tat.

Dies kritisierte Engels: „Davon abgesehn, erscheint mir aber grade, daß diese Zurücksetzung der Bauernbewegung der Punkt ist, durch den Sie verleitet worden sind, auch die nationale Adelsbewegung, wie mir scheint, nach einer Seite hin unrichtig darzustellen und zugleich das *wirklich* tragische Element in Sickingens Schicksal sich entgehen zu lassen. Meiner Ansicht nach dachte die Masse des damaligen reichsunmittelbaren Adels nicht daran, mit den Bauern eine Allianz zu schließen; seine Abhängigkeit von den durch die Bauernbedrückung erhaltenen Einkünften ließ dies nicht zu. Eine Allianz mit den Städten wäre eher möglich gewesen; sie kam aber auch nicht oder nur sehr teilweise zustande.“[21]

Engels bemängelte nicht, dass Lassalle mit seinem Sickingen eine untypische und unhistorische Figur gestaltete, sondern dass Lassalle seinen Sickingen „zwischen den Adel einerseits, der dies entschieden *nicht* wollte, und die Bauern andrerseits“ gestellt und ihn damit in eine „tragische Konstellation“ gebracht hätte. Aus Engels Sicht würde Lassalle damit einen realen sozialhistorischen Konflikt in einen persönlich-sittlichen verkehren, den Konflikt personalisieren und seinen Protagonisten idealisieren.

---

20 Ebenda, S.80.

21 Engels an Lassalle, S.603f.; Marxismus und Literatur I, S.70.

5. Die historische „Sickingen-Debatte": Ansätze (zu) einer marxistischen Ästhetik

Aus dem Briefwechsel zwischen Lassalle und Marx/Engels lassen sich als allgemeine Aspekte für eine marxistische Ästhetik des historischen Dramas herausarbeiten:

(a) Die Themenwahl eines historischen Dramas hat den typischen, ökonomisch gesehen antagonistischen Widerspruch der jeweiligen Gesellschaftsformation zugrunde zu legen bzw. die Handlung auf diesem Widerspruch aufzubauen.

(b) Dieser Widerspruch muss sich in der Wahl der Personen widerspiegeln. Die Personen sollen Typen und Charaktere dieser antagonistischen Klassen bzw. Zwischenklassen repräsentieren.

(c) Darüber hinaus sollen die Figuren aber auch individuelle Züge tragen, in denen sich jedoch wiederum klassenspezifische Sonderheiten (Essen, Trinken, Reden, Kleidung etc.) zeigen. Der gesellschaftliche Widerspruch soll individuell verkörpert werden.

(d) Auf der Bühne sollen der Konflikt und die Personen in Bewegung, das meint in Aktion, ausgedrückt und nicht deklamatorisch verhandelt werden. Entsprechend sollen Dialoge und nicht Monologe vorherrschen.

(e) Letztlich soll ein historisches Drama realistisch sein und nicht die historische Wirklichkeit idealistisch-subjektivistisch umbiegen – woraus für jeden „revolutionären Realismus" (Georg Lukács) folgt, dass eine richtige, das heißt eine ernste Erforschung der historischen Realität primäre Bedingung der künstlerischen Wahrheit ist (Alexander Dymschitz).

Diskussion

Nicht Kitt der Gesellschaft, sondern Sauerteig. Gedanken zu Hanfried Müllers Autobiografie „Erfahrungen/Erinnerungen/Gedanken“[1]

Gert Wendelborn

Es ist dies die Autobiografie eines Theologen, aber sie ist eminent politisch. Sie kreist nicht, wie Dieter Kraft in seinem Vorwort hervorhebt, um die Person von Hanfried Müller, schon gar nicht um dessen private Befindlichkeit, sondern widerspiegelt gesellschaftliche und kirchenpolitische Verhältnisse und Entwicklungen im Fokus persönlicher Erfahrungen und Erinnerungen. Hanfried Müller lebte von 1925 bis 2009. Er konnte seine Autobiografie nicht mehr vollenden. Sie schließt bzw. musste abgebrochen werden im Jahre 1973. Das ist zu bedauern, doch auch als Fragment ist sie äußerst aussagekräftig. Zudem stellen seine vielen Aufsätze in den von ihm herausgegebenen „Weißenseer Blättern“, die von 1982 bis 2006 erschienen, eine ausgezeichnete Ergänzung dar. Selbstverständlich geht eine Autobiografie in zeitlicher Ordnung vor, aber Müller durchbricht diese zuweilen zwecks Darstellung sachlicher Zusammenhänge.

Für beide Eltern war bürgerliche Solidität kennzeichnend, und deshalb empfanden sie NS-Demagogie und -terror als barbarisch. Trotzdem musste Müller sich fast alle seine Erkenntnisse selbst aneignen. Ursprünglich sollte er wie sein 1938 verstorbener Vater Jurist werden, doch er stieß 1942 zu einem Schüler-Bibelkreis der Bekennenden Kirche (BK) in der Grauzone zwischen Legalität und Illegalität. Die BK prägte ihn in theologisch-kirchlicher Hinsicht zeitlebens entscheidend, obgleich er über alle seine Lehrer hinausging und einen unverwechselbar eigenen Standpunkt entwickelte. Noch im Herbst 1943 musste er als Funker an die italienische Front und wurde von Partisanen gefangen genommen.

1945, nach seiner Rückkehr in seine westdeutsche Heimat, wurde er, der den Untergang des Hitlerfaschismus als Befreiung empfand, damit konfrontiert, dass die Mehrheit der Bevölkerung ihn dort als Trauertag wahrnahm. Er begrüßte zunächst von Herzen das Stuttgarter Schuldbekennt-

---

1 Hanfried Müller: Erfahrungen/Erinnerungen/Gedanken. Zur Geschichte von Kirche und Gesellschaft in Deutschland seit 1945, GNN Verlag, Schkeuditz 2010, 300 S.

nis der evangelischen Kirche und begriff erst später, dass auch nach der innenpolitischen Schuld der zuvor Regierenden, vor allem aber nach der Schuld der herrschenden Klasse zu fragen war. So entwickelte er sich schnell zu einem revolutionären Antifaschisten, der schließlich „so etwas wie ein Kommunist" wurde. Er bekannte sich zum Potsdamer Abkommen gegen die, die das für charakterlose Anpassung an die Besatzer hielten, und bedauerte, dass die westlichen Besatzungsmächte schnell die Entnazifizierungsmaßnahmen abbrachen zwecks Reintegration Deutschlands in die antikommunistisch-antisowjetische Front.

Müller studierte Theologie zuerst in Bonn und dann in Göttingen. Schon in Bonn begegnete er Rosemarie Streisand, die seine engste theologische und politische Bundesgenossin und Ehefrau wurde. In diesem „Dual" lag ein großer Segen für die beiden; zu diesem Schluss muss man kommen selbst angesichts ihrer fast lebenslänglichen Isolierung wegen ihrer für viele unerträglichen parteilichen Positionsbestimmung. Es war aber auch ein Segen für uns alle, die wir uns ihnen zutiefst verbunden fühlten. Schon in Bonn lernten sie Karl Barth kennen, wurden aber noch mehr von Hans-Joachim Iwand und den Großen der Württembergischen Sozietät wie Hermann Diem geprägt, Rosemarie Müller auch von Ernst Wolf und er selbst dann bei der Arbeit an seiner Dissertation vom späten Dietrich Bonhoeffer mit seinen Gefängnisbriefen. Hanfried und Rosemarie Müller gehörten in Göttingen einem Arbeitskreis zum Studium des Marxismus an, gründeten die dortige FDJ-Hochschulgruppe mit und beteiligten sich am 3. Deutschen Volkskongress Ende Mai 1949 in Ost-Berlin, wo erstmals prominente ostdeutsche Politiker sie beeindruckten, wo sie aber auch ihnen gegenüber ihren Standpunkt – etwa zur nationalen Frage – unbeugsam vertraten.

Da Hanfried und Rosemarie Müller in Göttingen die wissenschaftliche Arbeit an ihren Dissertationen immer mehr erschwert wurde und das antikommunistische Klima sich immer mehr verhärtete, auch die Remilitarisierung eingeleitet wurde, siedelten sie im Frühherbst 1952 in die DDR über. Es war eine lebenslang dauernde Entscheidung. Natürlich wollten sie ihre wissenschaftliche Arbeit nun an der Humboldt-Universität fortsetzen, standen dort aber einem allgemeinen Boykott gegenüber, der nur von Hochschullehrern wie Heinrich Vogel durchbrochen wurde. Frucht ihrer Arbeit aber waren fulminante Werke über Luther (Rosemarie Müller) und Bonhoeffer, die freilich nur von wenigen wie mir als befreiend empfunden, von der großen Mehrheit aber erbittert abge-

lehnt wurden. In beiden Fällen ging es ihnen nicht nur um die großen Persönlichkeiten der Kirchengeschichte, sondern um sie als Repräsentanten einer Reformation, die im 16. wie im 20. Jahrhundert weg von der Gebundenheit ihrer Kirche in das Gesellschaftsgefüge ihrer Zeit, weg von der „babylonischen Gefangenschaft“ zu wahrer evangelischer Freiheit an der Seite der Armen und Entrechteten führen musste, in beiden Fällen freilich in den Anfängen stecken blieb.

In gesellschaftlicher Hinsicht war Müller zunächst eng mit dem Zentralrat der FDJ verbunden, bevor dieser 1953 zu ihm auf Distanz ging. Früh begann Müller auch den Gedankenaustausch mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS), worüber er ohne die heute fast selbstverständlichen Entschuldigungsgesten unbefangen und faktenreich berichtet. Er suchte das Gespräch mit bedeutenden SED-Funktionären, etwa mit Willi Barth von der Arbeitsgruppe des ZK für Kirchenfragen, etwas später mit Staatssekretär Werner Eggerath und noch später auch mit Paul Verner und der besonders gelobten Hanna Brede von der Berliner Bezirksleitung der SED. Dagegen eignete er sich für Leitungsfunktionen nicht, was auch seine Freunde bald erkannten. Er war ihnen zu prinzipienfest; es fehlte ihm also an Kompromissbereitschaft. Wo er aber das Gespräch führte, konnte er stets auf scharfer Analyse beruhende Ratschläge geben, die leider nicht immer aufgegriffen wurden.

An vielen Stellen seiner Autobiografie erweist Müller diese Tiefenschärfe, und gleichgültig, ob man allen seinen Wertungen zustimmt oder nicht, kann man bei unbefangenem Urteil über seine ungewöhnliche Klugheit nur staunen. Nehmen wir das Jahr 1953, kirchenpolitisch wie allgemeinpolitisch ein besonders wichtiges Jahr. Er bewertet den Streit um die Junge Gemeinde m. E. richtig eher als Kultur- denn als Kirchenkampf. Hinsichtlich des 11. und 17. Juni 1953 urteilt er, dass es Fehler sowohl vor als auch nach dem 11. Juni, dem Tag der Verkündung des „Neuen Kurses“, gab, beide Male nicht ohne Moskaus Schuld, dass aber die allzu schnelle Kehrtwende auch bereits Züge eines Kapitulantentums trug. Der Putsch am 17. Juni, von außen gelenkt, sei fehlgeschlagen, aber der Patient sei bereits von einem Husten befallen gewesen, der sich am Ende der DDR zu einer Lungenentzündung ausgeweitet habe.

Ungemein aufschlussreich ist, was Müller über seine einzige Reise in die Sowjetunion 1956 mit einem FDJ-Freundschaftszug berichtet. Er empfand das dortige kulturelle Erbe als byzantinisch-asiatisch-orientalisch, und das Nebeneinander von feudalem und sozialistischem Prunk bei der

bäuerlichen Einfachheit der Massen war ihm zu unvermittelt. Zudem vermisste er die städtische Kultur einer bürgerlichen Gesellschaft. Auch zur Russischen Orthodoxen Kirche fand er als rheinischer Reformierter kein inneres Verhältnis, und er meint sicher mit Recht, dass leider die „Lebendige Kirche" als Versuch einer grundlegenden Reformation dieser veralteten Kultkirche, die auf klerikale Ansprüche nicht wirklich verzichtete, damals schon lange erdrosselt war. Müller sah auch im Mausoleum Stalin noch neben Lenin liegen und knüpft daran Überlegungen, die niemand kaltlassen werden.

Er entdeckte bei Stalin Züge von bis zu Brutalität reichender Vitalität und Energie, hinter der sich aber keinesfalls bloß Schlauheit und List zu verbergen schienen, sondern ebenso starke Intellektualität, sodass er als spätes östliches Pendant zum Renaissance-Menschen gelten könne. Stalin habe unter riesigen Opfern eine Grundindustrie aus dem Boden stampfen und den revolutionären Prozess gegen die Isolierung einer Avantgarde von den sie tragenden Massen und gegen den Rückfall durch schleichende Rekapitalisierung schützen müssen. Das sei freilich mit massenhaften Exzessen verbunden gewesen und habe die Entwicklung einer sozialistischen Demokratie nachhaltig behindert. Der Streitpunkt sei nicht, ob man über die Verfasstheit der sozialistischen Gesellschaft unter Stalin hinausschreiten musste. Aber die wirkliche Aufgabe sei bei seiner Verurteilung nicht einmal gesehen worden: die Massen zu befähigen, Lehrsätze und Entscheidungen zu prüfen, historisch überholte zu korrigieren und zukunftweisende zu formulieren.

Ulbricht dagegen vollzog, wie Müller richtig anmerkt, Ende der 1960er-Jahre bedeutende sozialistische Entwicklungsschritte in besonders zivilisierter Form. Überhaupt hält er die 1960er-Jahre für die beste Zeit der DDR. Das zeigten schon die in Kraft gesetzten neuen Gesetzbücher, besonders das Strafgesetzbuch – Gesetzbuch der Arbeit und Familiengesetzbuch wären zu ergänzen –, auch die Müller persönlich betreffende III. Hochschulreform. Sie beendete die Zeit seines Boykotts an der Theologischen Fakultät definitiv und verschaffte ihm – im Schlussteil ausführlich dargestellt – neue Wirkungsmöglichkeiten unter den Studenten, deren Ertrag in der „Evangelischen Dogmatik im Überblick" (1978) vorliegt. Grundlegend aber war die 1968 nach breiter Diskussion mit dem Volk, in die auch Müller persönlich einbezogen war, in Kraft gesetzte neue sozialistische Verfassung, nachdem der Weimarer Verfassung mit der ersten Verfassung der DDR nur die schlimmsten Giftzähne gezogen worden

waren und sie nach 20 Jahren fast völlig von der gesellschaftlichen Realität überholt war. In die die Kirchen und Gläubigen betreffenden Passagen der neuen Verfassung, die erfreulich kurz und knapp ausfielen, waren Müllers Vorschläge eingeflossen. Dabei sei freilich, wie er meint, aus dem Wein eine Schorle geworden.

Davon unterschieden wird die westdeutsche Revolte mit Rudi Dutschke als desorientierendem Revoluzzer an der Spitze und mit einer bunten Mischung aus echten revolutionären Erkenntnissen und blindem Revoluzzertum. Ihr habe die Anleitung durch erfahrene Genossen gefehlt, die Erfahrung der Antifaschisten von 1945. Müller hebt die zeitweise positive Entwicklung in der DDR aber auch von den Vorgängen in der ČSSR 1968 ab, wozu ein höchst aufschlussreicher, langer Brief an den Prager Theologen Jan Heller im Wortlaut zitiert wird. Berechtigt ist dabei sicher die Warnung vor einer von den Massen entfernten elitär-esoterischen Intelligenz mit der ihr eigenen Arroganz. Zentral ist seine Feststellung, dass am 21. August 1968 die schleichende Konterrevolution präventiv an der vollen Entfaltung gehindert worden sei, denn der Schritt vom Sozialismus zum Neutralismus sei konterrevolutionär. Besser als die Unterdrückung der Arbeiterklasse sei für die großbürgerliche Klasse ihre Korrumpierung. Man täusche nur sich und andere, wenn man hoffe, durch Konzessionen einen Gegner im Klassenkampf zum Verzicht auf seine elementaren Interessen zu bringen. Ausdehnungs- und Rückdrängungsbedürfnis gegenüber dem Sozialismus gehörten nun einmal zum Wesen des Imperialismus. Der Gegner verlangte 1968 „nur“, dass man kein Freund der Sowjetunion, nicht prinzipienfest und nicht diszipliniert sei. Die an diesem Tag in der ČSSR einmarschierte militärische Schutzmacht habe keine Exekutivgewalt übernommen. Sie sei keine Aggressions- und Annexionsgewalt gewesen, habe aber die Grenze gesichert, die Möglichkeit geboten, Fehler zu korrigieren, und die Chance zur Konsolidierung der sozialistischen Demokratie gegeben.

Solche Feststellungen sind das Gegenteil dessen, was heute alle Welt behauptet und was man für selbstverständlich hält. Auch ich selbst sehe ungeachtet meiner grundlegenden Gemeinsamkeit mit Hanfried Müller in politischer wie in geistlich-theologischer Hinsicht manches anders als er. Der Zufall will es, dass meine eigene Autobiografie „Christentum und Sozialismus. Als Theologieprofessor in der DDR“ ebenfalls 2010 (beim Bonner Verlag Pahl-Rugenstein) erschien. Dort kann der Leser dieser Bemerkungen unsere Lebensverläufe detailliert vergleichen. Ich sehe z. B.

die CDU der DDR, der ich selbst von 1962 bis 1990 angehörte, weit positiver. Für die DDR engagierte Theologen wie Johannes Leipoldt und Gerhard Kehnscherper kann ich, anders als Müller, trotz ihrer problematischen Vergangenheit in der NS-Zeit nicht so abwerten wie er. In einigen Fällen bin ich um ein differenzierteres Urteil bemüht, was aber an allem zuvor positiv Gesagten nichts ändert.

Da die Redaktion mir dankenswerterweise auch Raum zur Diskussion einräumt, möchte ich besonders auf Folgendes hinweisen:

Zuweilen war unser Standort nicht der gleiche. Ich bin zehn Jahre jünger als Hanfried Müller, verbrachte mein ganzes Leben in Rostock und damit in der sich herausbildenden DDR. Meine Landeskirche war und ist die mecklenburgische lutherische Landeskirche. Auch in ihr gab es eine BK, aber sie trug konfessionell-lutherischen Charakter und distanzierte sich von der Barmen-Dahlemer Linie der BK. Wie Müller von einem Schülerbibelkreis der BK geprägt wurde, so ich seit 1945 von der Jungen Gemeinde meiner Heimatstadt, und zwar in solchem Maße, dass ich mich 1951 zum Theologiestudium entschloss. Müller merkt über die Junge Gemeinde nur an, dass Otto Dibelius als oberster Repräsentant der Evangelischen Kirche in Deutschland sie als Kampftrupp gegen die ungeliebte staatliche Ordnung in Ostdeutschland missbrauchte. Das ist gewiss richtig, doch habe ich in meiner Autobiografie anhand zahlreicher Fakten dargelegt, wie unterschiedlich meine dortigen Erfahrungen waren. Zum einen wurde ich hier tiefgründig in die Bibel eingeführt, denn damals stand die „Bibelarbeit“ noch im Mittelpunkt der Zusammenkünfte, dazu wertvolle Bestandteile der Heimatliteratur, der Provinzial- und Kirchengeschichte. Ich fühlte mich sehr wohl bei den Fahrten am Wochenende und bei den Freizeiten in den Sommerferien.

In politischer Hinsicht aber musste ich mir meinen Standpunkt abseits von den Aussagen in der Jungen Gemeinde, ja im Gegensatz zu ihnen suchen. Es gab nicht die geringste Zurüstung zu einem orts- und zeitgerechten Glauben, wie etwa später Moritz Mitzenheim mit seiner „politischen Diakonie“ oder der Bund Evangelischer Pfarrer in der DDR sie anstrebten. Über die entstehende DDR wurde nie anders als in einem verächtlichen Tonfall gesprochen.

Insofern konnte es nicht verwundern, dass es zum Konflikt mit der Staatsmacht kommen musste, zumal die Junge Gemeinde Züge einer zweiten, so nicht zugelassenen Jugendorganisation aufwies. Das von uns getragene Kugelkreuz sollte zwar, wie man uns einschärfte, Zeichen und

nicht Abzeichen sein, aber die Grenzen waren naturgemäß fließend. Tatsache ist, dass viele Mitschüler an den Veranstaltungen der Jungen Gemeinde teilnahmen, obgleich sie an Glaubensfragen nicht im Geringsten interessiert waren. Andererseits meine ich nun eben doch, dass die Kampagne gegen die Junge Gemeinde seit dem 2. Halbjahr 1952 vor allem in der „Jungen Welt“, dem Zentralorgan der FDJ, in gewissem Maße spätstalinistischen Charakter trug (ich bin mit der Verwendung dieses Begriffes im Gegensatz zu den Antikommunisten sehr vorsichtig). Vollends die Behauptung, die Junge Gemeinde sei der „verlängerte Arm“ einer in Hessen gerade aufgedeckten rechtsradikalen Jugendorganisation, war eine Lüge. Ich machte während dieser Vorgänge gerade mein Abitur und war persönlich nicht betroffen. Aber auch ich wurde eine Stunde lang bearbeitet, wie die Klassenkameraden den Ausschluss anderer aus der Schule zu verlangen. Diese Bemühungen waren in meinem Fall vergeblich, aber mit zwei Ausnahmen unterschrieben sonst alle, auch die, die bald darauf in den Westen verschwanden, um ihr Abitur nicht zu gefährden. Die „Relegierung“ wurde nach wenigen Wochen rückgängig gemacht und hat sich in dieser Weise nie wiederholt. Aber Vertrauen wurde so nicht aufgebaut. Schon hier erhebt sich die Frage, ob man Beliebiges tun darf, um ein angestrebtes Ziel durchzusetzen.

Diese Frage stellt sich natürlich erst recht im Blick auf Stalin. Offensichtlich hat Müller bis kurz vor seinem Tode noch an den Passagen über das Jahr 1953 wie über Stalin gefeilt und ist dabei zu wichtigen Klärungen gelangt, die ich von Herzen begrüße. Ich möchte trotzdem fragen, ob sozialistischen Politikern nicht prinzipiell klar sein muss, dass bei all ihrem Tun und Reden die Menschenwürde an erster Stelle zu stehen hat. Es ist leicht, über eine solche Frage unter Hinweis auf Sachzwänge die Nase zu rümpfen. Ich habe einmal auf einer Nationalratstagung eine Politik, die wirklich dem Frieden dient, eine Politik der Ehrfurcht vor dem Leben genannt. Das wurde damals als überraschend empfunden, weil ich es mit niemand zuvor abgesprochen hatte, es löste aber auch keinen eigentlichen Widerspruch aus. Damit griff ich ein Schlüsselwort Albert Schweitzers auf. Ist es wirklich naiv und allzu idealistisch, einen solchen Leitbegriff in die Politik zu übertragen? Es ist dies auch die Frage danach, ob moralische Begriffe in der Politik überhaupt eine Daseinsberechtigung haben. Gandhi jedenfalls fuhr doch damit nicht schlecht und zeigte, dass solche Leitbegriffe durchaus nicht im Widerspruch zu massenwirksamen Aktionen stehen müssen. Die Nichtbeachtung solcher

Normen andererseits kann im Extrem zum Genozid am eigenen Volk führen, wie im Exzess das ultramaoistische Pol-Pot-Regime zeigte.
An einigen weiteren Stellen bin ich um differenziertere Sicht bemüht. So könnte ich nicht ausschließlich negativ bzw. gar verächtlich über Nikita Chruščev sprechen und wohl auch nicht über Rudi Dutschke, obgleich ich ihre – durchaus unterschiedliche – Problematik sehr wohl kenne. Ich stimme Müllers Analyse der Ereignisse in der ČSSR 1968/69 in ihren Grundaussagen gern zu. Immerhin scheint mir, dass es bei denen, die es unter den „Reformern" ehrlich meinten, doch auch ein Leiden an vorhandenen Defiziten der sozialistischen Demokratie gab, die Sehnsucht, sich stärker mit ganz eigenen Anliegen einbringen zu können. Es waren ja nicht nur Kulturschaffende und überhaupt Intellektuelle, die von der gegebenen Situation frustriert waren. Auch Genossen aus der DDR, die damals dort tätig waren, berichteten mir im Rückblick, dass sie in der Bevölkerung keinerlei Opposition gegen die neuen Bestrebungen gefunden hätten. Diese vorherrschende Stimmung war ja wohl in allen europäischen sozialistischen Staaten für den Sieg der Gegenrevolution 1989 entscheidend, auch wenn man dies als Sozialist bedauert und das Verhalten der Bevölkerung kritisiert. Es gab offenbar unter den Mitgliedern und auch Funktionären der kommunistischen Parteien zu viele nur äußerlich Angepasste. Kaum jemand war bereit, den Sozialismus unter Einsatz seines Lebens zu verteidigen, und man kann darüber wohl sogar froh sein, weil so ein Blutvergießen vermieden wurde, das am Ausgang letztlich nichts mehr geändert, der Gegenseite aber den Vorwand zur Abrechnung mit den Sozialisten gegeben hätte.
Die Frage bleibt, warum dies so war. Offenbar war sozialistische Demokratie nun eben doch nicht genug persönlich erfahrbar. Eine neuerliche Kluft zwischen Regierenden und Regierten war die Folge. Das Volk empfand sich als Objekt auch sozialistischer Politik statt als selbst Regierender. Zugleich frage ich mich, ob diese Kapitulation nicht auch weitreichende anthropologische Hintergründe hatte. Warum fielen so viele auf die spätbürgerliche Propaganda herein? Sie meinten wohl, alles, was sie besaßen, sei selbstverständlich und darum keiner größeren Beachtung wert. Dagegen verzehrten sie sich nach ihnen bisher nicht möglichen „Westreisen" und nach dem überquellenden Warenangebot. Das haben sie nun, und viele erfreuen sich dessen tatsächlich und nutzen es auch verantwortungsbewusst. Andere aber spüren jetzt schmerzlich die Kehrseite des Kapitalismus, wenn man nur an die heutige Massenarbeitslosig-

keit denkt, und sind aufs Neue frustriert. Sie hätten sie aber schon zuvor kennen können, denn alle Medien der DDR haben sie ihnen klar genug erläutert.

Mit der anthropologischen Frage, die meines Wissens außer mir aufseiten der Linken leider niemand aufwirft, meine ich aber noch Tieferes. Revolutionäre opfern für ihre Überzeugung viel, solange sie nicht an der Macht sind (manchmal auch noch danach). Sie müssen im Extrem bereit sein, selbst ihr Leben für ihre Überzeugung aufs Spiel zu setzen. Dazu aber ist die heutige „Spaßgesellschaft“ nicht bereit. Das disziplinierte kollektive Zusammenstehen im Geiste des „vom Ich zum Wir“ ist ihnen zutiefst fremd. Lieber wollen sie auf eigene Faust nach oben kommen, und ob dies auch anderen gelingt, ist ihnen relativ gleichgültig. Die spätbürgerliche Gesellschaft begünstigt den egoistischen Individualismus. Im Blickpunkt steht nur das „mehr Haben“, nicht aber das „mehr Sein“ an menschlicher Substanz und der Gemeinschaft zugute kommender Ausstrahlungskraft. Dass ich damit nicht einer Vermassung das Wort rede, ist klar. Auch hier ist der Weg zwischen dieser und dem Individualismus zu finden, echte Individualität genauso anzustreben wie Gemeinschaftsgeist.

Ein diskussionswürdiges Thema ist die CDU der DDR. Ich denke nicht, dass man sie von ihrem würdelosen Ende her beurteilen darf, weil dies im Grunde bei den anderen vier „Blockparteien“ nicht anders war. Müller sieht diese Partei eher negativ, primär wohl von persönlichen Erfahrungen mit „Unionsfreunden“ unter seinen Berliner Kollegen her. Doch auch hier wäre wohl zu differenzieren. Herbert Trebs jedenfalls war ein ehrlicher Freund der DDR, auch wenn er den Theologen um Müller gegenüber zuweilen sektiererisch aufgetreten sein mag. Vor allem aber: Grundlage der Beurteilung dieser Partei müssen doch ihre Satzung, ihre Parteitagsbeschlüsse und die Aussagen ihrer Hauptvorstandssitzungen sein, dazu ihre Publikationen, besonders die ihrer beiden parteieigenen Verlage und ihrer Tageszeitungen. Von den spätbürgerlichen „christlichen“ Parteien, die mit vollem Recht von Müller kritisiert werden, muss sie abgehoben werden, denn ihnen gegenüber besaß sie eine neue Qualität. Sie war eine Partei bewusster Christen, die sich aus politischen Erkenntnissen heraus für die Mitgestaltung der sozialistischen Gesellschaft entschied und die führende Rolle der marxistischen Partei nicht aus falschem Anpassungswillen, sondern aus Überzeugung bejahte, wenn sie sich auch mit Recht zuweilen noch größere Einflussmöglichkeiten gewünscht hätte. Auch das Zusammenspiel der politischen Kräfte war eben

in der DDR so gut bzw. noch nicht befriedigend, wie dies dem erreichten Entwicklungsstand der sozialistischen Demokratie entsprach.
Wenn ich abschließend zu den kirchlichen und theologischen Aussagen Müllers übergehe, so darf ich noch einmal meine grundlegende Übereinstimmung mit ihm bekunden. Ich stimme allen seinen Sätzen zu, in denen er das klerikale Missverständnis der christlichen und kirchlichen Existenz aufs Korn nimmt. Es heißt bei ihm z. B., das Christentum dürfe nicht Kitt der Gesellschaft, sondern müsse Sauerteig in ihr sein. Selbstsucht sei auch bei dem Bestreben, Einfluss in der Gesellschaft durchzusetzen, der Kern der Sünde. Erst recht ist echtem Glauben ein Kreuzzug gegen Gottlose verboten. Müller spricht vom raubgierigen und mörderischen Götzen des Marktes, wie er überhaupt eine klare Scheidung des wahren Gottes und der Götzen – etwa des Kriegsgötzen Mars – vornimmt. Entsprechend unterscheidet er auch zwischen rechter Lehre und Irrlehre und weiß sich insofern als Wahrer einer recht verstandenen Orthodoxie. Er fügt freilich mit Recht an, dass man in der Civil Religion der Gegenwart nicht einmal mehr von Irrlehre, sondern nur noch von Leere sprechen kann. Müller durchschaut, dass die Parole vom christlichen Abendland die Gegenideologie zur revolutionären Weltbewegung ist. In diesem Zusammenhang wendet er sich mit Recht auch dagegen, Macht und Ideologie für böse an sich zu halten. Er plädiert für Macht zur Durchsetzung von Recht und Frieden. Die Volkskirche verdunkele verhängnisvoll das Evangelium. Die Kirche war in ihrer Geschichte Partei im Klassenkampf und fast immer Schlachtfeld in ihm. Nicht einmal Recht und Frieden seien klassenneutrale Begriffe, denn es gebe Frieden für Hütten oder für Paläste und Recht für Schwache oder für Starke. So sei Neutralität im Klassenkampf für politisch verantwortlich handelnde Christen unmöglich. Auch seine eigene Ausgrenzung an seinem theologischen Arbeitsplatz versteht Müller als Ausdruck von Klassenkampf und -hass. Dieser Hass führte bereits 1950 dazu, dass ihm als FDJ-Mitglied der gemeinsame Abendmahlsgang verweigert wurde.
Das entscheidende kirchlich-theologische Dokument, an dessen Entstehung Müller mitwirkte, sind die „7 theologischen Sätze über die Freiheit der Kirche zum Dienen“, am 25. November 1963 vom Weißenseer Arbeitskreis, der Kirchlichen Bruderschaft in der Berlin-Brandenburger Kirche, beschlossen. Sie waren als Alternative zu den „10 Artikeln über Freiheit und Dienst der Kirche“ der Konferenz der Kirchenleitungen der evangelischen Kirchen in der DDR gedacht, die als kirchenamtliche

Wegweisung herausgegeben worden waren. Müller beschreibt anschaulich, wie demokratisch dieses Wort zustande kam, wie sich hier viele ost- und westdeutsche Christen einbringen konnten. Die 7 Sätze nahmen die Themen der 10 Artikel auf, behandelten sie jedoch polemisch bis in die Überschriften. Sie stellten die theologische und kirchenpolitische Gegenposition dar, waren aber viel mehr als negierende Polemik, nämlich ein assertorisches Bekenntnis, Regel, Richtschnur und Wegweiser. Die 7 Sätze sind Wort für Wort auch mein persönliches Bekenntnis.

Um den Lesern einen Eindruck zu vermitteln, zitiere ich aus dem wohl besonders wichtigen Teil über den Frieden: „Aller irdische Friede bleibt unvollkommen und vorläufig im Vergleich mit dem vollkommenen und ewigen Frieden Gottes. Gottes Friede ist höher als alle Vernunft; menschlicher Friede ist der durch vernunftgemäße Vereinbarung geschaffene Zustand, in dem die menschliche Gesellschaft in Wohlstand, Sicherheit und Freiheit leben kann. Im Glaubensgehorsam suchen wir gemeinsam mit Nichtchristen eine Friedensordnung einzurichten, in der der Krieg als Mittel des Machtkampfes überwunden, die Rüstungen überflüssig, die bewaffnete Macht auf polizeiliche Ordnungskräfte beschränkt und der Kampf der Interessen im waffenlosen Wettstreit ausgefochten wird. Wir meinen, daß der Friede das Normale und der Krieg das Unnormale ist. Deshalb bedürfen auch nicht etwa die Gewaltlosigkeit, sondern die Gewaltanwendung, nicht etwa die Abrüstung, sondern die Rüstung, nicht etwa die Ablehnung des Waffendienstes, sondern der Waffendienst einer ausdrücklichen Begründung, inwieweit sie dem friedlichen Zusammenleben der Staaten und Gesellschaftssysteme dienen. Wir widerstehen dem Ungeist der Revanche und bemühen uns, Frieden zu stiften. Dazu gehört, den Gegner nicht zu verleumden, sondern ihn durch sachliches Urteil und Handeln zu überzeugen. Psychologischen oder militärischen Gebrauch von Massenvernichtungsmitteln halten wir ebenso wie ihre Herstellung und Erprobung nicht für legitime staatliche Gewaltanwendung, sondern für Sünde und deren kirchliche oder christliche Legitimation für Irrlehre, vor der wir uns zu hüten haben.“[2]

Ein Differenzpunkt unter christlichen Linken ist Müllers Abgrenzung von den Religiösen Sozialisten. Ich nehme auch in diesem Punkt eine vermittelnde Position ein, wie ich überhaupt bestrebt war, alle Fraktionen

2 Zit. nach: Hanfried Müller: Evangelische Dogmatik im Überblick, Berlin 1978, T. 2, S.307f.

der evangelischen Linken ernst zu nehmen. Ich beginne wieder mit dem, was mich mit Müllers Anliegen verbindet. Um der Reinheit des Wortes Gottes willen muss dessen Unabhängigkeit gegenüber allem Irdischen gewahrt bleiben. In diesem Sinne trat schon Karl Barth während des Ersten Weltkrieges gegen alle Bindestriche auf, ganz primär natürlich gegen christlich-national, das zum Chauvinismus und zur Entstellung des Glaubens führte, aber letztlich auch gegen christlich-sozial. Ich versuche als Lutheraner die Unterscheidung (nicht Scheidung!) des Geistlichen und Weltlichen mit der Grundintention von Martin Luthers Zwei-Reiche- bzw. Zwei-Regimente-Lehre zu erklären. Müller sieht nun bei den Religiösen Sozialisten wie auch bei der strukturverwandten lateinamerikanischen Befreiungstheologie den Versuch, den Glauben zu direkt für eine – freilich qualitativ neuartige – Begründung der politischen Position von Christen zu nutzen. Dort komme es geradezu zur Feststellung, der rechte Christ müsse auch Sozialist sein. Demgegenüber tritt Müller für eine ausschließlich profane Begründung der politischen Entscheidung auch von Christen ein. Das hängt auch damit zusammen, dass es für ihn keine eigentlich christliche Ethik gibt, sondern das Ethos nur die der Welt zugewandte Seite seines Glaubens ist, sodass auch zwischen Glaubenswahrheit und irdischer Wirklichkeit streng zu unterscheiden ist.

Bei Verständnis für seine Positionsbestimmung möchte ich trotzdem darauf hinweisen, dass 1. die Religiösen Sozialisten sehr wohl auch eine kirchlich-theologische Zielsetzung haben, da sie die Kirche aus einer falschen volkskirchlichen Bindung befreien und ihr so ihre Identität wiedergeben möchten, mit der Gesellschaft also auch die Kirche befreien möchten. 2. meine ich nun freilich mit den Religiösen Sozialisten doch, dass es zwischen dem christlichen Gebot der Nächstenliebe und der sozialistischen Zielsetzung sozialer Gerechtigkeit eine Strukturverwandtschaft gibt. Wenn Nächstenliebe gebietet, alles zu tun, um Menschen in echter Gemeinschaft menschenwürdig leben lassen zu können, jedenfalls wenn Christen eine individuelle Engführung des Ethos vermeiden bzw. überwinden, so können sie an der sozialistischen Zielsetzung nicht gleichgültig vorbeigehen, gerade weil schon nach dem Vaterunser Gottes Wille auf Erden wie im Himmel geschehen soll. Damit wird, um mit Dietrich Bonhoeffer zu sprechen, das Vorletzte noch lange nicht zugunsten des Letzten aufgehoben. Dies muss auch durchaus nicht zu einer Schwarz-Weiß-Malerei führen, bei der man alles Recht auf der einen und alles Unrecht auf der anderen Seite sieht. Man kann – konkret gesprochen – die starke

Seite des Spätbürgertums durchaus wahrnehmen, auch das relative Recht seines Freiheitsverständnisses, von dem zu bewahrende Elemente durchaus in eine qualitativ neue Gesellschaft aufgenommen werden können. Wahrnehmung des Ähnlichen von sozialistischem und christlichem Ethos gibt es für den Christen sehr wohl, denn ethische Mahnungen werden in großer Breite in beiden Testamenten der Bibel dargelegt. Darunter gibt es m. E. auch solche, die in einer säkularen Welt im Grunde vergessen sind, die es aber allemal wert sind, neu ins Bewusstsein und dann auch in die Tat überführt zu werden. Das Leben eines begnadigten Sünders könnte wertvolle Einsichten vermitteln, wie man den im Spätbürgertum grassierenden perspektivlosen und letztlich nihilistischen Pessimismus ebenso hinter sich lässt wie einen falschen Titanismus, der nicht um die Grenze des Menschen weiß, der zwar sekundär auch Schöpfer großer Werke sein kann, seine einzigartige Stellung aber vor allem als höchstes aller Geschöpfe findet.

Information

Das „Archiv Schreibende ArbeiterInnen“

Jürgen Kögel

Die Absicht, ein „Archiv Schreibende ArbeiterInnen“ einzurichten, in welchem die nichtprofessionelle Literatur der DDR als besondere Spezies zeitgeschichtlicher Quellen gesammelt, bewahrt und ausgewertet werden sollte, wurde im Spätherbst 1992 von Mitarbeiterinnen der „Chance GmbH“, einer gemeinnützigen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für Frauen, als Projekt einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) in die Tat umgesetzt. Das Archiv wurde vom Januar 1993 an beständig auf- und ausgebaut. Am 15. März 1994 war die Arbeit soweit vorangeschritten, dass die Türen des Archivs für die Besucher und Nutzer geöffnet werden konnten. Sogleich setzte ein reges Interesse der Medien ein, Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen besuchten die Mitarbeiter des Archivs, zahlreiche Interviews wurden gegeben, in Dutzenden von Presseberichten und Tonbandaufzeichnungen ist der gelungene Start in die Öffentlichkeit dokumentiert. Wissenschaftler und Forscher der Humboldt-Universität zu Berlin und der Freien Universität Berlin besuchten das Archiv, um die Sammlung für wissenschaftliche Zwecke auszuwerten und zu nutzen. Alles in allem war also vom Augenblick der Eröffnung an ein selbst für die Mitarbeiterinnen überraschend positives Echo zu verzeichnen.

Die Bedeutung des Archivs

Die Notwendigkeit, ein solches Archiv einzurichten, ergab sich aus der Tatsache, dass mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten eine wichtige, in ihrer Bedeutung einmalige kulturpolitische Initiative der DDR, das Volkskunstschaffen, nicht fortgeführt wurde und verschwand. Infolge der Auflösung der staatlichen und gesellschaftlichen Trägereinrichtungen (Volkseigene Betriebe, Kombinate, Kulturhäuser) verschwanden gleichzeitig auch die Auskunft gebenden Quellen (Betriebsbibliotheken, Betriebsarchive etc.). Da es für die Literatur schreibender Laien in der DDR keine zentrale Sammelstelle gab, drohte eine wichtige Quellenkategorie zur Erforschung des Alltagslebens der DDR verlustig zu gehen.

Denn einen wesentlichen Bestandteil jener Alltagskultur stellte die Freizeitgestaltung dar, die in einer nicht unbeträchtlichen Größenordnung Bestandteil des sogenannten Volkskunstschaffens war.
Das in der Wissenschaft wie in der Öffentlichkeit zu verzeichnende anhaltende Interesse an den verschiedensten Aspekten der DDR-Geschichte erfordert für eine sachliche und wissenschaftlich korrekte Aufarbeitung den Erhalt von aussagefähigen Zeitdokumenten, insbesondere auch der Alltagskultur. Um ein objektives Bild der vergangenen DDR-Gesellschaft entwerfen zu können, müssen gerade solche zwar staatlich gelenkten, jedoch mehr oder minder unabhängig wirkenden Formen der Freizeitgestaltung für die Auswertung herangezogen werden. Hierzu zählen auch die „Zirkel Schreibende Arbeiter“ oder „Schreibende Werktätige“, die vor allem im Ergebnis der ersten Bitterfelder Schriftstellerkonferenz im April 1959 im Osten Deutschlands gegründet wurden. Bereits vor dieser Konferenz existierten erste Literaturzirkel, so in Deuben, Schwarza und Bitterfeld. Mit dem Bitterfelder Beschluss begann eine Welle von Zirkelgründungen. Werktätige kamen in ihrer Freizeit und auf gänzlich freiwilliger Basis zusammen, um unter fachkundiger Anleitung durch professionelle Schriftsteller, Lehrer, Germanisten, Bibliothekare u. a. das Handwerk des Schreibens zu erlernen und in literarischen Texten ihr Lebensgefühl auszudrücken. Unterstützt wurden sie vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), vom Schriftstellerverband der DDR, von der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), vom Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, vom Zentralhaus für Kulturarbeit und vom Literaturinstitut „Johannes R. Becher“ in Leipzig.
Als organisatorische und finanzielle Träger fungierten Produktionsbetriebe, Institutionen, Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen sowie gesellschaftliche Organisationen. So geht aus Akten des FDGB-Bundesvorstandes hervor, dass in den Bezirken der DDR allein im Jahre 1967 etwa 230 Zirkel arbeiteten. Nicht erfasst sind dabei die Zirkel schreibender Soldaten, Matrosen, Polizisten, Kriminalisten, Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, die Zirkel der „Jungen Poeten“ und der „Schreibenden Schüler“.
Nach vorliegenden Recherchen gibt es weder in den alten noch in den neuen Bundesländern eine dem Archiv vergleichbare Institution, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, literarische Zeitzeugnisse aus einstigen Betrieben und Kulturhäusern der DDR in solchem Umfang zu erfassen. Schon erste Erfahrungen und Kontakte mit Wissenschaftseinrichtungen belegten, dass das Archiv vor allem für die germanistische, zeitgeschicht-

liche und volkskundliche Forschung einen überaus wichtigen, weil einmaligen Fundus beherbergt.

Sammelobjekte und Arbeitsweise

Die im Archiv gesammelten Schriften lassen sich folgendermaßen kategorisieren:

- Fachzeitschriften und methodische Fachbücher zur Bewegung schreibender Arbeiter
- zentrale Anleitungen, Gesetze, Verordnungen, Durchführungsbestimmungen
- Arbeits- und Finanzpläne, Berichte und Abrechnungen, Gutachten
- Wettbewerbsaufrufe des FDGB, der DSF, der SED, des Zentralhauses für Volkskunst, der Betriebs-, Kreis- und Bezirkskabinette und Kulturhäuser und anderer Einrichtungen sowie deren Ergebnisse, Urkunden über errungene Preise einzelner Autoren bzw. ganzer Zirkel
- Einzelpublikationen, Artikel aus Betriebs- und Tageszeitungen, Zeitschriften, Anthologien, Brigadetagebücher, persönliche Tagebücher, Korrespondenzen
- Sammelmappen, Literatur und Grafik
- Typoskript- und Manuskriptsammlungen einzelner Autorinnen und Autoren oder ganzer Zirkel, enthalten in 200 Kartons, als das Kernstück der Sammlung.

Den zeitlichen Schwerpunkt der archivalischen Sammlung bilden Unterlagen aus den Jahren 1959 bis 1989. Jedoch gibt es auch Arbeiten aus den frühen 50er-Jahren und einige nach 1990 angelegte Dokumente.

Beim Aufbau des Archivs sahen die Mitarbeiterinnen dessen Hauptaufgabe darin, möglichst viele der literarischen Zeitzeugnisse aus dem Laienschaffen der ehemaligen DDR zu erfassen, zu bewahren und sie der wissenschaftlichen Forschung zugänglich zu machen. Auf der Grundlage des Jahrbuches der Bibliotheken und Archive der DDR wurden über 200 Rundschreiben versandt, um Auskünfte über den Verbleib von Zirkeln und ihrer Archivbestände einzuholen und Kontakte zu Schreibenden und Zirkelleitern zu knüpfen. Daraus ergaben sich über 500 Kontaktadressen. Der zunächst erfasste, sortierte und für die Nutzung zugänglich gemachte Fundus umfasste gedruckte und ungedruckte literarische Arbeiten nichtprofessioneller Autoren von mehr als 200 Zirkeln.

Einen weiteren wichtigen Schwerpunkt der Sammeltätigkeit bildeten das Umfeld der Zirkelbewegung dokumentierende Materialien, wie die oben bereits benannten Brigadetagebücher, Chroniken, Korrespondenzen, Li-

teraturkonzeptionen, Gutachten, Wettbewerbsaufrufe und -beiträge, Auszeichnungen, Gesetze und Verordnungen sowie Fotografien und Tonträger.
Ergänzend dazu wurde im Archiv eine integrierte Bibliothek aufgebaut, die relevante Sekundärliteratur zur Bewegung schreibender Arbeiter enthält wie Dokumentenpublikationen, germanistische Fachliteratur, Lexika, Handbücher und Zeitschriftenreihen (z. B. die fast kompletten Jahrgänge der für Zirkelleiter und Zirkelmitglieder gedachten Zeitschrift „ich schreibe“).
Bereits im Laufe der ersten beiden Jahre des Bestehens des Archivs gelang es den Mitarbeiterinnen, eine große Zahl einmaliger historischer und literarischer Zeugnisse aufzuspüren, vor der drohenden Vernichtung zu retten, zusammenzutragen und für die Nutzung aufzuarbeiten. Manches traf auf dem Postweg ein, ein Großteil des Materials wurde von den Mitarbeiterinnen persönlich abgeholt. Dienstreisen führten sie durch das gesamte Gebiet der neuen Bundesländer, von Rügen und Rostock über Eisenach, Jena und viele andere Orte bis nach Zittau.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins

Seit dem Beginn der öffentlichen Nutzung wirkt das Archiv als Vermittler von Kontakten, als Treffpunkt und Informationszentrum für Mitglieder noch aktiver Zirkel und für Interessenten an der schriftstellerischen Laienbewegung wie auch für Besucher von Wissenschaftseinrichtungen und Medien.
Das „Archiv Schreibende ArbeiterInnen“ nahm in relativ kurzer Zeit einen festen Platz innerhalb der Zirkelbewegung, die keinesfalls mit der sogenannten Wende abgebrochen war, in und um Berlin ein. So wurden in den Räumlichkeiten des Archivs gut besuchte Lesungen und Diskussionsrunden organisiert. Da eine wachsende Anzahl von Zirkeln, oftmals unter neuem Namen, als eingeschriebener Verein, in Anbindung an Volkshochschulen oder als Freundeskreis weiterarbeitete, war für das Archiv neben seiner eigentlichen noch eine aktuelle Aufgabenstellung gegeben. Die Mitarbeiterinnen des Archivs organisierten für die Zirkel, mit denen sie Kontakte aufnahmen, Weiterbildung in literarischen Fragen in Form von Seminaren und gaben lektorierende Hilfen bei Texten, z. T. sehr umfangreicher Art. Der Literaturfreundeskreis „Kolon“, hervorgegangen aus dem „Zirkel Schreibender Arbeiter“ am ehemaligen Haus der DSF, begann im Jahr 1994 geregelt seinen monatlichen Arbeitskreis in den Räumen des Archivs durchzuführen.

Zahlreiche weitere Veranstaltungen fanden statt, darunter ein Oberseminar des Bereichs Germanistik der Freien Universität Berlin mit 30 Studierenden und ihrem Professor unter maßgeblicher Mitwirkung der Archivmitarbeiterinnen. Darüber hinaus stellten sie zahlreichen Wissenschaftlern Literaturzusammenstellungen zu bestimmten Themen zur Verfügung. Auch Institutionen der alten Bundesländer nutzten die Bestände, so das Max-Planck-Institut für Geschichte Göttingen, das Haus der Geschichte der Bundesrepublik in Bonn, die Universitäten Osnabrück und Bremen.

Es ergaben sich Arbeitskontakte zu literarischen Arbeitskreisen und Instituten in den alten Bundesländern, zum Beispiel zur gewerkschaftlichen Künstlervereinigung „Die rote Nelke – Westberlin", zum Werkkreis „Literatur der Arbeitswelt" und zum „Fritz-Hüser-Institut" der Bibliotheken der Stadt Dortmund. Damit war auch eine politische Dimension des Archivs eröffnet: wechselseitiges Kennenlernen und Zusammenwachsen zu fördern.

Auf diese in den Medien und von wissenschaftlichen Nutzern aus dem In- und Ausland bestätigten erfreulichen Ergebnisse konnten die Mitarbeiterinnen des Archivs schon nach kurzer Zeit verweisen. Das Archiv schickte sich an, nicht nur Aufbewahrungsort eines bedeutenden Kulturgutes zu sein, sondern zu einer gefragten Begegnungsstätte von professionellen und Laienschriftstellern, von Wissenschaftlern verschiedenster Disziplinen und einer kulturell interessierten Öffentlichkeit zu werden.[1]

Existenzbedrohung des Archivs

Die so vielversprechende, zukunftsweisende Arbeit der ersten Jahre fand ihre dauerhaft gesicherte Fortsetzung nicht. Von 1997 an geriet das Archivprojekt in schwieriges Fahrwasser. Die vorteilhaften Räume in der Brunnenstraße wurden den Mitarbeiterinnen gekündigt. Es erfolgten in kurzem Zeitraum mehrere Umzüge. In einem Gebäude in der Vinetastraße stand nichts Besseres als ein Kellerraum zur Verfügung, in dem das Archivgut gelagert wurde. Diese Lagerung war alles andere als sachgerecht und ebenso wenig nutzerfreundlich.

Um eine neue Trägerschaft für das Archiv zu gewährleisten, gründeten die Mitarbeiterinnen gemeinsam mit Mitgliedern des Freundeskreises „Kolon" und einigen Wissenschaftlern den gemeinnützigen Verein „SchreibART".

1 Die Darstellung der Entstehungszeit fußt auf Dokumenten vom 7.12.1993 sowie vom 9. und 26.11.1994, welche die Mitarbeiterinnen Renate Lerche, Vera Tschupke, Barbara van der Heyden und Britta Suckow angelegt haben.

Am 1. September 1998 übergab die bisherige Trägerin, die „Chance GmbH“, den gesamten Bestand des Archivs an den Verein „SchreibART e. V.“, der fortan satzungsgemäß als Träger fungierte. Literarische Werkstattabende und Lesepodien fanden weiterhin regelmäßig statt. Die Archivarbeit aber litt zunehmend, zumal die bis dahin eingerichteten Arbeitsstellen nicht mehr länger finanziert wurden. Als im Jahr 2002 die damalige Leiterin des Archivs und 1. Vorsitzende des Vereins, Renate Lerche, an den Folgen einer schweren Krankheit verstarb, kam das Projekt völlig zum Erliegen.
Im Dezember 2003 gelang es wenigstens, den materialschädigenden Kellerraum in der Vinetastraße zu verlassen und den Archivbestand in einem Raum des Steuerbüros Barbara Stepien im Rathaus-Center Pankow unterzubringen. Mit lediglich kurzfristig angelegten (zwei für jeweils ein halbes Jahr) Mitarbeiterstellen im Rahmen der Mehraufwandsentschädigungen (MAE) gelang es lange Zeit nicht, die Archivarbeit sachdienlich und kontinuierlich zu betreiben.
Ein neuerlich notwendig gewordener Umzug im März 2008 in die Begegnungsstätte HEDWIG Stadtteilzentrum in der Hedwigstraße 10 in Berlin-Hohenschönhausen schuf neue günstigere Bedingungen. Die Leitung des Vereins unternahm den Versuch, über vorhandene Fördermöglichkeiten neue Mitarbeiter zu finden. Dies gelang mit der Einrichtung von zwei über die Fördermaßnahme Öffentlicher Beschäftigungssektor (ÖBS) finanzierten Arbeitsstellen im September bzw. im November 2008. Angela Paschke und Helga Büttner nahmen mit einem auf zwei Jahre befristeten Vertrag die Arbeit auf. In dieser Zeit konnten weitere Fortschritte bei der Sichtung, Aufarbeitung und datenmäßigen Erfassung des Bestandes erreicht werden. Doch bleibt das generelle Problem einer kontinuierlichen Absicherung der Archivarbeit. Gegenwärtig ist nur die Stelle von Frau Paschke für lediglich ein Jahr verlängert. Auch umziehen mussten wir wieder und befinden uns seit September 2010 im Gebäude der Niles Aus- und Weiterbildungs-GmbH in der Gehringstraße in Berlin-Weißensee.

Diskurs und Schlussbemerkung

Das Phänomen der „Schreibenden Arbeiter“ in der DDR wird unterschiedlich bewertet. Einige Kritiker führen gern das Argument an, die „Zirkel Schreibende Arbeiter“ seien ein politisches Instrument der DDR gewesen, eine staatstragende, Partei und Regierung huldigende Bewegung, die Texte seien kollektiv und unter Auflagen verfasst worden, zu selbst-

ständigen subjektiven Äußerungen sei es daher nicht gekommen. Zu ganz anderer Auffassung gelangen Autoren und Wissenschaftler, die sich der Materie von der pragmatischen Seite her nähern. Nachzulesen ist dies unter anderem in der 1996 erschienenen Broschüre „Reiz und Phänomen: Die Literatur der schreibenden Arbeiter", Untertitel: Ein Diskurs im Spannungsfeld der Erfahrungen von Vision und deutsch-deutscher Realität, herausgegeben vom Archiv Schreibende ArbeiterInnen mit freundlicher Unterstützung der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur. In diesem Heft äußern sich Publizisten, Autoren, Wissenschaftler und Archivare in unabhängiger, fundierter und zum Teil sehr persönlicher Form zum Thema. Sie entdecken in den hinterlassenen literarischen Arbeiten der Zirkel subtile individuelle Äußerungen, ehrliche und genaue Beobachtungen des Alltags und der Menschen, Naturbeobachtungen, Witziges, Tragisches, ja durchaus auch: Staatskritisches. Die Zirkelmitglieder besuchten die Zirkelabende auf der Basis der Freiwilligkeit. Ihre Zahl geht in die Tausende. Sie wissen zu berichten, welche ideelle Bereicherung ihnen das Vorlegen der eigenen Texte in einer interessierten Runde, der fachliche Austausch, die gemeinsamen Gespräche, die Kritik im Sinne von Verbesserung der schreiberischen Fähigkeiten und Qualitäten gebracht hat.

In diesem Spannungsfeld der Betrachtungsweisen bewegt sich die Diskussion um die „Zirkel Schreibende Arbeiter" bis heute. Um sich in dieser Frage ein eigenständiges, unabhängiges Urteil zu bilden, ist das „Archiv Schreibende ArbeiterInnen" der geeignete Ort. Bei eingehender Beschäftigung mit den hier niedergelegten Texten entsteht beim Betrachter nicht nur ein Begriff von der Arbeit der Zirkel während der 60er-, 70er- und 80er-Jahre im Osten Deutschlands, sondern eine Art Gesamtbild der Zeit in diesem Herrschaftsbereich überhaupt. Der Fundus des Archivs dokumentiert das Erbe der einstigen, unter dem Namen „Zirkel Schreibende Arbeiter" geführten Literaturzirkel der DDR als einem Segment deutsch-deutscher Kulturgeschichte.

Unser Verein fühlt sich willens und verpflichtet, das Projekt „Archiv Schreibende ArbeiterInnen" kontinuierlich fortzusetzen und zu verbessern. Wir werden alles tun, um diese einmalige Sammlung immer mehr bekannt zu machen und fest im gesellschaftlichen Kontext zu verankern.

Verein SchreibART e. V.: Jürgen Kögel, Jörg Erdmann
Archiv Schreibende ArbeiterInnen: Gehringstraße 39, 13088 Berlin, Tel: 030/962 48 234

Buchbesprechungen

Marx-Engels Jahrbuch 2008, hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam, Akademie Verlag, Berlin 2009, 190 S.; **Marx-Engels Jahrbuch 2009, hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam**, Akademie Verlag, Berlin 2010, 238 S.

Angesichts der quantitativ ausufernden Debatte um Marx und sein Werk tut es gut, einen verlässlichen Sammel- und Bezugspunkt zu haben. Diese Funktion erfüllen auch diese beiden Jahrbücher wieder, die nun nicht mehr gebunden, sondern broschiert auftreten. Ihre wachsende Internationalität zeigt sich sowohl im Inhalt wie auch dadurch, dass im Jahrbuch 2008 erstmals zwei Artikel in englischer Sprache erscheinen.

Dieser Jahrgang widerspiegelt auf spezifische Weise, dass sich die wissenschaftliche Debatte um Marx weltweit im Aufwind befindet. Wie daraus auch die MEGA-Editionsarbeit profitieren kann, zeigt sich leider nur vereinzelt in knappen Hinweisen Claudia Reichels auf noch ausstehende Bde. (S.173-176). Überhaupt wird die Verbindung zur laufenden MEGA-Arbeit zu wenig sichtbar. Der nun fast vollständig gebotene Brief von Marx an die Gräfin Hatzfeldt vom 16. Oktober 1864 (MEW, Bd. 31, S.419, dort charakterisiert als Abschrift, Fragment, nach G. Mayers Lassalle-Ausgabe von 1922) erscheint zwar in der Rubrik „Aus der editorischen Arbeit“, ist aber ein Nachtrag.

Charles Reitz (Kansas City) erklärt detaillierter als bisher, wieso die „New York Tribune“ für mehrere Jahre das wichtigste Publikationsorgan für Marx (und Engels) werden konnte, indem er Horace Greeley, den Gründer und Hrsg. dieser damals verbreitetsten Zeitung der USA, als einen Mann schildert, der viele Beziehungen zu Vertretern der europäischen Revolution von 1848 unterhielt, aber auch aktiv an den antirassistischen Kämpfen in Kansas von 1854 bis 1864 teilnahm.

Ariane Fischer (Philadelphia) missversteht zwar gleich im zweiten Satz die „Deutsche Ideologie“ als „systematic exposition of the principles of historical materialism“, sagt dann aber selbst an mehreren Stellen richtig, dass es sich um kein geschlossenes Werk handelt, sondern um eine Sammlung polemischer Beiträge, die für eine Zeitschrift angelegt waren. Im weiteren Verlauf des Beitrags tritt die Idee hervor, die „Deutsche Ideologie“ sei eine Theorie der geistigen Arbeit gewesen. Im Mittelpunkt der Analyse steht zu Recht der Teil über Max Stirner, den wir jedoch nicht als Junghegelianer bezeichnen würden, wie generell in den Jahren 1845/46 nicht mehr von Linkshegelianern gesprochen werden kann. Weitling ist unseres Wissens niemals als Mitautor der „Deutschen Ideologie“ vorgesehen gewesen.

Theoretisch sehr anregend ist der Beitrag „Der Begriff der Verkehrung im Denken von Marx“ von Hendrik Wallat (Hannover), als ein anspruchsvoller

Ansatz, in der unendlichen Debatte über den Entfremdungsbegriff weiterzukommen. Wallat, der nicht nur die sogenannten Frühschriften, sondern das Gesamtwerk von Marx im Blick hat, ordnet, aufbauend auf zwei Frankfurter Dissertationen aus den 1980er-Jahren, die Begriffe Entfremdung, Verdinglichung und Fetischismus als erste, zweite und dritte Dimension des übergeordneten Begriffs „Verkehrung" ein. Ungeachtet ihrer Abstraktheit sind solche Überlegungen hochaktuell für eine linke Programmdebatte.

Kolja Lindner berichtet über die Editionsgeschichte der Werke von Marx und Engels in Frankreich sowie über den Neubeginn einer Grande Édition Marx et Engels in Paris.

Die Rubrik „Berichte" dokumentiert umfangreiche Veranstaltungen zum 190. Geburtstag und 125. Todestag von Marx im Jahre 2008 in Trier und Braunschweig (Ein Teil der Beiträge des „Workshops" in Trier liegt inzwischen gedruckt vor: Beatrix Bouvier u. a. (Hrsg.): Was bleibt? Karl Marx heute, Trier 2009).

Die Rubrik „Rezensionen" bietet nicht nur eine Übersicht über Neuerscheinungen, sondern lebendige Beispiele wissenschaftlichen Meinungsstreits. Michael Heinrich informiert über Matthias Bohlenders „Metamorphosen des liberalen Regierungsdenkens" (Weilerswist 2007). Es ist spannend, über die Entwicklung dieses Denkens im 19. Jahrhundert zu lesen, während man bereits den aktuellen crash der neoliberalen Erzählung vom Staat erlebt.

In fast feuilletonistischer Polemik schreibt Christoph Henning (St. Gallen) über Ingo Elbes „Marx im Westen" (Berlin 2008). Hier haben wir nicht eine gewöhnliche Rezension, sondern einen historischen Abriss der von Reichelt und Backhaus ab 1965 initiierten „neuen Marxlektüre", der „Kapitallektüre-Bewegung". Es folgt, und lebendiger geht wissenschaftlicher Meinungsstreit kaum, eine Kritik Elbes über Reichelts „Neue Marx-Lektüre" (Hamburg 2008). Darin sei der Altmeister nicht mehr aktuell, habe sich selbst überlebt. Ebenfalls eine neue Marx-Lektüre, aber ganz anderen Typs, nämlich auf Grundlage der MEGA, strebt Roberto Fineschi im Gefolge seines Lehrers Alessandro Mazzone an. Über sein Buch „Un nuovo Marx" (Roma 2008) informiert Antonella Muzzupappa. Vielseitig und kenntnisreich beurteilt Claudia Reichel Jan Hoffs „Karl Marx und die ‚ricardianischen Sozialisten'" (Köln 2008). Auch hier finden sich Hinweise auf aktuellen Meinungsstreit (Hoff versus Bischoff/Lieber). Beatrix Bouvier (Trier) schreibt über den Karikaturenband „Grüß Gott! Da bin ich wieder!" (Berlin 2008).

Auch das Marx-Engels-Jahrbuch 2009 belegt eindrucksvoll die Fortsetzung der Tendenz eines erneuten und weltweiten Interesses an Marx (die „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte" erschienen gleich in zwei Sonderausgaben: Hamburg 2005, Frankfurt/Main 2009). Die Geschichte dieses Interesses erhellt sich aus einer Rezension zu Jan Hoffs Buch „Marx global. Zur Entwicklung des internationalen Marx-Diskurses seit 1965". Der Beitrag David Leopolds „‚All Tell the Same Tale': The Young Engels

and Communal Settlements in America and England“ wurde im Entwurf an der Universität Oxford diskutiert, Ulrich Pagel berichtet über eine Riesen-Tagung der German Studies Association im Oktober 2009 in Washington, deren zweitgrößter Teil dem Thema „Karl Marx in the Nineteenth Century“ gewidmet war. Nicht weniger als neun Titel internationaler neuer Marx-Literatur werden durch Rezensionen oder Annotationen erschlossen.

Ein Halle-Wittenberger Kolloquium vom September 2009 zum Thema „Marxens Konzeptualisierungen und Beschreibungen von Akteuren“ ist mit sechs Beiträgen des Heftes dokumentiert. Nach einer Einleitung von Harald Bluhm untersucht Oliver Flügel-Martinsen (Hannover) „Entfremdung und Subjektivität bei Marx“ als zwei konkurrierende Denkwege, Christoph Henning „Charaktermaske und Individualität bei Marx“, Alex Demirović (Frankfurt/Main) „Karl Marx und die Frage der Intellektuellen“, Axel Rüdiger (Halle) Marx’ Äußerungen über Lord Palmerston, Louis Bonaparte und Abraham Lincoln, Warren Breckman (Philadelphia) „Die deutschen Radikalen und das Problem des Nationalcharakters 1830-1848“.

Der lebhafte Meinungsstreit wird fortgesetzt. Vor allem Klaus Müller (Erlbach-Kirchberg), beschlagen in älterer und neuester Literatur zum Thema Durchschnittsprofitrate, behandelt in lesenswerter Weise die außerordentlich komplexe Frage, ob diese steigt oder fällt.

Unter den Rezensionen ist die Gerald Hubmanns zu Amy E. Wendlings Werk „Karl Marx on Technology and Alienation“ (Basingstoke 2009) von besonderem Interesse. Nicht nur wird der angebliche Bruch zwischen dem frühen Marx und dem Alterswerk bzw. die Wandlung vom Humanisten zum Strukturalisten von neuen Gesichtspunkten her widerlegt, sondern auch dargelegt, dass Marx bei der Rezeption Babbages einen wesentlichen Aspekt (dass nämlich in entfremdeter Arbeit durch die Technologie auch ein befreiendes Moment stecken kann) übersah. Hier öffnen sich neue Denkwege nicht nur z. B. für die Geschichte der Frauenemanzipation, sondern auch für das Verständnis einer vom Kapitalismus befreiten Arbeit.

Zu schwach ist erneut die Verbindung zur MEGA-Edition präsentiert. Es fehlt die Rubrik „Aus der editorischen Arbeit“, und es werden auch keine neu aufgefundenen Texte veröffentlicht. Jedoch ist der Artikel Leopolds mit seiner subtilen Untersuchung der Quellen zu Engels’ Artikel „Beschreibung der in neuerer Zeit entstandenen und noch bestehenden kommunistischen Ansiedlungen“ eine hervorragende Vorarbeit für den noch fehlenden MEGA-Bd. I/4. *Martin Hundt*

Heinz Monz: Karl Marx. Trierer Reminiszenzen. Mit einem Vorwort von Ignaz Bender, WVT Wissenschaftlicher Verlag, 2., verb. u. erw. Aufl., Trier 2009, 96 S.

Mit diesem Bändchen legt der verdiente Marx-Forscher M. eine 2. Auflage der 1969 erschienenen Schrift vor. Entgegen anderslautenden Behaup-

tungen wird der Nachweis geführt, dass und inwiefern Karl Marx und seine Frau Jenny, der ein eigener Abschnitt gewidmet ist, von ihrer Heimatstadt geprägt wurden. Wie B. in seinem Vorwort bemerkt, waren es neben dem unsäglichen Elend im Trier der damaligen Zeit vor allem drei Menschen, die auf den jungen Marx einwirkten. Er nennt in diesem Zusammenhang den Vater Heinrich Marx, den Deutschlehrer und Direktor des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums Johann Hugo Wyttenbach und seinen späteren Schwiegervater Johann Ludwig von Westphalen. Die Einbeziehung von Erkenntnissen, die bei der Erarbeitung des Bd. I/1 der MEGA gewonnen wurden, hätte allerdings eine differenziertere Wertung der beiden hier veröffentlichten Abituraufsätze ermöglicht.

In chronologischer Folge wird an vielfach wenig bekannten Textstellen aus Werken von Karl Marx, Briefen von ihm und Jenny, ergänzt um zahlreiche Äußerungen von Angehörigen und Vertrauten, beider lebenslange enge Verbundenheit mit Trier und seiner Umgebung dokumentiert. Hervorzuheben sind die zahlreichen Zitate aus Briefen von Jenny oder ein unbekannter Kinderbrief an die Großmutter (S.38). Auch wird gezeigt, wie die Eltern die Erinnerung an die Heimat an ihre Kinder weitergaben. Überwiegend persönlicher Art sind die starken Bezugspunkte von Marx und seinen Familienangehörigen zugleich allgemein kultur- oder sozialkritischer Natur.

Bedauerliche Fehler haben sich eingeschlichen: Der Schwiegervater der Marx-Tochter Laura, François Lafargue, wird fälschlich zum Schwiegersohn von Karl Marx (S.62). Unter den Abbildungen, die die Darlegungen anschaulich illustrieren, befindet sich ein Foto, das Jenny von Westphalen zugeschrieben wird (S.77), jedoch Gertrud Kugelmann darstellt. Gleichwohl hat M. eine Publikation vorgelegt, die bekanntes biografisches Material durch neue Facetten ergänzt und bereichert.

Renate Merkel-Melis

Victor Adler – Friedrich Engels. Briefwechsel (Dokumentation 2009, 1-4). Hrsg. Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung e. V., Wien 2009, 147 S., Ill.

Die vorzustellende Publikation erschien anlässlich des 50. Jubiläums des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA). Dieser ist eine wissenschaftliche Institution der Stadt Wien, d. h. eine Magistratsabteilung, deren Gründung 1959 erfolgte. Seine Bibliothek umfasst ca. 55.000 Bde. des gesamten Schriftgutes der österreichischen Sozialdemokratie sowie ihres geistigen Umfeldes und im Weiteren Nachlässe namhafter Vertreter der Arbeiterbewegung. Einschlägige historische Quellen, Forschungsprojekte und wissenschaftliche Veranstaltungen werden im Jahrbuch des Vereins vorgestellt. Der sehr sorgfältige Umgang mit dem Kulturgut der österreichischen Arbeiterbewegung, insbesondere dem der Sozialdemokratie, bietet dem Nutzer eine sehr angenehme, produktive und kollegiale Arbeitsatmosphäre. Zum historischen Fundus des Vereins gehören Dokumente des

Wirkens von Marx und Engels sowie Sachzeugnisse anderer namhafter Persönlichkeiten, wie die des Gründers der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs Victor Adler.

Mit der vorliegenden Publikation wird die von Friedrich Adler begonnene und nicht mehr vollendete Neuauflage der Korrespondenz seines Vaters mit Friedrich Engels in überarbeiteter und ergänzter Version vorgelegt. Für die editorische Erweiterung sorgte Gerd Callesen, der auch eine ausführliche und sehr informative Einführung verfasste. Friedrich Adler (1879-1960) begann bereits zu Beginn der 20er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts mit der Veröffentlichung des Briefwechsels seiner Eltern mit Engels. C. verweist hier auf Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe sowie auf den 1954 veröffentlichten Bd., der dessen Korrespondenz mit führenden Vertretern der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie beinhaltet. Ein weiterer Bd. für eine erweiterte Ausgabe des Briefwechsels mit Engels sei zwar 1953 abgeschlossen, aber aus ungeklärten Gründen nicht veröffentlicht worden. Im Adler-Archiv, so C., sollen sich noch weitere Korrespondenzen von Victor Adler sowie zwischen namhaften Sozialdemokraten befinden, „die vermutlich noch Wesentliches zum Verständnis der Zeit beitragen könnten“ (S.6). Vorgesehen sei, bisher unveröffentlichte Briefe Victor Adlers in die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA, Bd. III/30 bis III/35) aufzunehmen. Dies sei schon deshalb angeraten, weil Engels „zeitweise Victor Adler als den Kopf der Avantgarde der europäischen Arbeiterbewegung“ (S.6) angesehen habe. Der überwiegende Teil der Originale sei im Adler-Archiv des VGA vorhanden. Ein Teil der Briefe bzw. Entwürfe und Telegramme würde im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam aufbewahrt. Im Zuge eines Austausches von Dokumenten konnten beispielsweise Beileidschreiben Adlers zum Tode von Helena Demuth von Moskau ins Archiv des VGA überführt werden.

Dem Briefwechsel (S.21-104) folgen zwei Anlagen mit Anmerkungen. In den Anhang I wurde u. a. auch ein Auszug aus einem Brief von Engels vom 19. April 1890 „Über den Antisemitismus“ an den Wiener Bankangestellten Isidor Ehrenfreund (1856-nach 1909) aufgenommen. Bei diesem handelt es sich um den in der „Arbeiter-Zeitung“ am 9. Mai 1890 und anschließend in mehreren Zeitungen des In- und Auslandes nachgedruckten Textteil, der auch in der MEGA, Bd. I/31 (S.249-251) und in den MEW, Bd. 22 (S.49-51) enthalten ist. Mit Anmerkungen werden Hintergründe der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus aufgehellt, die letztlich zum Briefwechsel führten (S.127).

Im Weiteren sind auch ein Personenregister zu den in den Briefen Genannten, eine Übersicht der benutzten Kurznamen, ein Verzeichnis der Periodika und ein Bildnachweis angefügt.

Die Einleitung und der Briefwechsel enthalten viele so nicht allgemein bekannte historische Fakten. Der Leser erfährt die Gründe für Victor Adlers Studienreise im Sommer 1883 nach London sowie Interessantes darüber, wie aus der Begegnung mit Engels

schnell ein vertrauensvolles und menschlich sehr herzliches Verhältnis entstehen konnte. Ein beeindruckendes Zeugnis von der Herzlichkeit im Verhältnis führender Köpfe der Sozialdemokratie und Friedrich Engels ist ein von Friedrich Adler verfasster Beitrag „Engels über Louise Kautsky", der im Anhang I wiedergegeben wird. Helena Demuth, die bis zum Tode von Marx dessen Haushalt und danach den von Engels führte, war im November 1890 plötzlich verstorben. Sie, die an der Seite von Karl und Jenny Marx beigesetzt wurde, war, so Engels, die letzte „von der alten Garde von vor 1848" (S.118), die ihm zur Seite geblieben war. Engels soll ihren Tod als sehr schmerzlich empfunden und nach einer Überlieferung von Bernstein am Grab weinend gesagt haben: „Bis jetzt schien die Sonne in meinem Hause, nun ist Dunkelheit!" (S.118). Die nächsten Freunde, insbesondere August Bebel, Victor Adler und Karl Kautsky, sorgten sich um Engels' Wohlbefinden in möglichst ungestörter Arbeit und vermittelten ihm als Hausdame und Sekretärin die geschiedene erste Frau von Kautsky, Louise. Sie, die auch ständige Korrespondentin der Wiener „Arbeiter-Zeitung" war, habe sich, so Victor Adler, mit großer menschlicher Hingabe dieser Aufgabe bis zu Engels' Tode gewidmet, auch nach ihrer Anfang 1894 erfolgten Vermählung mit dem Hausarzt von Engels Dr. Freyberger (1865-1934).

Die Briefedition enthält auch viele Details zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung, die dem Leser ein besseres Verständnis der historischen Fakten ermöglichen. Ebenso hilfreich sind biografische Informationen zum Leben und Wirken namhafter Führer der internationalen Arbeiterbewegung. Eine sehr lobenswerte und nützliche Publikation für geschichtsinteressierte Leser und Historiker. *Horst Klein*

Eric J. Hobsbawm: Wege der Sozialgeschichte (Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets, Schriften, H. 28), Klartext-Verlag, Essen 2009, 38 S.

Das kleine Heft dokumentiert die am 28. November 2008 erfolgte Verleihung des dritten Bochumer Historikerpreises an den britischen „Sozial- und Welthistoriker" (Jürgen Kocka) Hobsbawm, der sich in seiner Autobiografie selbst als „etwas ungewöhnlichen Fall eines lebenslangen, aber untypischen Kommunisten" bezeichnet. Die Publikation enthält neben der Begrüßungsansprache des damaligen Kuratoriumsvorsitzenden der „Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets" Wilhelm Beermann, die einen kurzen Einblick in die Stiftungsgeschichte vermittelte, des weiteren die offizielle Gratulation des Vizeministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen Andreas Pinkwart, der über „Wissenschaftspreise und die Rolle der Geschichte" sprach, sodann die Laudatio des Bielefelder Historikers Thomas Welskopp „Historiker im ‚Zeitalter der Extreme'" (in deutscher und englischer Version) und last but not least die Dankesrede des Geehrten unter dem Titel „Wege der Sozialgeschichte". Beigefügt ist den Texten darüber hinaus eine Auswahlbibliografie Hobsbawm-

scher Werke sowie einiger ihm gewidmeter Titel.

W. begann seine respekt- und liebevolle Laudatio mit einem Zitat aus „The Guardian“ von 2002, das den damals 85-jährigen Hobsbawm als einen Historiker rühmte, „who made us fall in love with history again“, und stellte seinerseits fest, dass H. „für das Geschichtsbewusstsein mehr getan (habe), als ganze Fachbibliotheken voller staubtrockener Abhandlungen oder die ach so modernen, von Bildern trunkenen historischen Fernsehdokumentationen unserer Zeit“ (S.15). Er würdigte den in Wien und Berlin aufgewachsenen, lange Zeit ausgegrenzten polyglotten jüdischen Marxisten als einen ungewöhnlichen Wissenschaftler, dessen forscherisches Interesse in hohem Maße den Armen und Unterprivilegierten, den Aufsässigen und Rebellen galt und der sich seinen ein breites Spektrum umfassenden historischen Studien mit fundiertem Wissen, zugleich aber auch Überzeugungskraft, Leidenschaft und gelegentlich „waghalsige(n) Interpretationen“ widmete. H., der nicht nationale, sondern transnationale Geschichte aus der Sicht eines jüdischen Kosmopoliten geschrieben habe, sei ein Pionier auf dem Feld der empirisch-historischen Arbeitergeschichte gewesen, woraus letztlich sein Weg zur modernen Sozial- und umfassenden Gesellschaftsgeschichte erwachsen sei. W. hob darüber hinaus die vierteilige Geschichte der bürgerlichen Moderne hervor, deren letzter Bd., das „Zeitalter der Extreme“, die Weltgeschichte des kurzen 20. Jahrhunderts in den Blick nahm. Er beschäftigt daher die Zeitgenossen wohl auf besondere Weise und macht sie nachdenklich, zumal H. darin seine Zukunftssorgen im Hinblick auf die zerstörerisch wirkende Entwicklung des gegenwärtigen Kapitalismus zum Ausdruck bringt. Aber auch H.s Vermögen, gesellschaftliche Widersprüche zu erfassen, zu erklären und zu leben, wird deutlich, u. a. wenn W. die kritische Position des Historikers und Kommunisten gegenüber dem stalinistischen Sowjetsozialismus benennt, zugleich aber anmerkt, dass dieser dennoch in seinen Arbeiten die große Leistung der Sowjetarmee bei der Niederschlagung des Faschismus stets anerkannte. Darüber hinaus rühmte der Laudator die Frische, Lebendigkeit, ja Jugendlichkeit der Hobsbawmschen Gedankenführung, wozu nicht zuletzt die mehr als 50-jährige Lehrtätigkeit des Historikers beigetragen habe, und vergaß auch nicht zu erwähnen, dass dieser u. a. eine Geschichte des Jazz schrieb.

In seiner kurzen Dankesrede wahrte H. im Hinblick auf seine eigene Leistung britische Zurückhaltung. Kursorisch skizzierte er die Herausbildung der modernen Sozialgeschichte, nannte einige seiner geistigen Anreger so die ‚Annales‘- Historiker und Fernand Braudel, vor allem aber Edward Thompson und sein Buch „The Making of the English working class“. H. brachte auch seine Sympathie und seine wissenschaftliche Verbundenheit gegenüber deutschen Wissenschaftlern wie den Mommsens, Lutz Niethammer, Klaus Tenfelde oder Jürgen Reulecke zum Ausdruck. Und wiederum formulierte er seine Sorgen über die Entwicklung der Welt von heute und

mahnte die Beschäftigung mit den „großen Fragen“ der Zeit an. Der 92-jährige ließ keinen Zweifel daran, dass er bis heute ein Gelehrter geblieben ist, der sich einmischt. Vielleicht weckt ja die hier annotierte kleine Schrift noch größeres Interesse an seinen wissenschaftlichen Werken oder seiner Autobiografie „Gefährliche Zeiten“. Deren Lektüre ist in jeder Hinsicht ein Gewinn, selbst wenn man mit dem Autor über viele Denkangebote diskutieren oder auch streiten möchte, was gewiss seiner Absicht entspräche.

Evemarie Badstübner

Wolfgang Schröder: Leipzig – die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung. Wurzeln und Werden des Arbeiterbildungsvereins 1848/49 bis 1878/81. Mit einer Dokumentation der Tätigkeitsberichte (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. XIII), Karl Dietz Verlag, Berlin 2010, 479 S., Ill.

Ein profundes Buch über ein lohnendes Thema. Handelt es sich doch um einen der größten und vielseitigsten Arbeiterbildungsvereine jener Zeit, der zudem in diesen Jahren ein Zentrum bei der Herausbildung und Konsolidierung der politisch selbstständigen Arbeiterpartei und der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland war. Für dieses Thema ist Sch. schon deshalb prädestiniert, weil er der beste Kenner des Lebens und Wirkens von Wilhelm Liebknecht ist, neben August Bebel die profilierteste Persönlichkeit in diesem Entwicklungsprozess. Vorgelegt wird eine sehr detaillierte Darstellung auf breiter Quellenbasis unter Einbeziehung bisheriger Forschungsergebnisse.

Zu Recht betrachtet Sch. die Arbeiterbewegung in der Revolution 1848/49 als Wurzel des 1861 gegründeten Gewerblichen Bildungsvereins. Bereits damals bildete Leipzig ein Zentrum. Gestützt auf einen starken Arbeiterverein mit Presseorgan entstand von Leipzig aus im Juni 1848 ein sächsischer Landesverband. Leipzig wurde zum Sitz des Zentralkomitees der Arbeiterverbrüderung. An der Spitze stehende Mitglieder des Bundes der Kommunisten wie Born, Gangloff, Kick, Schilling und Schwenninger schildert Sch. in ihrem Wirken, kennzeichnet sie aber nicht als Bundesmitglieder, wie er auch die Leipziger Bundesgemeinde nicht einbezieht.

Konzentriert legt Sch. die politischen, ökonomischen und sozialen Faktoren für die besondere Stellung Leipzigs dar, wo auch die 1863 erfolgte Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ihren Ausgang nahm. Er unterstreicht die Rolle des starken Leipziger Arbeiterbildungsvereins im Verband Deutscher Arbeitervereine. In den Jahren 1867 bis 1869 bot der Verein eine Basis für die zielstrebige Vorbereitung der Parteigründung durch Bebel, Liebknecht und ihre Anhänger. Auch weist die Geschichte des Leipziger Arbeiterbildungsvereins die immer noch vertretene These zurück, die Parteigründung sei erst durch Schweitzers Staatsstreich vom Juni 1869 provoziert worden.

Als Besonderheit für Leipzig hebt Sch. hervor, dass sich der Arbeiterbildungsverein 1869 nicht wie vielerorts in eine Gruppe der Sozialdemokrati-

schen Arbeiterpartei (SDAP) umwandelte, sondern beide Organisationen nebeneinander bestanden. Das empfahl sich schon angesichts der immensen Breite der Bildungstätigkeit. Die Abgrenzung wie die Verzahnung beider Vereine wird aus der Darstellung – und wohl auch aus den Quellen – nicht deutlich. Beide besaßen um 1874/75 bei damals üblicher großer Fluktuation jeweils rund 300 zahlende Mitglieder, von denen gewiss ein beachtlicher Teil beiden Vereinen angehörte. Wenn auch die Leitung der SDAP 1869 ihren Sitz in Braunschweig nahm, behielten die Leipziger Sozialdemokraten durch das zentrale Presseorgan und bei den Vorbereitungen der Reichstagswahlen eine Sonderstellung. Bei der Wahl 1874 wurden alle sechs Mandate für die SDAP in sächsischen Wahlkreisen gewonnen, auch ein Verdienst der Leipziger Sozialdemokraten, obwohl sie in Leipzig selbst zu jener Zeit kein Mandat errangen. Wie sehr die Leipziger Obrigkeit den Nutzen von Arbeiterbildung für die Verwertung der Arbeitskraft schätzte, zeigt – nach anfänglichem Verbot – der Fortbestand des Bildungsvereins unter dem Sozialistengesetz.

Ein Vorzug der Darstellung ist es, dass dem Lebensweg vieler Arbeiterpersönlichkeiten nachgegangen wird. Deren Biografie zu erhellen ist äußerst aufwändig. Damit wird aber dem Alltag eines Vereins Gesicht gegeben. Die Gestaltungsmittel sind in ihrer Anschaulichkeit und Eindringlichkeit hervorragend: Tabellen über die Leitung des Vereins, Grafiken über dessen soziale Zusammensetzung – auch im Personenverzeichnis wird der Beruf vermerkt, wenn er zu finden war –, mitten in den Text eingeschobene Kästen mit Biografien oder Dokumententexten, wie die bisher unveröffentlichte Rede Liebknechts auf dem Stiftungsfest 1875, Faksimiles aus Presseorganen, Porträts und vieles mehr. Hier wurde die Wirksamkeit der Aussagen höher eingestuft als die Druckkosten. Dafür gebührt der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Berlin) Dank, die den Bd. förderte.

Der Dokumententeil nimmt etwa ein Drittel des Bd. ein. Die seinerzeit gedruckt vorgelegten Tätigkeitsberichte werden erstmals wieder vollständig publiziert. Die Fülle und Breite des Wirkens fasziniert. Bildung reichte – unterschiedlich in den einzelnen Jahren – von Grundfertigkeiten im Schreiben und Rechnen, beruflicher Fortbildung, Stenografie, Fremdsprachen, politischen, ökonomischen, naturwissenschaftlichen, historischen und literarischen Themen bis zu Chor, Theaterspiel und Sport. Der Bericht über das Jahr 1875 zeigt eine besondere Fülle. Im Bericht von 1865 ist leider nichts vermerkt über die Hilfe, die der Verein bei der Entstehung des Frauenbildungsvereins und der Gründung des Allgemeinen deutschen Frauenvereins im selben Jahr gewährte. Auf die durch Quellen belegten Verbindungen geht Sch. nicht ein. Die Berichte zeugen von der organisatorischen Leistung, der Fähigkeit zur Koordinierung. Wer eine solche Aufgabe übernahm, war sich der Rolle von Wissen im Befreiungskampf der Arbeiterklasse bewusst, betrachtete Rechenschaftspflicht als Selbstverständ-

lichkeit, besaß Demokratiebewusstsein und hatte Liebknechts Gedanken über „Wissen ist Macht“ ebenso verinnerlicht wie den Ausspruch von Johann Jacoby, dass die Bildung eines Arbeitervereins wichtiger ist als die Schlacht von Königgrätz.

Angemerkt seien einige Ungenauigkeiten: der im Vorwort nicht exakt wiedergegebene Parteiname; der Artikel „Das Verhältnis der Kapital- und Junkerpartei zu den Arbeitern“ im „Demokratischen Wochenblatt“ vom 31. Oktober 1868 stammt wohl nicht von Liebknecht, sondern von Robert Schweichel; die Thüringenreise begann Bebel am 5. Juni 1869.

Unbedingt hervorzuheben ist die Fülle von Literaturhinweisen in den Fußnoten, wodurch Detailforschung von Jahrzehnten zusammengeführt und bewahrt wird. Besonders in einer Zeit, in der die Geschichte der Arbeiterbewegung aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt wird, ist ein derart gründliches und umfassendes Werk ein großer Gewinn. *Ursula Herrmann*

Udo Achten/Bernt Kamin-Seggewies: Kraftproben. Die Kämpfe der Beschäftigten gegen die Liberalisierung der Hafenarbeit. Mit einer Dokumentation der Broschüre von Carl Legien „Der Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg-Altona“ von 1896/97, VSA-Verlag, Hamburg 2008, 190 S., Ill.

„Aus der Geschichte lernen – die Zukunft gestalten!“ Dies war das Thema eines Kongresses, den der Bundesvorstand des DGB im Oktober 1979 in München durchführte. Er war gewissermaßen der erste Höhepunkt in einem Prozess, in dessen Verlauf die Gewerkschaftsgeschichtsschreibung in der Bundesrepublik in den 70er- und 80er-Jahren des vorigen Jahrhunderts einen immensen Aufschwung nahm. Das hat sich bedauerlicherweise gewandelt. Die Geschichte der Arbeiterbewegung im Allgemeinen und die der Gewerkschaftsbewegung im Besonderen gehören seit einigen Jahren nicht mehr zu den bevorzugten Themen der Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik. Leider sind die Zeiten offenbar vorbei, als der DGB unter seinem damaligen Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter oder dessen Nachfolger Ernst Breit „aus der Geschichte lernend“ die Zukunft gestalten wollte und – neben vielen anderen Aktivitäten – unter dieser Themenstellung einen Gewerkschaftskongress durchführte.

Der vorliegende Bd. steht in einem bemerkenswerten Kontrast zu diesem Mainstream. Zum Einen nimmt er wiederholt Bezug auf das Thema des genannten Kongresses (S.9, 11ff.). Zum Zweiten sind es mit Udo Achten (ehemaliger Lehrer an den IG Metall-Schulen Lohr und Schliersee sowie am Bildungszentrum Sprockhövel), Bernt Kamin-Seggewies (Betriebsratsvorsitzender der Gesamthafenarbeiter in Hamburg) und Frank Bsirske (Vorsitzender der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di), der ein sehr lesenswertes Vorwort beisteuerte, Gewerkschaftsfunktionäre, die sich der Geschichte ihrer Organisation zuwenden. Sie tun dies mit dem erklärten Ziel zu zeigen, dass gewerkschaftliche Strategien, die die historischen Erfahrungen nicht berücksichtigen, ins Lee-

re laufen und der Gefahr unterliegen, dass Fehler wiederholt werden. Beginnend beim Hamburger Hafenarbeiterstreik von 1896/97 (u. a. mit dem Wiederabdruck des zeitgenössischen Streikberichts von Carl Legien, dem damaligen Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, S.25-101) bis zu den Aktionen der europäischen Hafenarbeiter in der Mitte des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts behandeln die Autoren die Kämpfe gegen die Liberalisierung der Hafenarbeit in Deutschland und Europa. Dabei wird eine Analyse der Mängel in der Koordinierung der Aktionen nicht ausgespart. Aus der Geschichte lernen...

Der Bd. ist als ein Lesebuch konzipiert. Er wendet sich aber gleichermaßen an die „Zunft", vor allem durch die Analyse sowohl der technologischen Wandlungen der Hafenarbeit als auch der durch die Globalisierung hervorgerufenen Änderungen der Unternehmerstrategien und der daraus notwendigerweise resultierenden Veränderungen der Formen und Methoden des gewerkschaftlichen Widerstandes.

Seine Ausgestaltung insgesamt, vor allem die zahlreichen zeitgenössischen und aktuellen Fotos sowie Faksimiles von Karikaturen und Presseausschnitten erhöhen die Anschaulichkeit außerordentlich. *Peer Lautenschläger*

Rainer Karlsch/Paul Werner Wagner: Die AGFA-ORWO-Story. Geschichte der Filmfabrik Wolfen und ihrer Nachfolger, verlag für berlin-brandenburg, Berlin 2010, 240 S., Abb.;

Silke Fengler: Entwickelt und fixiert. Zur Unternehmens- und Technikgeschichte der deutschen Fotoindustrie, dargestellt am Beispiel der Agfa AG Leverkusen und des VEB Filmfabrik Wolfen (1945-1995), Klartext Verlag, Essen 2009, 311 S.

Der Wirtschaftshistoriker K. und der Kulturwissenschaftler W. haben eine Firmengeschichte über ein Unternehmen geschrieben, das in der DDR wohl jeder kannte. Sie verfolgen die Entwicklung des Betriebes von seinen Anfängen, der 1873 gegründeten „Actien-Gesellschaft für Anilin-Fabrikation" (agfa) bis in die 1990er-Jahre, als die „Filmfabrik Wolfen GmbH", Träger des ORWO-Warenzeichens, in Liquidation ging.

Kapitel 1, die bis 1909 reichende „Berliner Zeit" des Unternehmens, ist ganz im Stile der traditionellen Technikgeschichte geschrieben. Es ist die Story des Siegeszugs des technischen Fortschritts in Gestalt der Fotochemie, ein Bericht über geniale Erfinder, die allen Widrigkeiten trotzten. In den Kapiteln 2 bis 8 (1909-1990) weitet sich das Spektrum über die Technikgeschichte hinaus. Betriebswirtschaftliche Aspekte werden ebenso behandelt wie die (zunächst ganz auf patriarchalische Wohlfahrtseinrichtungen ausgerichtete) Sozialpolitik. Ab dem zweiten Kapitel finden auch immer wieder volkswirtschaftliche Ereignisse und Zusammenhänge Berücksichtigung wie die deutschen Kriegswirtschaften 1914-1918 und 1939-1945, die Weltwirtschaftskrise 1929-1933 oder „Das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirt-

schaft“ (1963-1970) bzw. die „Währungsumstellung und Transformationskrise“ (1990-1991). Diese gesamtwirtschaftlichen „Einlagen“ sind unbedingt zu begrüßen, da die dargestellten Prozesse und Ereignisse jeweils die betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen wesentlich veränderten. Die Betrachtung auf innerbetriebliche Strukturprobleme einzuschränken und die Entwicklung nach außen auf die Auseinandersetzung mit den unmittelbaren Konkurrenten und deren Produktinnovationen zu reduzieren, die für viele Firmengeschichten charakteristisch sind, wird so vermieden.

Erst in den Kapiteln 10 und 11, die den Zeitraum bis Mitte der 1990er-Jahre behandeln, verengt sich der Bericht wieder auf eine reine Firmengeschichte, auf die des trotz aller Überlebensanstrengungen zugrunde gehenden Kombinatsbetriebes, die seiner Ausgründungen und einiger Neugründungen im „Chemiepark Wolfen“. Kapitel 11 ist der landeseigenen „Mitteldeutschen Sanierungs- und Entsorgungsgesellschaft mbH“ (MDSE) gewidmet. Deren Unternehmenszweck ist, das Wolfener Gelände durch Sanierung von Gebäuden, Boden und Grundwasser von Altlasten zu befreien. Darüber berichten die Autoren viel Lobendes, ganz im Sinne des eingangs abgedruckten „Grußwortes von Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer“ und sicher auch des Mitfinanzierers des mit vielen Fotos, aufschlussreichen Grafiken und Tabellen großzügig ausgestatteten Bd., der MDSE.

Wie ein roter Faden ziehen sich durch den Bd. die Beziehungen von agfa bzw. des VEB Filmfabrik Wolfen zu seinem Konkurrenten Kodak. Anfang des 20. Jahrhunderts beherrschte Eastman Kodak de facto weltweit monopolartig den Markt für Kinofilm. Agfas Aufstieg in diesem Bereich wurde möglich durch enge Zusammenarbeit mit französischen Filmproduzenten, die nach preisgünstigen Alternativen suchten und dabei auf das damals noch Berliner Unternehmen stießen, das gerade den Einstieg in den Kinofilm wagte. Es gelang agfa, sich in Deutschland und einer Reihe anderer europäischer Länder mit seinen Produkten gegenüber Kodak durchzusetzen. Davon profitierte noch in den 50er-Jahren nicht nur agfa Leverkusen, sondern auch agfa Wolfen. Eastman Kodak wurde erneut zu einer ernsthaften Konkurrenz durch die Einführung des Schnellladesystems für Fotoapparate 1963. Auch Wolfen war herausgefordert. Im Jahre 1967 kam es zu Verhandlungen mit Kodak, die jedoch vom Politbüro der SED nicht mitgetragen wurden. So mussten für die DDR-Kameras qualitativ nicht so gute Ersatzlösungen für ein neues Schnellladesystem gefunden werden. Als es 1990 um die Zukunft des VEB Filmfabrik Wolfen ging, konzentrierte der Anfang des Jahres neu gebildete Vorstand seine Forschungsarbeiten auf die Entwicklung Kodak-kompatibler Filme. Damit hoffte man, die Bereitschaft des zögernden Kooperations-Wunschpartners agfa-Gevaert doch noch zu gewinnen. Bald zeigte sich jedoch, dass die Wolfener Filmfabrik die Umstellung auf ein konkurrenzfähiges Farbfilmsystem aus eigener Kraft nicht schaffen würde. Noch vor

der deutschen Einheit war damit der Traum ausgeträumt, die Arbeitsteilung zwischen den alten agfa-Standorten Leverkusen und Wolfen wiederzubeleben.

Wäre Wolfen unter Umständen ein anderes Schicksal beschieden gewesen? Immerhin kam es Anfang 1990 zu Gesprächen mit dem Vorstand von agfa-Gevaert. Wie weit sie gingen und ob sie bis zu einem Joint-Venture-Vertrag führten (immerhin 2.800 solcher Verträge kamen im 1. Halbjahr 1990 zustande), wird im Buch nicht erwähnt. Das wäre insofern interessant zu wissen, als der Leser dann beurteilen könnte, ob es nicht so sehr der geschilderte Produktivitätsrückstand als die durch den Vertrag über die Währungs- und Wirtschaftsunion der BRD mit der DDR (einschließlich der Umwandlung der Treuhand in eine Privatisierungsanstalt) im Frühjahr/Frühsommer 1990 geschaffenen konkreten Rahmenbedingungen für die ostdeutsche Wirtschaft waren, die die westdeutschen Unternehmen so handeln ließen, wie es die Autoren beschreiben, „nämlich dass man den ostdeutschen Markt durch das Hochfahren der eigenen Kapazitäten bediente, die Zusatzgewinne einstrich, und dafür lediglich wenig kostenintensive Vertriebsniederlassungen aufbaute“. (S.189). An dieser Stelle wäre ein stärkeres Eingehen auf die Makroökonomik für die Beurteilung des weiteren Schicksals des Wolfener Unternehmens nützlich gewesen. So alternativlos, wie es heute aussieht, war das Schicksal der Filmfabrik Wolfen wohl doch nicht.

Festzuhalten bleibt noch – dies sei abschließend den positiven Aussagen über das Buch hinzugefügt –, dass es sich bei der Arbeit von K./W. um eine der wenigen neueren ostdeutschen Firmengeschichten handelt, die den Bogen „von den Anfängen“ im 19. Jahrhundert bis hin zur Deindustrialisierungsphase nach 1989 und zum Versuch ihrer Überwindung spannen.

Der mit der Maxime der „Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ vertraute Leser glaubt zu wissen, was ihn bei der Lektüre des Buches von F. erwartet, das ebenso die ostdeutsche Filmfabrik Wolfen und vergleichend die westdeutsche agfa Leverkusen für den Zeitraum von 1945 bis 1995 behandelt: auf der einen Seite die Darstellung eines planwirtschaftlich regulierten DDR-Betriebes, der „systembedingt“ notwendige Innovationen, um mit der technologischen Entwicklung Schritt zu halten, nicht packt, sich inflexibel zeigt, marode wird und schließlich untergeht; auf der anderen Seite ein Unternehmen aus dem gleichen IG-Farben-Erbe, mit ähnlichen Ausgangsbedingungen nach dem Kriege, das Erfolg hat, weil es, marktreguliert, innovativ ist und für seine Produkte die technologische Transformation von der traditionellen zur digitalen Fotografie meistert.

Doch F. ist nicht der Versuchung erlegen, ein Buch dieser Art zu schreiben. Die tatsächliche Entwicklung der beiden Betriebe, von ihr auf der Grundlage von Archivmaterial und Sekundärliteratur sorgfältig erschlossen, gäbe das Material für eine derartige Interpretation auch gar nicht her.

Denn beide Betriebe scheiterten in der ersten Hälfte der 90er-Jahre, beide wollten bzw. konnten den in den 70er-Jahren anstehenden Prozess der Ausrichtung ihrer Fertigungen auf die digitale Fotografie nicht beschreiten, eingedenk doch so erfolgreicher Entwicklung von zweieinhalb Jahrzehnten zuvor.

Für dieses vom ordnungspolitischen Standpunkt ganz unpassende Ergebnis musste eine andere Erklärung, musste ein anderer Theorieansatz gefunden werden. F. hat ihn im Modell der „Pfadabhängigkeit" entdeckt. Danach bewegten sich die „wissensbasierten Unternehmen" agfa Wolfen (später: ORWO Wolfen) und agfa Leverkusen innovativ entlang eines speziellen Entwicklungsweges, der durch die Basisinnovation der Silberhalogenid-Fotografie bereits zu IG-Farben-Zeiten beschritten wurde. Pfadabhängiges Verhalten, unterstreicht F., hat für das jeweilige Unternehmen in mehrerer Hinsicht Vorteile. Der Erfahrungsschatz aus früheren Forschungs- und Entwicklungsprojekten kann für die Lösung aktuell auftretender Problemstellungen genutzt werden. Dadurch werden die Risiken des Suchprozesses nach neuen Lösungen kalkulierbar gehalten. Der Nachteil der Verfolgung des einmal eingeschlagenen Technologiepfades ist, dass die Kosten für einen Pfadwechsel sehr hoch sind und von den Unternehmen oftmals gescheut werden. agfa Leverkusen und ORWO Wolfen haben in ihrer betrieblichen Innovationspolitik zu lange auf die Nutzung der Vorteile des einmal eingeschlagenen technologischen Weges vertraut und dabei letztlich ihre Existenz eingebüßt.

Also sind die „systembedingten" Unterschiede in der Planung und Leitung des wissenschaftlichen Fortschritts letztlich bedeutungslos? F. ist keineswegs dieser Ansicht. Sie hat den Spielraum, die das jeweilige ordnungspolitische System den beiden fotochemischen Unternehmen für eine Korrektur der Pfadentwicklung bereitstellte, untersucht und die unterschiedlichen Möglichkeiten, die Plan- und Marktwirtschaft boten, herausgestellt.

Der wichtigste Unterschied zwischen beiden Betrieben bestand darin, dass ORWO Wolfen über einen Pfadwechsel nicht autonom entscheiden konnte, das war Sache der zentralen Lenkungsinstitutionen der DDR. Diese konnten sich im Falle von ORWO nicht zu einer groß angelegten Entwicklungsoffensive entschließen. Spätestens seit Ende der 70er-Jahre ließen die Ausgaben für die Entwicklung der Mikroelektronik die Finanzierung eines Pfadwechsels in der Fotoindustrie nicht mehr zu.

Im Vergleich zur DDR war der Einfluss bundesrepublikanischer Staatsorgane auf unternehmerische Forschungs- und Entwicklungsprozesse systembedingt geringer. Aber auch die Regierung der Bundesrepublik betrieb Technologieförderung, die sich allerdings eher an Telekommunikation, Werkzeugmaschinenbau und Halbleitertechnologie orientierte. agfa Leverkusen, allein auf den Markt angewiesen, fand nicht – auch nicht nach der Fusion mit dem belgischen Fotounternehmen Gevaert – die Kraft zum Pfadwechsel.

F. beschreibt nach dem höchst aufschlussreichen einleitenden Theoriekapitel in einem zweiten die Entwicklung des IG Farben/agfa-Unternehmens bis 1945. Im dritten Kapitel (1945-1964) zeichnet sie die Integration der in Leverkusen bzw. Wolfen gelegenen Unternehmensteile in die Marktwirtschaft der Bundesrepublik bzw. die Planwirtschaft der DDR, in den westlichen und den RGW-Markt nach. Ungeachtet zunehmender Unterschiede blieb eine Zusammenarbeit zwischen beiden Unternehmen gewahrt. Damit war es nach Auffassung von F. 1964 endgültig vorbei. Gewissermaßen symbolisch endete in diesem Jahr auch die gemeinsame Nutzung des Warenzeichens agfa. Das fünfte Kapitel ist der Ausreifungs- und Stagnationsphase der Produktion auf der Grundlage der traditionellen Fotografie gewidmet. Bereits für die 60er-Jahre sieht F. für die fotochemische Industrie in beiden Teilen Deutschlands eine beginnende Stagnation im Bereich der Modell- und Produktionspolitik, die in den 70er-Jahren in eine Phase lang anhaltenden Niedergangs mündete. Für die späten 70er-Jahre konstatiert F. eine existenzielle Krise, die in der ersten Hälfte der 90er-Jahre agfa Leverkusen und ORWO das Aus brachte (Kap. V: Epilog).

Das Buch wird in jenen Teilen mit Spannung gelesen werden, in denen die sich über mehrere Jahrzehnte hinziehenden Versuche beider fotochemischen Unternehmen geschildert werden, sich aus der Pfadabhängigkeit zu lösen (Kap. IV). Die Argumente, die für und gegen die – wie wir heute wissen einzig richtige – Entscheidung zugunsten der digitalen Fotografie sprachen, sind für den Leser gut nachvollziehbar.

Insgesamt hat F. mit ihrer Art des Vergleichs von agfa Leverkusen und ORWO Wolfen durch ihren – konsequent auf das Modell der Pfadabhängigkeit ausgerichteten – Forschungsansatz eine Pionierarbeit geleistet. Wünschenswert ist, dass dieser Ansatz auch auf andere Betriebe – man denkt natürlich sofort an Zeiss Oberkochen und Zeiss Jena – Anwendung findet. Vor einer Hochstilisierung des Beispiels agfa Leverkusen-ORWO Wolfen zum Muster deutsch-deutscher Technologieentwicklung der Nachkriegszeit warnt die Autorin allerdings in ihren Schlussbetrachtungen (Kap. VI). Verdienterweise ist das Buch von F. im September 2010 mit dem René-Kuczynski-Preis für hervorragende Publikationen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialgeschichte ausgezeichnet worden. *Jörg Roesler*

Lothar Wieland: „Wieder wie 1914!“ Heinrich Ströbel (1869-1944). Biografie eines vergessenen Sozialdemokraten. Mit einem Geleitwort von Hans Koschnick (Schriftenreihe Geschichte & Frieden, Bd. 15), Donat Verlag, Bremen 2009, 407 S.

Der jüngste Bd. einer verdienstvollen Reihe rückt wie kaum ein anderer vor ihm die Geschichte der Arbeiterbewegung oder genauer das sich in ihr entwickelnde Denken über Krieg und Frieden in den Blickpunkt. W. holt den sozialdemokratischen Querdenker Heinrich Ströbel aus dem Vergessen.

Der Mangel an Quellen, die den Privatmenschen Ströbel nacherlebbar machen, verhinderte zwar eine allseitige Biografie. Dagegen besticht die Gründlichkeit, mit der W. die Genesis der politischen Auffassungen dieses „besonderen“ linken Sozialdemokraten zeigt. Ströbel, bei den Sozialdemokraten wie bei den Kommunisten stets umstritten, angefochten oder verpönt, gehörte über Jahrzehnte zur geistigen Elite der deutschen Sozialdemokratie. Da er aber ihren Mainstream nicht teilte, hatte er dort ebenso viele Gegner wie unter den generellen Kritikern sozialdemokratischer Politik.

Der Parteiredakteur arbeitete auf Vorschlag Rosa Luxemburgs von 1900 bis 1916 in der Redaktion des „Vorwärts“. Er war Delegierter mehrerer Parteitage. 1908 zog er mit Karl Liebknecht in die erste sozialdemokratische Landtagsfraktion Preußens ein. In den innerparteilichen Debatten über Massenstreik und Budgetbewilligung unterstützte er die revolutionäre Linke. Er gehörte zur Mehrheit der „Vorwärts“-Redakteure, die noch am 4. August 1914 die Kriegskreditbewilligung durch die Reichstagsfraktion missbilligte, und zu den linken Sozialdemokraten, die sich um die Sammlung der zunächst kleinen Gruppe entschiedener Kriegsgegner in der Partei bemühten. Er war Autor der ersten Nummer der „Internationale“ und einer der Verfasser des Protestschreibens oppositioneller Sozialdemokraten vom Juni 1915 gegen die Kriegspolitik der Parteiführung. Gegenüber dem Parteivorstand wie im preußischen Landtag wandte er sich gegen die parteioffizielle These von der „Vaterlandsverteidigung“ und gegen den „Burgfrieden“. Liebknechts „Nein“ vom 2. Dezember 1914 zollte er Respekt; im Mai 1916 lobte er dessen Auftritt gegen den Krieg auf dem Berliner Potsdamer Platz.

Aber Ströbels Weg führte nicht in die Spartakusgruppe, deren Friedenskonzept von revolutionärem Antimilitarismus geprägt war. Der entschiedene Kriegsgegner Ströbel entwickelte dagegen das Konzept eines sozialistischen Pazifismus. Er präferierte gleichsam einen dritten Weg zwischen sozialem Patriotismus und revolutionärem Umsturz der Kriege verursachenden Gesellschaftsordnung. Auf ihm sollten Friedensschluss und demokratisch-soziale Entwicklung der Gesellschaft in ein harmonisches Verhältnis gebracht werden, dies freilich mit höchstmöglicher Konsequenz und Nachhaltigkeit. Seinen Platz fand Ströbel zunächst in der politisch heterogenen USPD, die ihn während der Revolution 1918/1919 als einen der beiden Ministerpräsidenten in die zunächst paritätisch besetzte preußische Regierung entsandte. Doch bald saß er zwischen allen politischen Stühlen. Die sich der KPD annähernde Mehrheit der USPD schloss den Kritiker der bolschewistischen Revolution in Russland 1920 aus. Wieder in der SPD, war er auch dort Anfeindungen ausgesetzt. Er kritisierte unnachsichtig den formalen Charakter der Weimarer Demokratie, in der er weiterhin alte Eliten an den Schalthebeln der Macht und die politische Demokratie ohne „soziale Demokratie“ verkümmern sah. In der Sozialdemokratie nur von einer kleinen Gruppe unterstützt, verlegte der radikale Pazifist

seinen Kampf für die rückhaltlose Aufklärung der deutschen Schuld am Weltkrieg und gegen die deutsche Wiederaufrüstung in die Spalten der „Weltbühne“ und die Schriften der Deutschen Friedensgesellschaft. Als Mitglied des Reichstages opponierte er gegen die Große Koalition von 1928, gegen die sozialdemokratische Tolerierungspolitik und gegen die Billigung des Wehretats 1931.

Aus Protest gegen die Politik der Führung seiner Partei trat der unbequeme Querdenker zur SDAP über. Er gehörte gar ihrem Vorstand an, fand aber auch in ihr wegen seines militanten Pazifismus keine politische Heimat.

Ströbel engagierte sich frühzeitig und nachdrücklich als Warner vor dem Hitlerfaschismus und einem mit ihm drohenden zweiten Weltkrieg. Das Kommende klarsichtig voraussehend und offenbar von der Chancenlosigkeit seines politischen Konzepts überzeugt, emigrierte er noch vor der Überantwortung Deutschlands an die Nazipartei in die Schweiz. Dort wandelte er sich – je näher der Krieg rückte – vom Pazifisten zum Bellizisten. Er bekämpfte die Appeasement-Politik der Westmächte gegenüber der zunehmenden Aggressivität Hitlerdeutschlands und forderte als Alternative die Aufrüstung der Antihitlerstaaten zur militärischen Bekämpfung des Aggressors.

W.s politische Ströbel-Biografie, mit deutlicher Sympathie für den Protagonisten geschrieben, rückt wegen der Konzentration des Autors auf den „Pazifisten“ bzw. „pazifistischen Sozialisten“ besonders die Lebensjahre 1914 bis 1932 in den Mittelpunkt der Darstellung. Der Vorkriegszeit und dem Schweizer Exil sind lediglich 39 Seiten gewidmet. Dem referierenden Text ist eine „Ergebnissicherung“ vorangestellt, die das eigentliche Schlusskapitel, nämlich die Zusammenfassung der Darstellung und Analyse ist.

Für diese Analyse bietet das Buch reiches Material. W. hat aus 26 Nachlässen, aus Protokollen, zahlreichen Zeitschriften und Zeitungen sowie aus gedruckten Quellen so gut wie jede schriftliche Äußerung Ströbels erfasst und sie ausführlich zitierend seiner Darstellung zugrunde gelegt. Er stützt sie zudem auf die Auswertung von rund 300 Monografien und Aufsätzen der Sekundärliteratur. Leider ist dabei die 2007 in Berlin erschienene Biografie von Annelies Laschitza (Die Liebknechts. Karl und Sophie. Politik und Familie) nicht berücksichtigt worden. Sie hätte dem Autor angesichts etlicher Schnittstellen in den Biografien Liebknechts und Ströbels die Möglichkeit geboten, die unterschiedlichen politischen Ansätze der beiden sozialistischen Kriegsgegner genauer zu vergleichen.

Ströbels friedenspolitische Konzepte hatten zu seinen Lebzeiten keine reale Chance, verwirklicht zu werden. Seine treffenden und hellsichtigen politischen Analysen der kapitalistischen Gesellschaft und der Wurzeln von Kriegen jedoch sind bis heute aktuell und bedenkenswert geblieben. Wer sich kritisch mit dem historischen Erbe der deutschen Arbeiterbewegung für den Diskurs über Friedens- und Gesellschaftspolitik befasst, schuldet

W. Dank dafür, dass er Heinrich Ströbel, seine Analysen und Konzepte, vom Staub einer ihn ignorierenden Geschichte befreit und sie der Debatte wieder zugänglich gemacht hat.

Gerhard Engel

Joachim Gatterer: „rote milben im gefieder". Sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteipolitik in Südtirol, StudienVerlag, Innsbruck-Wien-Bozen 2009, 244 S.

Es scheint Mode geworden zu sein, Buchtitel mit Zitaten zu beginnen. Ob das hier tatsächlich gelungen ist, mag dahingestellt bleiben. Zumindest aus dem Untertitel ist ersichtlich, worum es geht. Der historisch und politikwissenschaftlich angelegte Bd. gliedert sich in Einleitung, Teile zur österreichischen Sozialdemokratie in Südtirol, zu den italienischen Arbeiterparteien und zur Neuen Linken/grün-alternativen Bewegung sowie in eine Schlussbetrachtung.

In der Einleitung typologisiert G. Gemeinsamkeiten und Unterschiede politischer Parteien allgemein, geht dabei auf sozialistische/sozialdemokratische, kommunistische, Grüne und regionalistische Parteien ein. Als Basis der weiteren Darlegungen folgt eine Charakterisierung des Südtiroler und italienischen Parteiensystems.

Im 1. Teil behandelt G. Geschichte, Ideologie und Organisation der „Südtiroler Sozialdemokratie" – einer Sozialdemokratie österreichischer Prägung – vom Habsburger Reich über 1918, als Südtirol zu Italien kam, bis in die Gegenwart. Er konstatiert für die Südtiroler Sozialdemokratie „über weite Strecken eine Geschichte des Scheitern[s]", da ihr größere Erfolge versagt blieben und sie als eine Bewegung in „Bruchstücken" vor allem aus kurzzeitigen Initiativen einzelner Aktivisten bestanden hätte (S.69).

Im zweiten Teil handelt der Autor im Abschnitt „Geschichte" die verschiedenen sozialistischen Parteien und die KP ab; ein extra Unterabschnitt ist „Sozialisten und Kommunisten in Südtirol" gewidmet. In den beiden folgenden Abschnitten stehen die Minderheitsproblematik und die Organisationsentwicklung vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg im Mittelpunkt. Trotz der zahlenmäßigen Schwäche der italienischen Sprachgruppe verfügten die italienischen Linksparteien in Südtirol stets über ein gewisses Stimmenpotenzial. In der nationalen Frage lehnten sie bis Mitte der 60er-Jahre das Selbstbestimmungsrecht ab und treten erst seither schrittweise für eine Regionalautonomie ein.

Der dritte Teil zeichnet die Entstehung und Geschichte der Grünen/Alternativen Bewegung seit Mitte/Ende der 60er-Jahre, ihre ideologischen Positionen und ihre Organisation nach. Sie entstand und entwickelte sich im Unterschied zu den traditionellen Linksparteien ethnisch übergreifend, zugleich griff sie sozialpolitische Fragestellungen auf und ergänzte diese mit Bürgerrechts- und ökologischen Forderungen.

In die Texte aller drei Teile sind Porträts wichtiger Persönlichkeiten der jeweiligen Organisationen eingebunden, werden ihre verschiedenen Initiativen skizziert und die praktische Politik in

der Autonomiefrage analysiert. Abschließend zu jedem Teil bietet der Autor einen informativen Anhang, in dem u. a. Parlaments-/Abgeordnetenmandate, Wahlergebnisse und Gemeindevertreter aufgelistet sind. Fotos lockern den Bd. auf.

Als Fazit der Darlegungen bleibt, dass für Südtirols Parteien, „die im weitesten Sinne die Interessen der Werktätigen vertreten" (S.9), die nationale Frage durch die politischen Rahmenbedingungen im behandelten Zeitraum von Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart einen entscheidenden Raum einnahm. Die Südtiroler Arbeiterbewegung befand sich bei allen unterschiedlichen politischen Entwicklungen und sozialen Auseinandersetzungen stets im Spannungsfeld von nationaler Integration und nationaler Differenzierung, war sowohl von politisch-ideologischen als auch ethnischen Spaltungen geprägt. Mit dem Bd. liegt erstmals eine umfassende regionalgeschichtliche Untersuchung für Südtirols Linksparteien vor.

Rainer Bert

Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2010. Enthält: The International Newsletter of Communist Studies XVI (2010), No 23, Aufbau Verlag, Berlin 2010, 430 S.

Es war eine gute Idee der Hrsg., das neue Jahrbuch während der von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geförderten Tagung über die Beziehungen zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und den kommunistischen Parteien in West- und Südeuropa von 1968 bis 1989 vorzustellen. In den Vorträgen über Ausprägungen des Eurokommunismus in den KP Spaniens, Italiens, Frankreichs und Großbritanniens kamen Fragen zur Sprache, die mit dem Schwerpunkt des neuen Jahrbuches für Historische Kommunismusforschung korrespondieren: der Geschichte der kommunistischen Bewegung in Westeuropa nach 1945.

Elf Autoren und Autorinnen aus sechs Ländern untersuchen anhand nunmehr für die Forschung freigegebener Archivdokumente Entwicklungen in den Kommunistischen Parteien in Griechenland, der Bundesrepublik Deutschland, in Schweden, Italien und Frankreich sowie der Sozialistischen Partei in den Niederlanden. Gerhard Wettig geht der Frage nach, wie sich die Sowjetunion gegenüber den Kommunistischen Parteien außerhalb ihres Machtbereiches, in den von den Westalliierten besetzten Ländern verhielt und welche Rolle dabei dem Kommunistischen Informationsbüro (Kominform) zukam. Matteo Lodevolle greift die Frage nach der Rolle des Kominform auf und versucht unter Rückgriff auf italienische, französische und russische Archivquellen eine Neubewertung der Streiks in Frankreich und Italien im Herbst 1947. Er fasst zusammen, dass die kommunistischen Parteien beider Länder eine gemäßigte, auf parlamentarischen Kampf ausgerichtete Strategie verfolgten. Ihre Unterordnung unter die KPdSU ging mit einem Verzicht auf die Propagierung eigener nationaler Wege zum Sozialismus einher. Ein völlig anderes Bild bot sich 1946/47 mit Blick auf

die griechische Partei, die nicht zu Kompromissen mit den bürgerlichen Kräften bereit war und im Norden des Landes eine provisorische Regierung ins Leben rief.

Die Beziehungen zwischen SED, KPD und DKP beleuchten Manfred Wilke, Heike Amos und Lena Darabeygi. Weitere Themen zum Schwerpunkt sind die Auswirkungen des Eurokommunismus, des Maoismus, der Umfang der Parteienfinanzierung sowie die Identitätsfindung von Kommunisten aus jüdischen Elternhäusern.

Ein in mehreren Rubriken von Peter Huber, Reinhard Müller, Klaus-Georg Riegel, Krisztián Ungváry, Alexander Vatlin und Hermann Weber aufgegriffenes Thema ist die Geschichte der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale (Komintern). In den Beiträgen, die von Ideologie, Kontrolle, Repression und Überlebensstrategien handeln, werden Forschungsergebnisse präsentiert, die auf gründliche und oft über Jahre durchgeführte Recherchen in den einschlägigen, für die Forschung geöffneten Archiven, darunter im Kominternarchiv in Moskau, zurückgehen.

Die Anregung der Redaktion des Jahrbuches 2009, die von Markus Wehner in seinem für das Jahrbuch verfassten Beitrag enthaltene Feststellung von der in Russland gescheiterten Archivrevolution zu diskutieren, greifen nur wenige im Jahrbuch 2010 vertretene Autoren auf. Keiner von ihnen äußerte Widerspruch.

Genau genommen gab es nur Zustimmung. Diese kann – unterschiedlich artikuliert – z. B. in den Beiträgen von Ungváry und Vatlin nachgelesen werden. Huber merkt in diesem Zusammenhang an, dass trotz der Vorenthaltung maßgeblicher Quellen heute eine Reihe von den Terror in der UdSSR betreffenden Fragen beantwortet werden können.

Mit Blick auf den Molotov-Ribbentrop-Pakt merkt Ungváry in der Vorbemerkung zu einem Dokument, das die These von der „Offensivtaktik" der UdSSR stützt, an, dass das Rätsel um die Motive Stalins ohne die vollständige Öffnung der sowjetischen Archive nicht gelöst werden kann. Vatlin skizziert in seinem ebenso informativen wie ernüchternden Beitrag über den Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit im heutigen Russland, das Ende der Zeit der glanzvollen, in Perestroikazeiten gehegten Illusionen. Die Hrsg. verbinden mit einem Ausblick auf die Themen der geplanten Ausgaben 2011 „Geschichte des Antikommunismus seit 1917" und 2012 „Zum Wechselverhältnis von Utopie und Gewalt im Kommunismus" die Hoffnung auf viele aufmerksame Leser, ein Wunsch, dem man sich vorbehaltlos anschließen kann. *Wladislaw Hedeler*

Eberhard Czichon/Heinz Marohn: Thälmann. Ein Report, Verlag Wiljo Heinen, Berlin 2010, 2 Bde., 1066 S.

Nach mehrjähriger Arbeit haben C. und M. ihre mehrfach angekündigte Biografie Ernst Thälmanns vorgelegt, die sie selbst als „Report" bezeichnen. Neue Erkenntnisse zum Leben und zum Wirken Thälmanns, insbesondere als Vorsitzender der KPD und Spitzenfunktionär der Kommunistischen

Internationale, haben die Autoren allerdings nicht vorzuweisen. Sie verteidigen und reproduzieren vielmehr ein verklärtes Thälmann-Bild aus DDR-Zeiten und schreiben damit die (realsozialistische) Thälmann-Legende fort. Sie bleiben in allen wesentlichen Fragen hinter dem aktuellen Forschungsstand zurück, wie er in den letzten zwanzig Jahren – nach Öffnung der Archive in Berlin und Moskau – möglich wurde. C. und M. weisen ausnahmslos alle Forschungsergebnisse zurück, die nicht ihrer eigenen engen Sichtweise entsprechen. Sie verzichten dabei auf jegliche Form der inhaltlichen Auseinandersetzung, sondern beschränken sich darauf, die Autoren ihnen nicht genehmer Veröffentlichungen zu beschimpfen. C. und M. bezeichnen diese Vorgehensweise als „Verteidigung der historischen Wahrheit". Ihr Umgang mit Persönlichkeiten der kommunistischen Bewegung, die zumindest zeitweise in Opposition zu Thälmann standen – namentlich seien Clara Zetkin, Ernst Meyer und Arthur Ewert genannt – entspricht in keiner Weise der von den Autoren selbst formulierten Vorgehensweise: Thälmann, so heißt es bei C. und M., sei „ohne seine Kritiker [...] und sie ohne Thälmann nicht zu verstehen" (S.12). Dennoch beschränken sich C. und M. auf pauschale, zum Teil bösartige Urteile, die von den konkreten historischen Umständen und den persönlichen, zumeist ehrenwerten Motiven der Akteure völlig losgelöst sind. Ein durchweg enttäuschendes Buch. *Ronald Friedmann*

Werner Abel (Hrsg.): Die Kommunistische Internationale und der Spanische Bürgerkrieg, Karl Dietz Verlag, Berlin 2009, 150 S.

Der Bd. enthält nach einer Vorbemerkung und einer Einleitung des Hrsg. 13 Dokumente aus Publikationen der Kommunistischen Internationale (KI) der Jahre 1932 bis 1941. Die Dokumentenedition begründet A. damit, dass die Publikationen der KI nach 1933 (vor allem „Die Welt" bzw. „Die Weltpolitik") schwer oder kaum auffindbar seien. Das trifft so verabsolutiert nicht zu, den Fachinteressenten dürften die entsprechenden Bibliotheken und Archive bekannt sein. „Um die Authentizität der Dokumente zu wahren", so A., „wurden sie nicht in einen modernen Satz übertragen, sondern sind hier als Reproduktion abgedruckt" (S.7). Mit diesem Herangehen beraubt er sich der Möglichkeit – und der Notwendigkeit – Passagen, Ereignisse und Personen für den Leser verständlich in Fußnoten zu erläutern. Ganz authentisch sind die Texte sowieso nicht, da der Nachdruck nicht in Originalgröße erfolgt.

Ziel des Bd. soll es sein, die sich ändernde Strategie der KI und „damit" der KP Spaniens vor und nach dem Franco-Putsch zu verstehen (S.7). Das Vorhaben konnte nicht gelingen, da mit dieser Gleichsetzung von vornherein von einer völligen Übereinstimmung ausgegangen wird, die aber nicht bestand. Die kommunistische Strategie im Spanischen Bürgerkrieg resultierte vielmehr aus einem widersprüchlichen Prozess teilweise divergierender Auffassungen in der KI und

in der KP Spaniens. A. selbst zeigt in seiner Einleitung Widersprüche in den Positionen beider auf. Das Entstehen einer breiten Solidaritätsbewegung für das republikanische Spanien und die Organisation der Interbrigaden wertet er als den größten Erfolg in der Existenz der KI (S.10). Seine Grundlinie vereinfacht: Die Politik der KI habe völlig die Lage in Spanien verkannt, da sie auf eine Volksfrontpolitik orientierte, die eine soziale Revolution ausgeschlossen habe. Es sollte auf revolutionäre Veränderungen verzichtet, erst der Krieg gewonnen und dann Reformen durchgeführt werden (S.14, 17). Die Einführung beruht letztlich auf einer zu schmalen Quellen- und Literaturbasis, um das Geschehen ausgewogen einzuordnen und zu werten.
Von den 13 Dokumenten stammen drei aus der theoretischen Zeitschrift der KI, „Die Kommunistische Internationale", eines aus der „Weltpolitik" und acht Beiträge (leider im Inhaltsverzeichnis ohne Quellenbeleg) aus der „Welt", dazu kommt der Abschnitt über Spanien aus dem Bericht „Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß" (fälschlich auf 1936 statt 1935 datiert, S.5). Autoren der Artikel waren u. a. Victorio Codovilla (als V. C.), Franz Dahlem, Georgi Dimitroff, Dolores Ibarruri und André Marty. Nur drei der abgedruckten Dokumente entstanden unmittelbar in der Zeit des Bürgerkriegs. Die damalige Sicht auf das Geschehen bleibt damit unterbelichtet. Das ist umso bedauerlicher, da zahlreiche in den Bd. nicht aufgenommene theoretische Artikel (so zur Einheitspartei, proletarischen Einheitsfront, antifaschistischen Volksfront, demokratischen Volksrevolution, Arbeiter-und-Bauern-Regierung, Volksdemokratie) in der „Kommunistischen Internationale" und eine Fülle von Beiträgen zur aktuellen Entwicklung in der „Rundschau" die Politik und Strategie der KI dokumentieren. *Herbert Mayer*

Willi Beitz: Michail Scholochow – im Duell mit der Zeit. Beiträge zu Leben und Werk (Bremer Beiträge zur Literatur- und Ideengeschichte), Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2009, 147 S.

Der Slawist B. widmet sein Buch einem viel diskutierten sowjetischen Schriftsteller und dessen Werk. Seine Intention wird bereits in den ersten Zeilen deutlich, wenn er beginnt: „Michail Scholochow ist einer der am meisten verkannten Autoren des 20. Jahrhunderts." (S.11) B.s Anliegen ist es, in der Menge von Beiträgen zur Scholochow-Diskussion Position zu beziehen. Vorwürfen, die ihm zufolge vor allem aus Neid und auf der Basis ideologisierter, eindimensionaler Betrachtung entstanden sind, will er entgegentreten. B. sieht auch die literaturwissenschaftliche Analyse des Werkes zu kurz gekommen und kritisiert, dass die Diskussionen und Streitigkeiten um den Schriftsteller den Zugang zu seinem Werk versperrt und damit eine objektive Würdigung lange verhindert haben.
In der Tat beschäftigt der Kommunist und Romancier Michail Alexandrowitsch Scholochow (1905-1984) noch heute die Forschung. Er polarisiert vor allem aufgrund der lange nicht

geklärten Frage, ob es sich bei seinem 1940 abgeschlossenen und 1965 mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichneten Romanwerk „Der Stille Don“ (Tichij Don) um ein Plagiat des früh verstorbenen Autors Fjodor Krjukow handelt. Der Verdacht kam bereits bei der Publikation des ersten Bandes im Jahre 1928 auf. Er wurde B. zufolge von der Russischen Assoziation Proletarischer Schriftsteller ins Leben gerufen und hielt sich hartnäckig. Noch einmal angekurbelt wurde dieser Vorwurf durch eine anonyme Stellungnahme aus dem Jahre 1974, die mit einem Vorwort von Alexander Solshenizyn versehen ist. B. führt aus, dass die Scholochow-Forschung der letzten Jahre die Vorwürfe nun „direkt und indirekt“ widerlegen konnte. Neben dem Plagiatsvorwurf wurde und wird gegen Scholochow, seit 1961 Mitglied des ZK der KPdSU, der Vorwurf der Anpassung an und der Dienste für das stalinistische Regime erhoben. Damit ging eine Interpretation des „Stillen Don“ als heroisierender Kriegsroman einher. Zusätzlich wurde dem Schriftsteller angekreidet, in seinen späteren Werken eine als Niveauverlust empfundene Stilveränderung vorgenommen zu haben, welche die immer latent vorhandenen Plagiatsvorwürfe unterstützte.

B. hat schon viele Beiträge zur Scholochow-Forschung geleistet und lässt seine Erkenntnisse nun in dieses Buch einfließen. Der Bd. ist kompakt und schlüssig aufgebaut. Der Autor nimmt Bezug auf den Stand der Forschung und kommentiert ausgewählte Beiträge. In drei Komplexen widmet er sich den großen Vorwürfen des Plagiats, der Haltung Scholochows zum politischen System und zur Person Stalins sowie der kriegsbejahenden Botschaft des „Stillen Don“.

Im ersten Abschnitt des Buches steht vor allem die Persönlichkeit Scholochows im Mittelpunkt der auf Quellen und Überlieferungen basierenden Untersuchung. B. behandelt ausführlich das Verhältnis zwischen Scholochow und Stalin. Wie zu erfahren ist, vermied es Scholochow, politisch anzuecken oder die Partei anzugreifen. Doch tat er das nicht aus Affirmation oder Furcht, sondern eher dem Leitspruch folgend: „Ne navredi!“ – „Richte keinen Schaden an!“, wie B. ausführt (S.57, 68). Mit einer solchen Haltung saß der Schriftsteller aber auch „zwischen allen Stühlen“ (Willi Beitz: Michail Scholochow – eine terra incognita?, in: Utopie kreativ, H. 188, Juni 2006, S.547). Er pflegte einerseits Kontakte zu Stalin, nutzte die Audienzen andererseits aber nicht zum eigenen Vorteil, sondern dazu, Unrecht in seiner Heimatgegend anzuprangern und die Lage der Kolchosbauern zu verbessern. „Ich fürchte, Stalin war nicht einmal die schlimmste Variante dessen, was uns blühte“, soll Scholochow einmal gegenüber seinem Sohn geäußert haben (S.56). In B.s Untersuchung wird deutlich, dass Scholochow nicht zu den Schmeichlern gehörte, die Stalin verklärten und idealisierten; im Gegenteil, er trat selbstbewusst auf, denn vor „Kriechern hat man keinen Respekt“ (S.42). Er soll Stalin sogar einmal mit dessen Personenkult konfrontiert haben.

Im zweiten Teil setzt sich der Vf. eingehend mit der Frage nach der

Haltung Scholochows zum Krieg auseinander. Die kriegsverherrlichende Tendenz, die dem Romanepos „Der Stille Don“ unterstellt wird, soll sich einerseits aus seinem großen Erfolg in der Sowjetunion ergeben, andererseits diesen erst produziert haben. B. sucht nun im „Stillen Don“ nach einem kriegsbejahenden Ton, der eventuell auch den Vorwurf begründen würde, Scholochow habe die Verbrechen des Regimes gebilligt. Er gelangt überzeugend zu gegenteiligen Befunden, wenn er z. B. die ausführlichen, wirkungsstarken Beschreibungen Hingerichteter und Sterbender behandelt, die aufgrund ihrer Eindringlichkeit, Detailtreue und leiser Melancholie den Leser schaudern und ihn nach dem Sinn von Krieg fragen lassen. Deutlich wird Scholochows Wertschätzung für das einzelne Menschenleben, die wider jegliche Kriegsverherrlichung spricht. Er zeigt Kriegswütige und Kriegsmüde, und wie aus Ersteren Letztere werden. Er veranschaulicht die Zusammenhänge und Ursachen menschlichen Verhaltens, wie unmenschlich sich dieses auch äußern mag. Diese Vielschichtigkeit und Mehrdimensionalität der Scholochowschen Charaktere arbeitet B. heraus. Er stellt fest, dass Scholochow mit diesen facettenreichen menschlichen Protagonisten keinesfalls heroische Idealfiguren schuf, die dem Vorwurf eines Propagandaromans Recht geben würden.

Im dritten Komplex untersucht B. das Scholochowsche Werk vor dem Hintergrund einer epochalen Zuordnung auf Aspekte der Moderne (Abgrenzung zu Dekadenz und Fin de Siècle, impressionistische Einflüsse) und Elemente der klassischen Ästhetik. Er würdigt die besondere Bedeutung des „Sehens“ bei Scholochow, des Er- und Verkennens und der Wahrnehmung im Allgemeinen. B. untersucht auch die Dramaturgie des Folgewerkes „Neuland unterm Pflug“ und setzt Scholochows Werke immer wieder in Bezug zueinander, arbeitet ihre Bedeutung für die Entwicklung des Autors heraus. Hier geht er auch der Frage nach dem Niveauverlust nach. Statt eines Niveauverlustes konstatiert B. eine sich ändernde Ästhetik. Unter dem Einfluss von Zeitgeschehen und wechselnden Konstellationen (Zensur, Krisenzustand der Gesellschaft, Erwartungsdruck) ändere sich Ästhetik fortwährend, und gerade die Zensur, deren intensive Eingriffe in das Schaffen Scholochows nachzuweisen sind, mache den Vorwurf eines Niveauverlustes an den Schriftsteller nahezu gegenstandslos (S.79). B. attestiert Scholochow den Habitus eines historischen Chronisten und gleichzeitigen Künstlers. Er kritisiert Versuche, diese beiden Eigenschaften gegeneinander auszuspielen, fordert, sie als nebeneinander existent zu akzeptieren.

B.s Buch liefert das Portrait eines ambivalenten Künstlers, der sich einer einfachen Zuordnung entzieht. Ein Bericht an das ZK der KPdSU, den B. zitiert, konturiert noch einmal das Bild eines Mannes, der sich zum politischen Leitbild des sowjetischen Sozialismus bekannte, sich zugleich aber mit einem inhaftierten Freund, der wegen vermeintlicher konterrevolutionären Aktivitäten inhaftiert war, offen solidarisierte (S.32f.). Es ist das höchst informative Portrait eines um-

strittenen Schriftstellers mit mindestens ebenso umstrittenem Werk. B. gesteht ein, dass Scholochow sich gerade im Alter auch in Widersprüchen verfing, er appelliert aber an die Scholochow-Leser, sich dem Autor nicht auf kleinliche Weise zu nähern (S.57). B.s engagierte Parteinahme resultiert aus der Diskussion um den umstrittenen Schriftsteller, die er bereits lange Zeit mitverfolgt hat und in Kongressen und Tagungen bis heute mit bestreitet. Vor diesem Hintergrund ist die gelegentlich etwas emotionale Argumentationsweise des Autors verständlich und tut der Qualität dieser Arbeit keinen Abbruch.

Katharina Kretzschmar

Joachim Schindler (Red.): Rote Bergsteiger. Unterwegs auf ihren Spuren im Elbsandsteingebirge. Hrsg. Alternatives Kultur- und Bildungszentrum (AkuBiZ) e. V., Pirna 2009, 96 S., Karten, Faks., Fotos

Sch. erforscht die Spuren der Roten Bergsteiger aus Dresden und dessen Umland, sowohl im Fels als auch in der Geschichte. Gemeinsam mit ihm, dem Bergsteiger, sind auch jugendliche Berg- und Wanderfreunde des in Pirna ansässigen Alternativen Kultur- und Bildungszentrums auf sportlich wie wissenschaftlich anspruchsvollen Touren. Ihre Wochenendseminare sind nichts für Stubenhocker und Thesenschreiber. Sie erproben ihr Können an Kletterfelsen wie dem Zweifelbachturm und der Zweifelbachwand, kümmern sich um den Erhalt von Gedenksteinen, unternehmen gemeinsame Bergwanderungen, spielen auch mit Konzerten und Liedern gegen Rechts auf. Ihr selbst gewählter Weg führt sie zielstrebig zu den Wurzeln des europäischen antifaschistischen Widerstandes in der Sächsisch-Böhmischen Schweiz und im Osterzgebirge, im Zittauer Gebirge, im polnischen Eulengebirge oder in der italienischen Emilia Romagna, wo einst auch der Deutsche Kurt Triebel, der zuvor aus der Wehrmacht desertiert war, in der italienischen Partisanenbrigade Garribaldi unter Luciano Grossi („Cessarino“) kämpfte.

Aus intensiver, mehrjähriger Beschäftigung mit dem heimatlichen antifaschistischen Widerstand im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet, über den es bis heute keine auch nur halbwegs geschlossene Gesamtdarstellung gibt, entstand ein zeitnahes Mosaik. Die griffige Broschüre versteht sich als Anregung für Wanderungen auf den Spuren des antifaschistischen Widerstandes. Dazu bietet sie vielfältiges Material, einschließlich Karten, Fotos, Faksimiles überlieferter Dokumente unterschiedlicher Herkunft und vor allem Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit an, ist jedoch nicht zuletzt auch als Anregung für weitere Forschungen gedacht.

Unvoreingenommene Forschungsarbeit half, begriffliche Unschärfen bereits beim Namen „Rote Bergsteiger“ zu überwinden. Dieser schloss ursprünglich, seit 1967, allein eine handverlesene Gruppe ausgewählter kommunistischer Widerstandskämpfer ein, verschwieg jedoch die Vielfalt widerständiger Aktionen und Gruppen. Hunderte, zumeist noch unveröffentlichte, Dossiers harren der historischen

Analyse, Forschungsergebnisse wie die Magisterarbeit von Katharina Röper (2003) oder das Buch von Barbara Weinhold (2004) der öffentlichen Debatte. Nach wie vor mangelt es an genauen Informationen über all die Personen und Gruppen, die sich jenseits oder abseits des kommunistischen Widerstandes widerständig verhielten. Auch über den Widerstand sächsischer Bergsteiger und Wanderer in regulären Wehrmachtseinheiten und in Strafbataillonen ist erst wenig bekannt.
In der von Sch. herausgegebenen Broschüre findet der an Natur und Geschichte Interessierte neue und zusammenfassende Ergebnisse: zur Entwicklung des Bergsports zu einer Massenorganisation von insgesamt 30.000 Aktiven im Raum Dresden (um 1930), zu Formen und Aktionen des Widerstands im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet, die sich vor allem auf den Transport illegaler antifaschistischer Literatur und auf die illegale Schleusung von Antifaschisten (vor allem von Kurieren und Verfolgten) konzentrierten. Zu jüngsten Forschungsergebnissen gehört eine Biografie des aus der Dresdner Naturfreunde-Opposition VKA stammenden Adolf Schilling. Nach mehrjähriger illegaler Grenzarbeit bei einem Literaturtransport nach München verhaftet, wurde er nach anschließender Freiheitsstrafe in die KZ Dachau, Flossenbürg und ab 1942 in Auschwitz eingeliefert. Hier rettete er als Krankenpfleger und Mitglied einer Widerstandsgruppe vielen Häftlingen das Leben. 1945 befreit, denunzierte ihn ein polnischer Mithäftling, und Schilling kam für weitere drei Jahre in ein sowjetisches Lager. Bis heute wurde er nicht als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt.
Die Broschüre dokumentiert eine Auswahl sowohl der Opfer unter den sächsischen Wanderern und Bergsteigern als auch jener Verfolgter, die langjährige Freiheitsstrafen und KZ-Haft erlitten, jedoch überlebten und skizziert die Leidenswege von Gerhard Grabs, Fritz Töppert und Kurt Buchmann. Sie enthält Berichte und eine Erlebnisskizze der illegalen Tätigkeit der Gruppe Loschwitz der VKA, Kassiber aus der Haft und Briefe aus dem KZ, Berichte über den Transport von „Braunbüchern“. Sie enthält Erinnerungen alter Bergsteiger wie Walter Grützner an „unerlaubte Grenzwege“, der Spanienkämpfer Erich Glaser und Alfred Möbius sowie an die „vergessenen“ Bergsteiger und Widerstandskämpfer Rudolf Aehlig und Otto Rülke. Die Broschüre dokumentiert weiterhin Orte des Terrors im Raum Dresden von Altenberg bis Struppen und erleichtert durch eine Bibliografie zum antifaschistischen Widerstandskampf der Wanderer und Bergsteiger weiterführende Forschungen. Und letztendlich gibt sie Einblick in die Wanderungen des Alternativen Kultur- und Bildungszentrums Pirna auf den Spuren Roter Bergsteiger.

Gerd Kaiser

Erika Schwarz: Juden im Zeugenstand. Die Spur des Hans Globke im Gedächtnis von Überlebenden der Schoa (Schriftenreihe des Centrums Judaicum, Bd. 8), Verlag Hentrich & Hentrich, Berlin-Teetz 2009, 260 S.

Im Frühjahr 1963 leitete die Generalstaatsanwaltschaft der DDR ein Ermittlungsverfahren gegen den Staatssekretär im Bundeskanzleramt der BRD, Dr. Hans Josef Maria Globke, ein. Begründet wurde der Haftbefehl des Stadtbezirksgerichts Berlin-Mitte damit, dass Globke maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung des Mordes von Millionen Juden in Europa führend mitgewirkt habe. Zur exakten Vorbereitung des Prozesses erbat der Generalstaatsanwalt Hinweise, die zur Ergreifung des Täters oder zur weiteren Aufklärung seiner begangenen Verbrechen führen könnten.

Mehr als 600 Bürger aus der DDR meldeten sich. Sie berichteten in sorgfältig geführten Befragungen, welchen Verfolgungen sie bzw. ihre Familienangehörigen in Folge der von Globke ausgearbeiteten und von ihm kommentierten rassistischen Gesetzgebung gegen Juden durch die NS-Machthaber ausgesetzt waren.

In der von Sch. erarbeiteten Publikation sind die erschütternden Aussagen von 128 jüdischen Bürgern dokumentiert, die persönlich nebst ihren Familienangehörigen direkt von der barbarischen Rassengesetzgebung betroffen waren. Die Autorin hat die Fakten der Befragung chronologisch nach dem Ablauf und der stetigen Steigerung des Terrors gegen die jüdischen Bürger in Deutschland von 1933 bis 1945 geordnet. In der Einleitung zu der vorliegenden Publikation hebt die Autorin hervor, dass sie die Geschichte des Globke-Prozesses nicht erneut schreiben, sondern die Vorgeschichte bzw. Aspekte seiner Vorbereitung erläutern und darlegen wollte. Es geht Sch. darum, die umfangreichen Befragungsdokumente der betroffenen Bürger aus der DDR, die sie erforscht und ausgewertet hat, erstmalig einem breiten Leserkreis vorzustellen. Die akribisch gesichteten Dokumente werden in sieben Kapiteln vorgestellt. Sie sind so geordnet, dass der Leser die systematische Verfolgung der Juden erkennen kann. Jedem Kapitel ist eine knappe Einleitung vorangestellt, die die jeweilige politische und ökonomische Situation der Verfolgten widerspiegelt. Die Dokumente belegen, dass unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 die zielgerichtete Verfolgung der deutschen Juden begann. Sie zeichnen am persönlichen Schicksal der Verfolgten die Blutspur des NS-Regimes nach, die zum Massenmord an den Juden führte. Von rund 550.000 in Deutschland lebenden Juden überlebten nur knapp 1.400 den gegen sie gerichteten Terror.

Den Befragungsunterlagen ist zu entnehmen, dass viele Familien einschließlich Verwandter ermordet wurden. So berichtete Jenny Jungbluth (S.173-175) bei ihrer Befragung am 6. Mai 1963, dass rund 50 Personen aus ihrer Verwandtschaft umkamen.

Maßgeblich verantwortlich für die Durchsetzung der Rechtsverordnungen gegen die Juden war die Abteilung I des Reichsinnenministeriums, in der Globke zuletzt als Ministerialrat arbeitete. Er galt im genannten Ministerium als besonders einflussreich. Die Autorin zeigt, dass Globke offensichtlich die Macht besaß, über Einzelschicksale zu entscheiden. Sie dokumentiert dies mit der Zeugenaussage von Charlotte Rosenthal, die als „Arierin“ in

„Mischehe“ mit einem „Juden“ lebte und in der Angst, ihr Sohn könnte in ein Vernichtungslager deportiert werden, sich um Hilfe an Globke gewandt hatte. In dem Gespräch mit Charlotte Rosenthal demaskierte sich Globke als fanatischer Antisemit. Als er sie fragte, ob sie von ihrem jüdischen Ehemann geschieden sei, und sie dieses verneinte, sagte er in aufbrausendem Ton: „Dann kleben Sie ja noch immer an dem Juden!“ In der gleichen Tonart fuhr er fort: „Das hätten Sie sich eher überlegen sollen, bilden Sie sich ja nicht ein, dass durch eine jetzige Scheidung Ihr Sohn noch gerettet werden kann!“ (S.220-222). Den Anmerkungen zu dem Dokument ist zu entnehmen, dass der Sohn überlebt hat.

Die publizierten Dokumente sind eine bedeutsame Quelle für die Geschichte der Judenverfolgung durch das NS-Regime von 1933 bis 1945. Ihr besonderer Wert besteht vor allem darin, dass die barbarische Politik der NS-Diktatur gegen die Juden aus der Sicht der Opfer aufgezeigt wird. Zu Recht nennt die Autorin die von ihr erstmalig ausgewerteten Dokumente eine Fundgrube der Überlebenden der Schoa. Hervorzuheben sind die ergänzenden Anmerkungen und Quellenangaben zu den einzelnen Befragungsunterlagen.

Unter der Überschrift „Leben nach der Schoa“ (S.236-248) skizziert Sch. knapp den schweren Anfang der Überlebenden in Deutschland und verweist auf die wechselvollen Schicksale jüdischer Bürger in der DDR.

Leserfreundlich ist der Anhang angeordnet, beginnend mit dem Register der publizierten Dokumente in alphabetischer Reihenfolge, enthält er ein Ortsregister, eine Liste der Dokumente aus Privatbesitz und ein Abkürzungsverzeichnis. *Günter Wehner*

Kurt Finker: Der Dämon kam über uns. Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands (1945-1955), hrsg. von Friedrich-Martin Balzer mit einem Geleitwort von Otto Köhler, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2008, 385 S.

„Verordneter Antifaschismus“ lautet das Verdikt der bürgerlichen Historiografie über das Verständnis des sozialistischen Deutschlands den deutschen Faschismus betreffend. Dem stünde unausgesprochen ein sehr viel kritischeres, weil unabhängiges, nicht verordnetes Geschichtsbild gegenüber. Der Potsdamer Geschichtswissenschaftler F. widmet sich ebendiesem Geschichtsbild im Westdeutschland des ersten Nachkriegsjahrzehnts. Als Professor für Deutsche Geschichte der neuesten Zeit beschäftigte sich der Autor vor allem mit dem Widerstand gegen das hitlerfaschistische System, etwa dem Kreisauer Kreis und dem Attentat am 20. Juli 1944. Besonders herauszustellen ist die von ihm verfasste Stauffenberg-Biografie (die erste in der DDR), welche zwischen 1967 und 1989 in siebenmaliger Auflage erschien.

Der Quellenbd. lässt Politiker, Historiker, Publizisten, ehemalige Angehörige des faschistischen Militär- und Herrschaftsapparates sowie Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer, Kurt Schumacher, Eugen Kogon, Hjalmar

Schacht, Franz von Papen, Hans Speidel, Heinz Guderian oder Erich von Manstein zu Wort kommen. Dabei stellt der Autor dankenswerterweise den Texten kurze biografische Abrisse vor- sowie einen ausführlichen Endnotenapparat hintan, was die Einordnung in den historischen Kontext erleichtert. Die Quellen werden von F. paraphrasiert und mit entscheidenden Stellen zitiert, oft auch mit Kommentaren versehen.

Faschismus tritt in den Quellentexten meist nicht als bestimmte Spielart bürgerlicher Herrschaft auf, sondern als Diktatur eines dämonischen Verführers, Adolf Hitler. Wie dieser an die Macht gelangen konnte, wird dabei verrätselt. Schuld lastet demnach allein auf den Schultern des toten Österreichers und nicht auf dem ihm dienenden „unpolitischen", „nichtideologischen" Apparat. Speziell in den Autobiografien der ehemaligen Wehrmacht-Militärs ist dieser Ansatz, der schon die Angeklagten während der Nürnberger-Prozesse entlasten sollte, zu finden. Oft wurde von diesen nicht der terroristische Charakter des Staates, sondern das militärische Scheitern kritisiert, das natürlich auf die Inkompetenz der Person Hitlers zurückzuführen sei. Noch 1955 konnte Erich von Manstein verkünden: „Wie dem auch sei, das Entrinnenlassen der britischen Armee aus Dünkirchen ist einer der entscheidenden Fehler Hitlers gewesen. Es hat ihn später gehemmt, die Invasion in England zu wagen, und in weiterer Folge den Briten die Führung des Krieges auch in Afrika und Italien ermöglicht." (S.237)

Besonderen Platz räumt F. dem Widerstand und dessen Rezeption ein. Der kommunistische wurde in diesem westdeutschen Geschichtsdiskurs kaum wahrgenommen. Dass hingegen dem Widerstand der Militärs eine herausragende Bedeutung zuerkannt wurde, ist vor dem Hintergrund einer im Entstehen begriffenen antisowjetischen europäischen Armee höchst erklärlich. Die Texte erörterten häufig die Frage nach lauterem (hochverräterischem, also gegen den Herrscher gerichteten) und unlauterem (landesverräterischem, also gegen das Volk gerichteten) Widerstand. Der kommunistische Widerstandskampf, d. h. Aufklärungsarbeit für die Alliierten, Sabotage, antifaschistische Agitation, sei Landesverrat gewesen, da der „äußere Feind" gestärkt worden sei.

Interessant ist festzustellen, dass einige heute noch immer zur Klärung der Ereignisse herangezogene Interpretationen schon in den frühen Nachkriegsjahren entwickelt wurden. Zwar vertritt kein Wissenschaftler heute die These einer dämonischen Macht, die es Hitler ermöglichte, sich des deutschen Volkes zu bemächtigen. Doch beschreitet die Überlegung, Hitler vermochte dies durch sein Charisma zu leisten, einen ähnlichen Pfad. Die Konsequenz ist die gleiche, nämlich ein Freispruch für alle ehemaligen Protagonisten und Protegés des Hitlerfaschismus.

Man muss aufgrund des Umfangs des bearbeiteten Materials dem Hrsg. zustimmen, der das besprochene Buch beschreibt als „ein Kompendium, das als Übersichts- und Nachschlagewerk ebenso nützlich ist wie als Fundus für

Quellen und Zitate“ (S.16). Im Anhang finden sich eine Kurzbiografie des Vf. sowie des Hrsg. *Arne Schott*

Günter Benser: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 4. Neubeginn ohne letzte Konsequenz (1945/46) (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. IX), Karl Dietz, Berlin 2009, 308 S.

Mit diesem Bd. hat das Gesamtwerk zur Geschichte der KPD von 1919 bis 1946 einen wissenschaftlich fundierten Abschluss gefunden. Er hebt sich nicht zuletzt dadurch heraus, dass er auf einer überzeugenden Analyse der konkreten historischen Situation beruht, in der die KPD damals ihre Politik formulieren und umsetzen musste. Das Geschichtsbild des Autors wurde nicht zuletzt von einem langjährigen Studium unterschiedlicher Quellen geformt, was es ihm auch ermöglicht, erst unlängst erschlossene Quellen zu wichtigen Aspekten richtig einzuordnen. Subjektiv geprägte Erinnerungen von Zeitzeugen oder gar in manchen Publikationen verbreitete Versionen zu mutmaßlichen Hintergründen zurückliegender Abläufe spielen bei B. kaum eine Rolle, eigentlich nur in der Zurückweisung von Behauptungen, die eher eine Geschichtsrevision bezwecken.

So macht der Autor deutlich, dass die Politik der KPD 1945/46 auf der von ihr bereits lange vor dem Kriegsende getroffenen, unwiderruflichen Entscheidung beruhte, dass in Deutschland nicht die Orientierung auf eine sozialistische Revolution auf der Tagesordnung stehe, sondern für eine längere Zeitspanne eine tief greifende demokratische Umwälzung mit einem ausdrücklich betonten antifaschistischen Charakter. Die breite Zustimmung zum Aufruf vom 11. Juni 1945 bestätigte die Richtigkeit dieser strategischen Orientierung, wenn sie auch bei manchen, die schon vor 1933 Mitglied der KPD waren, zunächst sektiererisch geprägte Zweifel hervorrief. Wie der Autor darstellt, wurden diese recht schnell überwunden, obwohl sie Jahre später in einer beträchtlich veränderten historischen Situation wieder auftraten.

B. schildert auch überzeugend den Einfluss der KPD 1945/46 auf die Gestaltung, genauer gesagt auf eine grundlegende Umgestaltung aller Bereiche der politischen und wirtschaftlichen Strukturen wie der gesellschaftlichen und sozialen Entwicklung, vornehmlich im Osten Deutschlands, aber nicht nur dort. Die 1945 mit dem Sieg der Antihitlerkoalition und dem militärischen Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ erfolgte völlige Zerschlagung aller Glieder des faschistischen Staatsapparats wie weitgehend seiner Grundlagen war hierfür eine wichtige Voraussetzung.

Für verdienstvoll halte ich die Darlegungen, wie die KPD ihre neue Aufgabe als einflussreiche gestaltende Kraft erfüllte. Sie tat es im engen Zusammenwirken mit dem Zentralausschuss der SPD, der sich im Juni 1945 in Berlin konstituierte, und mit den Leitungen der SPD in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone. Deshalb standen antifaschistisch-demokratische Projekte

wie die Bodenreform, die konsequente Entnazifizierung beim Aufbau neuer Selbstverwaltungsorgane in den Ländern und Provinzen sowie auf kommunaler Ebene, die ökonomische Entmachtung der Kriegsschuldigen und anderer Förderer des faschistischen Regimes und seines Vernichtungskrieges sowie die Vorbereitung einer demokratischen Schulreform im Vordergrund aller Aktivitäten und der Entscheidungsfindungen der KPD, ob auf zentraler oder örtlicher Ebene. Die bemerkenswerte Mitwirkung der noch unter dem Schock des Zusammenbruchs stehenden Bevölkerung an der demokratischen Bodenreform und anderen antifaschistischen Reformen kommt in dem Bd. leider etwas zu kurz.

Verständlicherweise akzentuiert B. seine Aufmerksamkeit auf den Vereinigungsprozess von KPD und SPD. Überzeugend sind die Ausführungen, dass es sich bei beiden Parteien, sowohl bei ihren Zentralen in Berlin als auch nicht minder bei den Mitgliedern, um eine aus innerer Überzeugung begründete Aktion handelte. Sie war als eine gesamtdeutsche und nachhaltig wirkende historische Wende zur Errichtung eines neuen Deutschland angedacht. B. verschweigt nicht, dass es bei den Befürwortern wie den Gegnern – und das bei deutschen und ausländischen – zur Anwendung von unterschiedlichen Zwangmaßnahmen kam. Trotzdem gebe es keine Grundlage, die im Frühjahr 1946 erfolgte Konstituierung der SED als eine „Zwangsvereinigung“ abzustempeln. Dieser Begriff selbst wurde bereits damals aus sehr durchsichtigen Gründen geprägt und hatte zweifellos seine erwünschte Wirkung zumindest auf die Situation in den drei Westzonen. Eine angestrebte gesamtdeutsche Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung kam 1946 nicht zustande. Das aber hatte Folgen, die lange nachwirkten, zur staatlichen Spaltung Deutschlands beitrugen, auch heute noch spürbar sind.

Beachtliche Aufmerksamkeit widmet B. den damals publizierten Vorstellungen über den in Deutschland einzuschlagenden Weg zum Sozialismus, so dem im Februar 1946 von Anton Ackermann im Auftrag der KPD-Führung verfassten Artikel „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“. Dabei belegt er, dass dieser Aufsatz sowohl in der KPD als auch der SPD breite Zustimmung fand. Zugleich vermerkt er aber mit Verwunderung, dass dieser fundierte Beitrag in der Parteidiskussion nicht den gleichen Stellenwert erhielt wie die Prioritäten der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und ihre Details. Das war wirklich so, hing nach meiner Erinnerung aber mit der verbreiteten Vorstellung zusammen, dass die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft unter den damaligen Bedingungen erst in ferner Zukunft möglich sein könnte. Dagegen bewegten Kommunisten wie Sozialdemokraten, auch Mitglieder und Anhänger anderer Parteien, die konkreten Details der umwälzenden antifaschistisch-demokratischen Reformen – auch in Verbindung mit den alliierten Übereinkünften – für eine echte Neugeburt Deutschlands. Auch aus dieser Sicht bedaure ich, dass der Gestaltung die-

ses revolutionären Reformwerks, an der die KPD so hohen Anteil hatte, insgesamt doch ein zu geringer Raum gewidmet wurde. Das gilt gleichermaßen für die Rolle des neuen und durchaus spezifischen pluralistischen Parteiensystems, darunter die verdienstvollen Bemühungen der KPD bei der Installierung dieses Novums trotz auftretender Hemmnisse und Unterlassungen.

B. erwähnt mit Recht, dass der Neuaufbau der KPD und damit auch ihr Wirken bei der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung durch die gewaltigen Opfer behindert wurde, die sie in der unmittelbaren Vergangenheit zu beklagen hatte. Er definiert dies als einen furchtbaren Aderlass, der vor allem durch die faschistische Ausrottungspolitik verursacht war, aber, wie wir wissen, zusätzlich in den Vorkriegsjahren auf Stalins Schuldkonto kommt. Dazu fügt er auch Zahlen an, die nach seiner Kenntnis aus seriösen Berechnungen stammen. Man sollte B. durchaus zustimmen, dass sich das Vertuschen des durch die Terrorwelle in der UdSSR verursachten Aderlasses später als schwer lastende Hypothek erweisen musste. Für die ersten Nachkriegsjahre galt das aber kaum. Zumindest gibt es hierfür keine Belege. Noch weniger wäre eine Schuldzuweisung an die Führungskader der KPD berechtigt. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, meine ich: Es gab 1945/46 überhaupt keine Voraussetzung, nicht einmal den notwendigen Kenntnisstand, um diese schlimmste Auswirkung der unter Stalin verursachten Deformation des Sozialismus aufzudecken oder gar anzuprangern.

B.s Bd. ist unter dem Titel „Neubeginn ohne letzte Konsequenz“ veröffentlicht worden. Was damit gemeint wird, ist aus den Darlegungen nicht ersichtlich. Selbst nicht bei Berücksichtigung der Binsenwahrheit, dass es eine „letzte Konsequenz“ in der Geschichte eigentlich nie gibt, höchstens optimale Entscheidungen möglich sind, obwohl auch sie eher eine Ausnahme sind, da die Zukunft letztlich nicht voraussehbar ist. Der Autor weist zwar auf spätere Entwicklungen hin, als die aus dem Zusammenschluss von KPD und SPD entstandene SED zu einer „Partei neuen Typs“ wurde. Seinen abschließenden Worten zufolge habe sie sich damit von Wort und Geist ihrer Gründungsdokumente entfernt. Doch abgesehen davon, dass dieser Bewertung keine Analyse zugrunde liegt, wie sich die innere und äußere Situation von 1949, besonders die bereits weitgehend vollzogene Spaltung Deutschlands, von der im ersten Nachkriegsjahr unterschied, sehe ich auch sonst keinen schlüssigen Hinweis darauf, was unter Entfernung von den Gründungsdokumenten zu verstehen sei. *Stefan Doernberg (†)*

Wolfgang Benz: Auftrag Demokratie. Die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik und die Entstehung der DDR 1945-1949, Metropol Verlag, Berlin 2009, 528 S.

Basierend auf den „Ergebnisse(n) aus drei Jahrzehnten eigener Forschung“ (S.10) und früheren inhaltsreichen Publikationen zu Besatzungsherrschaft und Gründungsgeschichte der BRD gliedert B. seine ambitionierte Darstel-

lung in sieben Kapitel: Anfänge der Besatzungsherrschaft, Bizone als Vorform des Weststaates, Grundlagen des westdeutschen Wirtschaftswunders, Verlust der Einheit der Nation, der Weg zum Grundgesetz, Übergänge zum Weststaat 1949, die zwei Staatsgründungen. Es folgt ein Epilog.

Im umfangreichen 1. Kapitel entwirft B. ein interessantes, breit gefächertes Panorama der gesamtdeutschen, allerdings stark westdeutsch gewichteten Nachkriegsgeschichte – von den Anfängen der Besatzungsherrschaft, über „Bestrafung, Säuberung und Zähmung", die „deutschen Erwartungen und Erfahrungen", die „Topografie der Besatzungsherrschaft" und die administrative Neugestaltung, den Zustand der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Not und Krisen, die Neuanfänge von Parteien und Organisationen bis hin zu „Bildung, Kultur, Medien". „Jüdisches Leben in Deutschland" eröffnet neue Einblicke. Besonders hervorzuheben: die Behandlung der Nürnberger Nachfolgeprozesse und der Entnazifizierung. Dabei werden vor allem Entnazifizierungspraktiken in der amerikanischen und in der sowjetischen Zone dargestellt und in Beziehung gesetzt, wobei deutlich wird, dass in der SBZ mit größerer Konsequenz und Nachhaltigkeit vorgegangen wurde. Und bei der Integration der Flüchtlinge und Umgesiedelten wird attestiert: „Die Integrationsleistung der Sowjetischen Besatzungszone stand den Anstrengungen und dem Erfolg der Flüchtlings- und Vertriebenenpolitik in den Westzonen nicht wesentlich nach." (S.104) Wenn man aber, was nicht geschieht, die in der SBZ auch zugunsten dieses Personenkreises durchgeführte und die zu deren Ungunsten in den Westzonen vereitelte Bodenreform in die Bewertung einbezieht, sieht die Bilanz noch etwas anders aus.

B. schreibt die Besatzungsherrschaft stark auf ihr „gesamtdeutsches Scheitern" und auf die Auseinanderentwicklung der Besatzungszonen bzw. auf eine „Sonderentwicklung der SBZ" zu. Die Erfolge oder Teilerfolge der Besatzungsherrschaft, wie sie im nicht herangezogenen Bericht des Kontrollrates an den Rat der Außenminister von Ende 1946 zu Recht aufgelistet wurden und die bei einem Vergleich mit der Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg deutlich zutage traten, bleiben so unterbelichtet. Demgegenüber heißt es im Epilog: „Enteignung und Bodenreform, Sozialisierung der Schlüsselindustrien, Entmilitarisierung, Demokratisierung waren die Stichworte, nach denen in den Westzonen und in der SBZ auf unterschiedliche Weise mit diametralem Ergebnis Regie geführt wurde." (S. 478) Den erstgenannten Stichworten wird jedoch kaum nachgegangen. Damit wird die gesellschaftspolitische Alternative „dritter Wege", die sich damals als Bindeglied zwischen ostzonaler Praxis und starken westdeutschen Bestrebungen und auch Festlegungen in Verfassungen und Regierungserklärungen auftat, zugunsten der späteren „sozialen Marktwirtschaft" völlig ausgeblendet. Das führt dazu, dass die ohnehin konzipierte Asymmetrie der Darstellung noch verstärkt wird. Die Mehrzahl der folgenden Kapitel behandelt die Bizone und die drei Anläufe, sie zum

„Quasi-Staat“ und damit zur „Keimzelle der Bundesrepublik“ zu entwickeln, und dann ausführlich die Entstehung des Grundgesetzes und die unmittelbare Gründungsgeschichte der BRD. Dabei gelingt es B. auf interessante Weise, diese auch in ihrer prozesshaften Widersprüchlichkeit und stufenweisen Entwicklung nachzuzeichnen und die dabei auftretenden westalliierten-deutschen (Verfassung mit Volksabstimmung gegen Grundgesetz ohne Volksabstimmung etc.) und deutschen Parteien- bzw. Nord/Süd--Kontroversen (Zentralismus versus Föderalismus etc.) zu verdeutlichen. Die Volkskongressbewegung und die Entstehung der DDR werden weit knapper, aber um Objektivität und Sachlichkeit bemüht, behandelt. Wenn B. allerdings die krasse Ost/West-Asymmetrie in seinem Buch damit begründet, dass „die reaktive Gründung der DDR nicht den diskursiven Rahmen der parlamentarischen Demokratie brauchte“ (S.478), so irrt er: Die Arbeit des Verfassungsausschusses des deutschen Volksrates stand in Intensität, Kontroversen und Extensität derjenigen des parlamentarischen Rates kaum nach, und das Ergebnis, die Verfassung der deutschen demokratischen Republik, konnte als demokratische Verfassung im Vergleich mit dem Grundgesetz durchaus bestehen.

Im Vorwort bekundet B. seine Absicht, „Mythen zu zerstören“ und einen Beitrag zu leisten „zum Verständnis der Zeit, in der im alliierten Auftrag zum zweiten Mal in Deutschland Demokratie gegründet wurde: als durch Wahlen immer wieder neu legitimierte parlamentarische Repräsentation im Westen, als ‚demokratisch-antifaschistisches‘ Ordnungsmodell auf Weisung Moskaus im Osten. Damit waren die Ergebnisse der beiden Staatsgründungen aber noch nicht vorweggenommen, weder der politische und ökonomische Erfolg der BRD noch das Scheitern der DDR. Nach unterschiedlichen Konzeptionen ins Leben getreten, hatten beide deutsche Staaten die Chance des Neubeginns, die Bundesrepublik war freilich von Anfang an besser ausgestattet und international wirkungsvoller unterstützt. Aber weder war die BRD zum Restaurationsregime determiniert noch musste die DDR sich zwangsläufig zur stalinistischen Diktatur entwickeln.“ (S.10) Das liest sich zweifellos anders als die zum 60. Jahrestag der beiden Staatsgründungen verstärkt verbreiteten Schwarz/Weiß-Klischees der Verklärung der BRD und der Verketzerung der DDR. Es läuft auf eine Darstellung sozusagen auf gleicher Augenhöhe zu, wie sie im Sinne einer Ost/West-Verständigung und des „Zusammenwachsens“ dringend geboten ist. Das Bemühen ist hervorzuheben, auch wenn das Ergebnis noch viele Wünsche offenlässt.

Rolf Badstübner

Peter Joachim Lapp: Aus deutscher Teilungszeit. Eine Ost-West-Biographie, Helios Verlags- und Buchvertriebsgesellschaft, Aachen 2009, 208 S., Ill.

Der Autor des vorliegenden Buches, 1941 in Elbing (Westpreußen) geboren, war ab der Mitte der 70er-Jahre Redakteur des Deutschlandfunks. In

einem Interview im Jahre 2009 bekannte er, „alles was ich anfasste, hatte mit der DDR zu tun“. Wenn man darüber hinaus erfährt, dass er 1959 aus der Bundesrepublik zu seinen Großeltern in die DDR übersiedelte, hier 1960 wegen Bildung einer staatsfeindlichen Gruppe verhaftet wurde und bis 1964 in Waldheim inhaftiert war, dann freigekauft wurde und in der BRD eine berufliche Ausbildung an der Akademie für Wirtschaft und Politik (1966-69) und an der Universität Hamburg (1969-74) durchlief, könnte man in dieser Autobiografie eine der derzeit gängigen, dem Mainstream der Delegitimierung der DDR verpflichteten Publikationen vermuten. Dies trifft jedoch nicht zu.

Weitgehend vorurteilsfrei und nicht selten mit einem Schuss Selbstironie beschreibt L. seine Schul- und Lehrzeit in Oldenburg und Rudolstadt, die Beweggründe für die Bildung der von ihm gegründeten Widerstandsgruppe „Deutsche Widerstandsbewegung“ (S.6-38) sowie die Erlebnisse und Erfahrungen der Haftjahre in Gera und Waldheim (S.39-113). In Kapitel III und IV schildert er die nicht immer komplikationslos verlaufende Wiedereingliederung in die bundesrepublikanische Gesellschaft (S.114-129) sowie seine Studienjahre bis hin zur Dissertation mit einer Arbeit über die Volkskammer der DDR (S.130-144). Während seiner Tätigkeit als Redakteur des Deutschlandfunks ab 1977 berichtete L. über verschiedenste Ereignisse und Veranstaltungen von Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Kirchen in der DDR und in anderen Ländern Osteuropas. Natürlich sind seine Erinnerungen an diese Zeit geprägt von einer spezifisch „westlichen“ Sichtweise. Die Herabwürdigung Siegmund Jähns als „kosmischen Trittbrettfahrer“ (S.160) mag dafür als ein Beispiel stehen. Andererseits dokumentiert der Bd. aber vor allem L.s kompromissloses Eintreten für eine deutsche Wiedervereinigung, weswegen er sich immer wieder mit etablierten Politikern in beiden deutschen Staaten auseinandersetzte, die sich jeweils „als zuverlässigste Verbündete der USA und der UdSSR aufführen – und darauf auch noch stolz sind“ (S. 163). Als die wesentliche Ursache für das Scheitern der DDR bezeichnet er die Weigerung der DDR-Verantwortlichen, „Demokratie und Sozialismus zusammen zu denken und danach zu handeln“ (S.204). L. spart aber auch nicht mit einer grundsätzlichen Kritik an den sich nach 1990 entwickelnden Zuständen im geeinten Deutschland. „Nach dem Sieg über den realen Sozialismus entledigte sich der Westen sozialer Errungenschaften und Garantien. Nicht mit einem Schlag, sondern Schritt für Schritt. Nachhaltig.“ (S.205) Und er plädiert für einen dritten Weg, dafür, das Anhäufen von Vermögenswerten bei einer kleinen Oberschicht von Millionären, Milliardären und Spitzenmanagern auf der einen Seite zu stoppen und auf der anderen Seite die Perspektivlosigkeit von Millionen Bürgern aufzuheben. Anzustreben sei „ein anderes Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell [...], um die immer größer werdende Gerechtigkeitslücke zu schließen“ (ebenda).

Insgesamt hat L. eine sehr lesenwerte Autobiografie vorgelegt. Leider wurde

auf ein Personen- und Ortsregister verzichtet. Dieser Mangel kann auch nicht durch ein Auswahlregister der Buchveröffentlichungen des Autors aufgewogen werden. *Wolfgang Heyn*

Sönke Friedreich: Autos bauen im Sozialismus. Arbeit und Organisationskultur in der Zwickauer Automobilindustrie nach 1945, Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 2008, 565 S.

Wie und zu welchem Zweck kombiniert man Wirtschaftsgeschichte als Strukturgeschichte mit Oral History?
Ums Autobauen sollte es in diesem Buch eigentlich weniger gehen, mehr um die Autobauer, ihre historischen Identifikationsleistungen. Die Einleitung kündigt Ergebnisse qualitativer Sozialforschung zur DDR-Arbeitswelt am Beispiel der Branche Fahrzeugbau an, konkret: des Zwickauer VEB Sachsenring (8.300 Beschäftigte im Jahr 1963), Resultate des Habilitationsprojektes eines Volkskundlers zur subjektorientierten Lebensweltforschung. Lebenswelt, „sozialer Raum", ist hier der Produktionsbetrieb. Er wird als kulturgenerierender Erfahrungsraum verstanden, der für alle modernen Industriegesellschaften grundsätzlich ähnliche Dimensionen, Strukturen und Kommunikationsmechanismen aufweise. Das Buch zielt auf Prägungen in einem staatssozialistischen Raum. Die Position des Forschers ist eine sowohl zeitlich als auch sozio-geografisch externe, er sieht sich als „doppelt fremd".
Analysiert werden subjektive Bekenntnisse post festum. „ Es geht also gleichermaßen um einen Blick auf die Arbeits- und Lebenswelt im sozialistischen Betrieb wie auch um die Frage, wie über diese verloren gegangene Welt heute [2003-2005] berichtet wird." (S.19) Als Angelpunkte dienen freie, themenzentrierte Interviews mit 27 Beschäftigten. Schwerpunkt sind die Jahre 1959-1989. Zur Rekonstruktion betrieblicher Sachverhalte werden schriftliche Quellen aus dem Betriebsarchiv, Akten zuständiger DDR-Ministerien sowie Dokumente von Betriebsparteiorganisation und Gewerkschaft genutzt.
F. bezieht Position im Streit der Wirtschaftshistoriker über strukturelle Defizite des DDR-Fahrzeugbaus, geht auf technische Entwicklungen ein. Den Aussagen von Konstrukteuren und technischen Leitern entnimmt er, dass die 50er-Jahre von Pioniergeist gekennzeichnet waren; mit der Reduzierung der Produktion auf nur einen Fahrzeugtyp (Trabant P 601) fürs einfache Volk Mitte der 60er-Jahre hätte aber die „Zeit der Stagnation im Zwickauer Automobilbau begonnen" (S.63). F. konstatiert und unterlegt mit Zeitzeugenzitaten, dass die 60er-Jahre als Jahre mit Bewegung und Optimismus, zugleich als „letzte Phase vor dem Stillstand" (S.67) charakterisiert werden. Dieser hätte mit der Abkopplung von der Viertaktmotorenentwicklung begonnen und 1970/71 in eine Krise geführt. Nachfolgend sei es ständig zu produktionstechnischen Entscheidungen gekommen, die demoralisierend wirkten, bevor ab 1983 die beginnende Zusammenarbeit des VEB mit der Volkswagen AG modernes Know how bot. Nun folgte zwar

Modernisierung, doch sei sie Zeichen der Stagnation gewesen, ein Eingeständnis, aus eigener Kraft keine anständigen Autos bauen zu können. Ausführlich wird erklärt, wie Planung funktionierte. Der Plan als „praktizierter Perfektionismus“, lautet ein Abschnitt. Der Begriff, einer Stellungnahme des Betriebsdirektors von Dezember 1989 entnommen, und andere Statements zeigten, „in welch hohem Maße die staatlichen Leiter des Betriebes [...] unter diesem Instrument der Wirtschaftsführung zu leiden hatten“. (S.98) F. begnügt sich nicht mit einfachen Kommentaren, etwa damit, seine Verwunderung auszudrücken, wenn die Interviewpartner meinen, der Plan habe im Widerspruch zur Realität gestanden, sei aber erfüllt worden (S.102). Er will objektivieren – und nutzt dafür die Zeitzeugen. So greift er die Wortwahl eines Produktionsdirektors auf, der die Planerfüllung in Zwickau als „Riesenausnahme“ darstellt. Doch anstatt die Hintergründe dieser persönlichen Äußerung zu ergründen, versucht er, die planwirtschaftlichen Regeln und Sonderfälle zu klären, das Wesen des Planungsgeschehens im Allgemeinen. Die Verortung des VEB Sachsenring im System muss dann geradezu stutzig machen. „Sachsenring galt [bei den Zeitzeugen] also insofern als mustergültiger Betrieb, als dort nicht ‚geschwindelt‘ wurde, wie dies offenbar in anderen Betrieben gang und gäbe war.“(S.106) F. übernimmt die Deutung uneingeschränkt.

Es fragt sich, warum sich ein Ethnograf derartig aus dem volkswirtschaftlichen Fenster hängen muss. Gewiss sollte er den Betrieb als realsozialistischen Erfahrungsraum kennen und konkrete Besonderheiten ausmachen können. Doch was F. mit seinem Mix aus Zeitzeugen-Auslegungen und theoretisch-begrifflichen Anleihen bei strukturgeschichtlichen Planwirtschafts-Deutungen („Stückzahl-Fetischisierung“) bietet, ist einfach nicht sein Fach. Die subjektive Sprachgenerierung der Zeitzeugen untersucht er dagegen kaum, deutet sie manchmal recht seltsam. Er sieht im Plan ein „unflexibles und letztlich untaugliches Steuerungsinstrument der betrieblichen Prozesse“ (S.127), doch dass alle Befragten seine Meinung teilten oder auch nur indirekt bestätigten, zeigen die Interview-Ausschnitte nicht. Improvisation und operative Lösungen, wenn plangemäße Produktion nicht gewährleistet war, erklärt F. als „Bewältigungsstrategien“ mit „Chaosqualifikation“, „keine wirklichen Problemlösungen“; die Zeugen ließen „den Eindruck entstehen“, der Betrieb wäre sonst „gleichsam zusammengebrochen“ (S.151). F. aber lässt das alles in eine Problematisierung materieller und organisatorischer Produktionsbedingungen münden, statt zu fragen, warum die Zeitzeugen bestimmte Bilder entwerfen.

Das zweite Buchdrittel ist dem Zwickauer Betrieb als durch komplexe Organisation und diverse soziale Kohäsionskräfte gebundenem System gewidmet. Doch auch hier zielt die Analyse auf Organisation und Konflikte, nicht auf deren Bedeutung für die Wertvorstellungen der Beschäftigten. W*arum* das „WIR“ von den 27 Zeitzeugen im Nachhinein so präsentiert wurde, bleibt offen, Typisierungen der Haltungen werden nicht versucht. Auf

90 Seiten geht es schließlich um Befindlichkeiten von 1989 bis 1993/94, als der Betrieb (350 Mitarbeiter) eine GmbH mit Zulieferfunktion für VW wurde; 2002 war sie insolvent. Wieder legen die Zeitzeugenberichte zunächst Hoffnungen und Stolz, schließlich Resignation frei. F. bemerkt Parallelen zu hierarchischem Denken im Sozialismus. Mehr ergeben kann sich freilich nicht aus derart biografielos verorteten Meinungsäußerungen.

Das Schlüsselwort der Untersuchung lautete angeblich aber doch „Deutungsgenerierung als soziale Praxis"! Dieser Begriff aus soziologischer und kulturwissenschaftlicher Forschung ist für zeitgeschichtliche Betrachtungen unumstritten, insbesondere zu Individuum-Gesellschaft-Beziehungen, die sowohl als historisch abgeschlossen als auch stark nachwirkend gelten. Deutungsgenerierung als soziale Praxis meint die individuelle und die gemeinschaftliche Zuweisung bestimmter Sinnzusammenhänge und Wertungen an Phasen und Aspekte des (eigenen) Lebens. Gefragt wird: Welchen Sinn gaben und geben Menschen ihrem früheren Tun, warum tun sie das und wie prägt(e) diese Auseinandersetzung mit den Normen unterschiedlicher Zeiten das individuelle und kollektive Selbstverständnis? In Interviews als öffentlichen bzw. halböffentlichen Dialogen nehmen solche Rekurse aufs eigene Handeln spezifische Züge an, was F. in der Einleitung zu würdigen versteht. Aber er setzt es nicht um. Nicht der Zeitzeuge XY mit einer konkreten Folge von Erfahrungen oder mehrere Zeitzeugen mit vergleichbaren Einzelerfahrungen kommen zu Wort, sondern „ein Arbeiter aus dem Rationalisierungsmittelbau", „ein leitender Ingenieur" , „ein ehemaliger Generaldirektor" (unklar von wann), „ein an der Forschung Beteiligter" usw., die (unklar unter welchen Umständen) Rückschau halten. Nichts erfahren wir über ihre wechselvollen Leben, ihr gesammeltes Deutungsreservoir. Wir sehen keine Erfahrungs*stränge*, manches Zitat liegt in diesem Sinne regelrecht brach. Einer Aussage zum MfS beispielsweise entnimmt F. „die Kernaussage [...], dass es sich bei der willkürlichen Behandlung [...] um einen Kampf zwischen David und Goliath handelte [...], die Macht der Stasi zu groß [war], als dass leichtfertiger Widerstand denkbar gewesen wäre" (S.375). Nicht wenige Belegschaftsmitglieder wären aus Angst vor der Stasi verstummt. Na klar doch, aber braucht's für solche Schlüsse erinnerungsgenerierter Studien?

Hinzu kommt: F. schränkt die Allgemeingültigkeit der Aussagen seiner Probanden zwar ein, denn deren Auswertung spiegele „hauptsächlich die Sichtweisen der älteren männlichen Betriebsangehörigen wieder, die bei langjähriger Betriebszugehörigkeit oftmals in leitender Position tätig waren" (S.27). Doch diese Relativierung wirkt nicht in die Untersuchung hinein. F. rechtfertigt sich: Die Spezifik der Zeitzeugen sei nicht einschneidend für die Skizzierung der zu untersuchenden Problemfelder gewesen (S.27). Wirklich?

Man erfährt also – nicht zuletzt aus Interviewzitaten – in diesem Buch sehr viel über Arbeitszusammenhänge in der (sozialen) Betriebspraxis und

bekommt Bilder präsentiert, die sich nach dessen Untergang einige ehemalige Beschäftigte von den wirtschaftlichen Belangen im VEB „Sachsenring" machten. Doch *wie* über eine „verloren gegangene Welt heute berichtet" wird und *warum* von *wem* gerade *so*, erfahren wir nicht. Subjektorientierte Lebensweltforschung muss sich auf *lernende* Subjekte einlassen!

Elke Scherstjanoi

Manuel Friedel: Sport und Politik in der DDR am Beispiel des Schachsports, Books on Demand, Norderstedt 2009, 68 S.

Das Büchlein behandelt exemplarisch anhand einer Randsportart den gegenüber anderen Komplexen der DDR-Geschichte relativ selten erörterten Bereich von Politik und Sport. Es ist in zwölf Abschnitte unterschiedlicher Relevanz gegliedert. Einleitend begründet der Autor seinen Gegenstand, Aufgabenstellung sowie Forschungsstand. Im Weiteren behandelt er sein Titelthema und verschiedene Aspekte des Schachs in der DDR (u. a. Schachverband, Schacholympiade 1960, Bedeutung des Schachs, „Leistungssportbeschluss", die Zeitschrift „Schach"), in einer Schlussbetrachtung bietet er eine Zusammenfassung.

Als sein Ziel gibt F. an, die Verbindung von Schach und Politik in der DDR zu zeigen und diese in den internationalen Kontext des Kalten Krieges und in die speziellen nationalen Gegebenheiten in der DDR einzubinden (S.5). Das vermag er – wie auch andere von ihm genannte Vorhaben – nicht zu verwirklichen: Zu schmal erweist sich seine Quellen- und Materialbasis (die Bibliografie z. B. lässt wichtige Literatur zur DDR-Sportgeschichte vermissen), zu quellenunkritisch legt er seine Auffassungen dar (z. B. bei der Übernahme von Zeitzeugen-Aussagen und von Zitaten), zu sachunkundig erscheint sein Urteil (z. B. Übernahme gängiger Klischees, unexakte Wertungen).

Auf zwei gravierende Mängel sei hier hingewiesen. Zum einen versteht es der Autor nicht, die deutschlandpolitische Komponente des Sports in ihrem Zusammenhang mit der internationalen und der Gesamtpolitik der DDR zu erfassen (z. B. S.18-21). Während er den Sport in der DDR als politisiert betrachtet, negiert er (u. a. S.23-26), dass natürlich auch die Bundesrepublik und deren Schachverband im Sport politisch agierten; die unheilvollen Wirkungen der Hallstein-Doktrin auch auf den Sport werden gar nicht einbezogen. Zum anderen offenbaren sich beträchtliche Defizite hinsichtlich der Struktur des DDR-Sports und dessen Eingebundensein in die verschiedenen Phasen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung (z. B. S.8, 18-21). Deutlich wird dies beim sogenannten Leistungssportbeschluss. Der Autor erwähnt mehrfach (S. 32f., 38), dass die erfolgreichste Zeit des DDR-Schachs 1958-1972 abrupt durch *den* „Leistungssportbeschluss" (er geht nirgends darauf ein, wessen Beschluss er meint) 1972 beendet wurde. Er schreibt dazu, dass „die genauen Ursachen …bis heute nicht ans Licht gekommen" seien und den Beschluss „bis heute niemand gesehen" habe (S.34). Die Einschätzungen des Autors

dazu prägt schlicht Unkenntnis. Seit Mitte der 60er-Jahre gab es im Olympiade-Zyklus regelmäßig Beschlüsse zum DDR-Sport. Sie wurden in der Regel von DTSB bzw. Leistungssportkommission und zuständiger Abteilung der SED vorbereitet, nach deren Abstimmung im SED-Politbüro bzw. dessen Sekretariat angenommen und letztlich in entsprechenden DTSB-Erklärungen niedergelegt. Der entscheidende Leistungssportbeschluss mit der Einteilung in Sport I und Sport II datiert nicht erst von 1972, sondern von 1969. Er wurde aber nach den Olympischen Spielen 1972 präzisiert. Sicher haben die SED-Führung und die DDR-Regierung den Sport und auch das Schach für politische Zwecke und Propaganda ausgenutzt, aber die Zeitschrift „Schach" deshalb gleich zu einem „Fachorgan der SED" zu machen (S.41), ist wohl mehr als fraglich.

Natürlich zeigt die Publikation trotz vieler Mängel manch interessantes Detail zur DDR-Schachgeschichte und zu den Wechselwirkungen von Sport und Politik nicht nur in der DDR. Während die DDR-Schachorganisation bereits 1950 in die internationale Schachföderation FIDE ohne Einwände und einstimmig aufgenommen wurde, erfolgte die Aufnahme des bundesdeutschen Verbandes mit viel Bedenken und unter Auflagen, da in dessen Leitung sich viele frühere Nazis befanden (S.13f.).

Jürgen Birg

Andreas Malycha: Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR 1970-1990. Zur Geschichte einer Wissenschaftsinstitution im Kontext staatlicher Bildungspolitik (Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte, Reihe C: Studien, Bd. 1), Akademische Verlagsanstalt GmbH, Leipzig 2008, 394 S.

Die 1970 aus dem Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut (DPZI) hervorgegangene und im Dezember 1990 als erste zentrale Wissenschaftseinrichtung der DDR „abgewickelte" Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) wurde in den letzten Jahren vergleichsweise häufig Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung. Als zentrale außeruniversitäre pädagogische Forschungsstätte und administrative Leiteinrichtung der pädagogischen Forschung in der DDR wurde ihr ein Großteil Mitverantwortung an bildungspolitischen und pädagogischen Vorgaben zugeschrieben, die in der „Wende"-Zeit in besonderer Weise in Kritik geraten waren. Nicht zuletzt deshalb scheint die APW offensichtlich als Exempel für die Nähe der DDR-Wissenschaft zur Politik besonders geeignet. Allein aus der Feder des Historikers Andreas Malycha stammen mehrere einschlägige Aufsätze, und es ist diese Intention, die auch der nunmehr vorliegenden Monografie zugrunde liegt.

M. geht von „einer spezifischen Form der Politisierung der Wissenschaft" aus, „die sich als direkte Folge des Totalitätsanspruchs der SED-Machtelite darstellt" und „den Versuch politischer Entscheidungsträger" meint,

„mit weit reichenden totalitären Ansprüchen Wissenschaft auf der personellen, institutionellen und auch auf der kognitiven Ebene umfassend zu steuern“ (Einführung, S.9). Seine Ausgangshypothesen zur Bewertung der pädagogischen Wissenschaften bezieht er dabei weitgehend aus „Analogieschlüssen“ aus der Diskussion um die „Wissenschaftsfähigkeit“ der am Marxismus-Leninismus orientierten Geisteswissenschaften und insbesondere der Geschichtswissenschaft der DDR. Das wirft freilich bereits die Frage auf, ob die Gegenstandsspezifik der so subsumierten geisteswissenschaftlichen Disziplinen dabei nicht gar zu sehr, eventuell bis zur Unkenntlichkeit, nivelliert wird. Als Deutungsmuster für die Qualität der Forschung legt M. die von Thomas S. Kuhn „entwickelten Kategorien der horizontalen und vertikalen Theorieproduktion“ zugrunde (S.363).

In diesem Denkrahmen werden, ausgehend von einer informativen Analyse des Forschungsstands zur Wissenschaftsgeschichte der DDR im Allgemeinen und der APW im Speziellen (Kap. I), Funktion und Forschungsprofil (Kap. II), Struktur und Personal (Kap. III) sowie externe und interne Einflüsse auf die pädagogischen Forschungen an der APW (Kap. IV) faktenreich und detailliert (obgleich nicht immer ganz exakt) beschrieben, bevor dann abschließend über Chancen und Grenzen pädagogischer Theorieproduktion an der APW räsoniert wird (Kap. V). Exemplarisch stützt sich die Untersuchung vor allem auf repräsentative Forschungsbereiche der APW: die Institute für Pädagogische Theorie, für Erziehung, für Pädagogische Psychologie und für Didaktik.

Vor allem das Kapitel IV lenkt den Blick auf einige tatsächlich vorhandene Widersprüche, Ambivalenzen und Konfliktfelder der wissenschaftlichen Arbeit – die Abhängigkeit vom Ministerium für Volksbildung, das Verhältnis von Grundlagenforschung und Lehrplanentwicklung bzw. von autonomer und Auftragsforschung, auf die Postulate der Einheit von Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit sowie der Praxiswirksamkeit pädagogischer Forschung, die Abgrenzung von und die Unsicherheit in internationalen Wissenschaftsdiskursen, die Reisekaderproblematik, das Begutachtungswesen und weitreichende Publikationskontrollen. Letzteres wie auch damit einhergehende Prozesse von Selbstdisziplinierung und vorauseilendem Gehorsam führt M. ausführlich an Kontroversen um unterschiedliche Forschungsansätze in der Pädagogischen Psychologie, der Didaktik und der Bildungssoziologie vor, bescheinigt vor allem der Psychologie und Bildungssoziologie als „Grenzdisziplinen“ eher „Bereitschaft zur wissenschaftlichen Selbstreflexion“ und Versuche zur „eigenständigen Theoriebildung“ (S.366), um dann dennoch den Schluss zu ziehen, dass „ungeachtet aller disziplinären Unterschiede“ der „Forschungsalltag der APW das Bild einer politisch gesteuerten Wissenschaftsinstitution“ gäbe, „deren Arbeitsergebnisse die schulpädagogische Praxis bestätigte, nicht veränderte“ (S.323).

Alles in allem vermittelt die Monografie einiges Wissen über Geschichte,

Strukturen und Arbeitsmechanismen der APW und leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Beschreibung der Wissenschaftslandschaft der DDR. Dennoch lässt sich der Eindruck nicht verdrängen, dass der Autor über weite Strecken zeitgeistbedingten Deutungsmustern unterliegt und seinen eigenen Materialanalysen eher misstraut. Und so fällt auch sein Fazit zeitgemäß vernichtend aus: Obgleich auch weiterhin „disziplin-, institutions- und generationsspezifische Unterschiede zu berücksichtigen" seien, „lassen der Grad, die Formen und die Folgen der diktaturspezifischen ideologischen Kontrolle und politischen Steuerung der erziehungswissenschaftlichen Forschung nur die abschließende Einschätzung zu, dass der von der DDR-Pädagogik erhobene Anspruch nach praxisverändernder Forschung und Theoriebildung zu keinem Zeitpunkt eingelöst werden konnte" (S.371). Forschung wäre über „systemkonforme" „Interpretationsversuche auf der horizontalen Ebene" (S.365) der Wissensproduktion im Kuhnschen Sinne nicht hinausgekommen.

Der Leser bleibt angesichts solcher Pauschalurteile einigermaßen ratlos zurück: Was ist Maßstab für Veränderung der Praxis? Ist marxistische Herangehensweise an Fragen der Pädagogik, wie die Untersuchung zu suggerieren scheint, per se zum Scheitern verurteilt? Und gilt das dann auch für die Forschung außerhalb der APW? Oder wo läge die Differenz? Und hatte die APW gar keinen Anteil an einem Schulsystem, das mit der Fokussierung auf Einheitlichkeit, naturwissenschaftliche Allgemeinbildung, frühkindliche Erziehung, Polytechnik, Ganztagserziehung, um nur einiges zu erwähnen, durchaus auch international Respekt erworben hatte? Und ist nicht heute manches als Innovation im Gespräch, was DDR-Erfahrenen irgendwie bekannt vorkommen muss?

Christa Uhlig

Ilse Brusis/Inge Wettig-Danielmeier (Hrsg.): „Wir haben etwas bewegt". Der Seniorenrat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 110 Lebensläufe von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Mit einem Essay von Helga Grebing. Unter Mitarbeit von Ada Brandes, Daniela Münkel, Dorothea Steffen, André Förster, Andreas Schlotmann und Klaus Wettig, vorwärts buch Verlag, Berlin 2008, 298 S., Ill.

Im Jahre 1973 regte der SPD-Parteitag in Hannover auf Vorschlag des damaligen Parteivorsitzenden Willy Brandt die Bildung eines Seniorenrates an. Unabhängig von sonstigen Intentionen sollte damit zum einen ein gewisses Gegengewicht zu den auf diesem Parteitag vollzogenen personellen Veränderungen in der Parteispitze geschaffen werden. Gleichzeitig war damit das Bestreben verbunden, einen organisatorischen Rahmen ins Leben zu rufen, um in die seit Beginn der 70er-Jahre erneut in Gang gekommene Theorie-Diskussion um die sozialdemokratischen Grundwerte und das Godesberger Programm auch die Erfahrungen langjähriger Parteimitglieder einfließen zu lassen. Die Mitgliederzahl dieses Gremiums wurde nicht festgelegt. In der Regel gehören

ihm etwa 30 Personen an. Sie werden vom Parteivorstand und auf Lebenszeit berufen.

In der vorliegenden Publikation sind Kurzbiografien im Umfang von jeweils eineinhalb bis drei Seiten von 110 Mitgliedern des Rates (28 Frauen, 82 Männer) versammelt. Sie enthalten in der Regel die Lebensdaten, Angaben über den politischen Werdegang, Funktionen in der Partei- bzw. Gewerkschaftsbewegung sowie bibliografische Angaben zu Veröffentlichungen von oder über den jeweils Vorgestellten. Neben den Lebensläufen des am 22. Mai 1887 geborenen Wilhelm Kaisen als dem ältesten und der am 2. Juli 1945 geborenen Wilma Simon als der jüngsten der hier Aufgenommenen findet der Leser die Biografien so bekannter Funktionäre wie Ernst Breit, Wilhelm Hoegner, Adolph Kummernuss, Franz Neumann und Manfred Stolpe, aber auch die von außerhalb der Partei weitgehend unbekannten Funktionären, wie Rudolf Freidhof, Elly Linden oder Tassilo Tröscher.

In ihrem recht kurz gehaltenen einleitenden Essay „Herkunft und Mandat" (S.10-15) versucht Helga Grebing eine soziologisch-vergleichende Studie über die Mitglieder des Seniorenrates hinsichtlich der jeweiligen Geburtsjahrgänge, des Elternhauses und der politischen Sozialisation, ihrer regionalen und lokalen Herkunft, ihres ursprünglichen Berufs und der Tätigkeit vor der Übernahme von politischen Mandaten, der Beteiligung am antifaschistischen Widerstand und der „Bedeutung, die die Mitglieder des Seniorenrates für die Demokratiegeschichte der Bundesrepublik hatten" (S.14). Allerdings, so Grebing zusammenfassend, über die eigentlich entscheidende Frage, „welche Möglichkeiten der Seniorenrat zur Mitgestaltung der politischen Positionen der SPD tatsächlich hatte und welche er dann auch wahrnahm – darüber kann gegenwärtig nichts ausgesagt werden" (S.10). Dies mag – rein formal – zutreffen, denn die Aussprachen, die mehrmals im Jahr mit dem Bundeskanzler (wenn von der SPD gestellt), mit dem Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär stattfinden, haben vertraulichen Charakter. „Indiskretionen gab es noch nie." (S.8) Dennoch dürfte das Gewicht des Seniorenrats innerhalb des Machtgefüges der Sozialdemokratischen Partei sicherlich genauer bestimmbar sein, zumal die beiden Hrsg. nicht unbedeutende Funktionen im Rat ausüben. *Wolfgang Heyn*

Ilse Fischer (Hrsg.): Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90, Verlag J. W. H. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2009, 420 S., Ill.

Dieses Buch mit hohem Informationsgehalt legt Zeugnis ab von den Positionen der SPD – vor allem ihres Parteivorstandes und seines Präsidiums – in der Zeit von Sommer 1989 bis zum 4. Oktober 1990 und von deren Wandel. Es war offenbar ein Bedürfnis der SPD-Spitze, ihre Rolle „in der Dynamik des Einigungsprozesses" (S.13) klarzustellen, sonst wäre diese Publikation nicht auf einem hochkarätigen Podium mit Hans-Jochen Vogel, Ingrid Matthäus-Maier

und Manfred Stolpe, eröffnet von Anke Fuchs und moderiert von Christoph Kleßmann, in der Berliner Filiale der Friedrich-Ebert-Stiftung präsentiert worden.

Die Hrsg. hat den 58 ausgewählten Dokumenten eine mehr als fünfzigseitige Einleitung vorangestellt, in der sie die Debatten und Optionen der SPD-Führung in den stürmischen Ablauf dieses Umbruchsjahres einordnet, die Felder der Auseinandersetzungen absteckt und die Streitpunkte herauskristallisiert. Das geschieht mit hoher Sachkenntnis. Der Text ist mit zahlreichen Verweisen auf Primärquellen und weiterführende Literatur versehen. Da bei dem mehr als 300 Seiten umfassenden Dokumententeil auf jegliche erläuternde oder verweisende Anmerkungen verzichtet wird, setzt das allerdings voraus, dass der Leser sich gut an diesen, die eigentlichen Quellen einbettenden Text erinnert oder in der Einleitung nachschlägt, wenn er sich bestimmte Zusammenhänge bewusst machen will.

Bei den dargebotenen Dokumenten handelt es sich überwiegend um Protokolle des Parteipräsidiums, um einige von diesem initiierte Positionspapiere sowie um Reden führender Funktionäre. Das geschieht in chronologischer Folge, subsumiert unter folgende Komplexe: die Frage der deutschen Einheit (im Herbst 1989) – der Mauerfall – Wege zur deutschen Einheit – Währungs- und Sozialunion, Sicherheitssysteme – Einigungsvertrag, Zusammenschluss von SPD/BRD und SPD/DDR. Die SDP bzw. SPD der DDR findet in der Dokumentation dann ihren Niederschlag, wenn das Parteipräsidium involviert war.

Der Haupttitel des Buches – und das war auch Tenor der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung – deutet an, was sich die SPD als Leistung im Einigungsprozess zugute hält. Bei genauer Betrachtung hat sie aber nicht mehr vermocht, als in einigen Bereichen Schlimmeres zu verhüten. Das soll hier nicht klein geredet werden, denn für die Betroffenen hatten manche sozialstaatliche Absicherungen durchaus ihr Gewicht. Aber das ist für eine Partei, die lange Zeit davon ausgegangen war, dass sie dereinst Hauptgestalter und Hauptgewinner einer deutschen Wiedervereinigung sein werde, ein sehr bescheidener Erfolg. Das sahen wohl auch die wenigen sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten so, die am 25. Juni 1990 – mit Warnungen, die sich voll bestätigen sollten – gegen den Staatsvertrag über die Währungsunion stimmten (S.343-346).

Gewiss – die Situation war extrem kompliziert, und von Woche zu Woche wurden bestimmte Erwartungen und Orientierungen über den Haufen geworden. Auch andere politische Gruppierungen fühlten sich permanent von der Dynamik der Ereignisse überrollt. Aber in diesem Buch wird nicht fündig, wer eine selbstbewusste Sozialdemokratie entdecken möchte, die im beispiellosen Um- und Aufbruch jener Zeit ihre Chance erkennt, eigene gesellschaftspolitische Vorstellungen zu realisieren. Dass parallel die SPD ein Parteiprogramm erarbeitete, das einen Abschnitt „Überwindung der Klassengesellschaft“ und die Forderung nach

Demokratischem Sozialismus enthält, würde man beim Lesen der Präsidiumsdebatten nicht vermuten. Die Frage, was mit dem gesellschaftlichen Eigentum der DDR geschehen soll – in den 50er-Jahren hatte sich die SPD eindeutig gegen eine Rekapitalisierung ausgesprochen –, interessierte im Präsidium niemanden. Als einziger hatte Philip Rosenthal an den dritten Weg der Sozialdemokratie erinnert (S.230) und ausgesprochen, dass es für die Zukunft wichtig sei, „unsere Alternative zwischen Kapitalismus und DDR-Sozialismus, die Demokratisierung der Wirtschaft, die Mitbestimmung des einzelnen Menschen am Arbeitsplatz hervorzuheben" (S.277). Niemand ließ sich auf solche Gedankengänge ein. Stattdessen warnte Matthäus-Maier in der Präsidiumssitzung vom 22. April 1990 vor „Übertragungen von Eigentumsanteilen an Betrieben an DDR-Bürger" (S.294). Niemand stellte sich die Frage, wie sich das deutsche Finanzkapital verhalten wird, niemand warnte vor der bis heute anhaltenden neoliberalen Generalattacke.

F. hat die unterschiedlichen Positionen, die im Präsidium zutage traten, nicht vertuscht, sondern aufgedeckt und zu einem gewissen Grade systematisiert, was sehr verdienstvoll ist. Bei genauerem Hinsehen stellt sich jedoch heraus, dass die Differenzen im Wesentlichen darin bestanden, dass bestimmte Standpunkte von den einen früher geräumt wurden als von den anderen. Und die Liste der Positionen, die die SPD-Führung Zug um Zug aufgab, ist lang: Einheit Deutschlands nur im europäischen Rahmen, Betonung der KSZE-Strukturen, Distanz zum Nationalstaat, ein vereinigtes Deutschland kann nicht in der NATO verbleiben, keine Bundeswehrstandorte auf dem Territorium der DDR, weitgehende Abrüstungsinitiativen, Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der DDR-Bevölkerung, Einheit nach Artikel 146 Grundgesetz, neue Verfassung per Volksabstimmung, Recht auf Arbeit und Recht auf Wohnung in die Verfassung, keine Währungsunion zu solch einem frühen Zeitpunkt, Ablehnung des Vertrages über die Währungsunion, Kritik am verfrühten Termin gesamtdeutscher Wahlen am 2. Dezember 1990. In all diesen und weiteren Punkten wurden mit staatspolitischen und wahltaktischen Argumenten ursprüngliche sozialdemokratische Optionen aufgegeben. Als die SPD im Mai 1990 die Mehrheit im Bundesrat erlangte, war man sich rasch einig, dass in puncto Einigungsvertrag kein Veto eingelegt werden dürfe. Dabei hatte Rudolf Dreßler darauf aufmerksam gemacht, dass dort „der Sozialismus auch in der Ausprägung, die in weiten Teilen unserer Partei Zustimmung finde, verdammt werde" (S.295). Ohne nachhaltiges Echo blieb auch die Forderung Peter von Oertzens, „die Auseinandersetzung über das Thema einer gerechten Gesellschaftsordnung in Deutschland zu führen" (S.315).

Dauerthema waren im Präsidium der SPD die Folgen der anhaltenden Übersiedlungen von DDR-Bürgern in die BRD. Hier befand sich die SPD in einem echten Dilemma – ihr Staatsbürgerschaftsverständnis, ihre Beschwörungen von Freiheit und Freizügigkeit ließen einen Stopp nicht zu. Aber die bundesdeutschen Sozialsysteme und

vor allem die Kommunen hielten die ihnen entstehenden Belastungen durch die großzügigen Zuwendungen an die Zugereisten nicht aus. Was heute nur noch selten thematisiert wird – die westdeutsche Bevölkerung hegte ernste Besorgnisse hinsichtlich ihrer sozialen Besitzbestände. Auf der Sitzung vom 29. Januar 1990 wurde darauf verwiesen, dass es „im letzten Jahr 32 politisch motivierte Brandanschläge auf Aus- und Übersiedlungsunterkünfte gegeben habe“ (S.228). Es war Oskar Lafontaine, der die negativen sozialen Folgen einer Einheit als Sturzgeburt wieder und wieder in die Debatte einbrachte und dabei nicht selten auf Widerspruch stieß. Nach seinem enormen Wahlsieg im Saarland war ihm jedoch die Kanzlerkandidatur nicht mehr vorzuenthalten.

Natürlich war man im Präsidium hocherfreut über die Gründung der ostdeutschen SDP und hoffte zunächst auf eine Wiederauferstehung der traditionellen Sozialdemokratie. Doch bald musste man einsehen, dass es sich hier um eine neue, noch von Geburtswehen geplagte politische Gruppierung handelte. Selbst im SPD-Präsidium fiel – wenn auch nicht unwidersprochen – der Ausdruck „Pastorenpartei“. Wie auf staatlicher Ebene, so erfolgte auch die Schaffung der gesamtdeutschen SPD als Anschluss. Von mehreren Präsidiumsmitgliedern erhobene Forderungen nach einer Urabstimmung wurden sofort verworfen (S.347ff.), nicht einmal eine Neuwahl des Parteivorstands, sondern nur dessen Erweiterung auf einem Parteitag wurde vorgesehen.

Empört registrierte das Präsidium, wie sich die CDU ohne Skrupel der Blockparteien der SED bediente und deren Logistik im Wahlkampf nutzte. Welches Potenzial ließ sich demgegenüber von der SPD mobilisieren? Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang der sich in den Dokumenten widerspiegelnde Umgang mit SED und PDS. Während die SPD-Führung selbst nach dem Mauerfall die Kontakte zu SED-Funktionären nicht sofort abreißen ließ und obwohl sie konzedierte, dass es in der SED ernst zu nehmende reformorientierte Kräfte gab, zeigte sie diesen die kalte Schulter. Als Gregor Gysi um ein Gespräch nachsuchte, stieß er auf Ablehnung (S.183). Besonders nach dem für die SPD enttäuschenden Wahlergebnis vom 18. März 1990 lautete die Devise von Vogel über Brandt bis zu von Oertzen einhellig: „äußerste Distanz“ (S.278). Nicht einmal Sondierungen waren angesagt. Es war die SPD, die über die Fünfprozent-Klausel die PDS und damit eine Interessenvertretung beträchtlicher Teile der ostdeutschen Bevölkerung aus dem ersten gesamtdeutschen Bundestag heraushalten wollte (S.340f.).

Der kritische Leser kann sich des Eindrucks schwerlich erwehren, dass der Niedergang der SPD nicht erst mit der Agenda 2010 begonnen, sondern tiefer liegende Ursachen hat. Denn 1989/90 war von einer selbstbewussten Sozialdemokratie, die mit einem eigenen Gesellschaftskonzept in die Auseinandersetzungen um die deutsche Einheit einzugreifen und das Aufbruchspotenzial zu nutzen vermochte, kaum etwas zu spüren.

Günter Benser

Autorenverzeichnis

Wilma Ruth Albrecht, Dr., Bad Münstereifel
Evemarie Badstübner, Dr. sc., Berlin
Rolf Badstübner, Prof. Dr., Berlin
Günter Benser, Prof. Dr., Berlin
Rainer Bert, Berlin
Jürgen Birg, Berlin
Holger Czitrich-Stahl, Berlin
Horst Dietzel, Dr. sc., Berlin
Stefan Doernberg, Prof. Dr. (†)
Gerhard Engel, Prof. Dr., Am Mellensee
Ronald Friedmann, Berlin
Siegfried Grundmann, Prof. Dr., Berlin
Wladislaw Hedeler, Dr., Berlin
Ursula Herrmann, Prof. Dr., Ferch
Wolfgang Heyn, Dr. sc., Bernau
Martin Hundt, Prof. Dr., Schwielowsee
Gerd Kaiser, Dr., Berlin
Horst Klein, Dr. sc., Strausberg
Jürgen Kögel, SchreibART e. V., Berlin
Katharina Kretzschmar, Promovendin, Technische Universität Berlin
Peer Lautenschläger, Berlin
Erwin Lewin, Prof. Dr., Berlin
Herbert Mayer, Dr. sc., Berlin
Renate Merkel-Melis, Prof. Dr., Berlin
Gigi Roggero, Dr., Università di Bologna, Italien
Jörg Roesler, Prof. Dr., Berlin
Elke Scherstjanoi, PD Dr., Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Abt. Berlin
Arne Schott, Student, Universität Trier
Christa Uhlig, Prof. Dr., Berlin
Günter Wehner, Dr., Berlin
Gert Wendelborn, Prof. Dr., Rostock

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:
Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:
Helga Brangsch, Dr. Wolfgang Heyn, Dr. Christa Hübner (V.i.S.d.P.), Bärbel Kontny, Dr. Herbert Mayer, Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Daniela Schnitter, Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:
Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adresse der Redaktion:
redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Email-Adresse der Redaktion für Buchbesprechungen:
rez-kon@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Website:
www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch" erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die nicht bereits anderweitig angeboten worden oder erschienen sind. Manuskripte können per e-mail oder auf Diskette, vorzugsweise als Word-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte 10.000, Rezensionen 6.000 und Annotationen 2.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im „JahrBuch" übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Abonnements- und Heftzahlungen sowie Spenden bitte an:
Berliner Volksbank eG, BLZ 10090000, Konto-Nr.: 5744561010

Veröffentlichung gem. Paragraph 7a Berliner Pressegesetz:
Gesellschafter der NDZ GmbH: Föderative Verlags-, Consulting- und Handelsgesellschaft mbH – FEVAC –
Gesellschafter der FEVAC GmbH:
Uwe Hobler, Diplomagraringenieur, Berlin (40%);
Dr. Ruth Kampa, Rechtsanwältin, Berlin (30%);
Dr. Joachim Philipp, Rechtsanwalt, Berlin (30%).

Satz: Joanna Boegendorff/Christa Kouschil. Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e. V., info@bodoni.org
www.edition-bodoni.de

Sonderdrucke der im JahrBuch veröffentlichten Beiträge sind möglich. Die Konditionen sind zu erfragen unter der Telefonnummer: 030-28 25 137.

Redaktionsschluss: 8.12.2010

Kurt Pätzold

„Mit Lateinisch bekehrt man keine Indianer“

Nachdenken mit Kurt Tucholsky an seinem 75. Todestag

edition bodoni

Kurt Pätzold

„Mit Lateinisch bekehrt man keine Indianer“

Anlass für dieses Bändchen gab der Vorausblick auf den Tag, an dem das Leben des Kurt Tucholsky vor 75 Jahren endete. Von welchem Tucholsky reden wir? Die Frage schließt ein: und von welchem nicht?
Auf den folgenden Seiten wird von jenem Tucholsky gehandelt, der sich der Gesellschaft der Weimarer so wenig anpassen wollte und konnte, wie er das der heute zwischen Saar und Oder existierenden tun würde.
Darauf kommt er mit zwei Arbeiten selbst zu Worte. Sie sind mir unter den vielen, die ich mag, diejenigen, die einen besonderen Bezug zu unserer Gegenwart besitzen. Die eine erzählt von jenem französischen Vater, der mit seinem Sohn das Schlachtfeld besucht, auf dem er seinen Kameraden zwischen den Schützengräben stundenlang sterben hörte.
Die Erzählung zählt zu den unsterblichen Friedensbekenntnissen der Weltliteratur.
Dann folgt der Aufsatz „Wir Negativen“. Mit ihm weist Tucholsky den Vorwurf zurück, Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft vermöchten stets nur Nein zu sagen.
Das sei nicht das verweigerte Ja für alle kommende Zeit, sondern ein noch nicht. Vorerst jedoch gelte: „Laßt uns auch weiterhin Nein sagen, wenn es not tut.“

edition bodoni, 68 Seiten, 9 EUR
Tel: 030/28387569, Fax: 030/28387568
info@edition-bodoni.de, www.edition-bodoni.de

ISBN 978-3-940781-17-8